



BERICHTIGUNG!

Heft 17 „Recht der Landespflege“

Auf Seite 27 muß es in der Überschrift heißen:

„Gesetzeskompetenz“ statt „Gesetzeskonferenz“

Auf Seite 31 muß es in der Überschrift heißen:

„Synopsis“ statt „Synopse“

Recht der Landespflege

Ergebnisse einer Arbeitsgruppe unter Vorsitz von
Prof. Dr. E. Stein und Beiträge von Sachverständigen

Heft 17 – 1971

DER SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN RATES FÜR LANDESPFLEGE

Für den Inhalt verantwortlich: Prof. Dr. Gerhard Olschowy
im Auftrage des Deutschen Rates für Landespflege

Druck: Buch- und Verlagsdruckerei Ludw. Leopold KG, 53 Bonn, Friedrichstraße 1

Inhaltsverzeichnis

1. Brief des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Naturschutz und Landschaftspflege an den Beauftragten der Bundesregierung für den Naturschutz	5
2. E. Stein: Vorwort zu dem Entwurf eines Gesetzes über Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflegegesetz)	6
3. Entwurf eines Gesetzes für Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflegegesetz)	14
4. G. Olschowy: Zur angestrebten gesetzlichen Regelung der Landespflege und zur Gesetzeskompetenz	27
5. G. W. Zwanzig: Rechtsvorschriften der Raumplanung und des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (Synopsis nach dem Stand vom 1. Dez. 1971) . .	31
Bundesrepublik Deutschland	32
Baden-Württemberg	38
Bayern	41
Berlin	44
Bremen	46
Hamburg	50
Hessen	52
Niedersachsen	56
Nordrhein-Westfalen	60
Rheinland-Pfalz	63
Saarland	68
Schleswig-Holstein	72
6. Anschriften der Autoren	75
7. Verzeichnis der bisher erschienenen Hefte	76
8. Verzeichnis der Ratsmitglieder	77

Arbeitsgruppe für Naturschutz und Landschaftspflege
— Der Vorsitzende —

757 Baden-Baden, den 28. April 1971
Bismarckstraße 5
Telefon: 2 42 00

An
den Beauftragten der Bundesregierung
für den Naturschutz,
Herrn Professor Dr. Dr. Bernhard Grzimek,
53 Bonn 1
Adenauerallee 52
(Bundeskanzleramt)

B e t r. :

Entwurf eines Bundesgesetzes für Landschaftspflege und Naturschutz

Sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter!

Ende vergangenen Jahres haben Sie den Deutschen Rat für Landespflege, den Deutschen Naturschutzring e.V. und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für den Naturschutz e.V. gebeten, durch ausgewählte, unabhängige Vertreter dieser Gremien den Entwurf eines Bundesgesetzes für Naturschutz und Landschaftspflege in dem Sinne ausarbeiten zu lassen, daß dem Bund eine konkurrierende Kompetenz für diese Sachbereiche durch eine Grundgesetzänderung eröffnet ist.

Auf Grund der Vorschläge dieser Vereinigungen sind in die ad hoc gebildete Arbeitsgruppe berufen worden:

als Vorsitzender:

das Mitglied des Deutschen Rates für Landespflege,
Herr Staatsminister a. D. Bundesverfassungsrichter
Professor Dr. Erwin Stein in Baden-Baden,

und als weitere Mitglieder:

seitens des Deutschen Rates für Landespflege:

Herr Professor Dr. Konrad Buchwald in Hannover,
Herr Professor Dr. Gerhard Olschowy in Bonn-Bad Godesberg,

seitens des Deutschen Naturschutzringes e.V.:

Herr Landschaftsarchitekt Reinhard Grebe in Nürnberg,
Herr Dieter Kadner in München,

seitens der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz
und Landschaftspflege e.V.:

Herr Regierungsdirektor Kurt Gaebe in Hannover,
Herr Baudirektor Werner Hoffmann in Hamburg,
Herr Henry Makowski in Hamburg,

seitens des Beauftragten der Bundesregierung für den Naturschutz:

Herr Dr. Wolfgang Erz, Wissenschaftlicher Oberrat in Bonn.

Die Arbeitsgruppe hat in den Sitzungen vom 28. 1., 16. 2., 17. 2., 2. 3., 3. 3., 14. 4., 15. 4., 16. 4. 1971 den Entwurf eines Gesetzes für Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflegegesetz) ausgearbeitet. Diesen Gesetzentwurf überreiche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Grzimek, anbei. Ferner füge ich zur Begründung ein von mir verfaßtes Vorwort zu diesem Gesetzentwurf bei.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Professor Dr. Erwin Stein)

2 Anlagen

Vorwort zu dem Entwurf eines Gesetzes über Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflegegesetz) *

Der vorgelegte Gesetzesentwurf geht davon aus, daß dem Bund durch die dem Art. 74 GG anzufügende Nr. 25 (vgl. BTDrucks. VI/1298)¹ eine konkurrierende Kompetenz für den Sachbereich „Naturschutz und Landschaftspflege“ eröffnet worden ist.

Notwendigkeit einer derartigen Bundeskompetenz

Nach der gegenwärtigen Verfassungsrechtslage haben die Länder die Gesetzgebungskompetenz für den Sachbereich Naturschutz und Landschaftspflege. Unter den Voraussetzungen des Art. 72 hat der Bund das Recht, Rahmenvorschriften über diese Materie zu erlassen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 3, Art. 70 Abs. 1 GG). Von dieser Rahmenkompetenz hat der Bund bis jetzt keinen Gebrauch gemacht, so daß das Recht des Naturschutzes und der Landschaftspflege zur alleinigen Disposition der Länder steht. In den Ländern gilt nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Oktober 1958 (BVerfGE 8, 186) das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 nicht als Bundesrecht, sondern als Landesrecht fort.

Die Vorschriften des bis in die jüngste Zeit mehrfach geänderten Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 sind zwar ein wesentlicher Teil, aber nicht mehr der Kern des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege. In diesem Gesetz ist die Natur nur in bestimmten Beziehungen (§ 1 RNschG) einbezogen; es trifft nur für begrenzte Gebiete wie Naturdenkmale und Naturschutzgebiete (§§ 3, 4, 12 bis 18 RNschG) sowie sonstige Landschaftsteile (§§ 5, 19, 20 RNschG) Regelungen. Da in der Hauptsache Gegenstände des Naturschutzes Teilflächen oder spezielle Naturgebilde sind, können die geltenden Naturschutzgesetze der Länder die durch mannigfache nachteilige Einflüsse der Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft gefährdete und beeinträchtigte Landschaft infolge der nur ideellen Zielsetzungen und des konservierenden Charakters dieses Gesetzes nicht auch gestalten oder im Sinne einer nachhaltig leistungsfähigen und ökologisch vielfältigen freien und besiedelten Landschaft entwickeln. Dieses erfordern aber gerade der heutige Strukturwandel der Gesellschaft und die Denaturierung des menschlichen Lebensraumes². So sind heute in agrarischen Gebieten landschaftspflegerische Maßnahmen zum Boden- und Gewässerschutz sowie zur Klimaverbesserung ebenso notwendig wie Maßnahmen zur Gestaltung des Landschaftsbildes. Die Dörfer müssen unter Berücksichtigung des Wandels der Agrarstruktur entwickelt werden. In den Verdichtungsräumen werden ein „humane Städtebau“ und die Anlage von Grünflächen vordringlich. Im gesamten Bundesgebiet bedarf es der Schaffung ökologischer Ausgleichsräume durch Bereitstellung von Nah- und Ferienerholungsgebieten, von Naturparks, der Wiederherstellung und Sicherstellung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit der natürlichen Landschaft und der pflegerischen Behandlung der natürlichen Landschaftsfaktoren.

Die Beibehaltung der Beschränkung auf den konventionellen Naturschutz in den Ländern und durch die Länder für die Zukunft und die Überlassung der anderen Materien des Umweltschutzes an den Bund würde den einheitlichen Komplex des Umweltschutzes ohne zwingenden Grund trennen. Wollte man nämlich den Schutz und die Pflege einer natur-

nahen Umwelt in einen sogenannten technologischen, zur Kompetenz des Bundes gehörenden Umweltschutz, der die Bereiche Luft, Wasser, Abfallbeseitigung und Lärm umfaßt, und in einen natürlichen zur Kompetenz der Länder gehörenden Umweltschutz auflösen, dann würde man die vielfältigen Verflechtungen des Naturhaushaltes und seines Leistungsgefüges verkennen. Zugleich würde man auch übersehen, daß der Schutz der technischen Umwelt in sinnvoller Weise nur im Blick auf die natürliche Umwelt geregelt werden kann.

Eine Ergänzung der Naturschutzgesetze durch die Länder unter Erstreckung des Schutzes auf die Landschaftspflege und des Wirkungsgefüges des Naturhaushaltes würde keine sachgemäße Kodifikation dieser Materie sein. Denn Voraussetzung einer solchen Regelung ist, daß die Länder die rechtliche Möglichkeit haben, in bundesrechtlich geordnete oder der Zuständigkeit des Bundes gehörige Rechtsgebiete einzugreifen und Vorschriften zu erlassen, die auch für den Bund rechtsverbindlich sind. Diese Möglichkeiten sind den Ländern nach dem Grundgesetz aber verschlossen. Die Länder müßten sich deshalb auf Regelungen beschränken, die mangels hinreichender Kompetenzen unvollständig wären. Daß solche nicht unerheblichen Eingriffe bei einer sachgemäßen Kodifikation unumgänglich sind, zeigen allein schon die in den §§ 8 bis 10, 22, 48, 59 und 65 des Gesetzesentwurfs vorgesehenen Regelungen.

Andererseits besteht die Gefahr, daß bei einer Aufrechterhaltung der Kompetenz der Länder für das Naturschutzrecht auch landesgesetzliche Regelungen getroffen werden könnten, die das Grundgefüge dieses Gesetzes ändern. Dadurch würde die Rechtseinheit wesentlich beeinträchtigt. Schon heute besteht diese Rechtseinheit nicht mehr. Dies wird deutlich, wenn man die verschiedenen Fassungen des Reichsnaturschutzgesetzes, der Durchführungsverordnung und der Naturschutzverordnung miteinander vergleicht, die heute in den Ländern gelten (vgl. § 68 des Gesetzesentwurfs). Bis heute haben nicht weniger als 9 Länder das Reichsnaturschutzgesetz geändert.

Schließlich ist im Hinblick auf die wünschenswerte Koordinierung des europäischen Naturschutzrechts und die Vertretung der deutschen Naturschutzinteressen gegenüber denen anderer Staaten eine einheitliche bundesgesetzliche Regelung vorzuziehen. Diese ist zudem auch aus internationalen Wettbewerbsgründen unentbehrlich.

In den vergangenen Jahren war eine Änderung der Rahmenkompetenz in eine konkurrierende Kompetenz nicht vordringlich, weil Jahre hindurch die Rechtseinheit auf dem Gebiete des Naturschutzrechtes fortbestand, heute aber die Rechtszersplitterung eindeutig ist. Außerdem war das Umweltbewußtsein in der vergangenen Zeit nur schwach entwickelt, so daß damals gesetzgeberische Versuche fehlgeschlagen wären, eine den modernen Erfordernissen entsprechende Regelung zu schaffen. Angesichts der Interessen in Industrie und Wirtschaft hätte zudem die Gefahr bestanden, nur eine gesetzliche Regelung durchzusetzen, die hinter der des Reichsnaturschutzgesetzes weit zurückgeblieben wäre.

Inzwischen sind wesentliche Änderungen eingetreten: Der Rückstand in der Umweltpflege ist allgemein bewußt geworden. Die Verantwortung gegenüber der Umwelt ist gewachsen. Die Forderung nach einer menschenwürdigen Um-

* Die inzwischen eingetretenen Gesetzesänderungen und -initiativen sind in diesem Abdruck berücksichtigt.

welt ist allgemein.³ Die Umweltsicherung ist als vordringliche staatliche Aufgabe anerkannt. Verschiedene die Umwelt betreffende Spezialgesetze wie das Bundesbaugesetz (1960), das Raumordnungsgesetz (1965), das Pflanzenschutzgesetz (1968/1971), das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (1971) und das Benzinbleigesetz (1971) sind ergangen. In Vorbereitung sind das Abfallbeseitigungsgesetz, das Tierschutzgesetz, das Bundesimmissionsschutzgesetz und die Vierte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz. Eine Lücke ist aber geblieben: die Regelung der Landespflege im Interesse einer ökologisch zuträglichen Landschaft im gesamten Bundesgebiet und des Schutzes der Kräfte und Bestandteile des Naturhaushaltes. Diese Lücke kann wirksam und im Interesse der Rechtseinheit nur durch eine bundeseinheitliche Regelung geschlossen werden; der Umweltschutz ist kein regionales, sondern ein nationales Problem.

Ein Rahmengesetz kann diese vielfältigen gesetzgeberischen Aufgaben nicht lösen und reicht deshalb nicht aus. Eine Rahmenregelung bejaht gerade die Rechtsverschiedenheit von Land zu Land. Die volle Einheitlichkeit des Rechts auf den Sachgebieten des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist aber, wie dargetan, gerade geboten. Auch müßte sich ein Rahmengesetz große Zurückhaltung bei den organisatorischen und verfahrensrechtlichen Vorschriften auferlegen, wie die strenge Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erweist (BVerfGE 4, 130; 7, 41, 127; 15, 9 ff.).

Im übrigen sind einer Rahmengesetzgebung kraft der Natur der Sache entzogen eine strafrechtliche Rahmengesetzgebungszuständigkeit, eine Regelung der Ordnungswidrigkeiten, das bürgerlich-rechtliche Schadenersatzrecht wie auch das Recht zur Auferlegung bestimmter Handlungs- und Duldungspflichten⁴. Besondere Probleme werfen dabei die Überschneidungen der Zuständigkeitsvorschrift nach Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 mit den Zuständigkeitsnormen auf anderen Sachgebieten (Art. 74 Nr. 17 und Nr. 18 GG) auf. In diesem Zusammenhang soll hierauf nicht näher eingegangen werden.

Ziel des Gesetzentwurfs

Der Gesetzesentwurf sucht mit rechtlichen Mitteln die Probleme zu lösen, die durch den fortschreitenden Nutzungswandel der Landschaft und der natürlichen Landschaftsfaktoren infolge der zunehmenden Technisierung und Industrialisierung, der Steigerung des Energie- und Wasserbedarfs sowie der wachsenden Bevölkerungsdichte, der Mobilität der Bevölkerung und ihrer Niederlassung in den Randzonen der Kernstädte und ihres großen Freizeit- und Erholungsbedarfs entstanden sind⁵. 50 % der Bevölkerung

leben heute in Ballungsgebieten, in dreißig Jahren werden es 80 % sein. Dieser Strukturwandel von Gesellschaft, Technik und Wirtschaft hat den menschlichen Lebensraum denaturiert, die wesentlichen natürlichen Landschaftsfaktoren durch planlosen und übermäßigen Verbrauch teils erheblich gefährdet, teils zerstört sowie die Vitalsituation als den „Komplex des Menschlichen, soweit er das Verhältnis zur Umwelt betrifft“ (A. R ü s t o w), fortdauernd beeinträchtigt.

Diese Umstände erfordern zwecks Verhinderung oder Beseitigung von Schäden der Umwelt die Ordnung, den Schutz, die Pflege und Gestaltung von Wohn-, Industrie-, Agrar- und Erholungslandschaften, die nachhaltig leistungsfähig, ökologisch vielfältig, schön und für den Menschen gesund sind (Landschaftspflege)⁶ sowie die Erhaltung und Pflege schutzwürdiger Teile und Bestandteile der Natur und Landschaft (Naturschutz) durch Gesetz. Daraus ergeben sich drei Funktionen des Schutzes einer menschenwürdigen, naturgemäßen Umwelt: existentielle (Gesundheit, Überleben), soziale (Erholung) und ästhetische (Erlebniswert der Landschaft und Naturschönheit). Die Sorge um ein menschenwürdiges Dasein ist dem modernen Staat durch das vom Grundgesetz anerkannte Sozialstaatsprinzip⁷ aufgegeben, das seinen Niederschlag in Art. 1 und 20 GG gefunden hat und eine Wertrangfolge für die Abwägung zwischen den Funktionen des Umweltschutzes einerseits und der Wirtschaftsdynamik, des Strebens nach Produktions- und Profitmaximierung und den Konsumzwängen andererseits bedeutet. Die Europäische Naturschutz-Konferenz 1970 hat ein Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention gefordert mit dem Ziel, ein Grundrecht zu schaffen, „eine Luft zu atmen und ein Wasser zu trinken, die hinlänglich frei von Schmutz sind“, sowie „das Recht auf Schutz gegen übermäßigen Lärm und andere Störungen und schließlich das Recht auf hinreichenden Zugang zur Meeresküste, Land und Gebirge.“

Die Erfüllung dieser Aufgaben im einzelnen obliegt der Landespflege u. a. durch Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung der freien und besiedelten Landschaft (Landschaftspflege), von Teilen der Natur und Landschaft – Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale u. ä. – (Naturschutz) und zur sparsamen, planmäßigen und pfleglichen Nutzung und Bewirtschaftung der einzelnen natürlichen Landschaftsfaktoren, d. h. den Kräften und Bestandteilen des Naturhaushaltes wie Boden, Wasser, Klima, Pflanzendecke und Tierwelt (Naturhaushalt).

Einen rein additiven Überblick über die Teilgebiete der Landespflege gibt die nachstehende Übersicht⁸:

Überblick über die Teilgebiete der Landespflege, wie sie sich u. a. auf Grund der ressortmäßigen Aufsplitterung heute darstellen

Immissionsschutz	Gewässerschutz	Schutz vor Bioziden	Landschaftspflege	Grünordnung	Pflegl. Nutzung der natürlichen Hilfsquellen
Abgase	Küstenmeere	Insektizide	Landschaftsplanung	in Städten und ländlichen Gemeinden	Boden
Abfälle	Stehende Gewässer	Herbizide	Landschaftsbau		Steine und Erden
Lärm	Fließgewässer	Fungizide	Naturschutz	Entwicklung von Erholungsgebieten	Erze und Mineralien
	Grundwasser			Nah- und ortsferne Erholungsgebiete	Grundwasservorräte
				Naturparke	Pflanzendecke
					Tierwelt

Insofern ist die Landespflege integrierender Bestandteil einer umfassenden Raumordnung mit dem Schwerpunkt im ökologischen Bereich. Dies erkennt auch der Raumordnungsbericht 1970 der Bundesregierung (BTDruks. VI/1340) vom 4. November 1970 ausdrücklich an. Er führt hierzu auf S. 39 f. aus: „Der Naturhaushalt besteht aus einem Zusammenwirken verschiedener biologisch-ökologischer Faktoren (Leistungsgefüge), das durch gesellschaftlich-wirtschaftliche Vorgänge beeinflusst wird. Die Erfassung der natürlichen Lebensgrundlagen eines Raumes ist deshalb zunächst auch eine landschaftsökologische Aufgabe. Darüber hinaus haben die Veränderungen der Umwelt und die Beeinträchtigung des Naturhaushaltes auch Auswirkungen auf den Menschen, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Raumordnung stehen...“

Planung und Recht

Da die landschaftspflegerische wie die räumliche Planung nicht von sich aus zu einer rechtsverbindlichen Ordnung, sondern nur zur Vorstellung einer Ordnung und zu Vorschlägen führt, wie diese Ordnung erreicht werden kann, bedarf es für diese vorausschauenden landschaftspflegerischen und raumverändernden Planungen der Feststellung ihrer Verwirklichung und ihrer rechtlichen Verbindlichkeit. Die ständige Ausrichtung der Planung auf das Recht⁹ und die Freiheit ist durch das Bekenntnis des Grundgesetzes zum freiheitlichen Rechtsstaat gefordert. Diese Erkenntnis verlangt die Unterstellung der planenden öffentlichen Tätigkeit unter die Herrschaft des Rechts (§§ 8–10, §§ 13, 22, 33, 48, 57, 58 des Gesetzesentwurfs).

Das bedeutet einmal, daß nicht das technische Ermessen der planenden Instanzen abschließend bestimmend sein darf, sondern das der zuständigen Behörden, weil sich hinter der Planung und Technik zentrale Wertungsprobleme zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Solidarität, zwischen Recht des Einzelnen und Wohl der Allgemeinheit verbergen. Daraus folgt die Notwendigkeit, im Rahmen der werdenden Planung die zur Entscheidung berufenen Behörden zur rechtzeitigen Darstellung ihrer Pläne zu veranlassen und frühzeitig zur Mitwirkung heranzuziehen. Sodann stellt dieses Verhältnis von Recht und Planung der Landespflege die Aufgabe, die Spannung zwischen Planung, Freiheit und Rechtsgleichheit zu bewältigen, den Schutzgrund, den Schutzgegenstand und das Schutzverfahren in rechtsstaatlicher Weise auszugestalten und schließlich das Verhältnis von Eigentumsschutz und landschaftspflegerischen Maßnahmen nach Maßgabe der rechtsstaatlichen Werte von der Würde des Menschen, der Freiheit und des Eigentums in der Gemeinschaft festzulegen. Gerade in diesem Fragenkreis „Eigentum, Eigentumsbeschränkung und Enteignung“ liegt ein für die Wirksamkeit der Landespflege entscheidendes Rechtsproblem. Verfassungsrechtlich ist es an Hand des Art. 14 GG¹⁰ zu lösen. Diese Vorschrift bestimmt

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, daß Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Eigentum und Landespflege

Diese Wertentscheidung des Grundgesetzes zugunsten des Privateigentums, die für den sozialen Rechtsstaat von besonderer Bedeutung ist, hat der Gesetzgeber jeweils zu be-

achten (BVerfGE 14, 277 f.; 24, 400 f.). Art. 14 Abs. 1 GG schützt lediglich Rechtspositionen, die einem Rechtssubjekt bereits zustehen, nicht jedoch Chancen oder Verdienstmöglichkeiten (BVerfGE 20, 34; 28, 141 f.). Bei der Auslegung dieser Bestimmung ist davon auszugehen, daß der Begriff des Eigentums nur relativ von dem Rechtsbewußtsein in einem bestimmten Zeitpunkt der geistig-kulturellen Entwicklung des Volkes und der gesellschaftlichen Anschauungen aus beantwortet werden kann (BVerfGE 2, 399 ff., 402; 11, 70; 20, 355 f.). Wenn das Grundgesetz das Eigentum sowohl als Rechtsinstitut wie in seiner konkreten Gestalt in der Hand des einzelnen Eigentümers anerkennt und garantiert (BVerfGE 24, 389 f.; 389 f.; 14, 277), so statuiert der zweite Absatz des Art. 14 eine Pflichtbeziehung des Eigentümers, indem er ihm die Verantwortung auferlegt, bei Gebrauch seines Eigentums das Wohl der Allgemeinheit zu achten. Das Grundgesetz begründet damit die Rechtspflicht des Eigentümers, sein Eigentum nicht in einer Weise zu gebrauchen, die dem Allgemeinwohl widerspricht. Das Eigentum darf nicht ohne Rücksicht auf die anderen Rechtsgenossen oder eine unbegrenzte Vielzahl der Rechtsgenossen gebraucht werden (BVerfGE 20, 361). Diese Sozialbindungsnorm, die zudem der Sozialstaatsklausel der Art. 20 und 28 GG immanent ist, ist zugleich eine Zuständigkeits- und eine Ermächtigungsvorschrift (BVerfGE 8, 80), die den Staat zu ausgleichenden Eingriffen in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur ermächtigt und verpflichtet. Es liegt hierin nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts „die Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gemeinschaft hat“ (BVerfGE 20, 356; 21, 83) und die Ermächtigung zu einer Regelung, die vielgestaltige Unterlassungs-, Duldungs- und Handlungspflichten auferlegen kann¹¹.

Diese Sozialpflichtigkeit muß nach der Bedeutung des Eigentums objektiv beurteilt werden, das heißt, ob es sich um Grund und Boden oder um Mobiliareigentum handelt. Hierzu ist in BVerfGE 21, 82 f. ausgeführt: „Die Tatsache, daß der Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen. Eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern. Der Grund und Boden ist weder volkswirtschaftlich noch in seiner sozialen Bedeutung mit anderen Vermögenswerten ohne weiteres gleichzustellen; er kann im Rechtsverkehr nicht wie eine mobile Ware behandelt werden“ (vgl. auch BVerfGE 25, 119 f.).

Diese Erkenntnisse sind für die Ausgestaltung des Landespflegerechts von besonderer Bedeutung¹². Hier ist in der Regel die Sozialpflichtigkeit des Eigentums durch das überwiegende öffentliche Interesse hinreichend fundiert. Allerdings darf aus Gründen der Sozialpflichtigkeit in das Eigentum nur unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze, insbesondere des Gebotes der Verhältnismäßigkeit und des Übermaßverbotes, eingegriffen werden (BVerfGE 14, 278; 20, 355 f.; 21, 155). Dabei darf der Wesensgehalt des Eigentums gemäß Art. 19 Abs. 2 GG nicht beeinträchtigt werden (BGHZ 30, 340 ff.).

Auf diesen Einsichten beruht die im I. Abschnitt vorgesehene Verursachungshaftung des § 6 des Gesetzesentwurfs, der die Pflicht zur Folgenbeseitigung jedoch davon abhängig macht, daß die erforderlichen Aufwendungen unter Berücksichtigung der Schwere des Eingriffs und des Allgemeininteresses für den Einzelnen zumutbar sind. Diese Haftung ist eine unmittelbare Folge der Verletzung der Sozialpflichtigkeit und die Anerkennung der Billigkeit. Sie ist eine Haftung ohne Verschulden, wie sie teils im BGB (vgl. §§ 179 Abs. 2, 409, 829, 833 Abs. 1 und 904), teils in Sonder-

gesetzen, wie dem Reichshaftpflichtgesetz, dem Straßenverkehrsgesetz, dem Luftverkehrsgesetz und dem Haftpflichtgesetz der Eisenbahnen und Straßenbahnen, dem Atomgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz enthalten ist. Für sie ist bezeichnend, daß adäquate Kausalität der vom Haftungspflichtigen zu vertretenden Ursache die einzige Voraussetzung seiner Ersatzpflicht bildet. Der Rechtsgedanke der Sozialpflichtigkeit liegt vor allem den Vorschriften der §§ 3, 7 Abs. 1 Satz 1, §§ 11, 12, 15 bis 21, 35, 36 des Gesetzesentwurfs zugrunde.

Während diese sozialpflichtige Bindung des Eigentümers keine Entschädigung zu seinen Gunsten auslöst, weil sie keine Entziehung des Eigentums (= Enteignung) ist, ist eine Entscheidung nur gegen eine Entschädigung zulässig, die den Erfordernissen des Art. 14 Abs. 3 GG entspricht. Demzufolge bestimmt § 7 Abs. 1 des Gesetzesentwurfs: Die Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind in der Regel Eigentumsbindungen im Sinne des Art. 14 Abs. 2 Satz 2 GG. Ein staatlicher Eingriff in vermögenswerte Rechte, der diese Sozialbindung überschreitet, ungleich und unzumutbar ist, ist als Enteignung entschädigungspflichtig.

Eine Enteignung im Sinne des Art. 14 Abs. 3 GG liegt vor, wenn eine als Eigentum zu bewertende vermögenswerte Position durch einen Eingriff der öffentlichen Gewalt entzogen oder geschmälert wird und dieser Verlust so bedeutsam ist, daß er als Enteignung qualifiziert werden muß (BVerfGE 24, 394 f.; 27, 271). An die Stelle des entzogenen Gegenstandes tritt die Entschädigung. Nur in diesem Fall und in dem des Art. 15 sieht das Grundgesetz eine Entschädigungspflicht des Staates bei Inanspruchnahme privaten Vermögens und privater Wirtschaftskraft vor. Der Gesetzesentwurf will hier die einschlägigen Vorschriften des Bundesbaugesetzes über die Enteignung und Entschädigung entsprechend anwenden. Zusätzlich bestimmt er die Verpflichtung zur Leistung einer Enteignungsentschädigung bei Erschwerung der Wirtschaftsführung oder -nutzung und bei dem Verlust dauernder Nutzbarkeit (§ 7 Abs. 3–5).

Nun ist aber nicht jeder Eingriff in das Eigentum schon eine Enteignung, weil die Beeinträchtigung des Eigentums sich auf eine Bestimmung des Inhalts und der Schranken des Eigentums nach Art. 14 Abs. 1 Satz 3 GG beschränken kann (vgl. RGZ 128, 170 ff.; 129, 148 ff.; 133, 125 f.; BGHZ 6, 278; 13, 91 ff.; 20, 67 ff.; 30, 340 ff.; BVerwGE 4, 122; 5, 144 ff.; BSG in JZ 1958 S. 20 f.). Dabei sind Inhaltsbestimmung und Schrankenziehung nicht identisch, sondern selbständige Tatbestände. Die Inhaltsbestimmung hat die Konkretisierung der Herrschaftsbefugnisse zum Gegenstand. Der Ausdruck „Schranken“ weist auf die dem Eigentum von außen her auferlegten Beschränkungen hin, wie sie vor allem von dem konkreten öffentlichen Interesse her gesetzt sind.

Diesen in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der obersten Bundesgerichte (u. a. Bundesgerichtshof – BGH –, Bundesverwaltungsgericht – BVerwG –, Bundessozialgericht – BSG –) und dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entwickelten Rechtssätzen will der Gesetzesentwurf vor allem durch die §§ 4, 6, 7, 36 Abs. 1 und 3, 56, 60 Abs. 3 Rechnung tragen.

Gesetzgeberische Möglichkeiten der Regelung der Landespflege

Ein Gesetz, das den Bereich der Landespflege im Sinne der Forderung nach einer menschenwürdigen naturgemäßen Umwelt regelt, den Schutz der Natur und die pflegliche Nutzung der Landschaft und der natürlichen Landschaftsfaktoren vorschreibt, um die natürlichen Umweltbedingungen für das Leben zu sichern, ist in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht ergangen. Dies hat seinen Grund auch darin, daß erst in der neueren Zeit die Landespflege

beginnt, sich als einheitlicher Begriff durchzusetzen¹³, der den gesamten Raum eines Landes und die einzelnen natürlichen Landschaftsfaktoren einbezieht und die schützenden, pflegenden und gestaltenden Tätigkeiten zur Erhaltung des biologischen Gleichgewichts in der Natur als eine Einheit sieht. Die Entwicklung des Begriffs der Landespflege ist in den einzelnen europäischen und angloamerikanischen Staaten noch nicht abgeschlossen. Dies bezieht sich auf das Verständnis und die Abgrenzung des Gesamtbegriffs und seiner Unterbegriffe wie auch auf das Verhältnis der Begriffe zueinander.

Die Landespflege hat daher rechtlich zum Gegenstand nicht allein den Schutzbereich besonderer öffentlich-rechtlicher Bindungen zwecks Abwehr möglicher Schädigungen, sondern auch Planungs- und Gestaltungsrechte, die Verbänden und Gemeinschaften zur Erhaltung der natürlichen Landschaftsfaktoren im Hinblick auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Erfordernisse zustehen¹⁴. Solange es an diesem einheitlichen Begriff der Landespflege fehlte, konnten die einzelnen Materien nur angereichert werden; sie blieben im Grunde nur Teilbereiche des Naturschutzes, der Raumordnung, des Bodenrechts, des Wasserrechts, des Forstrechts u. a. Dabei diente die vorrangige Zielsetzung nicht den spezifischen Aufgaben der Landespflege, sondern ästhetischen, wissenschaftlichen, land- und forstwirtschaftlichen, wirtschaftsstrukturpolitischen oder sozialpolitischen Interessen. Auch das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Gesetzes vom 20. Januar 1938 (RGBl. I S. 36) und die Naturschutzordnung vom 13. März 1936 (RGBl. I S. 181) in der Fassung der Verordnung vom 16. März 1940 (RGBl. I S. 567) dienen im Grunde nur dem ideellen Naturschutz. Das Gesetz beschränkt sich auf die Regelung des Schutzes von flächenmäßig ausgedehnten Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten, ordnet einen beschränkten allgemeinen Landschaftsschutz an und sucht den Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten zu garantieren. Den Aufgaben, die der heutige Struktur- und Landschaftswandel stellt, werden Naturschutzgesetz und Naturschutzverordnung nicht gerecht, weil sie planerische und gestaltende Aufgaben nicht vorsehen. Auch ist das Naturschutzrecht heute heillos zersplittert. Nicht zuletzt müssen gegen verschiedene Vorschriften des Reichsnaturschutzgesetzes verfassungsrechtliche Bedenken erhoben werden.

Es bestehen zwei gesetzgeberische Möglichkeiten, das Recht der Landschaft zu gestalten, um das natürliche Potential eines Landes mit den Ansprüchen der Gesellschaft auszugleichen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine ökologisch zuträgliche Landschaft zu schaffen: einmal die einzelnen Teilbereiche der Landespflege dienstbar zu machen, indem die Gesetzgebung diese Teilbereiche gemäß den Forderungen der Landespflege ergänzt, um auf diese Weise zur inneren Einheit zu gelangen, sodann neben dieser Lückenfüllung eine die einzelnen Materien überhöhende neue Zielsetzung in den Mittelpunkt der gesetzlichen Regelung zu stellen.

Die allgemeine Regelung des Gesetzesentwurfs

Der vorliegende Gesetzesentwurf versucht beide Wege zur Lösung des Gesamtproblems vorzuschlagen. Die Abschnitte I bis IX sind Ausdruck einer Gesamtordnung der Landespflege. Der Abschnitt X sucht die Lücken in der landespflegerischen Gesetzgebung von dieser Gesamtkonzeption aus zu schließen, indem er entsprechende Änderungen und Ergänzungen des Bundesbaugesetzes, des Raumordnungsgesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes, des Bundeswasserstraßengesetzes, des Bundesfernstraßengesetzes, des Flurbereinigungsgesetzes, des Bundesjagdgesetzes, der Gewerbeordnung, des Atomgesetzes sowie der Ersten Wasserverbandordnung vorschlägt¹⁵.

Was den Verwaltungsaufbau und die Organisation der Landespflege¹⁶ betrifft, so ist, wie bereits betont, davon auszugehen, daß die Landespflege eine interdisziplinäre Aufgabe der ökologischen Raumordnung ist. Sie ist kein Fach im spezifischen Sinn, sondern komplexer Natur, weil an ihr verschiedenste Disziplinen beteiligt sind. Die Landespflege bedarf der interdisziplinären Begegnung und Koordinierung zum Schutz und zur Gestaltung der Landschaft sowie der integrierten Planung.

Deshalb empfiehlt sich weder eine getrennte Organisation von Landschaftspflege und Naturschutz noch die Übernahme der Landespflege durch eine Fachbehörde noch eine Aufteilung der Landespflege auf die verschiedenen Fachbehörden. Vielmehr ist ein Zusammenschluß von Landschaftspflege und Naturschutz in einer gemeinsamen Organisation vorzuziehen. Nur dadurch kann eine dem Wesen der Landespflege entsprechende ganzheitliche Betrachtungsweise gesichert werden. Deshalb schlägt der Gesetzesentwurf vor, durch die Länder eigene Landespflegebehörden (§§ 37, 38) als Nachfolger der Naturschutzbehörden zu errichten, deren Aufgaben grundsätzlich nicht sein sollen, Teilaufgaben verschiedener Fachbehörden zu übernehmen. Vielmehr sollen sie sich darauf beschränken, die gesamtlandschaftlichen Interessen gegenüber dem einzelnen Fach intern zu vertreten und die Aufgaben wahrzunehmen, die von den einzelnen Fachbehörden nicht geleistet werden können. Damit sie den Beeinträchtigungen und Schädigungen auf dem Gebiete der Landespflege wirksam begegnen können – der fehlende „Vollzugszwang“ war ein entscheidender Mangel der bisherigen Praxis –, muß ihnen auch die Ordnungs-(Polizei-)gewalt übertragen werden. Dem Bundesgesetzgeber darf insoweit das materielle Polizeirecht anheimgestellt werden (BVerfGE 3, 433; 8, 150).

In den Landespflegebehörden sollen verschiedene bereits bestehende Sachgebiete konzentriert werden. Dies erfordert den Ausbau der bestehenden Naturschutzbehörden zu besonderen Behörden mit qualifizierten hauptamtlichen Fachkräften¹⁷. Die Landespflege ist nur dann voll leistungsfähig und kann die notwendigen landespflegerischen Maßnahmen nur dann wirksam durchsetzen, wenn sie als besondere Behörde organisiert und nicht in die allgemeine Verwaltung eingegliedert ist. Der Gefahr mangelnder Einheitlichkeit der Verwaltung durch diese notwendige Differenzierung sucht der Gesetzesentwurf durch vielfältige Koordinierungs- und Beteiligungspflichten (§§ 5, 41 Abs. 1, 46, 47) wirksam zu begegnen und die einzelnen Verwaltungsfunktionen unter allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu vereinigen. Entsprechend der allgemeinen Verwaltungsorganisation schlägt der Gesetzesentwurf einen dreistufigen Behördenaufbau und die Durchführung als eigene Angelegenheit der Länder vor. Neben diesen Landespflegebehörden, denen die Ausführung des Gesetzes obliegt, sollen Landesanstalten für die Landespflege errichtet werden, die der Beratung, der Forschung, der Information und der Fortbildung auf dem Gebiete der Landespflege¹⁸ dienen und zum Teil die bisherigen Aufgaben der unzureichenden Naturschutzstellen übernehmen. Naturschutzbeauftragte sieht der Gesetzesentwurf nicht mehr vor, weil deren ehrenamtliche Tätigkeit für die Landespflege nicht angemessen ist.

Dagegen hält der Gesetzesentwurf die Einrichtung von unabhängigen Beiräten für Landespflege (§ 39) für notwendig. Sie sind zugleich ein demokratisches Element gegenüber der staatlichen Behördenorganisation. Aufgeschlossenen, materiell interessierten, nicht unmittelbar beeinträchtigten Staatsbürgern und privaten Landespflegeorganisationen kommt hier die Aufgabe zu, Initiativen zu entfalten und Rechtskontrolle auszuüben; auch ist ihnen das Recht auf Anhörung von landespflegerischen Maßnahmen gewährt. Der Gesetzesentwurf räumt den Beiräten für die Landes-

pflege ausdrücklich ein Widerspruchsrecht und eine Klagebefugnis (§ 57) ein, da die Beteiligungspflicht der Behörde als solche nicht ausreicht, um die Mitwirkung der Landespflegebehörden zu gewährleisten, selbst wenn sie die Möglichkeit der Dienstaufsichtsbeschwerde im Falle der Nichtbeteiligung haben. Die Handhabung des § 20 RNschG in der Vergangenheit hat erwiesen, daß die zuständigen Behörden es an der notwendigen Mitbeteiligung haben fehlen lassen. Darüber hinaus schlägt der Gesetzesentwurf im Interesse demokratischer Mitbeteiligung und eines wirkungsvollen Schutzes vor, den anerkannten Landespflegeorganisationen eine Antragsbefugnis und ein Anfechtungsrecht zuzubilligen. Ein derartiges Recht, das allerdings auf große Organisationen beschränkt bleiben soll, gewähren unter anderem auch das Eidgenössische Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 (BS 1966 S. 1637) in Art. 12 und verschiedene nordamerikanische Staaten.

Im Bund soll die Bundesregierung mit Ausnahme der Errichtung von Nationalparks und bei besonderen Maßnahmen zum Schutze von Pflanzen und Tieren (§ 52 Abs. 3), für die ihre Zuständigkeit von der Sache her begründet ist, auf Mitwirkungs- und Koordinierungsrechte beschränkt sein (§ 41). Der Gesetzesentwurf sieht davon ab, den Vollzug der Gesetzes einem bestimmten Ressort zuzuweisen, weil es sich hierbei um eine politische Aufgabe handelt. Es ließe sich denken, ein eigenes Ministerium für Umweltschutz zu schaffen, zu dessen Geschäftsbereich gehörten: Raumordnung, Landespflege, Naturschutz, Grünordnung, natürliche Landschaftsfaktoren, Freizeit, Erholung, Gewässerschutz vor Bioziden, Immissionsschutz (Lärm, Luft), Abfallbeseitigung. Dem Landesbeirat (§ 39) entspricht der Bundesbeirat für Landespflege (§ 42); der Landesanstalt für Landespflege (§ 40) die Bundesforschungsanstalt für Landespflege (§ 43, § 62).

Konkretisierung der Grundkonzeption

Diese Grundkonzeption ist in den einzelnen Abschnitten des Gesetzesentwurfs konkretisiert. Dabei werden die Einzelregelungen systematisch aus dem Schutz des einheitlichen Naturhaushalts abgeleitet und demzufolge auch die natürlichen Landschaftsfaktoren einbezogen. Um eine stärkere Integration der verschiedenen Bemühungen um den Schutz der Umwelt zu erreichen, werden diese Faktoren, nämlich Boden, Wasser, Wald, Klima sowie die Pflanzen und Tierwelt nicht hinsichtlich ihrer spezifischen Aufgaben als Produktionsfaktoren oder Konsumgüter einer rechtlichen Regelung unterworfen – dies ist Sache einer Spezialgesetzgebung. Sie erfahren nur insoweit eine Regelung, als sie von Bedeutung für das Wirkungsgefüge des Naturhaushalts, das einen Sachzusammenhang eigener Art begründet, sowie für die Gesundheit und für das Wohlbefinden der Menschen sind. In dieser Hinsicht weist der Agrarbericht 1971 der Bundesregierung (BTDrucks. VI/1800) auf S. 92 darauf hin, daß die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung unsere Kulturlandschaft entscheidend geprägt hat, aber die Ausgleichs- und Erholungsfunktionen stetig an Bedeutung gewinnen und ungenutzte landwirtschaftliche Nutzflächen diese Funktionen mindern. Der Umfang dieser Flächen betrug 1970 212 000 ha, das ist ein Zuwachs um 18 % gegenüber dem Vorjahr oder 41 % gegenüber 1965. Neben den Problemen der Sozialbrache spielt zunehmend die zukünftige Verwendung der Grenzertragsflächen eine Rolle (Aufforstung, Zwecke der Erholung)¹⁹. Überdies fordert die starke Aufsplitterung der deutschen Gesetzgebung über die pflegliche Nutzung der natürlichen Hilfsquellen²⁰ eine Integration der Einzelbereiche in das natürliche Wirkungsgefüge der Landschaft. Es geht im Landespflegegesetz in erster Linie also nicht um den Bodenschutz im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, nicht um die Pflege der Tierwelt als Nutzungs- und Wirtschaftsgrundlage, sondern um den Schutz der natürlichen Landschaftsfaktoren

zwecks Erhaltung, Pflege und Gestaltung einer ökologisch zuträglichen Landschaft. Diese Sicht liegt auch dem vorerwähnten Agrarbericht 1971 zugrunde, wenn darin (S. 21) ausgeführt wird: „Die Bedeutung des Waldes für die Volkswirtschaft darf nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt werden, da er in zunehmenden Maße gesellschaftliche Funktionen übernimmt. Darüber hinaus gehen vom Wald zahlreiche Schutz- und Ausgleichswirkungen auf Boden, Klima, Tier- und Pflanzenwelt aus, die auch der Allgemeinheit zugute kommen.“ Insofern ist die im 1. Teil des IV. Abschnittes vorgesehene Regelung eine notwendige Ergänzung der Einzelbereiche.

Der II. Abschnitt hat zum Gegenstand die Landschaftspflege, d. h. Landschaftsplanung und -gestaltung. Ihre Voraussetzungen sind in den §§ 8 bis 14 niedergelegt. Das Landespflegeprogramm, der Landschaftsrahmenplan und der Landschaftsplan sollen die Entwicklungslinien, die Erfordernisse und Maßnahmen der Landespflege sowie die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen darstellen. Sie sind von eigener Rechtswirkung, soweit sie landespflegerische Maßnahmen enthalten. Soweit sie raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zum Gegenstand haben, bilden sie nur eine Grundlage für rechtswirksame Pläne der Raumordnung, Bauleitplanung und Fachplanung. Soweit Regionalpläne oder Bauleitpläne nicht vorliegen, soll den Landschaftsrahmenplänen und den Landschaftsplänen die Rechtswirksamkeit solcher Pläne zuerkannt werden. Allein diese Regelung garantiert, daß die Sonderverwaltungen die Landschaft in ihrer Ganzheit berücksichtigen, und daß die vielfältigen Interessen koordiniert werden²¹. In folgerichtiger Ergänzung bestimmt § 11 die Freihaltung von Ufern und Küste, Bergkuppen und Steilhängen von Bebauung in einer bestimmten Zone. Nach den Erläuterungen zu den Leitsätzen des Deutschen Rates für Landespflege für gesetzliche Maßnahmen (Rechtsfragen der Landespflege, Heft 8 S. 13) sind Landschaftspläne „kartenmäßige Darstellungen nebst Erläuterungen, in denen unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten, aufbauend auf den Untersuchungsergebnissen der Landschaftsanalyse und -diagnose, sämtliche Maßnahmen für die naturgemäße Erhaltung, Gestaltung, Pflege und Entwicklung des Landes enthalten sind.“

Die Schaffung von Landschaftspflegebereichen (§§ 13, 14) ist eine neue Rechtseinrichtung. Der Deutsche Rat für Landespflege hat sie bereits 1967 gefordert. Sie soll aus landschaftsökologischen Gründen landespflegerische Maßnahmen ermöglichen, ohne diesen Bereich zu Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten zu erklären, die einschneidendere Eingriffe zur Folge haben. § 14 sieht Landschaftspflegeverbände für mehrere Landschaftspflegebereiche und die Anwendung des Wasserverbandgesetzes vor. Die Frage, ob die dazu ergangene Wasserverbandsordnung Bundesrecht oder Landesrecht geworden ist, ist streitig²².

Der Gesetzesentwurf knüpft hier an die Regelung an, daß zahlreiche Grundstücke nach Maßgabe der verschiedensten Gesetze im Interesse der Landespflege bestimmten Nutzungsregelungen unterworfen werden, z. B. Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Bannwälder, Schutzstreifen beiderseits von Straßen u. a. m. In den Landespflegebereichen haben die Eigentümer und Nutzungsberechtigten bestimmte landespflegerische Maßnahmen zu dulden, um nichtgenutzte und sonstige Flächen vor Landschaftsschäden zu bewahren oder um örtliche Erholungsflächen, öffentliche Grünflächen, Spiel- und Sportflächen, ortsnaher Erholungsgebiete zu ermöglichen.

Nach der hier vertretenen Gesamtkonzeption der Landschaftsplanung und -gestaltung kommt der Landschaft infolge des räumlich weitergehenden Schutzes eine größere Bedeutung zu als dem herkömmlichen Naturschutz. Deshalb ist auch die Überschrift des Gesetzes gegenüber dem vor-

gesehenen Wortlaut des Art. 74 Nr. 25 GG geändert und der Naturschutz erst im III. Abschnitt geregelt. Dennoch bleibt er ein wesentlicher Teil des Schutzes der Landschaft, weil er durch Schutzbereiche einen Ausgleich gegenüber den Wirkungen der modernen Zivilisation zu schaffen versucht. In der Hauptsache sind Gegenstände des Naturschutzes Teilflächen der Natur oder spezielle Naturgebilde. Demgegenüber ist Landschaft „ein geschlossener und als Einheit geprägter Raum der Erdoberfläche, deren Formen durch die natürlichen Faktoren, so Geologie, Vegetation und Klima, besonders aber durch die Einwirkung von Wind, Wasser und Weidevieh und entscheidend durch die Tätigkeit des Menschen bestimmt sind“ (G. O l s c h o w y, Der Landschaftsplan — Aufgabe, Methodik und Aufgabenbereiche, in Schriftenreihe der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege, 1966, Heft 1 S. 12 f.). Nach dieser Begriffsbestimmung wird die Landschaft vor allem visuell in ihrer geographischen oder bildhaften Eigenart erfaßt und gewertet und unter Natur nur ein Teil der Erdoberfläche oder ein spezielles Gebilde verstanden, der wesensmäßig ohne menschliches Zutun entstanden ist und keine geschlossene Einheit bildet. Die Begriffe Natur und Landschaft sind gegenständlich nicht genügend bestimmt, so daß ihre Grenzen flüchtig sind. Daher kann die Verwendung der Begriffe Naturschutz und Landschaftspflege in Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG oder in Art. 74 Nr. 25 zu mißverständlichen Auslegungen führen, vor allem, wenn dabei an die positivrechtliche durch den Strukturwandel überholte Normierung im Reichsnaturschutzgesetz angeknüpft wird. Der Gesetzesentwurf geht von der herkömmlichen Umschreibung der Begriffe aus, die sich eingebürgert hat, verkennt aber nicht die Schwierigkeiten der Begriffsbildung.

Eine Mittelstellung nimmt die naturnahe Landschaft ein. Sie ist weder eine Naturlandschaft, die nur von den natürlichen Landschaftsfaktoren bedingt ist, noch eine Kulturlandschaft, die in starkem Maße von dem Menschen geformt ist.

Zum Schutz von Natur und Landschaft unterscheidet der Gesetzesentwurf zwei große Gruppen:

- a) Naturschutzgebiete, Nationalparks, Naturdenkmale;
- b) Landschaftsschutzgebiete, Naturparke und geschützte Landschaftsbestandteile.

Für die Zuordnung zu einer der Gruppen ist die jeweilige Schutzwirkung maßgebend. In Naturschutzgebieten soll die Natur als solche unberührt erhalten, geschützt und gestaltet werden. Deshalb ist hier jede Änderung verboten, wie z. B. Errichten von Bauwerken aller Art, Aufstellen von Wohnungen und Zelten, Errichten von Drahtleitungen, Abladen von Schutt, Beseitigung von Hecken und Bäumen, Kahlschlag, Eingriffe in die Bodengestalt, Ausreißen von Pflanzen, Fang von freibleibenden Tieren. Den gleichen Schutz sollen auch Nationalparke und Naturdenkmale einschließlich ihrer Umgebung genießen. Da die nach § 6 RNschG privilegierten öffentlichen Zwecke nach der neueren Rechtsprechung (BayVGH in BayVBl. 1966 S. 25; VGH Kassel in DVBl. 1965 S. 816; BVerwGE 3, 341) und der Literatur (Lorz, Naturschutz, Tierschutz- und Jagdrecht, 2. Aufl. 1967, Anm. 2 zu § 6; Mang, Naturschutzrecht in Bayern, 2. Aufl., 1960, Anm. 1) nicht mehr als prinzipiell vorrangig anzusehen sind, müssen sie im Einzelfall mit den Interessen des Naturschutzes am jeweiligen Objekt in Einklang gebracht werden. Diesem Ziel dient der § 16 des Gesetzesentwurfs, der die Zahl der begünstigten Unternehmen einschränkt und den Nachweis fordert, daß die privilegierten Zwecke auch im Einzelfall den Naturschutzinteressen eindeutig vorrangig sind.

In den Landschaftsschutzgebieten, den Naturparks und für die geschützten Landschaftsbestandteile sind nur die Änderungen untersagt, die einen ausgewogenen Naturhaushalt, die landschaftliche Eigenart oder den Erholungswert

beeinträchtigen (vgl. BVerwGE 4, 58; Bad.-Württ. VGH in VerwRspr. 11, 963; 14, 312; a. A. OVG Münster, DVBl. 1960 S. 212). Als derartige Veränderungen können angesehen werden: Aufstellen von Zelten, Wohnwagen, Abstellen von Fahrzeugen, Wochenendhäusern, Anlagen von Steinbrüchen, Ablagern von Müll, Umgestaltung der natürlichen Pflanzen- und Tiergemeinschaften. Denkbar ist auch die Umwandlung eines Landschaftsschutzgebietes in ein Naturschutzgebiet (vgl. VGH Mannheim in: Natur und Landschaft, 1965, S. 13).

Neben diesen herkömmlichen Schutzgebietstypen statuiert der Gesetzesentwurf zwei besondere Typen: den Nationalpark und den Naturpark. Wort und Begriff werden in der Landespflege nicht einheitlich gebraucht. Nur insoweit besteht Übereinstimmung, als die Bezeichnung auf eine gewisse Abgeschlossenheit und aktive Ordnung des erfaßten Gebietes hindeutet. Über die Eigentumsstruktur sagt der Begriff nichts aus. Die Parke sind eine Gemengelage von Flächen, die sich im Besitz des Staates, öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten sowie von Privaten befinden können. Der Nationalpark als Naturlandschaft ist gegenüber dem Naturpark als naturnahe Kulturlandschaft das universellere Rechtsinstitut; deshalb gehen die Schutzwirkungen dort weiter als hier und sind in diesem Sinn typisiert. Ihrem Charakter würde es nicht entsprechen, sie allein nach der Größe der Fläche begrifflich zu bestimmen. Sodann steht beim Nationalpark das wissenschaftliche Interesse, beim Naturpark die Verbesserung und Erweiterung der Möglichkeit einer naturnahen Erholung im Vordergrund. Die Definition des Nationalparks entspricht den Voraussetzungen, die die 10. Generalversammlung der U. I. C. N. in Neu-Delhi am 1. 12. 1969 aufgestellt hat. Die einzelnen Merkmale des Naturparks unterscheiden sich von anderen einschlägigen Definitionen. Diese übersehen in der Regel, daß die Naturparke nicht aus ein- und demselben Schutzbereich bestehen, sondern verschiedene derartige Bereiche sowie auch ungeschützte Gebiete umfassen. Das besondere Kennzeichen eines Naturparks wird darin gesehen, daß alle diese Gebiete einheitlich zu entwickeln und zu pflegen sind. Ihre einzelnen Teile können verschiedenen Rechtswirkungen unterliegen.

Da die Notwendigkeit des Rechtsschutzes der im 1. Teil des IV. Abschnitts behandelten Materie bereits dargestellt ist, können sich die Erläuterungen auf den Artenschutz, der im 2. Teil dieses Abschnittes geregelt ist, beschränken. Als Artenschutz dient der Schutz von Pflanzen und nicht-jagdbaren Tieren der Erhaltung seltener und in ihrem Bestand gefährdeter oder bedrohter Pflanzen- und Tierarten. Die gegenwärtige Rechtslage zeigt ein buntes Bild, weil die Naturschutzverordnung vom 18. 3. 1936, die den Artenschutz regelt, durch die Länder in vielerlei Hinsicht geändert worden ist. Dadurch ist ein unerfreulicher Rechtszustand eingetreten: in vielen Fällen ist die gleiche Handlungsweise in dem einen Land erlaubt, in dem anderen Land verboten. Auch bestehen erhebliche Unzuträglichkeiten beim Handelsverkehr von Pflanzen und Tieren über die Landesgrenzen hinaus. Deshalb ist es dringlich, auf dem Gebiete des Artenschutzes eine einheitliche Regelung durch den Bund zu schaffen. Der Gesetzesentwurf fordert die Darstellung eines Artenschutzprogramms. Im übrigen hält er an der herkömmlichen Trennung fest, nach der der Artenschutz der freilebenden jagdbaren Tiere als Sache des Jagdrechts im Bundesjagdgesetz geregelt bleibt, dagegen der Schutz der freilebenden nichtjagdbaren Tiere Aufgabe des Landespflegegesetzes sein soll. Dies entspricht auch dem Rechtsbe-

wußtsein, das sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat. Im Interesse der Beseitigung der länderbedingten Zersplitterung des Artenschutzes erscheint jedoch eine Änderung des § 2 des Bundesjagdgesetzes vom 30. 3. 1961 geboten.

Dem Betreten von Wald und Flur widmet der Gesetzesentwurf einen eigenen, „Gemeingebrauch“ überschriebenen Abschnitt. Die Regelung knüpft an den gewohnheitsrechtlichen Grundsatz des freien Betretens von Wald und Flur²³ an, der seinen Niederschlag in Bayern in Art. 141 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung und in den Ländern Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in den Forstgesetzen gefunden hat. Die Grenzen ergeben sich aus § 35 Abs. 1 des Gesetzesentwurfs. Im übrigen kann ein derartiges Recht nach dem Grundgesetz auch aus der Sozialpflichtigkeit des Eigentums hergeleitet werden, weil Wald und Flur vor allem an Wegen, Wasserläufen und am Meeresstrand²⁴. Der freie Zugang zur Landschaft ist eine Voraussetzung der Erholung; er darf nicht gleichgesetzt werden mit der freien Zufahrt, die gerade bei der Motorisierung der Massen zu enormen Schädigungen führt. Deshalb muß gerade bei der Planung von Erholungsräumen die Eindringtiefe der Autos besonders festgesetzt werden. Für Wander- und Radfahrwege, die auf Privatgrundstücken besonders angelegt werden sollen, trifft § 36 eine besondere Regelung, die unter bestimmten Voraussetzungen Enteignungen zuläßt.

Eine besondere Erörterung bedarf noch der VII. Abschnitt „Verfahren“. Der Gesetzesentwurf faßt hier die Verfahrensvorschriften zusammen, weil dies der besseren Überschaubarkeit der Möglichkeiten dient, die gesetzlichen Vorschriften zu verwirklichen. Man muß sich dabei bewußt bleiben, daß die beste gesetzliche Regelung bei mangelnder Kraft ihrer Durchsetzung zum Scheitern verurteilt ist. Zum Zwecke der Durchführung der Landespflege begründet der Gesetzesentwurf: Beteiligungs-, Mitteilungs-, Auskunfts- und Meldepflichten, landespflegerische Untersuchungen und die einstweilige Sicherstellung. In Härtefällen sieht er Genehmigungen und Befreiungen vor.

Schließlich macht der Gesetzesentwurf im VIII. Abschnitt die finanzielle Förderung der Landespflege zur Pflicht des Bundes und der Länder in der Erkenntnis, daß bei ökologischen Einwirkungen der Natur und Landschaft auf den Menschen der Staat nur im Wege positiver Förderung²⁵ dazu beitragen kann, die Wohlfahrtswirkungen eines gesunden Naturhaushalts zu verstärken. In Anwendung des Rechtsgedankens in Art. 104 a Abs. 4 GG schlägt § 59 die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in Landschaftspflegebereichen und Schutzbereichen für Natur und Landschaft vor. Der Gesetzesentwurf hält diese Regelung für besser als die von Geldleistungen an die Länder gemäß Art. 104 a Abs. 3 GG. Als weitere Mittel positiver Förderung bieten sich an: Maßnahmen der Boden-, Wasser- und Grünpflege; finanzielle Förderung von Umweltinvestitionen durch die Industrie und Kommunen; Beteiligung an Kosten Privater für umwelterhaltende Tätigkeit; Förderung der Forschung, Aufklärung, Erziehung und Information, um Lernprozesse in Gang zu setzen, die das öffentliche Bewußtsein der Staatsbürger stärken, wie es dem Staatsziel eines freiheitlichen demokratischen Staates entspricht.

- ¹ Die erste Beratung dieses Gesetzesentwurfs im Bundestag hat am 16. 12. 1970 stattgefunden (Stenogr. Bericht der 87. Sitzung S. 4797 bis 4846).
- ² Vgl. hierzu im einzelnen: Antwort der Bundesregierung vom 4. 12. 1970 (BTDrucks. VI/1519) auf die große Anfrage der Fraktionen der SPD-FDP über Umweltschutz (BTDrucks. VI/1275).
- ³ Vgl. Rachel Carson, *Der stumme Frühling*, 1962; Emil Egli, *Natur in Not*, 1970; *Der Spiegel* Nr. 41/1970, *Vergiftete Umwelt*; Europäische Naturschutzkonferenz in Straßburg v. 9.-12. 2. 1970.
- ⁴ Vgl. v. Mangoldt-Klein, *Das Bonner Grundgesetz*, Kommentar, 2. Aufl. 1964, Band II S. 1356 ff.
- ⁵ Vgl. K. Bächtoldt, *Über die Notwendigkeit des Landschafts- und Denkmalschutzes*, in *Festgabe für Willi Rohner*, Heerbrugg, 1967, S. 133 ff.; R. Waterkamp, *Raumordnung und Infrastrukturpolitik*, in *Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“* vom 17. 4. 1971 B 16/71, S. 2 ff.
- ⁶ Vgl. *NZZ – Schriften zur Zeit: Die Bedrohung unseres Lebensraums*, 2. Aufl., Zürich 1970; H. Mattern, *Gras darf nicht mehr wachsen*. 12 Kapitel über den Verbrauch der Landschaft, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1964; V. Pacard, *Die große Verschwendung*, Düsseldorf, 1961.
- ⁷ Vgl. E. Stein, *Sozialstaat*, in *Handbuch zur Politik-Wissenschaft*, München, 1970, S. 395 ff.
- ⁸ Siehe K. Buchwald, „Umweltschutz und Gesellschaft“, in *Naturschutz und Naturparke*, 1970, Heft 60, S. 1 ff.
- ⁹ Dies kommt insbesondere zum Ausdruck in dem Gesetzesentwurf eines Verwaltungsverfahrensgesetzes (BT-Drucks. VI/1173).
- ¹⁰ Vgl. hierzu E. Stein, *Zur Wandlung des Eigentumsbegriffs*, in: *Festschrift für Gebhard Müller*, 1970, S. 503–527; L. Raiser, *Verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie und Städtebau*, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, 1971, S. 83–98.
- ¹¹ Wolff-Raiser, *Sachenrecht*, 1957, § 52, 3, S. 179.
- ¹² Vgl. hierzu das sog. Grünflächenurteil des Bundesgerichtshofes vom 20. 12. 1956 in BGHZ 23, 30, nach dem die Aufnahme von Grundstücken eines bisher ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Geländes in ein vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk rechtskräftig aufgestelltes Grünflächenverzeichnis ein Bauverbot darstellt, das in der Regel eine konkrete Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist und deshalb keine Entschädigungspflicht auslöst.
- ¹³ Vgl. hierzu Deutscher Rat für Landespflege, *Rechtsfragen der Landespflege*, Heft 8 der Schriftenreihe, 1967; K. Buchwald und W. Engelhard, *Handbuch für Landschaftspflege und Naturschutz*, München 1968; Akademie für Raumforschung und Landesplanung, *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, 1966; K. Buchwald, W. Lendholt, E. Preisling, *Was ist Landespflege?* in: *Garten und Landschaft*, 1964 Nr. 7; K. Buchwald, *Landschaft und moderne Industriegesellschaft*, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 28. 7. 1962, Nr. 137.
- ¹⁴ Vgl. hierzu u. a. Werner Weber, *Das Recht des Landschaftsschutzes*, 1938; Werner Weber, *Das Recht der Landschaft*, in: *Festschrift für Paul Gieseke*, 1958; E. Mäding, *Elemente des Landschaftsrechts*, in: *Festschrift für H. Fr. Wiepking*, 1963, S. 326 ff.; E. Mäding, *Die Landespflege in öffentlichen Gemeinwesen*, a. a. O., S. 315 ff.
- ¹⁵ Vgl. zu diesem Problemkreis auch den Verkehrsbericht 1970 der Bundesregierung (BT-Drucks. VI/1350) vom 4. November 1970, insbes. die S. 26, 54, 62, 79 ff.
- ¹⁶ Vgl. W. Mraas, *Die Organisation des staatlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege*, Beiheft 1 zu *Landschaft und Stadt*, Stuttgart, 1970.
- ¹⁷ Man könnte hier daran denken, den Landespflegebehörden die Kulturämter und die Flurbereinigungsbehörden anzugliedern.
- ¹⁸ K. Buchwald, *Stand und Entwicklungstendenzen der akademischen Ausbildung für Landschaftspflege und Naturschutz in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Natur und Landschaft*, Bd. 43 (1968), S. 211 ff.; G. Olschowy (Herausg.) u. a. *Frägen zur Hochschulausbildung auf dem Gebiet der Landespflege*, Wissenschaftl. Arbeitstagung am 1. 12. 1966 an der T. H. Hannover; Konrad Buchwald, *Wird die heutige Arbeit für Naturschutz und Landschaftspflege den Anforderungen unserer Zeit gerecht?* in: a. a. O., Bd. 44 (1969), S. 43 f.
- ¹⁹ Vgl. zum Gesundheitsschutz den Gesundheitsbericht 1970 der Bundesregierung (BT-Drucks. VI/1667) S. 92 ff. Nr. 174–183.
- ²⁰ Von den hier ergangenen Gesetzen seien nur die wichtigsten genannt: Landwirtschaftsgesetz vom 5. 9. 1955 (BGBl. I S. 565); Flurbereinigungsgesetz vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591); Landbeschaffungsgesetz vom 23. 3. 1963 (BGBl. I S. 1012); Grundstücksverkehrsgesetz vom 28. 7. 1961 (BGBl. I S. 1091); Düngemittelgesetz vom 14. 8. 1962 (BGBl. I S. 558); Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341); Bundesfernstraßengesetz vom 6. 8. 1961 (BGBl. I S. 1741); Wasserhaushaltsgesetz vom 6. 8. 1964 (BGBl. I S. 6111); Gesetz über Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln vom 5. 9. 1961 (BGBl. I S. 1653); Altölgesetz vom 23. 12. 1968 (BGBl. I S. 1419); Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung vom 17. 5. 1965 (BGBl. I S. 413); die Forstgesetze der Länder, das Pflanzenschutzgesetz vom 10. 5. 1968 (BGBl. I S. 352); das Bundesjagdgesetz vom 30. 3. 1961 (BGBl. I S. 304); das Tierschutzgesetz vom 24. 11. 1933 (RGBl. I S. 987). An einschlägigen internationalen Vereinbarungen sind zu nennen: Internationale Reblauskonvention vom 3. 11. 1881 (RGBl. 1882 S. 125); Internationale Konvention zum Schutz der für die Landschaft nützlichen Vögel vom 19. 3. 1902 (RGBl. 1906 S. 89); Satzung der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen vom 5. 10. 1948 (Bekanntmachung vom 16. 12. 1959, Bundesanzeiger 1960 Nr. 2); Internationales Pflanzenschutzabkommen vom 6. 12. 1951 (BGBl. 1956 II S. 947); Internationales Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl vom 12. 5. 1954 (BGBl. 1956 II S. 379); Übereinkommen zur Errichtung der Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum vom 11. 5. 1956 (BGBl. 1956 II S. 581); Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße – ADR – vom 30. 9. 1957 (BGBl. 1969 II S. 1489); Genfer Übereinkommen über das Küstenmeer und die Anschließzone vom 29. 4. 1958; Genfer Übereinkommen über die Hohe See vom 29. 4. 1958; Genfer Übereinkommen über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze der Hohen See vom 29. 4. 1958; Genfer Übereinkommen über den Festlandsockel vom 29. 4. 1958; Europäisches Übereinkommen vom 16. 9. 1968 über die Beschränkung der Verwendung bestimmter Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln; Verordnung über den Schutz vor Schäden durch die Beförderung besonders gefährlicher Güter auf der Straße vom 23. 7. 1970 (BGBl. I S. 1133).
- ²¹ Vgl. hierzu im einzelnen: *Der Landschaftsplan*, in Heft 1 der Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege, 1966 S. 7–125.
- ²² Vgl. hierzu Soergel-Siebert, *Bürgerliches Gesetzbuch*, Bd. V, 1961, zu Art. 65 EG BGB S. 1002 ff., und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage über das Recht der Boden- und Wasserverbände vom 28. 2. 1967 – BTDrucks. VI/2131 –.
- ²³ Vgl. Dernburg, *Lehrbuch des Sachenrechts*, 1904, S. 219; Stobbe, *Handbuch des deutschen Privatrechts*, 1893, Bd. 1, § 64 Anm. 15 S. 602; OLG Braunschweig in *Zeitschrift für Rechtspflege*, 1900, S. 127 und 1932, S. 20; OVG Lüneburg in *DVBl.* 1960 S. 213; BayVGH v. 13. 10. 1951 in *BayVerwGE* Bd. IV Teil II S. 206 ff.
- ²⁴ S. Soergel-Siebert, *BGB III*. Bd. § 905 Anm. 15–20.
- ²⁵ Vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung vom 15. 12. 1970 BTDrucks. VI/1606 auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über Finanzplanung zum Umweltschutz (BTDrucks. VI/1421) sowie Antwort des BmF vom 30. 9. 1970 (BTDrucks. VI/1206) auf die Kleine Anfrage v. Abg. (BTDrucks. VI/1151) über Anerkennung des Umweltschutzes als besonders förderungswürdiger und gemeinnütziger Zweck.

Entwurf eines Gesetzes für Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflegegesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Gliederung:

I. Abschnitt: Allgemeine Vorschriften

- § 1 Aufgaben und Ziele der Landespflege
- § 2 Schutz und Pflege des Naturhaushalts
- § 3 Einwirkungen auf Natur und Landschaft
- § 4 Hoheitliche Eingriffe
- § 5 Rechtliche Verpflichtung zur Landespflege
- § 6 Verursachungshaftung
- § 7 Eigentumsbildung, Enteignung, Entschädigung

II. Abschnitt: Landschaftsplanung und -gestaltung

- § 8 Landespflegeprogramm
- § 9 Landschaftsrahmenpläne
- § 10 Landschaftspläne
- § 11 Freihaltung von Ufern und Küsten, Bergkuppen und Steilhängen von Bebauung
- § 12 Grenzüberschreitende Programme und Pläne
- § 13 Landschaftspflegebereiche
- § 14 Landschaftspflegeverbände

III. Abschnitt: Schutzbereiche für Natur und Landschaft

- § 15 Naturschutzgebiete
- § 16 Beschränkungen
- § 17 Nationalparke
- § 18 Naturdenkmale
- § 19 Landschaftsschutzgebiete
- § 20 Naturparke
- § 21 Landschaftsbestandteile
- § 22 Maßnahmen für die Entwicklung von Schutzbereichen
- § 23 Schutz von Kennzeichnungen

IV. Abschnitt: Wirkungsgefüge der Bestandteile des Naturhaushalts

1. Teil: Schutz von Boden, Vegetationsbeständen und Gewässern

- § 24 Schutz und Pflege des Bodens
- § 25 Erhaltung und Pflege der Vegetationsbestände
- § 26 Schutz und Pflege der Gewässer
- § 27 Klima

2. Teil: Schutz von Pflanzen und Tieren

- § 28 Artenschutz
- § 29 Allgemeine Maßnahmen zum Schutz von Pflanzen und Tieren
- § 30 Besondere Maßnahmen zum Schutz von Pflanzen
- § 31 Besondere Maßnahmen zum Schutz von Tieren
- § 32 Ausnahmen

- § 33 Artenschutzprogramm
- § 34 Kennzeichnung von Vogelwarten

V. Abschnitt: Gemeingebrauch

- § 35 Betreten von Wald und Flur
- § 36 Besondere Vorschriften für Wander- und Radfahrwege

VI. Abschnitt: Organisation der Landespflege

- § 37 Aufbau der Organisation
- § 38 Landespflegebehörden
- § 39 Beiräte für Landespflege
- § 40 Landesanstalten für Landespflege
- § 41 Mitwirken der Bundesregierung
- § 42 Bundesbeirat für Landespflege, Bundesbeauftragter für Landespflege
- § 43 Bundesforschungsanstalt für Landespflege
- § 44 Bundesfonds für Landespflege
- § 45 Landespflegebericht

VII. Abschnitt: Verfahren

- § 46 Beteiligungspflicht
- § 47 Mitteilungs- und Auskunftspflichten
- § 48 Planfeststellungsverfahren
- § 49 Meldepflichten
- § 50 Landespflegerische Untersuchungen von Grundstücken
- § 51 Einstweilige Sicherstellung
- § 52 Erlaß von Rechtsverordnungen
- § 53 Rechtsverordnungen bei Gefahr im Verzuge
- § 54 Verfahrensregelung bei Rechtsverordnungen
- § 55 Verfahrensregelung bei Anordnungen
- § 56 Genehmigungen und Befreiungen
- § 57 Widerspruchs- und Klagebefugnis der Beiräte für Landespflege
- § 58 Antragsbefugnis anerkannter Landespflegeorganisationen

VIII. Abschnitt: Finanzielle Förderung der Landespflege

- § 59 Öffentliche Förderung
- § 60 Gebühren und Steuern

IX. Abschnitt: Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

- § 61 Ordnungswidrigkeiten
- § 62 Strafbare Handlungen
- § 63 Einziehung

X. Abschnitt: Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 64 Umwandlung bestehender Einrichtungen
- § 65 Änderung von Gesetzen und Rechtsverordnungen
- § 66 Geltung im Land Berlin
- § 67 Überleitung von Schutzmaßnahmen
- § 68 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Abschnitt: Allgemeine Vorschriften

§ 1

Aufgaben und Ziele der Landespflege

(1) Landschaftspflege und Naturschutz (Landespflege) erstreben eine menschenwürdige, naturnahe Umwelt, die nachhaltig leistungsfähig, ökologisch vielfältig, schön und für den Menschen gesund ist, durch Schutz, Pflege und Entwicklung der freien und besiedelten Landschaft.

(2) In diesem Sinne sind die verschiedenen durch die Technik, Wirtschaft und Erholung wachsenden Ansprüche der Gesellschaft an die natürliche Umwelt auszugleichen.

§ 2

Schutz und Pflege des Naturhaushalts

Die Kräfte und Bestandteile des Naturhaushalts (Landschaftsfaktoren) – Boden, Wasser, Klima sowie Pflanzen- und Tierwelt – sind als Lebensgrundlagen der Gesellschaft bei deren Nutzung planmäßig zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln mit dem Ziel, daß ihre nachhaltige Leistungsfähigkeit gesichert ist und das Wirkungsgefüge des Naturhaushalts auch nicht zum Nachteil seiner Kräfte und Bestandteile verändert wird.

§ 3

Einwirkungen auf Natur und Landschaft

Bauliche, technische und wirtschaftliche Einwirkungen auf Natur und Landschaft, die geeignet sind, ihr Wirkungsgefüge, ihre Eigenart oder ihre Schönheit zu gefährden oder zu beeinträchtigen, sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken und dürfen nur vorgenommen werden, soweit besonders wichtige Interessen der Gesellschaft dies zwingend erfordern. Ist eine solche Einwirkung unumgänglich, so ist derjenige Weg zu wählen, der Natur und Landschaft am wenigsten beeinträchtigt.

§ 4

Hoheitliche Eingriffe

(1) Hoheitliche Eingriffe in Freiheit und Eigentum natürlicher und juristischer Personen sowie nichtrechtsfähiger Personenvereinigungen sind erst dann zulässig, wenn die Ziele der Landespflege nicht durch angemessene vertragliche Regelungen erreicht werden können.

(2) § 21 Abs. 2 und 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet entsprechende Anwendung.

§ 5

Rechtliche Verpflichtung zur Landespflege

Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Planungsträger haben

1. die Erfordernisse der Landespflege bei Erfüllung ihrer Befugnisse und Aufgaben zu beachten und für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Fachbehörden Sorge zu tragen;
2. dafür zu sorgen, daß die Landschaftsfaktoren im Sinne der Landespflege sachgerecht behandelt sowie sparsam, planmäßig und pfleglich genutzt werden;
3. das natürliche Wirkungsgefüge und die natürliche Eigenart der Landschaft bei allen sie verändernden Maßnahmen ausreichend zu berücksichtigen und nachteilige Veränderungen, die durch unvermeidbare Einwirkungen hervorgerufen werden, zu beseitigen oder auszugleichen;
4. Wasserflächen, Wald und sonstige Grundbestände in einem der Bevölkerungsverteilung angemessenen Umfang nach den Erfordernissen der Landespflege zu erhalten und anzulegen;
5. Erholungsflächen in Wohnbereichen, ortsnahen Erholungsgebieten und solche von überregionaler Bedeutung zu schaffen.

§ 6

Verursachungshaftung

(1) Wenn Eigentümer oder Nutzungsberechtigte durch die Art der Nutzung die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ungünstig beeinflussen oder das Landschaftsbild nachteilig verändern, haben sie solche Folgen auszugleichen oder zu beseitigen, soweit die dazu erforderlichen Aufwendungen unter Berücksichtigung der Schwere des Eingriffes und des Allgemeininteresses zumutbar sind.

(2) Kommt der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so kann ein anderer mit der Vornahme der Handlung auf Kosten des Pflichtigen beauftragt werden.

§ 7

Eigentumsbindung, Enteignung, Entschädigung

(1) Die Maßnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind in der Regel Eigentumsbindungen im Sinne des Art. 14 Abs. 2 Satz 2 GG. Ein staatlicher Eingriff in vermögenswerte Rechte, der diese Sozialbindung überschreitet, ungleich und unzumutbar ist, ist als Enteignung entschädigungspflichtig.

(2) Eine Enteignung nach diesem Gesetz ist aus zwingenden Gründen der Landespflege zulässig.

(3) Die §§ 86 bis 92 des Bundesbaugesetzes gelten für die Enteignung sinngemäß. Für die Entschädigung und das Enteignungsverfahren gelten die Vorschriften der §§ 93 bis 122 des Bundesbaugesetzes entsprechend. Bei der Bemessung der Entschädigung, die unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten festzusetzen ist, werden jedoch Werterhöhungen, die lediglich durch die Aussicht auf landespflegerische Maßnahmen, durch ihre Vorbereitung oder ihre Durchführung eingetreten sind, nur insoweit berücksichtigt, als der Betroffene diese Werterhöhungen durch eigene Aufwendungen zulässigerweise bewirkt hat.

(4) Wenn

1. die bisherige rechtmäßige Wirtschaftsführung oder -nutzung eines Grundstückes wesentlich erschwert oder untersagt wird oder eine erhebliche Ertragsminderung eintritt;
 2. eine dem jeweiligen Stand der Entwicklung entsprechende, land- und forstwirtschaftliche Nutzung des Eigentums nicht mehr möglich ist;
- ist eine angemessene Enteignungsentschädigung zu leisten.

(5) Verliert ein Grundstück seine dauernde Nutzbarkeit, so ist es auf Verlangen des Eigentümers von der öffentlichen Hand zum angemessenen Preis zu erwerben.

II. Abschnitt: Landschaftsplanung und -gestaltung

§ 8

Landespflegeprogramme

(1) Die Ziele der Landespflege sind für das Bundesgebiet und die Gebiete der Länder unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung in Landespflegeprogrammen darzustellen. Sie sind für die Landespflegebehörden rechtsverbindliche Richtlinien für öffentlich rechtliche Planungen zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen in der Landschaft oder von Eingriffen in den Naturhaushalt. Soweit erforderlich, sind die Landespflegeprogramme vom Bund und von den Ländern aufeinander abzustimmen.

(2) Die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen (§ 3 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes) des Landespflegeprogrammes sind für das Bundesgebiet zum rechtsverbindlichen Teil der zusammenfassenden Darstellung im Sinne von § 4 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes und für das Gebiet eines Landes zum rechtsverbindlichen Bestandteil des

übergeordneten und zusammenfassenden Programms oder Planes im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes zu machen.

§ 9

Landschaftsrahmenpläne

(1) Die überörtlichen Erfordernisse und Maßnahmen der Landespfl ege sind in Landschaftsrahmenplänen darzustellen. § 8 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Der Landschaftsrahmenplan ist zum rechtsverbindlichen Bestandteil der Regionalplanung im Sinne von § 5 Abs. 3 des Raumordnungsgesetzes zu machen, soweit er raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen enthält.

(3) Soweit ein Regionalplan nicht vorliegt, ist dem Landschaftsrahmenplan die Rechtswirksamkeit eines Regionalplanes zuzuerkennen.

§ 10

Landschaftspläne

(1) Die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen der Landespfl ege sind in Landschaftsplänen darzustellen. § 8 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Der Landschaftsplan ist zum rechtsverbindlichen Bestandteil des Bauleitplanes im Sinne von § 1 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes zu machen, soweit er Darstellungen gemäß § 5 oder Festsetzungen gemäß § 9 des Bundesbaugesetzes enthält.

(3) Soweit ein Bauleitplan nicht vorliegt, ist dem Landschaftsplan die Rechtswirksamkeit eines Bauleitplanes zuzuerkennen.

§ 11

Freihaltung von Ufern und Küsten, Bergkuppen und Steilhängen von Bebauung

(1) Ufer und Küsten, Bergkuppen, Steilhänge und Landschaftsteile, deren Erhaltung wegen ihres landschaftsökologischen Wertes oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart, Schönheit oder ihrer Bedeutung für die Erholung im allgemeinen Interesse liegt, und deren nähere Umgebung sind von jeder Bebauung und Einzäunung freizuhalten. Der Bereich der Freihaltung ist in dem Landschaftsplan (§ 10) festzusetzen.

(2) Die Errichtung und Erweiterung standortbedingter Anlagen (Hafenanlagen, Brücken, Bootshäuser, Badeanlagen, Anlegestege, Schutzhütten und ähnliche Bauten) können unbeschadet anderer Rechtsvorschriften mit besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn die Belange der Landespfl ege nicht beeinträchtigt werden.

§ 12

Grenzüberschreitende Programme und Pläne

Grenzüberschreitende Landespfl egeprogramme, Landschaftsrahmenpläne und Landschaftspläne können durch Vereinbarungen zwischen den beteiligten Ländern geregelt werden; das gilt auch für die Ausübung der staatlichen Aufsicht über Planungszusammenschlüsse mit Rechtspersönlichkeit.

§ 13

Landschaftspflegebereiche

(1) Flächen,

1. in denen schwerwiegende Landschaftsschäden vorhanden oder zu befürchten sind;
2. die von ihren Eigentümern oder Nutzungsberechtigten anhaltend und in erheblichem Maße nicht genutzt werden, so daß hierdurch der Naturhaushalt oder das Landschaftsbild beeinträchtigt wird;
3. die für Erholungszwecke genutzt werden sollen;

können nach Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zu Landschaftspflegebereichen erklärt werden.

(2) In diesen Bereichen haben die Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten landespflegerische Maßnahmen im Sinne des § 1 zu dulden.

§ 14

Landschaftspflegeverbände

(1) Zur Verwirklichung der für einen Landschaftspflegebereich festgesetzten Ziele (§§ 1, 13) sowie für die Schaffung und Unterhaltung von Erholungsgebieten können benachbarte Gebietskörperschaften sich zu Landschaftspflegeverbänden als Körperschaften des öffentlichen Rechtes zusammenschließen. Die Vorschriften des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933) sind entsprechend anzuwenden.

(2) In Landschaftspflegebereichen können Wasser- und Bodenverbände im Sinne der in Abs. 1 genannten Vorschriften gegründet werden. Aufsichtsbehörden sind die nach Landesrecht zuständigen Landespfl egebehörden.

III. Abschnitt: Schutzbereiche für Natur und Landschaft

§ 15

Naturschutzgebiete

(1) Naturschutzgebiete sind durch Rechtsverordnung geschützte, bestimmt abgegrenzte Landschaftsräume oder Teile von diesen, in denen ein besonderer Schutz der Natur in ihrer Ganzheit oder in einzelnen ihrer Teile aus wissenschaftlichen, ökologischen und geschichtlichen Gründen, insbesondere zur Erhaltung bestimmter Lebensstätten (Biotope) für Tier- oder Pflanzenarten, im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Naturschutzgebiete können auch der Erholung der Bevölkerung dienen, wenn dies die ökologischen Verhältnisse gestatten.

(2) In der Rechtsverordnung sind die im Interesse des jeweiligen Schutzgrundes gebotenen Schutz- und Pflegemaßnahmen niederzulegen und der Schutzgegenstand zu bezeichnen.

(3) In den Naturschutzgebieten sind unbeschadet der im Einzelfall getroffenen besonderen Bestimmungen sämtliche Maßnahmen verboten, die zu einer Veränderung oder Zerstörung des Naturschutzgebietes, insbesondere seines Naturhaushaltes, oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.

§ 16

Beschränkungen

Flächen, die bereits ausschließlich oder überwiegend den Zwecken der Verteidigung, der Anlage und Benutzung besonders wichtiger öffentlicher Verkehrswege oder dem Betrieb lebenswichtiger Energiebetriebe gewidmet sind, können in den Naturschutz einbezogen werden, sofern nicht die unumgängliche Inanspruchnahme der Flächen für die vorgenannten Zwecke gegenüber den Interessen des Naturschutzes im Einzelfall eindeutig den Vorrang verdient.

§ 17

Nationalparke

(1) Nationalparke sind großräumige, durch Rechtsverordnung bestimmte, sich selbständig verwaltende Naturschutzgebiete (§ 15), die wegen ihrer besonderen Eigenart und Naturausstattung von überregionaler Bedeutung sind und vornehmlich der Erhaltung und wissenschaftlichen Beobachtung natürlicher oder naturnaher Lebensgemeinschaften dienen und einer wirtschaftsbestimmten Nutzung nicht unterliegen.

(2) Nationalparke sind mit einer Schutzzone zu umgeben, die als Landschaftsschutzgebiete im Sinne des § 19 auszuweisen ist.

(3) Grundflächen, die von einem Nationalpark umschlossen werden oder daran grenzen, können enteignet werden,

wenn dies für die Zwecke des Nationalparkes erforderlich ist.

(4) § 16 findet Anwendung.

§ 18

Naturdenkmale

(1) Naturdenkmale sind durch Anordnung geschützte, bestimmte abgegrenzte natürliche Bestandteile der Landschaft bis zu einer Fläche von 5 ha, deren Erhaltung wegen ihrer wissenschaftlichen oder geschichtlichen Bedeutung oder wegen ihrer sonstigen Eigenart im öffentlichen Interesse liegt (z. B. Felsen, erdgeschichtliche Aufschlüsse, Wanderblöcke, Gletscherspuren, Quellen, Wasserläufe, Wasserfälle oder seltene Bäume, Standorte von seltenen Pflanzen, Lebensstätten von Tieren).

(2) Es ist verboten, ein Naturdenkmal ohne Genehmigung zu entfernen, zu zerstören oder zu verändern. Entsprechendes gilt für seine geschützte Umgebung.

§ 19

Landschaftsschutzgebiete

(1) Landschaftsschutzgebiete sind durch Rechtsverordnung geschützte, bestimmt abgegrenzte Landschaftsräume, in denen ein besonderer Schutz zur Erhaltung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts oder wegen ihrer landschaftlichen Eigenart oder ihres Erholungswertes im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Der Schutz kann sich auch darauf erstrecken, das Landschaftsbild vor verunstaltenden Eingriffen zu bewahren.

(2) In der Rechtsverordnung sind der Schutzgrund, der Schutzgegenstand wie auch Gebote und Verbote zu bezeichnen.

(3) In den Landschaftsschutzgebieten sind alle Maßnahmen verboten, die dem Schutzgrund zuwiderlaufen.

(4) Ein Landschaftsschutzgebiet kann zu einem Naturschutzgebiet bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 15 umgewandelt werden.

§ 20

Naturparke

Naturparke sind großräumige, einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die überwiegend Landschaftsschutzgebiete, Landschaftspflegebereiche und Naturschutzgebiete sind und sich wegen ihrer Naturausstattung zur Erholung eignen, nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung hierfür benötigt werden und durch Rechtsverordnung dazu bestimmt sind.

§ 21

Landschaftsbestandteile

(1) Landschaftsbestandteile sind durch Anordnung oder Rechtsverordnung geschützte, natürliche Bestandteile der Landschaft, wenn sie den Voraussetzungen der §§ 15 und 18 nicht entsprechen, jedoch im Interesse des Landschaftshaushaltes oder zur Belebung des Landschafts- und Ortsbildes beitragen oder verunstaltende Änderungen von ihr fernhalten oder wegen ihres Wertes für die Erholung des Menschen Erhaltung und Pflege verdienen (z. B. Bäume, Baum- und Gebüschgruppen, Raine, Alleen, Wallhecken, sonstige Hecken, Feldgehölze, Schutzpflanzungen, Röhrichte, Parke, Friedhöfe und kleinere Wasserflächen).

(2) Die Anordnungen können sich auch auf die Beseitigung von Verunstaltungen erstrecken, wenn dies dem Betroffenen zuzumuten und ohne größere Aufwendungen möglich ist; behördlich genehmigte Anlagen werden hierdurch nicht berührt.

(3) In der Anordnung oder Rechtsverordnung sind die im Interesse des Schutzzweckes gebotenen besonderen Schutz- und Pflegemaßnahmen im einzelnen niederzulegen

und der Schutzgegenstand zu bezeichnen. Geschützt werden können sowohl einzelne Landschafts- und Ortsbestandteile als auch für abgegrenzte Bereiche sämtliche im Absatz 1 genannten Arten von Landschaftsbestandteilen.

§ 22

Maßnahmen für die Entwicklung von Schutzbereichen

Maßnahmen für den Schutz, die Pflege und Entwicklung von Naturparken und Landschaftspflegebereichen sind in Landschaftsrahmenplänen und Landschaftsplänen (§§ 9 Abs. 1, 10 Abs. 1) im Planfeststellungsverfahren festzulegen.

§ 23

Schutz von Kennzeichnungen

Die in den §§ 15–21 festgelegten Schutzbegriffe dürfen nur für die nach diesen Vorschriften ausgewiesenen Gebiete und Gegenstände verwendet werden.

IV. Abschnitt: Wirkungsgefüge der Bestandteile des Naturhaushalts

1. Teil: Schutz von Boden, Vegetationsbeständen und Gewässern

§ 24

Schutz und Pflege des Bodens

(1) Der Boden ist so zu pflegen, daß die Leistungsfähigkeit der Landschaft optimal und nachhaltig gewährleistet ist. Insbesondere sollen die Flächen so genutzt werden, daß kein Verlust des Bodens und seiner Fruchtbarkeit durch Windeinfluß oder Oberflächenwasser eintreten kann.

(2) Die zur Verhinderung des Bodenabtrages erforderlichen Vorkehrungen sind vom Verursacher zu treffen. Für den landwirtschaftlichen Bereich sollen diese Maßnahmen möglichst im Rahmen der agrarstrukturellen Neuordnung (z. B. Flurbereinigung) vorgenommen werden. Böden, die für die landwirtschaftliche Nutzung und den Wasserhaushalt besonders wertvoll sind, sind nur in dem unbedingt notwendigen Umfang für andere Nutzungsarten vorzusehen.

(3) Steine, Erden und andere Bodenschätze sind so abzubauen, daß

1. keine dauernden Schäden im Wirkungsgefüge der Landschaft entstehen;
2. keine wertvollen landschaftlichen Bestandteile vernichtet werden;
3. das Landschaftsbild nicht dauernd beeinträchtigt wird;
4. die Fläche nach dem Abbau wieder sinnvoll genutzt werden kann.

(4) Entsprechendes gilt für Aufschüttungen (Abraumkippen und Rückstandshalden).

(5) Schutt, Unrat und Abfälle dürfen nur an den behördlich zugelassenen Stellen abgelagert werden. Für die Gestaltung und Bepflanzung der Abfalldeponie im Sinne der Landespflege ist zu sorgen.

§ 25

Erhaltung und Pflege der Vegetationsbestände

(1) Wald, sonstige Gehölze und Röhrichtbestände sind im Hinblick auf ein gesundes Klima, einen geordneten Wasserhaushalt, die Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens, die Erholung und als Lebensraum einer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten und zu pflegen.

(2) Wald soll bei wesentlicher Bedeutung für Klima und Wasserhaushalt oder als Erholungsgebiet nur dann und insoweit vermindert werden, als es zur Verwirklichung von

Planungen unvermeidlich ist, die besonders wichtigen Interessen der Allgemeinheit dienen.

(3) Werden die Ziele der Absätze 1 und 2 durch die Art der Nutzung und Bewirtschaftung nachhaltig beeinträchtigt, dann sind die Schäden durch Ersatzpflanzungen oder andere geeignete Maßnahmen auszugleichen.

(4) Die Pflanzendecke auf Wiesen, Feldrainen, ungenutztem Gelände, an Hecken, Hängen und Böschungen darf nicht abgebrannt werden. Die Ufervegetation (z. B. Schilf- und Binsenbestände) der Gewässer darf weder gerodet noch überschüttet noch auf andere Weise zum Absterben gebracht werden. Ausnahmen von diesen Verboten sind zuzulassen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse dies rechtfertigt oder die Pflanzendecke nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand in dem bisherigen bewirtschaftungsfähigen Zustand erhalten werden kann.

(5) Das Verbot des Absatzes 4 gilt nicht für behördlich angeordnete oder zugelassene Kulturarbeiten oder Maßnahmen zur Unkraut- und Schädlingsbekämpfung.

§ 26

Schutz und Pflege der Gewässer

Bei allen wasserwirtschaftlichen und -baulichen Planungen, Ausführungs- und Pflegemaßnahmen sind

1. die Erfordernisse eines geordneten Haushalts und Bildes der Gewässerlandschaft zu beachten;
2. die biologische Selbstreinigungskraft der Gewässer zu erhalten oder wiederherzustellen;
3. der technische Ausbau durch biologischen Wasserbau zu ergänzen;
4. die Erholungseignung der Gewässer zu steigern und geeignete Bereiche für die Erholung zu erschließen;
5. die Lebensmöglichkeiten für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu verbessern.

§ 27

Klima

(1) Einwirkungen auf die Landschaft sind so vorzunehmen, daß das örtliche Klima nicht beeinträchtigt wird.

(2) Lassen sich nachteilige Auswirkungen auf das örtliche Klima nicht vermeiden, dann sind Schäden durch geeignete landespflegerische Maßnahmen (z. B. Erhaltung und Schaffung von Freiräumen in Baugebieten, Anlage von Schutzpflanzungen, Schutzdämmen oder Wasserflächen) auszugleichen oder zu mindern.

2. Teil: Schutz von Pflanzen und Tieren

§ 28

Artenschutz

Der Artenschutz hat zum Ziel,

1. die Lebensgemeinschaften von wildwachsenden Pflanzen und freilebenden nichtjagdbaren Tieren als Teil des Naturhaushalts zu sichern und zu lenken;
2. deren Lebensstätten zu erhalten, zu pflegen und bei Zerstörung neu zu gestalten;
3. seltene, in ihrem Bestand bedrohte, für den Naturhaushalt besonders bedeutende oder für Wissenschaft und Bildung wichtige Arten von Pflanzen und Tieren zu schützen und zu hegen;
4. die Wiederansiedlung verdrängter oder in ihrem Bestand unmittelbar bedrohter Pflanzen- und Tierarten an geeigneten Lebensstätten zu fördern.

§ 29

Allgemeine Maßnahmen zum Schutz von Pflanzen und Tieren

(1) Es ist verboten, wildwachsende Pflanzen und freilebende nichtjagdbare Tiere mißbräulich sich anzueignen, zu nutzen, zu verwerten und ihre Bestände zu gefährden oder zu vernichten.

(2) Ferner ist verboten,

1. wildlebende nichtjagdbare Tiere ohne berechtigten Zweck zu töten, zu fangen oder mutwillig zu beunruhigen;
2. durch Anordnung geschützte Brutstätten sowie auch unbesetzte Horste oder Sammelplätze von freilebenden Tieren zu beeinträchtigen oder zu beschädigen oder die brütenden oder sich sammelnden Tiere zu stören;
3. gebietsfremde Tiere in die freie Natur einzubringen oder standortfremde Pflanzen auszusäen oder einzupflanzen.

Für land-, forst- oder wasserwirtschaftliche, wissenschaftliche oder jagdliche Zwecke oder zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt oder sonst aus Gründen der Landespflege können hiervon Ausnahmen bewilligt werden.

(3) Das Sammeln wildwachsender Waldfrüchte (Beeren, Pilze und Kräuter) in ortsüblichem Umfang bleibt gestattet.

§ 30

Besondere Maßnahmen zum Schutz von Pflanzen

(1) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden,

1. daß bestimmte Arten von wildwachsenden Pflanzen oder einzelnen Teilen von ihnen der freien Natur nicht entnommen oder beschädigt werden dürfen;
2. daß bestimmte Arten von wildwachsenden Pflanzen nicht ein- oder ausgeführt und nicht verkauft oder anderen überlassen werden dürfen;
3. daß bestimmte Arten von wildwachsenden Pflanzen oder Teile von ihnen für den Handel oder für gewerbliche Zwecke nur mit Erlaubnis gesammelt werden dürfen.

(2) § 25 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.

§ 31

Besondere Maßnahmen zum Schutz von Tieren

(1) Es ist verboten, seltene oder in ihrem Bestand gefährdete Tiere, ihre Teile oder Produkte ein- und auszuführen, zu halten, zu handeln oder anderen zu überlassen. Durch Rechtsverordnung ist zu bestimmen, welche Tierarten als selten oder in ihrem Bestand gefährdet anzusehen sind.

(2) Freilebende Tiere dürfen in Tiergärten und Freigehegen gehalten werden. Für die Errichtung und den Betrieb derartiger Gärten und Gehege bedarf es einer Genehmigung. Sie darf nur erteilt werden, wenn eine angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung der Tiere dieser Gärten und Freigehege gewährleistet ist.

(3) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß

1. bestimmte Tierarten für private Zwecke gehalten oder in zoologischen Fachgeschäften gehandelt werden dürfen;
2. bestimmte Tierarten für wissenschaftliche Zwecke beringt oder auf sonstige Weise gekennzeichnet werden dürfen;
3. bestimmte Tierarten (Vogelarten) von dem Schutz des § 29 Abs. 1 und 2 ganz oder teilweise ausgenommen werden können.

§ 32

Ausnahmen

Zur Abwendung wesentlicher wirtschaftlicher Schäden, zu Forschungs-, Unterrichts-, Lehr- oder Zuchtzwecken und

dergleichen können Ausnahmen von den Vorschriften über den Schutz von Pflanzen und Tieren durch Rechtsverordnung oder Anordnung zugelassen werden.

§ 33

Artenschutzprogramm

(1) Ziele und Maßnahmen zum Schutz und zur Hege von wildwachsenden Pflanzen und freilebenden Tieren (§§ 28 bis 31) sind in einem Landespflegeprogramm (§ 8 Abs. 1) darzustellen.

(2) Aufgabe des Schutzes ist es, Pflanzen- und Tierbestände zu erhalten und zu sichern. Die Hege umfaßt alle die Landespflege betreffenden Lenkungen, die notwendig sind, um die Pflanzen und Tierbestände in bestimmtem Umfang zu mehren oder zu mindern und deren Lebensstätten wie Lebensbedingungen zu gestalten.

§ 34

Kennzeichnung von Vogelwarten

Die Bezeichnung „Vogelwarte“, „Vogelschutzwarte“, „Vogelschutzstation“ oder ähnliche Namen dürfen nur mit Zustimmung der obersten Landespflegebehörde geführt werden.

V. Abschnitt: Gemeingebrauch

§ 35

Betreten von Wald und Flur

(1) Jedermann darf Wald und Flur sowie Bergweiden und auch Gebiete oberhalb der Waldgrenze frei betreten, sofern übergeordnete Erfordernisse der Bestandspflege, der Landespflege, der Wildhege, der Fischerei oder andere vorrangige Gesichtspunkte nicht ganz oder zeitlich befristet entgegenstehen. Das gleiche gilt auch für das Wandern auf Privatwegen und für das Befahren von Gewässern.

(2) Der Zugang zu den Gewässern durch Ufer- und Küstenwege ist in dem für die Erholung erforderlichen Umfang in Landschaftsplänen festzusetzen. Die Träger der Baulasten öffentlicher Wege sind verpflichtet, die Ufer- und Küstenwege nach Maßgabe des Landschaftsplanes anzulegen, auszubauen und zu unterhalten. Bestehende Ufer- und Küstenwege sind offenzuhalten, soweit übergeordnete Erfordernisse nicht entgegenstehen.

(3) Beeinträchtigungen der Erholungssuchenden, insbesondere durch Lärm durch Kraftfahrzeuge und motorisierten Bootsverkehr, sind durch Anordnungen oder Rechtsverordnungen auszuschließen.

§ 36

Besondere Vorschriften für Wander- und Radfahrwege

(1) Der zur Anlage von Wander- und Radfahrwegen und Steigen erforderliche Grund und Boden kann enteignet, oder im Wege der Enteignung kann das Recht gewährt werden, fremde Grundstücke für die Anlage und Erhaltung solcher Wege zu benutzen oder das zum Bau und zur Erhaltung erforderliche Material aus fremdem Grund und Boden zu gewinnen, soweit es im Interesse der Erholungssuchenden unentbehrlich oder zur Förderung des Wanderns besonders wichtig ist.

(2) Die Vorschriften des Abs. 1 finden Anwendung auf den Bau, die Erhaltung und die Erweiterung von Schutzhütten, von Unterkunftshäusern in den Bergen sowie auf die Gewährung des Rechts, das zum Bau oder zur Erhaltung dieser Hütten und Unterkunftshäuser erforderliche Material zu gewinnen.

(3) Die Vorschriften des § 7 Abs. 2 und 3 finden Anwendung.

(4) Grundeigentümer und Nutzungsberechtigte haben die Anbringung von Markierungszeichen und Wegweisern an Wanderwegen zu dulden.

VI. Abschnitt: Organisation der Landespflege

§ 37

Aufbau der Organisation

In den Ländern obliegt die Ausführung dieses Gesetzes den nach Landesrecht zuständigen Landespflegebehörden.

§ 38

Landespflegebehörden

(1) Die Landespflegebehörden haben

1. die Aufgaben der Landespflege wahrzunehmen, die erforderlichen Anordnungen zu erlassen, und bei landespflegerisch schädlichen Nutzungsweisen an Grundstücken auch die notwendigen polizeilichen Maßnahmen gemäß den landesgesetzlichen Vorschriften zu treffen;
2. sich dort einzuschalten, wo die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts nachteilig beeinflußt wird oder Eingriffe in Schutzobjekte zu befürchten sind;
3. die Ziele der Landespflege anderen Behörden und Stellen gegenüber zu vertreten, insbesondere bei Planfeststellungen und Genehmigungen für die bauliche und sonstige Nutzung der im Außenbereich gelegenen Grundstücke mitzuwirken;
4. die Gemeinden, Kreise, Regionalbehörden und Bezirke bei der Verwirklichung der landespflegerischen Aufgaben zu unterstützen;
5. die Einhaltung der Vorschriften der Landespflege zu überwachen;
6. die Schutzobjekte in ein Inventar einzutragen;
7. für die einheitliche Entwicklung und Pflege der Naturparke (§ 20) Sorge zu tragen;
8. mit den anerkannten privaten Organisationen der Landespflege zusammenzuarbeiten und deren Arbeit zu fördern.

(2) Die Landespflegebehörden sind besondere Behörden. Die Länder bestimmen, welche dieser Behörde untere, obere und oberste Landespflegebehörden sind. In diesen Behörden sind die Aufgaben der Landespflege durch hauptamtlich tätige, fachlich vorgebildete Beamte und Angestellte auszuüben.

Die Länder regeln Einzelheiten der Organisation und der Zuständigkeit durch Rechtsverordnung.

§ 39

Beiräte für Landespflege

(1) Bei den Landespflegebehörden sind unabhängige Beiräte für Landespflege zu bilden. Sie haben die Landespflegebehörden zu beraten und das allgemeine Verständnis für die Aufgaben und Ziele der Landespflege zu fördern. Vor Erlaß von bedeutsamen landespflegerischen Maßnahmen sind sie zu hören.

(2) In die Beiräte sollen für die Landespflege aufgeschlossene Personen sowie Sachverständige der für die Landespflege bedeutsamen Disziplinen als Mitglieder berufen werden. Die Mitglieder, die ehrenamtlich tätig sind, sind an Weisungen nicht gebunden.

(3) Die Länder regeln durch Rechtsverordnung das Nähere über die Zusammensetzung, die Berufung, die Amtsdauer und die Entschädigung der Beiratsmitglieder.

§ 40

Landesanstalten für Landespflege

Zur Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen für Planungen und Maßnahmen auf den Gebieten der Landespflege sowie zur wissenschaftlichen Beobachtung von Veränderungen im Naturhaushalt, zur Beratung der Landespflegebehörden, zur Information und Fortbildung auf dem

Gebiet der Landespflege und zur Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen durch Initiativen, Gutachten und Stellungnahmen können die Länder Landesanstalten für Landespflege errichten.

§ 41

Mitwirken der Bundesregierung

(1) Unbeschadet der Zuständigkeit der Länder und der Landespflegebehörden nimmt der Bundesminister für die Aufgaben der Landespflege im Bereich der Bundesrepublik Deutschland wahr. Er koordiniert das Wirken der verschiedenen damit befaßten Ministerien, bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und setzt sich vor der Entscheidung über grundsätzliche Fragen der Landespflege mit den Ländern ins Benehmen.

(2) § 20 und § 21 des Pflanzenschutzgesetzes vom 10. Mai 1968 (BGBl. I S. 352) finden bei der Überwachung der Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr von geschützten Pflanzen und Tieren entsprechende Anwendung.

§ 42

Bundesbeirat für Landespflege, Bundesbeauftragter für Landespflege

(1) Der Bundesminister für beruft im Benehmen mit den auf den Gebieten der Landespflege tätigen privaten Spitzenorganisationen in den Bundesbeirat sachverständige Personen der Landespflege; dabei ist auf eine angemessene Vertretung der in Betracht kommenden Sachdisziplinen der wissenschaftlichen Hochschulen, der Bundesforschungsanstalt und der Landesanstalten für Landespflege sowie des für die Landespflege aufgeschlossenen Personenkreises zu achten. Vorsitzender des Bundesbeirates ist der Beauftragte der Bundesregierung für Landespflege.

(2) Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und an Weisungen nicht gebunden; sie werden auf die Dauer von 5 Jahren berufen.

(3) Der Bundesbeirat gibt sich eine Satzung und eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen.

§ 43

Bundesforschungsanstalt für Landespflege

Die im Geschäftsbereich des Bundesministers für zu errichtende Bundesforschungsanstalt für Landespflege hat die Aufgabe,

1. im Auftrag der Bundesregierung Untersuchungen auf den Gebieten der Landespflege anzustellen und Gutachten zu erstatten;
2. Grundlagenforschung auf den Gebieten der Landespflege zu betreiben und zu fördern;
3. zum Erfahrungsaustausch und zur Vermittlung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse beizutragen;
4. auf den Gebieten der Landespflege Dokumentation und Information zu pflegen;
5. mit den Landesanstalten für Landespflege zusammenzuarbeiten und Erfahrungen auszutauschen;
6. bei der Harmonisierung der Landespflege im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mitzuwirken;
7. bei der Entwicklung der Landespflege im internationalen Bereich mitzuarbeiten.

§ 44

Bundesfonds für Landespflege

(1) Zur Mithilfe bei der Erfüllung von landespflegerischen Aufgaben wird als Stiftung des öffentlichen Rechts ein Bundesfonds für Landespflege errichtet.

(2) Der Bundesfonds wird unter der Aufsicht des Bundesministers für durch ein Kuratorium verwaltet. Ihm gehören fünf vom Bundesminister für

jeweils auf die Dauer von 5 Jahren berufene Mitglieder an. Das Kuratorium beschließt über die Anlegung des Stiftungsvermögens und die Verwendung der Mittel.

Das Kuratorium erläßt eine Satzung, die der Zustimmung des Bundesministers für bedarf.

(3) In den Bundesfonds fließen

1. Zuwendungen des Bundes, insbesondere eine jährlich im Haushaltsplan festzusetzende Summe;
2. Erträge aus dem Stiftungsvermögen;
3. Zuwendungen von juristischen Personen des bürgerlichen und des öffentlichen Rechts;
4. Erträge aus Veröffentlichungen, Ausstellungen oder sonstigen Veranstaltungen der Stiftung oder von öffentlichen Lotterien oder Sammlungen, die zugunsten der Stiftung veranstaltet werden.

(4) Zuwendungen nach Nr. 3 sind als steuerbegünstigte Förderung gemeinnütziger Zwecke zu behandeln.

(5) Die Länder können einen Landesfonds für Landespflege errichten.

§ 45

Landespflegebericht

Die Bundesregierung erstattet in einem Abstand von zwei Jahren, erstmals am dem Bundestag einen Bericht über

1. die bei der Planung und Entwicklung der Landespflege zugrundezulegenden Tatsachen (Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenzen);
2. die durchgeführten und geplanten Schutz-, Pflege- und Gestaltungsmaßnahmen;
3. die Auswirkungen zwischenstaatlicher Verträge auf die Landespflege.

VII. Abschnitt: Verfahren

§ 46

Beteiligungspflicht

(1) Alle Behörden und Planungsträger des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, die Maßnahmen planen und durchführen, die wesentliche Veränderungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes bewirken können, haben die zuständigen Landespflegebehörden unter Darstellung der erforderlichen landespflegerischen Maßnahmen rechtzeitig zu beteiligen.

(2) Wird eine Einigung unter den Beteiligten nicht erzielt, dann entscheidet die nächsthöhere Fachbehörde im Einvernehmen mit der nächsthöheren Landespflegebehörde. § 48 Abs. 2 und § 57 bleiben unberührt.

(3) Unterbleibt die Beteiligung, so ist die getroffene Maßnahme (Planung, Anordnung, Rechtsverordnung) rechtsunwirksam und nichtig.

(4) Alle Behörden des Bundes und der Länder haben auf den Gebieten der Landespflege einander Amts- und Rechts-hilfe zu leisten.

§ 47

Mitteilungs- und Auskunftspflichten

(1) Die Behörden des Bundes, die bundesunmittelbaren Planungsträger und die bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts haben der Bundesregierung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Bundesminister für unterrichtet die für die Landespflege zuständigen obersten Landesbehörden über Vorhaben des Bundes und der bundesunmittelbaren Planungsträger von wesentlicher Bedeutung.

(2) Die für die Landespflege zuständigen obersten Landesbehörden informieren den Bundesminister für über

§ 55

Verfahrensregelung bei Anordnungen

(1) Vor dem Erlaß von Anordnungen sind die Betroffenen zu hören. Mehreren Betroffenen kann die Bestellung eines gemeinsamen Bevollmächtigten aufgetragen werden. § 51 bleibt unberührt.

(2) Die mit Gründen versehenen Anordnungen sind den Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

(3) Gegen diese Anordnungen steht dem Betroffenen der Verwaltungsrechtsweg offen.

§ 56

Genehmigungen und Befreiungen

(1) Genehmigungen von Maßnahmen, die geeignet sein können, dem Zweck einer nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnung zuwiderzulaufen, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Landespflegebehörde. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme nicht gegen den Zweck der Rechtsverordnung verstößt. Sie kann unter entsprechenden Auflagen und Bedingungen erteilt werden.

(2) Von den Vorschriften dieses Gesetzes oder von den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen kann auf Antrag von der zuständigen Landespflegebehörde Befreiung gewährt werden, wenn

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Interessen vereinbar ist, oder
2. Gründe des allgemeinen Wohls die Befreiung erfordern.

(3) Befreiungen können mit Auflagen oder Bedingungen verbunden sowie widerrufen oder befristet gewährt werden.

§ 57

Widerspruchs- und Klagebefugnis der Beiräte für Landespflege

Gegen die Entscheidung der Landespflegebehörde stehen dem Beirat für Landespflege die Rechtsmittel des Widerspruchs und der Klage im Sinne der Verwaltungsgerichtsverordnung zu; er kann sich in anderen verwaltungsgerichtlichen Verfahren gegen Maßnahmen anderer Verwaltungsbehörden innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Beiräte, durch die Interessen der Landespflege betroffen sind, mit der Rechtsstellung eines Belagerten im Sinne des § 65 Abs. 1 VwGO beteiligen.

§ 58

Antragsbefugnis anerkannter Landespflegeorganisationen

(1) Vereinigungen, die sich satzungsgemäß der Landespflege oder einem ihrer Teilgebiete widmen und als solche, wenn sie für das Bundesgebiet tätig sind, vom Bundesminister für, und wenn sie für das Gebiet eines Landes tätig sind, von der Obersten Landespflegebehörde anerkannt sind, steht bei Maßnahmen auf den Gebieten der Landespflege, die im verwaltungsgerichtlichen Verfahren angefochten werden können, der Rechtsweg nach Maßgabe der §§ 42 ff. VwGO offen.

(2) Darüber hinaus stehen diesen anerkannten Vereinigungen bei Zuwiderhandlungen gegen landespflegerische Vorschriften die Rechte eines Verletzten im Sinne der §§ 172 ff. StPO für die Gebiete zu, in denen sie tätig sind.

VIII. Abschnitt: Finanzielle Förderung der Landespflege

§ 59

Öffentliche Förderung

(1) Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen in Landschaftspflegebereichen (§ 13) und Schutzbereichen für Natur und Landschaft (§§ 15, 17, 19, 20).

(2) Die Förderung eines Vorhabens aus den Finanzhilfen ist bis zu 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten zulässig.

§ 60

Gebühren und Steuern

(1) Für sämtliche Amtshandlungen und Rechtsgeschäfte, die der Durchführung der Landespflege nach Maßgabe dieses Gesetzes dienen, werden Gebühren oder Verwaltungskosten nicht erhoben.

(2) Werden Grundstücke erworben, um sie unmittelbar Zwecken der Landespflege zuzuführen, wird Grunderwerbssteuer nicht erhoben.

(3) Soweit die Wirtschaftlichkeit eines Grundstückes durch Rechtsverordnung beeinträchtigt wird, aber ein Anspruch auf Entschädigung nicht besteht, kann Befreiung von der Grund- und Vermögenssteuer gewährt werden.

IX. Abschnitt: Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

§ 61

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den auf Grund der Bestimmungen

1. der § 15 Abs. 1, §§ 17, 18, 19, 20 für Naturschutzgebiete, Nationalparke, Naturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete, Naturparke;
2. des § 21 zum Schutze von Landschaftsbestandteilen;
3. der § 29 Abs. 1 und 2, § 31 Abs. 1 zum Schutze von Pflanzen und Tieren;
4. des § 51 zur einstweiligen Sicherstellung der genannten Schutzgegenstände erlassenen Rechtsverordnungen oder vollziehbaren Anordnungen zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung oder die vollziehbare Anordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist. Die Verweisung ist nicht erforderlich, soweit die Vorschrift der Rechtsverordnung vor dem 1. April 1970 erlassen worden ist.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer

1. fahrlässig in einem Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt oder entgegen § 18 ein Naturdenkmal entfernt, zerstört oder verändert, die geschützte Umgebung eines Naturdenkmals verändert;
2. vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten über die Ablagerung von Schutt, Unrat und Abfällen zuwiderhandelt oder die Meldepflichten nach § 49 Abs. 3 und 4 unterläßt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu Einhunderttausend Deutsche Mark geahndet werden, wenn die Tat vorsätzlich begangen worden ist.

(4) Soweit Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz in anderen Bestimmungen mit Übertretungsstrafe bedroht werden, sind nur die vorstehenden Vorschriften anzuwenden.

(5) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die zuständige Landespflegebehörde.

§ 62

Strafbare Handlungen

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich in einem Naturschutzgebiet oder Nationalpark Veränderungen vornimmt oder entgegen § 18 ein Naturdenkmal entfernt, zerstört oder verändert, die geschützte Umgebung eines Naturdenkmals verändert.

(2) § 61 findet keine Anwendung auf Straftaten im Sinne der §§ 303 bis 305 StGB.

§ 63

Einziehung

(1) Ist eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat begangen worden, so können

1. Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit oder die Straftat bezieht;
2. Gegenstände, die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht werden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden. § 40 a des Strafgesetzbuches ist anzuwenden.

(2) In amtliche Verwahrung genommene Gegenstände können, wenn ihr Verderben zu befürchten ist, schon vor der Rechtskraft der Entscheidung über ihre Einziehung verwertet werden. Der Erlös ist dem Bundesfonds für Landespflege zuzuführen.

X. Abschnitt: Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 64

Umwandlung bestehender Einrichtungen

(1) Die „Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege“ wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzes in die „Bundesforschungsanstalt für Landespflege“ umgewandelt.

(2) Gleichzeitig wird das Institut für Vogelforschung (Vogelwarte Helgoland) in die Bundesforschungsanstalt für Landespflege übergeführt.

§ 65

Änderung von Gesetzen und Rechtsverordnungen

(1) Änderung von Gesetzen

1. Das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 5 sind die Worte „des Natur- und Landschaftsschutzes“ zu ersetzen durch die Worte „der Landschaftspflege und des Naturschutzes (Landespflege)“.

2. § 5 Abs. 2 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„die Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe, sowie die Landschaftspflegebereiche und die Schutzbereiche für Natur und Landschaft im Sinn der §§ 13, 15, 17, 18, 19, 21 des Landespflegegesetzes vom, Erholungsflächen in Wohnbereichen, ortsnahe Erholungsgebiete“.

3. Dem § 6 Abs. 2 ist folgender Satz anzufügen:

„Im Falle des § 5 Abs. 6 ist die Genehmigung zu versagen, wenn der Einschränkung des Geltungsbereichs einer Landschaftsschutzgebietsverordnung Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen“.

4. § 9 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 8 werden wie folgt gefaßt:

„3. die Verkehrsflächen einschließlich der Flächen für ihre Begrünung“ „8. die Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe, sowie die Landschaftspflegebereiche und die Schutzbereiche für Natur und Landschaft im Sinne der §§ 13, 15, 17, 18, 19, 20, 21 des Landespflegegesetzes vom, Erholungsflächen in Wohnbereichen, ortsnahe Erholungsgebiete“.

5. Nach § 29 Satz 3 werden die Worte „mit Ausnahme des § 35“ gestrichen.

6. In § 35 Abs. 3 sind die Worte „nicht entgegenstehen“ durch die Worte „nicht beeinträchtigt werden“ zu ersetzen.

7. Dem § 35 ist als Absatz 4 anzufügen:

„Bei der nach bundesrechtlichen oder landesrechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigung von Vorhaben, durch welche die Nutzung im Außenbereich gelegener Grundstücke geändert wird, ist auf die Belange der Landespflege sowie auf die biologischen und ökologischen Kräfte der Landschaft besondere Rücksicht zu nehmen. Vor der Entscheidung über die Genehmigung ist die zuständige Landespflegebehörde darüber zu hören, ob das Vorhaben die Belange der Landespflege beeinträchtigt. § 5 des Landespflegegesetzes vom findet entsprechende Anwendung“.

2. Das Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 306) wird wie folgt geändert:

In § 9 Abs. 2 werden nach den Worten „der Landesplanung“ die Worte „der Landespflege“ eingefügt und dann ein Komma gesetzt.

3. Das Wasserhaushaltsgesetz vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1110) in der Fassung vom 23. 6. 1970 (BGBl. I S. 805) wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Abs. 1 Satz 1 ist hinter dem Wort „Stoffen“ ein Komma zu setzen und dann einzufügen:

„Kühlwasser oder auf andere Weise“.

2. In § 28 Abs. 1 ist nach Satz 1 einzufügen:

„Dabei sind zu beachten: das Bild und die Erholungsseignung der Gewässerlandschaft, die Erhaltung und Verbesserung der biologischen Selbstreinigungskraft sowie die Sicherung von Lebensstätten der Pflanzen- und Tierwelt; hierbei sind vorzugsweise Bauweisen des biologischen Wasserbaus zu verwenden“. Aus dem bisherigen Satz 2 wird Satz 3.

3. In § 31 Abs. 2 ist hinter Satz 1 einzufügen:

„§ 28 Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend“.

4. § 33 Abs. 1 Nr. 2 wird gestrichen; die Ziffer 1 fällt weg.

4. Das Bundeswasserstraßengesetz vom 2. April 1968 (BGBl. I S. 173) wird wie folgt geändert: In § 6 ist nach dem Wort „Zustand“ einzufügen: „oder aus Gründen der Landespflege gemäß den §§ 15 und 17 des Landespflegegesetzes vom“.

5. Dem § 10 Abs. 2 des Bundesfernstraßengesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 6. August 1961 (BGBl. I S. 1742), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), ist folgender Absatz 3 anzufügen:

„Grundstücke beiderseits von Straßen können für Anpflanzungen in Anspruch genommen und die hierbei entstehenden Kosten in die allgemeinen Straßenbaukosten einbezogen werden“.

6. Das Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), wird wie folgt geändert:

1. § 45 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Naturschutzgebiete, Nationalparke, Naturdenkmale Landschaftsschutzgebiete, Naturparke sowie geschützte Landschaftsbestandteile“.

2. § 45 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Im Falle des § 45 Abs. 1 Nr. 3 ist die Zustimmung der zuständigen Landespflegebehörde erforderlich. Die Zustimmung kann davon abhängig gemacht werden, daß ausreichende Ersatzpflanzungen oder andere landschaftspflegerische Maßnahmen vorgenommen werden“.

7. Das Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1961 (BGBl. I S. 304), zuletzt geän-

dert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Jagdbare Tiere sind:

1. Haarwild, Rot-, Dam-, Sika- und Rehwild; Gams- und Muffelwild; Schwarzwild; Hasen, Wildkaninchen; Bisamratten; Marderhunde; Füchse; Stein- und Baumarder, Iltisse, Hermeline, Mauswiesel, Zwergwiesel, Dachse, Nerze, Waschbären, Seehunde.

2. Federwild: Wildhühner (nur Rebhühner, Fasanen, Auerwild, Birkwild, Rackelwild, wilde Truthühner); Ringel- und Türkentauben; Wildgänse (außer Ringel- und Weißwangengänsen), Säger-Wildenten (außer Brand-, Eider- und Kolbenenten); Waldschnepfen; Bekassinen, Bleibhühner, Möwen, Graureiher“.

2. § 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Die zuständigen Landespflegebehörden können in begründeten Einzelfällen die Bejagung von unter Naturschutz stehenden Tieren gestatten oder Jagd- ausübungsberechtigte mit einer Bejagung beauftra- gen“.

3. § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Zum jagdbaren Schalenwild gehören Rot-, Dam-, Sika-, Reh-, Muffel-, Gams- und Schwarzwild“.

4. § 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Zum jagdbaren Hochwild gehören Schalenwild au- ßer Rehwild, von den Wildhühnern das Auerwild (Auergeflügel). Alle übrigen Wildarten gehören zum Niederwild.“

8. § 16 Abs. 1 der Gewerbeordnung i. d. F. vom 26. Juli 1900 (RGBl. S. 871), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1968 (BGBl. I S. 1065) wird nach Satz 1 wie folgt ergänzt:

„Die Genehmigung kann unter der Auflage erteilt wer- den, Schutzwälle oder Pflanzungen zum Schutz gegen technisch unvermeidbare Immissionen anzulegen“.

9. § 7 Abs. 2 Nr. 5 des Atomgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), wird wie folgt ergänzt: „Bestehende natürliche Lebensgemeinschaften in den Flüssen, den Seen und dem Meer dürfen nicht durch die Einleitung von Kühlwasser wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden“.

10. § 68 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesleistungsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1769), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), wird wie folgt gefaßt:

„3. Naturschutzgebieten, Nationalparks, Naturdenkma- len oder Naturparks“.

(2) Änderung von Rechtsverordnungen:

1. § 2 Nr. 6 der Ersten Wasserverbandsverordnung vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 1942 (RGBl. I S. 729) wird wie folgt gefaßt:

„den Boden in landwirtschaftlichem Kulturzustand zu verbessern und zu erhalten, die Kulturflächen zu bewirt- schaften und zu nutzen; dazu gehören auch die Anlage, der Schutz und die Pflege von Grünbeständen sowie die Vornahme sonstiger landespflegerischer Maßnahmen“.

§ 66

Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Drit- ten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesge- setzblatt I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Überleitungsgesetzes.

§ 67

Überleitung von Schutzmaßnahmen

(1) Die auf Grund der bisher geltenden naturschutzrechtli- chen Bestimmungen erlassenen Rechtsvorschriften bleiben in Kraft, soweit sie diesem Gesetz nicht widersprechen, je- doch nicht länger als bis zum 31. 12. 1972.

(2) Die Rechtsverordnungen und Anordnungen über die in dem III. Abschnitt dieses Gesetzes geschützten Gebiete und Gegenstände bleiben bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhe- bung in Kraft.

§ 68

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt sechs Monate nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

(1) das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Gesetzes vom 29. September 1935 (RGBl. I S. 1191), 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 1001) und 20. Januar 1938 (RGBl. I S. 36) und der Fassungen, die gelten in den Ländern:

1. Baden-Württemberg

nach dem Gesetz zur Ergänzung und Änderung des Rechtsnaturschutzgesetzes vom 8. Juni 1959 (GBl. S. 53), dem § 115 der Landesbauordnung vom 6. April 1964 (GBl. S. 188 f.), dem § 43 des Grunderwerbsteuergeset- zes vom 2. August 1966 (GBl. S. 165) sowie den Art. 16 und 17 des Gesetzes zur Änderung und Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften vom 6. April 1970 (GBl. S. 111).

2. Bayern

nach Art. 1 nebst Nr. 1 und 2 der Anlage des Dritten Gesetzes zur Bereinigung des bayerischen Landesrechts vom 22. Juli 1968 (GVBl. S. 235)

3. Berlin

nach dem Vierten Änderungsgesetz zum Reichsnatur- schutzgesetz vom 30. Oktober 1961 (GVBl. S. 1604)

4. Bremen

nach dem Gesetz zur Änderung des Reichsnaturschutz- gesetzes vom 26. September 1950 (GBl. S. 104) und des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Reichsna- turschutzgesetzes und anderer naturschutzrechtlicher Bestimmungen vom 11. Mai 1965 (GBl. S. 99)

5. Hamburg

nach § 2 des Zweiten Gesetzes über die Sammlung des hamburgischen Landesrechts vom 23. Juni 1969 (GVBl. S. 129) in Verbindung mit der Anlage zu diesem Gesetz, soweit sie sich auf das Stichwort „Reichsnaturschutz- gesetz“ (GVBl. S. 137) bezieht

6. Hessen

nach dem Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159)

7. Nordrhein-Westfalen

nach § 1 Nr. 12 des Ersten Gesetzes zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung vom 23. Juli 1957 (GVBl. S. 189)

8. Rheinland-Pfalz

nach dem Zweiten Landesgesetz zur Änderung straf- rechtlicher Vorschriften vom 5. März 1970 (GVBl. S. 96)

9. Schleswig-Holstein

nach Art. 38 des Gesetzes zur Anpassung des schles- wig-holsteinischen Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts und anderen strafrechtlichen Vorschriften vom 24. März 1970 (GVBl. S. 66)

(2) die Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Verordnungen vom 16. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. August 1943 (RGBl. I S. 481) und der Fassungen, die gelten in den Ländern:

1. Baden-Württemberg

nach der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes und des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Oktober 1962 (GVBl. S. 203)

2. Bayern

a) nach der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 21. März 1950 (GVBl. S. 70)

b) nach der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 10. September 1959 (GVBl. S. 233)

3. Hamburg

nach § 2 des Zweiten Gesetzes über die Sammlung des hamburgischen Landesrechts vom 23. Juni 1969 (GVBl. S. 129) in Verbindung mit der Anlage zu diesem Gesetz, soweit sie sich auf das Stichwort „Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes“ bezieht (GVBl. S. 138)

(3) die Verordnung zum Schutz der wildwachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wildlebenden Tiere (Naturschutzverordnung) vom 18. März 1936 (RGBl. I S. 181 i. d. F. der Verordnung vom 21. Januar 1938 (RGBl. I S. 45) und vom 16. März 1940 (RGBl. I S. 567) und der Fassungen, die gelten in den Ländern:

1. Baden-Württemberg

nach der Verordnung zur Änderung der Naturschutzverordnung vom 6. Juni 1963 (GBl. S. 83)

2. Bayern

nach dem Naturschutz-Ergänzungsgesetz vom 29. Juni 1962 (GVBl. S. 95)

3. Bremen

nach der Verordnung zur Änderung der Naturschutzverordnung vom 6. März 1952 (GBl. S. 16)

4. Hamburg

nach § 2 des Zweiten Gesetzes über die Sammlung des hamburgischen Landesrechts vom 23. Juni 1969 (GVBl. S. 129) in Verbindung mit der Anlage zu diesem Gesetz, soweit sie sich auf das Stichwort „Naturschutzverordnung“ bezieht (GVBl. S. 139)

5. Hessen

nach dem Naturschutz-Ergänzungsgesetz vom 8. März 1968 (GVBl. S. 63), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 18. März 1970 (GVBl. S. 245) und der Verordnung zur Ausführung des Naturschutzergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. S. 199)

6. Niedersachsen

nach der Verordnung zur Änderung der Naturschutzverordnung vom 16. November 1951 (GVBl. S. 223)

7. Nordrhein-Westfalen

nach § 1 Nr. 13 und 14 des Ersten Gesetzes zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung vom 23. Juli 1957 (GVBl. S. 189)

8. Saarland

nach der Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Naturschutzverordnung vom 27. Januar 1955 (Amtsblatt S. 154), der Verordnung zur Änderung der Naturschutzverordnung vom 21. April 1960 (Amtsblatt S. 315).

Mitglieder der Arbeitsgruppe für den Entwurf eines Bundesgesetzes für Landschaftspflege und Naturschutz

- Dr. jur. Erwin Stein, geb. 1903 (DRL) Reinhard Grebe, geb. 1928 (DNR)
- Richter am Bundesverfassungsgericht 1951–1971, Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. seit 1963, Hessischer Kultusminister 1947–1951, Hessischer Justizminister 1949–1951, Mitglied des Deutschen Rates für Landespflege seit seiner Gründung (1962), Mitglied der Rechtskommission des Deutschen Naturschutzringes. — Veröffentlichungen u. a.: Die Rechtsgrundlagen für die Schiffbarkeit des Hochrheins (1965); Entwicklungstendenzen des Rechtes der Landespflege in der ausländischen Gesetzgebung (1965); Rechtsprobleme der Zeiltlagerplätze und Wochenendgebiete im Land Schleswig-Holstein, in *Natur und Landschaft* (1969); Zur Wandlung des Eigentumbegriffes (1970); Weitere Veröffentlichungen in: *Schriftenverzeichnis, In Freiheit und Demokratie*. Festgabe zum 65. Geburtstag von Erwin Stein 1968.
- Diplomgärtner, Landschaftsarchitekt, Inhaber eines Büros für Landschaftsplanung in Nürnberg, 4 Jahre Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Garten- und Landschaftskultur; Autor zahlreicher Landschaftsplanungen im Rahmen von Bauleit-, Regional- und agrarstruktureller Vorplanung, Mitglied der Arbeitsgruppe „Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Städtebau“ des Städtebauinstitutes Nürnberg, Mitglied des Arbeitskreises der Landschaftsanwälte; Veröffentlichungen über Grünplanung, Städtebau und Landschaftsplanung
- Dr. rer. nat. Konrad Buchwald, geb. 1914 (DRL) Werner Hoffmann, geb. 1912 (ABN)
- Biologe, ord. Professor an der Technischen Universität Hannover, Direktor des Instituts für Landschaftspflege und Naturschutz der TU Hannover, Landesbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege für Baden-Württemberg 1954–1960, Ordentl. Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Leiter des Forschungsausschusses „Raum und Landespflege“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover.
- Landschaftsarchitekt, Leiter des Naturschutzamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, Landesbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Vorsitz im Ausschuß „Landwirtschaft, Landschaftsschutz und Naturschutz“ im gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein, Vorsitz im Unterausschuß „Landschaft und Erholung“ der gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen
- Dr. rer. nat. Wolfgang Erz, geb. 1936 (i. V. Bundesnaturschutzbeauftragter) Dieter Kadner, geb. 1940 (DNR)
- Ökologe, Dipl.-Wildlife Conservation (Salisbury), Wissenschaftlicher Rat im Bundeskanzleramt (beim Beauftragten der Bundesregierung für den Naturschutz), Lehrbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Mitglied der Commission on Education der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Vertreter im Internationalen Rat für Vogelschutz (Deutsche Sektion) und Mitglied der Kommission für ein Artenschutzprogramm in der BRD.
- Ingenieur für Gartenbau, Mitarbeiter in der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege München 1965–1969, hauptamtlicher Geschäftsführer des Deutschen Naturschutzringes — Bundesverband für Umweltschutz, Mitglied des Beirates des Bundes Naturschutz in Bayern, stellvertretendes Mitglied des Obersten Jagdbeirates beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Mitglied des Bezirksplanungsbeirates Schwaben
- Kurt-Alexander Gaele, geb. 1926 (ABN) Henry Makowski, geb. 1927 (ABN)
- Jurist, Regierungsdirektor im Niedersächsischen Kultusministerium, Referent der Obersten Naturschutzbehörde, hier Aufbau der ersten hauptamtlichen, mit Fachleuten besetzten Landespflegeorganisation und Einführung der ersten Laufbahn für den höheren Landespflegedienst, Verfasser des ersten Kiesgrubengesetzes, Vorsitzender der Fachausschüsse Landschaft der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen, Mitglied des Interministeriellen Ausschusses für Umweltschutz, (Hauptverfasser des ersten Landesberichtes über Umweltschutz), Vorstands- und Beiratsmitglied des Niedersächsischen Heimatbundes und des Bundes für Naturschutz und Landschaftspflege. Mitverfasser der Denkschrift des Deutschen Rates für Landespflege zur Organisation der Landespflege, Lehrbeauftragter für das Recht der Landespflege an der Technischen Universität Hannover
- Referent im Naturschutzamt (Oberste Naturschutzbehörde) der Freien und Hansestadt Hamburg, Leiter der Vogelschutzstation Lüneburg, Kreisbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Geschäftsführer des Kuratoriums zur Förderung der Tierwelt Tunesiens in der Deutsch-Tunesischen Gesellschaft; Umweltpublizist
- Dr. rer. hort. Gerhard Olschowy, geb. 1915 (DRL)
- Lehrbeauftragter für Landschaftspflege und Honorarprofessor an der Universität Bonn, Leitender Direktor der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege, Mitglied des Beirates für Raumordnung beim Bundesminister des Innern, geschäftsführendes Mitglied des Deutschen Rates für Landespflege, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Mitglied der „Landscape-Planning-Commission“ der „International Union for Conservation of Nature and Natural Resources“

Zur angestrebten gesetzlichen Regelung der Landespflege und zur Gesetzeskonferenz *

1. Kritische Betrachtung des Reichsnaturschutzgesetzes

Wenn man darlegen will, welche Materie in einem künftigen Gesetz für Naturschutz und Landschaftspflege oder einem Landespflegegesetz geregelt werden soll, so muß man das als Landesrecht fortgeltende Reichsnaturschutzgesetz auf seinen Wert und seine Bewährung untersuchen. Das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Januar 1938 und die Naturschutzverordnung vom 13. März 1936 in der Fassung der Verordnung vom 16. März 1940 sind Ausdruck des klassischen Naturschutzes. Er hat seine Wurzeln im Heimatschutz im Sinne von Ernst Rudorff und in der Naturdenkmalpflege im Sinne von Hugo Conwentz und Wilhelm Wetekamp. Die von Hans Schwenkel bereits in den 20er Jahren angestrebte Landschaftspflege — seine Schrift „Naturschutz und Landschaftspflege“ erschien im Jahre 1927 — fand im Reichsnaturschutzgesetz, wie Walter M r a s s in seiner Dissertation darlegt, noch keinen Niederschlag. Dennoch muß das Reichsnaturschutzgesetz für seine Zeit als gute, vielleicht sogar die beste der damals geltenden gesetzlichen Regelungen erachtet werden.

Das Reichsnaturschutzgesetz bietet noch heute die Grundlage für einen wirksamen Schutz von Flächen, Objekten und in ihrem Bestand gefährdeten und bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Wenn wir heute in der Bundesrepublik Deutschland fast 1000 Naturschutzgebiete mit 1,1 % des Bundesgebietes, über 7000 Landschaftsschutzgebiete mit 17,3 % des Bundesgebietes, 44 auf Grund des Reichsnaturschutzgesetzes als Landschaftsschutzgebiete geschützte Naturparke mit rd. 14 % des Bundesgebietes und eine große Anzahl von Naturdenkmälern nachweisen können, so ist das die Folge dieses Gesetzes. Und wenn wir diese Grundlage nicht gehabt hätten, so würde es um Natur und Landschaft in unserem Lande sehr schlecht bestellt sein. Selbst wenn heute infolge der technischen und zivilisatorischen Entwicklung andere Aufgaben im Vordergrund stehen, so können wir jetzt und auch in Zukunft auf ausreichende Schutzbestimmungen für Flächen, Objekte und Arten nicht verzichten. Dies soll einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, weil in jüngster Zeit Schlagworte wie „Landschaftsentwicklung anstatt Naturschutz“ zu hören sind, die nicht ungefährlich sind. Hier kann nicht das eine das andere ersetzen, beide können sich nur ergänzen.

Wenn in einem neuen Gesetz der erhaltende oder konservierende Naturschutz materiell geregelt werden soll, so werden wir auf manche gewohnte Vokabel, wie etwa Heimat- und Volkskunde, als Begründung für eine Schutzmaßnahme verzichten müssen. Der Heimatbegriff ist ohnehin in Anbetracht der Vertreibung von 15 Millionen Menschen aus ihrer Heimat nach dem letzten Kriege in Deutschland fragwürdig geworden, zumal dieser Prozeß in vielen Teilen dieser Erde seinen Fortgang nimmt. In Zukunft werden wissenschaftliche und landschaftsökologische Beweggründe oder Belange der Erholung bestimmend sein für den Schutz von Natur und Landschaft. Außerdem müssen auch die bisherigen Schutzkategorien ergänzt werden, wobei an Schutzbestimmungen für Naturparke, Nationalparke und auch für Landschaftsbestandteile zu denken wäre, die mit dem bisherigen Rechtsschutz der „sonstigen

Landschaftsteile“ nach § 5 RNG, also den Landschaftsschutzgebieten, nicht abgedeckt werden.

Dem Reichsnaturschutzgesetz verdanken wir weiter, daß wir heute in allen Bundesländern und auf allen Ebenen der Verwaltung eine in etwa noch einheitliche Naturschutzbehörde haben, der als Berater die Naturschutzstellen und Naturschutzbeauftragten zur Seite stehen. Diese Behörden haben das Gesetz auszuführen und seine Einhaltung zu überwachen. Für den Bereich des erhaltenden Naturschutzes haben sie sich durchaus bewährt, und die Unterschutzstellung schutzwürdiger Gegebenheiten ist ihr Verdienst. Wenn wir jedoch die Naturschutzbehörden mit anderen Fachbehörden vergleichen, so müssen wir feststellen, daß sie zumeist keine eigenständigen Dezernate oder Referate aufweisen, sondern die Aufgaben sehr häufig von anderen Fachdezernaten nebenbei mit erfüllt werden. Es mangelt dann auch zwangsläufig am notwendigen Sachverstand, weil die Fachkräfte in der Verwaltung fehlen. Dieser Mangel kann auch vom Beauftragten, zumal wenn er ehrenamtlich tätig ist, nicht voll ersetzt werden.

Wir wissen heute, daß die Naturschutzbehörden personell nicht ausreichend ausgestattet sind, um die sich aus der Entwicklung ergebenden geänderten Aufgaben erfüllen zu können. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt schon jetzt und noch mehr in der Zukunft bei der Behörde. Sie muß zu einer Behörde für Landespflege ausgebaut und ausreichend mit Fachkräften ausgestattet werden, damit sie als gleichwertiger Partner zu den anderen Fachbehörden tätig werden kann. Dieser Trend zeichnet sich in einigen Ländern bereits deutlich ab. Damit ändern sich auch die Aufgaben der Beauftragten und der Naturschutzstellen, die nach den Vorschlägen des Deutschen Rates für Landespflege in weisungsungebundene Beiräte umgewandelt werden sollen. Vielleicht kann damit der ursprüngliche Grundgedanke der Schöpfer des Reichsnaturschutzgesetzes, nämlich einen wirklich unabhängigen Anwalt für Natur und Landschaft zu schaffen, in neuer Form verwirklicht werden. Daher sollte diesen Beiräten in einem künftigen Gesetz auch eine Widerspruchs- und Klagebefugnis eingeräumt werden. Die Erfahrung hat jedenfalls gezeigt, daß Hauptamtlichkeit und Weisungsungebundenheit in einer Person sehr problematisch sind.

In § 1 des Reichsnaturschutzgesetzes ist verankert, daß das Gesetz dem Schutze und der Pflege der heimatlichen Natur in allen ihren Erscheinungen dient. Diese Bestimmung ist leider nie voll zum Tragen gekommen. In Veröffentlichungen ist zwar immer wieder auf diese umfassende Bestimmung hingewiesen worden, in der Praxis der Gesetzesausführung aber blieb sie unberücksichtigt; d. h. der Schwerpunkt lag auf dem Schutz, nicht aber auf der Pflege der Natur in allen ihren Erscheinungen. Unbefriedigend bis auf den heutigen Tag blieb auch die Ausführung von § 20 des Reichsnaturschutzgesetzes, der eine rechtzeitige Beteiligung der Naturschutzbehörden vor Genehmigung von Maßnahmen oder Planungen, die zu wesentlichen Veränderungen der freien Landschaft führen können, vorschreibt. Man denke nur an die Vorgänge Umgehungsstraße Eitville oder das F 3-Baugebiet im Listland auf Sylt, um die Ohnmacht der Naturschutzbehörden zu erkennen. Es ist nur zu gut bekannt, daß sie in vielen Fällen zum Schweigen verurteilt wurden, anstatt die Interessen des Naturschutzes vertreten zu dürfen. Diese bittere Erfahrung macht auch die Bestrebungen verständlich, künftig anerkannten Organisa-

*) Vortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege am 12. Mai 1971 in Wuppertal.

tionen der Landespflege den Rechtsweg als Kläger in verwaltungsgerichtlichen Verfahren gesetzlich zu eröffnen.

In der kritischen Betrachtung des Reichsnaturschutzgesetzes muß noch auf § 17 eingegangen werden, der die Möglichkeit der einstweiligen Sicherstellung von Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten oder sonstigen Landschaftsteilen bietet. Er hat sich im Grundsatz bewährt und sollte in ein künftiges Gesetz mit der Maßgabe übernommen werden, daß die Maßnahme zeitlich begrenzt bleibt.

2. Über die veränderten Gegebenheiten

Die Bestrebungen nach neuen, zeitgemäßen gesetzlichen Grundlagen für die Landespflege werden damit begründet, daß das Reichsnaturschutzgesetz nicht mehr den veränderten Verhältnissen gerecht werde. Worin liegt nun diese Veränderung? Einmal haben sich Art und Ausmaß der technischen und zivilisatorischen Eingriffe in die Landschaft und ihren Naturhaushalt geändert, zum anderen sind die Ansprüche der Gesellschaft an den Raum und an die Landschaft gewachsen, und schließlich hat sich – zusammen mit der Entwicklung des Umweltbegriffes – die Einstellung zu den natürlichen Landschaftsfaktoren als Lebensgrundlage des Menschen weitgehend gewandelt.

Technik und Industrie sind bestimmende Faktoren der Wirtschaft und der Gesellschaft geworden. Die technische Entwicklung der Jetztzeit oder die zweite industrielle Revolution, gekennzeichnet durch zwei einschneidende technische und wissenschaftliche Errungenschaften – die Automation und die Atomenergie – hat zwar ihren Anfang bereits im 2. Weltkrieg, kann sich aber erst in der Nachkriegszeit voll entfalten. Die zeitlichen Abstände von der wissenschaftlichen Erkenntnis bis zur technischen und wirtschaftlichen Nutzung werden immer kürzer. Die Wissenschaften sind Fundamente und Motor der heutigen Industriegesellschaft geworden.

Haben sich bereits im Zuge der ersten industriellen Revolution geschlossene Industriegebiete entwickelt, so sind heute ganze Industrieländer im Entstehen, wobei die internationale Verbundwirtschaft immer ausgeprägter wird. So, wie sich ein bedeutender Teil des Transportes von der Schiene auf die Straße verlagert hat, so haben sich auch Industrien in neuen Teilen des Landes angesiedelt. Der weiteren Konzentration von Industrie und Gewerbe in den Verdichtungsräumen sowie im Bereich der Häfen an den Küsten und an den Schiffsstraßen einerseits steht eine dezentralisierte Verlegung in ländliche Räume andererseits gegenüber, was zwangsläufig zu einer weiteren Belastung der Kulturlandschaft führt. Der Flächenbedarf der Werke wird zunehmend größer, weil sich der Produktionsvorgang immer mehr in einer Ebene abspielt. Automatische Walzstraßen und Montagebänder von 500 m Länge und mehr sind keine Seltenheit mehr. Für ein neues Hüttenwerk wird heute eine Fläche von 5–8 qkm angesetzt. Neue Erfindungen bedingen neue Herstellungsmethoden mit anderen Bauwerken. So haftet der modernen Industrie noch mehr das Unstete, Wandelbare und zeitlich Begrenzte an; Werke veralten rasch und müssen durch neue ersetzt werden.

In manchen industriellen Verdichtungsgebieten Europas haben sich inzwischen infolge fehlender Ordnung und Planung chaotische Zustände eingestellt, die ihren Ursprung bereits in den vergangenen Jahrzehnten haben. Arbeitsstätten und Wohnsiedlungen, Abraumphalden und Reste von landwirtschaftlichen Nutzflächen sind in ungeordnetem Nebeneinander anzutreffen. Das biologische Potential der Landschaft, wie fruchtbarer Boden, sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Wälder, flurschützende Feldgehölze und eine artenreiche Tierwelt, schwindet hier unaufhaltsam. Die Wunden in der Landschaft, so vor allem ausgedehnte Senkungsgebiete und Einbrüche, verlassene Gruben, vegetationslose

Kippen und Halden, kranke Wälder und trostlose Bauwerke bestimmen hier zunehmend das Gesicht der Umwelt, die längst nicht mehr als gesunder Lebensraum von Mensch, Tier und Pflanze angesprochen werden kann.

Die ständige Zunahme der Bevölkerung bedingt, daß sich auch die industriefreien oder industriearmen Gebiete stärker als bisher wandeln und belastet werden. Es sei nur kurz auf die Belastung der Landschaft durch die verbreitete Bautätigkeit hingewiesen, die zu ihrer „Zersiedlung“ führt, weiter an die Zunahme des Abfalls aller Art, der in der Landschaft abgelagert wird, und an die Ausweitung der Verkehrseinrichtungen als Folge der mobilen Gesellschaft. Belaufen sich die Wohn-, Industrie- und Verkehrsflächen nach dem Städtebaubericht 1969 z. Zt. auf 2,4 Mill. ha oder 9,7 % der Fläche des Bundesgebietes, so werden es bis zum Jahre 2000 voraussichtlich 14,7 % sein. Zu der isolierten Lage vieler neuer Bauwerke in der freien Landschaft tritt dann häufig noch der falsche Standort, sei es auf beherrschender Höhe, in einer Talniederung, am Ufer eines Gewässers oder an einem anderen Kulminationspunkt der Landschaft.

Das Anwachsen des Verkehrs muß zwangsläufig mit Problemen für die Landschaft verbunden sein. Gegenwärtig sind über 15 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Mit einem Ansteigen auf 20 Mill. wird gerechnet; ob damit die obere Grenze erreicht wird, ist fraglich. Wir werden nicht nur neue Straßen erhalten, sondern die bestehenden werden durch zusätzliche Spuren verbreitert und teils auch auf mehrere Ebenen aufgestockt werden. Es werden neue und größere Flugplätze entstehen, neue Schnellbahnen erbaut werden, und selbst der ruhende Verkehr wird der Landschaft neue Opfer abverlangen.

Die Entwicklung der Technik und die Zunahme der Bevölkerung mit ihren Ansprüchen an den Raum sind die entscheidenden Gründe, weshalb man in Zukunft nicht mehr mit gesetzlichen Grundlagen für den erhaltenden Naturschutz allein auskommen kann, sondern auch die gesetzlichen Bestimmungen schaffen muß für die Pflege, die Gestaltung und die Entwicklung der Landschaft als Lebensraum des Menschen.

3. Die Landschaftspflege in der künftigen gesetzlichen Regelung

Auf die veränderten und zusätzlichen Gesetzesregelungen, die sich für den Naturschutz erhaltender Art ergeben, ist bereits bei der kritischen Betrachtung des Reichsnaturschutzgesetzes eingegangen worden. Deshalb sei im folgenden auf die Materie hingewiesen, die als Landschaftspflege, Landschaftsgestaltung oder Landschaftsentwicklung einer gesetzlichen Regelung bedarf. Hierunter sollen nach unserer heutigen Begriffsvorstellung sowohl die Landschaftsanalyse mit der Bestandsaufnahme und die Landschaftsdiagnose als auch die Landschaftsplanung und ihr Vollzug fallen.

Zunächst sollte ein neues Landespflegegesetz Staat und Gemeinden wie die öffentliche Hand überhaupt rechtlich zur Landespflege verpflichten, d. h. sie sollen die Landespflege bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beachten und ihre Ziele und Grundsätze fördern und verwirklichen. Dazu gehört z. B. auch, daß Landespflegeprogramme ausgearbeitet, Landschaftsrahmenpläne im Rahmen der regionalen Raumordnung und Landschaftspläne im Rahmen der Bauleitplanung und Fachplanung aufgestellt werden. Diese Pläne sollten soweit wie möglich in rechtsverbindliche Pläne eingefügt oder als Teil derselben behandelt werden. Flächen mit schwerwiegenden Landschaftsschäden oder Grundstücke, durch deren unterlassene Nutzung der Naturhaushalt oder das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, sollten zu „Landschaftspflegebereichen“ erklärt werden kön-

nen. In diesen Fällen sollten die Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten verpflichtet werden, landschaftspflegerische Maßnahmen zu dulden. Für die Gestaltung dieser Bereiche und die Entwicklung von Erholungsgebieten sollte es künftig möglich sein, Landschaftspflegeverbände zu bilden.

Zur Erhaltung eines leistungsfähigen Naturhaushaltes sollten Ufer und Küsten, Bergkuppen und Steilhänge vor unnötiger und den Erfordernissen der Landschaftspflege und des Naturschutzes widersprechender Bebauung freigehalten werden. Der freie Zugang zu Wald und Flur, Ufer und Küsten und den Gewässern selbst ist der Allgemeinheit zu öffnen und nur dort zu beschränken, wo übergeordnete Gesichtspunkte dem entgegenstehen. Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte, die durch die Art der Nutzung Natur und Landschaft beeinträchtigen oder gefährden, sollten im Sinne der Sozialpflichtigkeit des Eigentums verpflichtet werden, die dadurch verursachten Schäden zu beseitigen oder auszugleichen (Verursachungsprinzip bzw. Verursachungshaftung).

Ein Kernstück des künftigen Landespflegegesetzes sollte die Nutzung, Pflege und Entwicklung der Landschaftsfaktoren Boden und Wasser, Luft und Klima, Vegetations- und Tierbestände darstellen, und zwar im Sinne der nachhaltigen Leistungsfähigkeit und der Aufrechterhaltung des natürlichen Wirkungsgefüges, wo erforderlich, aber auch des Landschaftsbildes. Mit Hilfe solcher Bestimmungen sollte es auch möglich sein, gute Böden vor unnötiger Bebauung zu bewahren, Entnahmestellen, Abraumkippen, Rückstandshalden und Abfalldeponien landschaftsgerecht zu gestalten, die Landschaft vor ungeordneter Müllablagerung zu schützen, die biologische Selbstreinigungskraft der Gewässer zu erhalten oder wiederherzustellen, für die Ökologie oder die Erholung geeignete Teile und Bestandteile der Landschaft, besonders auch Uferbereiche, diesem Zweck entsprechend zu behandeln sowie eine biologische Vielfalt mit einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt sicherzustellen.

Die Ergebnisse landschaftsökologischer Untersuchungen und der Bestandsaufnahme sowie die Ziele und Maßnahmen der Landespflege finden ihren Niederschlag in Landschaftsrahmen- oder Landschaftsplänen. Inzwischen haben sich unterschiedliche Möglichkeiten herausgebildet, diese Pläne auszuarbeiten oder aufzustellen. So können sie für einen bestimmten Raum ohne Verbindlichkeit und ohne Rechtswirksamkeit ausgearbeitet werden; sie dienen dann als Information für Planungen aller Art. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, Landschaftspläne in Pläne der Raumordnung, also der Landesplanung und der Bauleitplanung, einfließen zu lassen, damit die Ziele und Maßnahmen für alle Behörden verbindlich werden. So sollen Landschaftsrahmenpläne mit ihren raumbedeutsamen Teilen in regionale Raumordnungspläne und Landschaftspläne in Bauleitpläne, soweit sie den §§ 5 und 9 BBauG entsprechen, als Bestandteile eingehen. Soweit Raumordnungs- und Bauleitpläne fehlen, sollten an ihrer Stelle auch Landschaftsrahmen- oder Landschaftspläne genehmigt werden können, soweit sie den gesetzlichen Bestimmungen der Landesplanungsgesetze und des Bundesbaugesetzes entsprechen. Schließlich wäre es für die Zukunft sehr erwünscht, wenn in bestimmten Ausnahmefällen auch Landschaftspläne in einem eigenen Planfeststellungsverfahren der Landespflegebehörde eine Verbindlichkeit für alle Behörden erlangen könnten.

Um die Forschung auf dem Gebiet der Landespflege zu fördern und den beträchtlichen Nachholbedarf zu befriedigen, ist es notwendig, die Forschungseinrichtungen den veränderten Verhältnissen anzupassen und den Aufgaben unserer Zeit entsprechend auszugestalten. Das gilt sowohl für den Ausbau der jetzigen Bundesanstalt für Vegetations-

kunde, Naturschutz und Landschaftspflege in eine Bundesforschungsanstalt für Landespflege und den Aufbau von entsprechenden Landesanstalten für die regionalen Aufgaben in den Ländern, wie es der Deutsche Rat für Landespflege empfohlen hat. Schließlich müßten auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, die erforderlich sind, die Ziele der Landespflege zu verwirklichen und die notwendigen Maßnahmen zu vollziehen. Ein Bundesfonds für Landespflege als Stiftung des öffentlichen Rechts könnte hierzu wesentlich beitragen.

4. Zur Kompetenz der Landespflege

Die Sachgebiete Naturschutz und Landschaftspflege – als biologischer Bereich des Umweltkomplexes – aus der Rahmenkompetenz des Bundes gem. Art. 75 des Grundgesetzes in die konkurrierende Kompetenz gem. Art. 74 GG zu verlagern, ist ein berechtigtes Anliegen vieler Kreise der Landespflege. Die Konferenz der Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege, der Beauftragte der Bundesregierung für den Naturschutz, der Deutsche Rat für Landespflege, der Deutsche Naturschutzring und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege haben sich eindeutig dafür ausgesprochen. Eine bundesgesetzliche Regelung dieser Art hätte sicher einen besseren Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen, eine bessere staatliche Förderung und eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Folge. Es kann erwartet werden, daß sich der Bund an den künftig sehr hohen Aufwendungen für den Umweltschutz nur bei ausreichender Gesetzeskompetenz angemessen beteiligen wird. Außerdem wäre sie eine Voraussetzung für eine wünschenswerte Harmonisierung von Recht und Verwaltung, von Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Landespflege in den Staaten der EWG.

Der Umweltschutz ist ein nicht zu trennender Gesamtkomplex, weil alle technologischen Maßnahmen, z. B.

- zur Reinhaltung des Wassers,
- zur Reinhaltung der Luft und
- zur Behandlung von Abfällen,

in engem Bezug zur natürlichen Umwelt stehen. Viele natürliche Landschaftsfaktoren unterliegen einer Mehrfachnutzung, so auch die Gewässer als Lieferant von Trinkwasser, von Brauchwasser, als Mittel für die Erholung und als ökologischer Faktor für einen funktionsfähigen, ausgeglichene Naturhaushalt. Wenn auch die Maßnahmen des technologischen Umweltschutzes häufig von anderen Institutionen ausgeführt werden als die Maßnahmen des biologischen Umweltschutzes, so darf das nicht zur Annahme verleiten, daß es sich hier um zwei völlig andere Sachgebiete handeln würde. Die natürliche Umwelt ist untrennbar, so daß sie auch nicht in einen Bereich, der der Bundeskompetenz unterliegt, und einen anderen Bereich, der der Landeskompetenz unterliegt, ausgespalten werden darf.

Die bislang mangelhafte Förderung der Forschung und der Maßnahmen auf dem Gebiet von Naturschutz und Landschaftspflege in den Ländern und durch den Bund läßt deutlich werden, welches Übergewicht man dem technologischen Umweltschutz bislang zugemessen hat. Das ist sicher darauf zurückzuführen, daß die technologischen Maßnahmen leichter erfaßbar, meßbar und quantifizierbar sind – und im übrigen auch viel mehr Geld kosten und daher für die Parlamente interessanter sind – als die unbestimmbaren und unwägbaren Werte von Naturschutz und Landschaftspflege. Der Abstand in der finanziellen Förderung der Forschung und der Maßnahmen für Naturschutz und Landschaftspflege gegenüber den technologischen Maßnahmen des Umweltschutzes wird sich mit Sicherheit weiter vergrößern, wenn die Bereiche getrennt

und verschiedenen Kompetenzen zugeordnet werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Bund seine Mittel für den biologisch-ökologischen Umweltschutz in Zukunft nicht verstärken wird, wenn ihm die Kompetenz versagt bleibt, auch wenn eine Förderung aufgrund anderer Bestimmungen des Grundgesetzes möglich wäre.

Nicht selten kann man hören, daß allein wegen der unterschiedlichen naturräumlichen Gliederung der BRD ein einheitliches Gesetz für Naturschutz und Landschaftspflege ausgeschlossen sei. Es ist richtig, daß die Landschaften in der BRD naturräumlich, ökologisch und in ihren Funktionen sehr unterschiedlich sind. Das aber gilt auch für die Landschaften der einzelnen Länder. So unterscheiden sich z. B. die Weinlandschaften im Maintal von Unterfranken von der Fränkischen Alb, dem tertiären Hügelland in Mittelfranken, dem Bayerischen Wald, den ausgedehnten Moorgebieten südlich Münchens (Dachauer Moos, Erdinger Moos), den Moränenlandschaften des Alpenvorlandes und den Hochgebirgslandschaften der Alpen ganz erheblich. Auch in Norddeutschland sind die Unterschiede von den Halligen über die Nord- und Ostfriesischen Inseln, die Küstenlandschaften, Marsch- und Geestlandschaften, Heide- und Moorlandschaften bis zum Mittelgebirge des Harzes und Weserberglandes sehr groß. Das aber kann kein Hindernis für ein einheitliches Bundesgesetz sein, in dem es ja darauf ankommt, für alle Schutzkategorien einheitliche Kriterien zu finden. Das gleiche gilt für die notwendigen Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, die nach der gleichen gesetzlichen Grundlage vorgenommen werden sollten. Die Unterschiede, die sich aus einigen Tier- und Pflanzenarten ergeben, weil ihr Vorkommen örtlich begrenzt ist, lassen sich später in einer Rechtsverordnung aufgrund des Gesetzes ohne Schwierigkeiten berücksichtigen.

Die Befürchtungen der Länder, daß ihnen ein Sachgebiet

genommen werden könnte, sind unbegründet, weil die Ausführung des Gesetzes und damit die Zuständigkeit für Naturschutz und Landschaftspflege auch nach einem Bundesvollgesetz ausschließlich in Händen der Länder verbleiben würde. Somit ändert sich in der Tat nichts. Es würde nur anstelle des jetzt noch relativ einheitlichen Reichsnaturschutzgesetzes ein neues, der Entwicklung angepaßtes Bundesgesetz treten. Der Bund aber hätte die Möglichkeit, auch diese Bereiche des Umweltschutzes stärker als bisher zu fördern und die Länder in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Noch ist nicht abzusehen, ob ein künftiges Bundesgesetz als Vollgesetz auf Grund der konkurrierenden Gesetzgebung gem. Art. 74 des Grundgesetzes oder nur als Rahmengesetz auf Grund Art. 75 GG erlassen werden wird. Aus dem Gesamtkomplex des Umweltschutzes werden die Luftreinhaltung, der Lärmschutz und die Abfallbeseitigung sicher in die Bundeskompetenz überführt werden, während es für den Gewässerschutz, die Landschaftspflege und den Naturschutz noch ungewiß ist. Es wäre für die künftige Entwicklung von Umweltschutz und Landespflge ohne Zweifel von Nachteil, wenn der mehr technologisch orientierte Bereich von dem biologischen Bereich, wozu Landschaftspflege und Naturschutz gehören, getrennt würde. Schutz, Pflege und Entwicklung der natürlichen Umwelt können nur dann voll wirksam werden, wenn neben den erforderlichen technologischen Maßnahmen zur Luft- und Wasserreinhaltung, zur Lärmbekämpfung und Abfallbeseitigung auch die Entwicklung des gesamten Lebensraumes in seinen biologisch-ökologischen Bezügen gleichrangig berücksichtigt wird. Deshalb bleibt zu hoffen, daß die sich ergänzenden Bereiche des Umweltkomplexes nicht getrennt, sondern als Einheit behandelt und auf der gleichen Grundlage gesetzlich geregelt werden.

Rechtsvorschriften der Raumplanung und des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (Synopsis nach dem Stand vom 1. Dez. 1971)

Einleitung

Das Recht der Raumplanung und des Umweltschutzes ist in einer ständigen Entwicklung begriffen, die von der Notwendigkeit bestimmt ist, unter Ausschöpfung des durch die Verfassung vorgegebenen Rahmens sachgerechte Lösungen für die Probleme zunehmender Raumbeanspruchung, Verdichtung, Industrialisierung, Verbrauch der Naturgüter und Umweltbelastung zu finden. Dabei tritt immer deutlicher die Tendenz hervor, zu internationalen – zumindest europäischen – Vereinbarungen zu gelangen und die Kompetenzen des Bundes entsprechend auszuweiten.

Die in Betracht kommenden Rechtsvorschriften verteilen sich auf zahlreiche Rechtsgebiete. Ihre nachfolgende kurze Charakterisierung ist ein Versuch, die zwischen diesen Rechtsgebieten bestehenden Interdependenzen und gleichzeitig das komplizierte Gesamtgefüge transparent zu machen.

Raumplanung

Das Land als Planungseinheit ist Gegenstand der Raumordnungspolitik. Die verschiedenen strukturpolitischen Maßnahmen, insbesondere die öffentlich-rechtliche Bereichsbildung, sind von entscheidender Bedeutung für die Landespflege und für den Umweltschutz.

Raumordnung und Landesplanung

Raumordnung ist die koordinierende Vorsorge für eine geordnete, den Gegebenheiten der Natur und dem zusammengefaßten öffentlichen Interesse entsprechende planmäßige vorausschauende, nach einem Leitbild orientierte Gesamtgestaltung des Landesgebietes oder einzelner Landesteile.

Gegenstand und Aufgabe der Landesplanung ist die übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung für eine den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und landwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Raumordnung.

Finanzausgleich und Haushalt

Die gegenwärtige Verwaltungsgliederung hat zusammen mit steuerrechtlichen Auswirkungen eine unterschiedliche Leistungskraft in den einzelnen Landesteilen zur Folge, der man durch horizontalen und vertikalen Finanzausgleich zu begegnen versucht.

Die Verteilung der öffentlichen Mittel (Zuweisungen, Zuschüsse) erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsgrundsatzgesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273) und den darauf abgestimmten Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung bzw. der Landeshaushaltsordnungen, welche zum 1. 1. 1972 die Reichshaushaltsordnung (RHO) i.d.F. v. 14. April 1930 (RGBl. II S. 693) ablösen. In den Gemeinden und Gebietskörperschaften sind zudem die in den Gemeindeordnungen, Landkreisordnungen, Kommunalabgabengesetzen u. ä. enthaltenen Sondervorschriften zu beachten.

Gebietsstrukturplanung

Die gegenwärtige Verwaltungsgliederung kann nur unter bestimmten Voraussetzungen abgeändert werden. Neben der Verwaltungsreform sind deshalb die Möglichkeiten übergebietlicher Zusammenarbeit von besonderer Wichtigkeit.

Siedlungsplanung

Die Ordnung der städtebaulichen Entwicklung in Stadt und Land bietet zahlreiche Möglichkeiten für Maßnahmen der Landespflege und des Umweltschutzes.

Agrar- und Forststrukturplanung

Die planvolle Änderung der Agrar- und Forststruktur übt auf Landschaftshaushalt und Landschaftsbild einen tiefgreifenden Einfluß aus.

Wirtschaftsplanung

Die Maßnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Wirtschaftskraft stehen oft im Widerspruch zu den Zielsetzungen von Landespflege und Umweltschutz. Gerade hier ist eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten im Interesse des Allgemeinwohls unumgänglich.

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Änderung und Neuerstellung von Verkehrswegen und -anlagen aller Arten setzen ein Planfeststellungsverfahren voraus, durch welches alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Zustimmungen ersetzt werden. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, daß im Planfeststellungsbeschluß die Erfordernisse der Landespflege und des Umweltschutzes enthalten sind.

Verteidigungsplanung

Die Erfordernisse der Landesverteidigung führen durch öffentliche Bereichsbildung und Ausübung von Manöverrechten zu zahlreichen Überschneidungen mit den Maßnahmen der Landespflege und des Umweltschutzes.

Landespflege- und Umweltplanung

Eine eigene Planung seitens der Landespflege befindet sich noch in den Anfängen. Ansatzpunkte bieten die Vorschriften über eine Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege, Vorschriften über Landschaftspläne sowie die Möglichkeit, eine systematische Auswahl und Sicherung der Schutzobjekte vorzunehmen. Ausbildungs-, Prüfungs- und Berufsausübungsvorschriften für Raumplaner und Landespfleger sind bereits in mehreren Ländern vorhanden.

Wasser

Dem Schutze des Wassers nach Güte und Beschaffenheit dienen die Vorschriften über die Reinhaltung des Oberflächenwassers und des Grundwassers, über Wasser- und Heilquellenschutzgebiete, über Beförderung und Lagerung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten, über Erdaufschlüsse sowie weitere Spezialgesetze. Des weiteren ist der Umfang des Gemeingebrauchs von Bedeutung.

Boden

Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist Gegenstand naturschutzrechtlicher Vorschriften (Feldgehölze, Hecken, Bodenbedecke), der Vorschriften über die Verwendung von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen sowie der Bestimmungen zum Schutze des Mutterbodens. Unter dem Aspekt des Natur-

gutes „Boden“ sind auch die enteignungsrechtlichen Vorschriften zu sehen (nicht vermehrbare Naturgüter).

Luft

Die Reinhaltung der Luft liegt im Interesse der Erhaltung des natürlichen Wirkungsgefüges, des Landschaftshaushaltes (Klima) und hat starke Auswirkungen auf Pflanzen, Tier und Mensch.

Lagerstätten

Im Interesse einer Erhaltung der Naturgüter (natürliche Hilfsquellen) ist es erforderlich, die Lagerstätten vor Raubbau zu schützen und für die Zeit nach dem Abbau eine Rekultivierung sicherzustellen.

Tierwelt

Der Schutz der wildlebenden Tiere erfolgt durch Erhaltung ihrer Lebensstätten (Biotope – z. B. Vogelschutzgebiete) und durch den allgemeinen Schutz der Tierarten (Naturschutz-, Jagd- und Fischereirecht).

Pflanzenwelt

Der Schutz des natürlichen Bewuchses (im Gegensatz zu den Kulturpflanzen) erfolgt durch Standortschutz (Naturdenkmäler, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Landschaftsbestandteile sowie Sondervorschriften) und durch allgemeinen Schutz (Artenschutz).

Lebensumwelt des Menschen

Landespflege ist die naturgemäße Erhaltung, Gestaltung, Pflege und Entwicklung des Landes als Lebensgrundlage und menschenwürdige Lebensumwelt.

Rechtsgrundlagen für die Durchsetzung der Ziele der Landespflege sind neben der Naturschutzgesetzgebung im engeren Sinne die Vorschriften über die Erhaltung der kulturellen Werte der Landschaft.

Naturschutzgesetz

Als Landesrecht gelten folgende reichsrechtliche Vorschriften fort, die in den einzelnen Bundesländern z. T. weitgehend geändert und ergänzt worden sind:

Reichsnaturschutzgesetz – RNG – v. 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zul. geänd. d. Gesetz v. 20. Jan. 1938 (RGBl. I S. 36); Durchführungsverordnung zum RNG – DVO-RNG – v. 31. Okt. 1935 (RGBl. I S. 1275), zul. geänd. d. VO v. 6. Aug. 1943 (RGBl. I S. 481); Naturschutzverordnung v. 18. März 1936 – NSchVO – (RGBl. I S. 181), zul. geänd. d. VO v. 16. März 1940 (RGBl. I S. 567); Vogelberingungsverordnung v. 17. März 1937 (RGBl. I S. 331).

Neben den Änderungen des Naturschutzrechtes im engeren

Sinne sind Novellierungen des Naturschutzrechtes vor allem durch Gesetze aus dem Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts, Steuerrechts u. a. m. erfolgt.

Umweltschutz

Der Umweltschutz umfaßt alle Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Verbesserung der Umweltbedingungen.

Die Maßnahmen des Umweltschutzes bestehen insbesondere in

1. Erhaltung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (einschließlich Schutz von Boden, Wasser und Luft gegen Verunreinigung);
2. Erhaltung und nachhaltiger Pflege der Naturgüter;
3. Schutz gegen Lärm;
4. Verbesserung der Erholungsmöglichkeiten;
5. Sicherung bestimmter Flächen (Naturschutzgebiete)
 - a) aus wissenschaftlichen Gründen oder
 - b) zur Erhaltung seltener oder bedrohter natürlicher Lebensgemeinschaften und deren Standorte;
6. Sicherung bestimmter Flächen (Landschaftsschutzgebiete)
 - a) aus Gründen der Erholung,
 - b) zur Erhaltung einmaliger und typischer Landschaftsgebiete oder
 - c) aus Gründen des Naturhaushalts;
7. Sicherung bestimmter Naturgebilde oder kleinerer Flächen (Naturdenkmäler) aus wissenschaftlichen, geschichtlichen, ästhetischen, heimat- und volkswirtschaftlichen Gründen;
8. Sicherung bestimmter Naturgebilde oder kleinerer Flächen aus Gründen einer naturgemäßen und nachhaltigen Nutzung des Landes (geschützte Landschaftsbestandteile);
9. Erhaltung bestimmter Tier- und Pflanzenarten;
10. Erhaltung der kulturellen Werte der Landschaft und des kulturellen Erbes.

Der Umweltschutz ist Teilgebiet des Lebensschutzes. Voraussetzung für einen erfolgreichen Umweltschutz ist im organisatorischen Bereich die weitestmögliche Koordination des technischen und biologischen Umweltschutzes und deren Kooperation mit Raumordnung und Landesplanung zu integrativer Wirksamkeit. Als Organisationsmodelle sind in Europa 1971 eigene Ressorts für Umweltfragen (Frankreich, Großbritannien), für Landesentwicklung und Umweltfragen (Bayern) sowie Ministerien geschaffen worden, die Teilaufgaben des Umweltschutzes und die allgemeine Koordination (Hessen, Rheinland-Pfalz) wahrzunehmen haben.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz – GG – v. 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) mit Änd.

Gesetzgebung

Art. 75 Abs. 1 Nr. 4 GG; Raumordnungsgesetz – ROG – v. 8. April 1965 (BGBl. I S. 306); Verwaltungsabkommen nach § 8 ROG v. 29. Mai 1967 (BAnz Nr. 122 S. 1); Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes (Zonenrandförderungsgesetz) v. 5. August 1971 (BGBl. I S. 1237)

Finanzausgleich und Haushalt

Verfassungsgrundsätze

Art. 91 a und 91 b GG, Art. 104 GG, Art. 105–115 GG; Art. 134 ff. GG

Gesetzgebung

Gesetz zur Verwirklichung der Finanzplanung des Bundes v. 21. Dez. 1967, Teil I (BGBl. I S. 1254) und Teil II (BGBl. I S. 1259); FinanzreformG v. 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 359); HaushaltsgrundsätzeG v. 19. Aug. 1969 (BGBl. I S. 1273); Bundeshaushaltsordnung v. 19. Aug. 1969 (BGBl. I S. 1284); FinanzausgleichsG Bund-

Länder v. 28. Aug. 1969 (BGBl I S. 1432); GemeindefinanzreformG v. 8. Sept. 1969 (BGBl I S. 1587); Erste VO zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich von Bund und Ländern v. 30. Jan. 1970 (BGBl I S. 143); Erste VO zur Durchf. des Gesetzes über den Finanzausgleich im Ausgleichsjahr 1971 v. 21. Mai 1971 (BGBl I S. 701); Finanzanpassungsgesetz — FAnpG — v. 30. Aug. 1971 (BGBl I S. 1426)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 28 GG; Art. 29 GG;

Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsstandes der Länder nach Art. 29 Abs. 7 des Grundgesetzes v. 16. März 1965 (BGBl I S. 65), geänd. durch Ges. v. 9. Aug. 1971 (BGBl I S. 1241); Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 Abs. 2 bis 6 des Grundgesetzes i. d. F. v. 26. Febr. 1970 (BGBl I S. 204); Gesetz Grenzvereinbarung Konstanz-Neuhausen v. 19. Juli 1967 (BGBl II S. 2040)

Zweckverbände

—

Sonderverbände

§ 4 Bundesbaugesetz — BBauG — v. 23. Juni 1960 (BGBl I S. 341)

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Art. 74 Nr. 18, Art. 75 Abs. 1 Nr. 4 GG;
Reichssiedlungsgesetz — RSG — v. 11. Aug. 1919 (RGBl I S. 1429); §§ 26–34, §§ 35–68 Bundesvertriebenengesetz — BVFG — i. d. F. v. 3. Sept. 1971 (BGBl I S. 1565);

Bundesbaugesetz — BBauG — v. 23. Juni 1960 (BGBl I S. 341); PlanzeichenVO v. 19. Jan. 1965 (BGBl I S. 21); Baunutzungsverordnung — BNVO — i. d. F. v. 26. Nov. 1968 (BGBl I S. 1237, ber. BGBl 1969 I S. 11);

§§ 5 ff. Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm v. 30. März 1971 (BGBl I S. 282); Städtebauförderungsgesetz vom 27. Juli 1971 (BGBl I S. 1125)

Bauaufsicht

DampfkesselVO v. 8. Sept. 1965 (BGBl I S. 1300); Schutzbaugesetz v. 9. Sept. 1965 (BGBl I S. 1232)

Wohnungsbau

§ 41 Abs. 1 Zweites Wohnungsbaugesetz — II WobauG — i. d. F. v. 1. Sept. 1965 (BGBl I S. 1617), geänd. d. G. v. 17. Juli 1968 (BGBl I S. 821)

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Art. 74 Nr. 17, 18, 20 GG, Art. 91 a Abs. 1 Nr. 3 GG;

§ 2 Abs. 1 ROG; VO zur Sicherung der Landbewirtschaftung v. 23. März 1937 (RGBl I S. 422) mit DVO v. 22. April 1937 (RGBl I S. 535); Höfeordnung v. 24. April 1947 i. d. F. v. 24. Aug. 1964 (BGBl I S. 693); Landwirtschaftsgesetz v. 5. Sept. 1955 (BGBl I S. 565); Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — EWG-Vertrag — v. 25. März 1957 (BGBl II S. 766) Teil II Titel II; Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung v. 15. Mai 1963 (BGBl I S. 224), zul. geänd. 23. Dez. 1966 (BGBl I S. 697); Mühlengesetz i. d. F. v. 1. Sept. 1965 (BGBl I S. 1057); EWG-Anpassungsgesetz v. 9. Sept. 1965 (BGBl I S. 1057), zul. geänd. 23. Dez. 1966 (BGBl I S. 682); Agrarstrukturerehebungsgesetz v. 23. Dez. 1966 (BGBl I S. 682); Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft v. 23. Dez. 1966 (BGBl I S. 683); Marktstrukturgesetz v. 16. Mai 1969 (BGBl I S. 423); Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse v. 1. Sept. 1969 (BGBl I S. 1543); Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ v. 3. Sept. 1969 (BGBl I S. 1573);

Landwirtschaftszählungsgesetz 1971 v. 23. Dez. 1970 (BGBl I S. 1852); Weingesetz v. 14. Juli 1971 (BGBl I S. 893) sowie Weinwirtschaftsgesetz i. d. F. v. 9. Mai 1968 (BGBl I S. 471); §§ 35 ff. Bundesvertriebenengesetz i. d. F. v. 3. Sept. 1971 (BGBl I S. 1565, ber. S. 1807).

Flurbereinigung

Flurbereinigungsgesetz — FlurbG — v. 14. Juli 1953 (BGBl I S. 591)

Grundstücksverkehr

Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Grundstücksverkehrsgesetz — GrdstVG) v. 28. Juli 1961 (BGBl I S. 1091); Gesetz über die verbilligte Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von bundeseigenen Grundstücken v. 16. Juli 1971 (BGBl I S. 1005); Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei baulichen Maßnahmen auf ehemals in Anspruch genommenen Grundstücken (Wertausgleichsgesetz) v. 12. Okt. 1971 (BGBl I S. 1625);

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Art. 74 Nr. 11 und 11 a GG; Art. 91 a Abs. 1 Nr. 2 GG;

Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Schuman-Plan — v. 18. April 1951 (BGBl 1952 II S. 447 mit Änd. BGBl 1960 II S. 1573); EWG-Vertrag v. 25. März 1957 (BGBl II S. 766); Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) v. 25. März 1957 (BGBl 1957 II S. 1014); ERP-WirtschaftsplanG 1966 (BGBl II S. 665), 1967 (BGBl II S. 2109), 1968 (BGBl II S. 625), 1969 (BGBl II S. 1021), 1970 (BGBl I S. 1797), 1971 (BGBl I S. 1065); ERP-InvestitionshilfeG v. 17. Okt. 1967 (BGBl I S. 989);

§ 2 Abs. 1 ROG; Gesetz zur Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung v. 14. Aug. 1963 (BGBl I S. 685); Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft v. 8. Juni 1967 (BGBl I S. 582); Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ v. 6. Okt. 1969 (BGBl I S. 1861), geänd. durch § 11 des Zonenrandförderungsgesetzes v. 5. Aug. 1971 (BGBl I S. 1237)

Energiewirtschaft

Energiewirtschaftsgesetz v. 13. Dez. 1935 (RGBl I S. 1451) mit Änd. v. 28. April 1961 (BGBl I S. 481); Dritte VO zur Durchf. des EnergiewirtschaftsG v. 13. Dez. 1935 (RGBl I S. 1451), geänd. d. VO v. 7. Okt. 1970 (BGBl I S. 1370);

Gesetz über die Anzeige der Kapazitäten von Erdöl-Raffinerien und von Erdöl-Rohrleitungen v. 9. Juni 1965 (BGBl I S. 473) mit AnzeigepflichtVO v. 28. Juli 1965 (BGBl I S. 644);

Atomgesetz v. 23. Dez. 1959 (BGBl I S. 814), zul. geänd. 28. Aug. 1969 (BGBl I S. 1429); AtomanlagenVO i. d. F. v. 29. Okt. 1970 (BGBl I S. 1518); DeckungsvorsorgeVO i. d. F. v. 10. Nov. 1970 (BGBl I S. 1523); Erste StrahlenschutzVO v. 15. Okt. 1965 (BGBl I S. 1654); Übereinkommen v. 20. Dez. 1957 zur Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie i. d. F. der Bek. v. 14. Sept. 1959 (BGBl II S. 585); CERN-Abkommen v. 14. Dez. 1967 mit Änd. v. 25. Juni 1969 (BGBl II S. 1197); Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation i. d. F. der Änderung v. 28. Sept. 1970 (BGBl 1971 II S. 849); Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflusreaktors v. 19. Jan. 1967 (BGBl II S. 2430) mit Zusatzabkommen v. 6. Juli 1971 und Bek. des Zusatzabkommens v. 29. Juli 1971 (BGBl II S. 1089); Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenministerium der Vereinigten Staaten über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der magnethydrodynamischen Energieumwandlung v. 12. Juni 1971 (BGBl II S. 1010); Gesetz zu dem Übereinkommen vom 4. März 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherter Urans v. 15. Juli 1971 (BGBl II S. 929); §§ 19 a — 19 f Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Lagerstättenabbau

Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) v. 4. Dez. 1934 (RGBl I S. 1223); Gesetz über den Abbau von Raseneisenerz v. 22. Juni 1937 (RGBl I S. 650); VO über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze v. 31. Dez. 1942 (RGBl 1943 I S. 17); Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau v. 29. Juli 1963 (BGBl I S. 549) mit Änd. v. 24. Aug. 1965 (BGBl I S. 911); Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete v. 15. Mai 1968 (BGBl I S. 365); 1. AbfindungsgeldVO v. 8. Juli 1968 (BGBl I S. 797); 2. AbfindungsgeldVO v. 8. Juli 1968 (BGBl I S. 799);

Genfer Konvention über den Festlandssockel v. 29. April 1958 mit Proklamation v. 28. Jan. 1964 (BAnz Nr. 10 S. 3); Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechte am Festlandssockel v. 24. Juli 1964 (BGBl I S. 497) mit Änd. v. 25. Juni 1969 (BGBl I S. 581); Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die seitliche Abgrenzung des Festlandssockels in Küstennähe v. 1. Dez. 1964 (BGBl 1965 II S. 1141)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

ERP-Wirtschaftsplangesetze; § 36 WHG; TrinkwasseraufbereitungsVO v. 19. Dez. 1959 (BGBl I S. 762);

WasserverbandG v. 10. Febr. 1937 (RGBl I S. 188); Erste WasserverbandVO – WVVO – v. 3. Sept. 1937 (RGBl I S. 933) mit Änd.; Übereinkommen über die Regelung von Wasserentnahmen aus dem Bodensee v. 30. April 1966 mit Gesetz dazu v. 6. Sept. 1967 (BGBl II S. 2313)

Fremdenverkehr

§ 1 Abs. 1 Nr. 2 b Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ v. 6. Okt. 1969 (BGBl I S. 1861); § 2 Nr. 1 b, bb ZonenrandförderungsG v. 5. Aug. 1971 (BGBl I S. 1237)

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

Art. 73 Nr. 6, 74 Nr. 23, 87 GG;

§ 36 Bundesbahngesetz v. 13. Dez. 1951 mit Änd. (BGBl I S. 955); Eisenbahn-Bau und Betriebsordnung (EBO) v. 8. Mai 1967 (BGBl II S. 1563)

Straßenbahnen u. ä.

Art. 74 Nr. 23 GG; §§ 28 ff. Personenbeförderungsgesetz v. 21. März 1961 (BGBl I S. 241), zul. geänd. d. Art. 2 § 14 G. v. 27. Juni 1970 (BGBl I S. 911);

Autobahnen und Straßen

Art. 74 Nr. 22, Art. 90 GG

EWG-Vertrag Teil IV Titel IV; Gesetz über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden v. 1. Aug. 1961 (BGBl I S. 1109); §§ 16 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i. d. F. v. 6. Aug. 1961 (BGBl I S. 1741), der Änd. v. 14. Aug. 1963 (BGBl I S. 681) sowie des Art. 136 EGOWiG (BGBl 1968 I S. 503); Straßenbaufinanzierungsgesetz v. 28. März 1960 i. d. F. v. 20. Dez. 1963 (BGBl I S. 995) und v. 23. Dez. 1966 (BGBl I S. 697); Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 v. 30. Juni 1971 (BGBl I S. 873)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

Eisenbahnkreuzungsgesetz i. d. F. v. 21. März 1971 (BGBl I S. 337); Erste EisenbahnkreuzungsVO v. 2. Sept. 1964 (BGBl I S. 711)

Luftverkehr

Art. 87 d GG;

Luftverkehrsgesetz i. d. F. v. 16. Sept. 1969 (BGBl I S. 1649), zul. geänd. d. Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm v. 30. März 1971 (BGBl I S. 282); Luftverkehrsordnung – LuftVO – i. d. F.

v. 14. Nov. 1969 (BGBl I S. 2118); LuftVZO i. d. F. v. 28. Nov. 1968 mit ÄndVO v. 12. Sept. 1969 (BGBl I S. 1614); LuftgerPO v. 16. Mai 1968 (BGBl I S. 416); VO über die Flugsicherungs-ausrüstung der Luftfahrzeuge v. 11. Juni 1968 (BGBl I S. 646)

Wasserstraßen

Art. 74 Nr. 21, Art. 87, 89 GG;

Gesetz über Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt v. 15. Febr. 1956 (BGBl II S. 317) mit Änd. v. 21. Juni 1965 (BGBl II S. 873) und v. 14. April 1971 (BGBl I S. 345); Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) v. 2. April 1968 (BGBl II S. 173); Bekanntmachung der Neufassung des Wortlauts der in Mannheim unterzeichneten revidierten Rheinschiffahrtsakte (Mannheimer Akte) v. 11. März 1969 (BGBl II S. 597); VO über die Regelung des Betriebs von Anlagen v. 31. März 1970 (BGBl I S. 315); Gesetz zu dem Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweiler/Lauterburg v. 10. Juli 1970 (BGBl II S. 726)

Nachrichtenwesen

Art. 73 Nr. 7, Art. 87 GG;

§§ 7 ff. Telegraphenwege-Gesetz v. 18. Dez. 1899 (RGBl S. 705)

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

Art. 73 Nr. 1, Art. 87 a, 87 b GG;

Bundesleistungsgesetz i. d. F. v. 27. Sept. 1961 (BGBl I S. 1770); VO über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem BLG v. 1. Okt. 1961 (BGBl I S. 1786); Landesbeschaffungsgesetz – LBG – v. 23. Febr. 1957 (BGBl I S. 134), zul. geänd. 29. Nov. 1966 (BGBl I S. 653); Schutzbereichsgesetz – SchutzberG – v. 7. Dez. 1956 (BGBl I S. 899); Gesetz zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen) v. 18. Aug. 1961 (BGBl II S. 1183, ber. BGBl 1962 II S. 121), mit Bek. zu Art. 19 Abs. 1 des Zusatzabkommens v. 14. Aug. 1964 (BGBl II S. 1231); Gesetz zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Änderung des Abkommens vom 3. August 1959 über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg v. 27. Aug. 1971 (BGBl II S. 1077); Gesetz über Mindestvorräte an Erdöl-erzeugnissen v. 9. Sept. 1965 (BGBl I S. 1217); Wassersicherstellungsgesetz v. 24. Aug. 1965 (BGBl I S. 1232); Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes v. 9. Juli 1968 (BGBl I S. 776); Arbeitssicherstellungsgesetz vom 9. Juli 1968 (BGBl I S. 787); Ernährungssicherstellungsgesetz i. d. F. v. 4. Okt. 1968 (BGBl I S. 1075); Verkehrssicherstellungsgesetz i. d. F. v. 8. Okt. 1968 (BGBl I S. 1082); Wirtschaftssicherstellungsgesetz i. d. F. v. 3. Okt. 1968 (BGBl I S. 1069); Gesetz zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten v. 11. April 1967 (BGBl II S. 1233) mit Änderungsg v. 10. Aug. 1971 (BGBl II S. 1025)

Landespflege- und Umweltplanung

Internationale Zusammenarbeit im Bereich der Grundlagenforschung

Art. 1 Abs. 2 c Satzung der UNESCO; Art. 1 Abs. 2 c Satzung der FAO; Europäisches Kulturabkommen vom 19. Dez. 1954 (BGBl 1955 II S. 1128); Übereinkommen vom 19. Nov. 1959 zur Eingliederung der Internationalen Pappelkommission in die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (BGBl 1965 II S. 1533) mit Bek. v. 8. Okt. 1965 (BGBl II S. 1533) und v. 3. Sept. 1969 (BGBl II S. 1911); Übereinkommen über den Int. Rat für Meeresforschung vom 12. Sept. 1964 (BGBl 1969 II S. 1134) mit Bek. v. 2. Juni 1969 (BGBl II S. 1133); Übereinkommen über die Weltorganisation für Meteorologie vom 11. Okt. 1947, Neufassung vom 11. und 28. April 1967, Bek. v. 12. Jan. 1970 (BGBl II S. 18); Übereinkommen über die Int. Hydrographische Organisation vom 3. Mai 1967 (BGBl 1969 II S. 418) mit VO v. 25. Febr. 1969 (BGBl II S. 417); Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Jan. 1967

über die Grundsätze zur Regelung von Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vom 2. Okt. 1969 (BGBl II S. 1967) mit Bek. v. 26. Febr. 1971 (BGBl II S. 166); Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Kanada über die Benutzung der Churchill Research Range vom 8. Juli 1969 mit Bek. v. 3. Febr. 1970 (BGBl II S. 97); Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut i. d. F. der Bek. v. 12. Mai 1970 (BGBl II S. 459); Bekanntmachung des Übereinkommens vom 13. Febr. 1969 zur Gründung einer Europäischen Konferenz für Molekularbiologie v. 23. Sept. 1970 (BGBl II S. 1029)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden für Landespflege

—

Landschaftspläne

—

Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften

—

Wasser

Wassergesetze

Art. 75 Abs. 1 Nr. 4 GG;

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) — WHG — v. 27. Juli 1957 (BGBl I S. 1110), zul. geänd. 18. Aug. 1967 (BGBl I S. 909) und Art. 79 EGOWiG; Wassersicherstellungsgesetz v. 24. Aug. 1965 (BGBl I S. 1225), geänd. d. Art. 80 EGOWiG; Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) v. 31. März 1970 (BGBl I S. 357); § 12 Abs. 1 Bundesseuchengesetz v. 18. Juli 1961 (BGBl I S. 1012, 1300), geänd. 25. Aug. 1971 (BGBl I S. 1407)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§§ 26, 27 WHG;

Gesetz über das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954, v. 21. März 1956 (BGBl II S. 379), geändert BGBl 1961 II S. 1595 sowie durch Gesetz v. 26. Juni 1964 (BGBl II S. 749), Bek. über das Inkrafttreten der Änderungen vom 11. April 1962, v. 31. Aug. 1967 (BGBl II S. 2330); Bekanntmachung über die Errichtung einer Int. Kommission zum Schutz der Mosel gegen Verunreinigung v. 10. Aug. 1962 (BGBl II S. 1102); Bek. über die Errichtung einer Int. Kommission zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung v. 10. Aug. 1962 (BGBl II S. 1106); Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung v. 23. April 1963 (BGBl 1965 II S. 1433); Bekanntmachung der Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung v. 6. Sept. 1965 (BGBl II S. 1432); Übereinkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee v. 9. Juni 1969 mit Bek. v. 22. Okt. 1969 (BGBl II S. 2066, ber. BGBl 1971 II S. 970); Vereinbarung vom 24. Dez. 1969 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Regulierung und Reinigung der Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach mit Bek. v. 13. Mai 1970 (BGBl II S. 1205); Gesetz zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) v. 25. Juli 1969, v. 1. Juli 1971 (BGBl II S. 865), Art. 2 Nr. 3 sowie Art. 30 der IGV; Bek. über Inkrafttreten der Internationalen Gesundheitsvorschriften v. 22. Okt. 1971 (BGBl II S. 1258) —;

Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt v. 15. Febr. 1956 (BGBl II S. 317), zul. geänd. Art. 25 des Kostenerm.-ÄndG v. 23. Juni 1970 (BGBl I S. 805); FahrenVO v. 8. März 1967 (BGBl II S. 2393); KleinfahrtgastschiffVO v. 21. Okt. 1967 (BGBl II S. 2393); Bundeswasserstraßengesetz v. 2. April 1968 — WaStrG — (BGBl II S. 173), geänd. d. Art. 142 EGOWiG v. 24. Mai 1968 (BGBl I S. 503) und § 8 Abs. 2 AltöiG v. 23. Dez. 1968 (BGBl I S. 1419); Donauschiffsverkehrsordnung v. 9. Nov. 1967 (BGBl II S. 2474); DonauschiffahrtspolizeiVO, eingeführt durch VO v. 18. März 1970 (BGBl I S. 297); Rheinschiffahrtspolizeiverordnung, eingef. durch VO v. 5. Aug. 1970 (BGBl I S. 1305); Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung (BinSchStrO), eingeführt durch VO v. 3. März 1971 (BGBl I S. 178); MoselschiffahrtspolizeiVO, eingef. d. VO v. 8. Juni 1971 (BGBl I S. 833);

Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt v. 24. Mai 1965 (BGBl II S. 833), geänd. d. Art. 144 EGOWiG; Gesetz über die Küstenschifffahrt v. 26. Juli 1957 (BGBl II S. 738), geänd. d. Art. 145 EGOWiG; VOVermKleinfzSee v. 12.

Aug. 1969 (BGBl II S. 1531); Seeschiffahrtsstraßen-Ordnung (SeeSchStrO) v. 3. Mai 1971 (BGBl I S. 641); § 12 Bundesseuchengesetz v. 18. Juli 1961 (BGBl I S. 1012, 1300), zul. geänd. d. G. v. 25. Aug. 1971 (BGBl I S. 1407)

Reinhaltung des Grundwassers

§ 34 WHG

Erdaufschlüsse

§ 35 WHG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 19 WHG; § 45 Abs. 1 StVO;

Gemeingebrauch

§§ 23 ff. WHG;

VO über das Vermieten von Sport- und Vergnügungsfahrzeugen sowie deren Benutzung auf Bundeswasserstraßen v. 12. Dez. 1965 (BGBl II S. 1624); VO über die Zulassung des Befahrens von Talsperren und Speicherbecken mit Wasserfahrzeugen v. 24. Okt. 1969 (BGBl II S. 2117); VO zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach dem Bundeswasserstraßengesetz über die Regelung, Beschränkung oder Untersagung des Gemeingebrauchs v. 21. Sept. 1971 (BGBl I S. 1617); DonauschiffahrtsPolVO; RheinschiffahrtsPolVO; MoselschiffahrtsPolVO; BinSchStrO; SeeSchStrO

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§§ 19 a ff. WHG, § 26 Abs. 2 WHG;

Int. Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954 mit Änd.; Gesetz zum Schiffsicherheitsvertrag v. 17. Juni 1960, v. 6. Mai 1965 (BGBl II S. 465/710/); Brüsseler Übereinkommen v. 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen, teilw. in Kraft gesetzt d. Gesetz v. 15. Juli 1971 (BGBl II S. 953); VO über gefährliche Seefrachtgüter v. 4. Jan. 1960 (BGBl II S. 9), zul. geänd. 1. Aug. 1964 (BGBl II S. 1037);

§ 3 Abs. 1 Nr. 2 Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt v. 15. Febr. 1956; VO zur Einführung der VO über die Zulassung von Flüssiggasanlagen an Bord von Schiffen, die für die Beförderung gefährlicher Güter bestimmt sind, v. 12. Nov. 1971 (BGBl I S. 1845);

Technische Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — TVbF — v. 10. Sept. 1964 (BGBl I S. 717), geänd. d. VO v. 12. Mai 1970 (BGBl I S. 513); § 11 FahrenVO v. 8. März 1967 (BGBl II S. 1141); VO über die Form und Führung der Öltagebücher v. 1. April 1968 (BGBl II S. 191); VO zur Einführung der VO über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADBR) und über die Ausdehnung dieser Verordnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen v. 23. Nov. 1971 (BGBl I S. 1851); nach § 8 dieser VO treten ab 31. Dez. 1971 folgende Vorschriften außer Kraft: VO über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Bundeswasserstraßen v. 30. April 1950 (BGBl S. 371), zul. geänd. d. VO v. 14. Aug. 1968 (BGBl II S. 811); VO über die Beförderung bestimmter gefährlicher Gegenstände auf dem Rhein v. 7. Aug. 1962 (BGBl II S. 1091), zul. geänd. d. VO v. 10. Sept. 1968 (BGBl II S. 851); VO über die Beförderung ätzender und giftiger Stoffe auf dem Rhein v. 7. Aug. 1962 (BGBl II S. 1095), zul. geänd. d. VO v. 10. Sept. 1968 (BGBl II S. 852); VO über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten mit Binnenschiffen v. 10. Sept. 1968 (BGBl II S. 853); Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung v. 23. Dez. 1968 (BGBl I S. 1419) mit DVO v. 13. Jan. 1969 (BGBl I S. 89); VO über brennbare Flüssigkeiten — VbF — i. d. F. v. 5. Juni 1970 (BGBl I S. 689);

Sprengstoffgesetz v. 25. Aug. 1969 (BGBl I S. 1358, ber. BGBl 1970 I S. 224);

Vierundsiebzigste Verordnung zur Eisenbahn-Verkehrsordnung v. 6. März 1967 (BGBl II S. 941) — Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn —; Internationale Ordnung für die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn (RID) v. 1. April 1967 (Anlageband zu BGBl II Nr. 13); VO über gefährliche Arbeitsstoffe v. 17. Sept. 1971 (BGBl I S. 1609);

Europäisches Übereinkommen über die Int. Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) vom 30. Sept. 1967 mit Gesetz

v. 18. Aug. 1969 (BGBl II S. 1489); Erste Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B zum ADR – 1. ADR-ÄnderungsV – v. 21. April 1971 (BGBl II S. 209); VO über den Schutz vor Schäden durch die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße v. 23. Juli 1970 (BGBl I S. 1133); Erste VO über Ausnahmen von den Vorschriften der Anlagen A und B zum Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (1. ADR-AusnahmeV) v. 15. Nov. 1971 (BGBl II S. 1273);

Detergentien

Gesetz über Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln – DetergentienG – v. 5. Sept. 1961 (BGBl I S. 1653), geänd. d. Art. 81 EGOWiG; VO über die Abbaubarkeit von Detergentien v. 1. Dez. 1962 (BGBl I S. 698)

Förderungsmaßnahmen

§ 51 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG); § 79 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV); ERP-Wirtschaftsplanungsgesetze

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 10 Bundesfernstraßengesetz (FStrG); §§ 37, 38, 40 FlurbG

Schutz des Bodens (allgemein)

Art. 74 Nr. 17 GG;

§ 3 Abs. 1 Nr. 2 Düngemittelgesetz v. 14. Aug. 1962 (BGBl I S. 558), geänd. d. Art. 87 EGOWiG; DüngemittelVO v. 21. Nov. 1963 (BGBl I S. 805), geänd. d. VO v. 10. Mai 1968 (BGBl I S. 387); § 5 Landwirtschaftsgesetz

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

DüngemittelG; DüngemittelVO;
Pflanzenschutzgesetz v. 10. Mai 1968 (BGBl I S. 352), zul. geänd. d. Gesetz v. 27. Juli 1971 (BGBl I S. 1161)

Mutterboden

§ 39 BBauG

Enteignungsrecht

Art. 74 Nr. 14, 15 GG

Luft

Nachbarrechtl. Immissionsschutz

Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs v. 22. Dez. 1959 (BGBl I S. 781) (§§ 16 ff., 24 ff. GewO); Dampfkesselverordnung v. 8. Sept. 1965 (BGBl I S. 1300), zul. geänd. 30. Juli 1968 (BGBl I S. 881); Druckgasverordnung v. 20. Juni 1968 (BGBl I S. 730); Acetylenverordnung v. 5. Sept. 1969 (BGBl I S. 1593); § 1 Abs. 1 Schornsteinfegergesetz v. 15. Sept. 1969 (BGBl I S. 1634, ber. S. 2433); Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung v. 17. Mai 1965 (BGBl I S. 413); Kostenordnung für die Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen v. 31. Juli 1970 (BGBl I S. 1162); VO über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 16 GewO i. d. F. der Bek. v. 7. Juli 1971 (BGBl I S. 888); Bekanntmachung der Resolutionen des Ministerausschusses des Europarates zur Luftreinhaltung v. 19. Juli 1971 (BGBl II S. 972); § 47 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung – StVZO – i. d. F. v. 6. Dez. 1960 (BGBl I S. 898), zul. geänd. 13. Juli 1971 (BGBl I S. 979); Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotore (Benzinbleigesetz – BzBIG) v. 5. August 1971 (BGBl I S. 1234)

Schutz vor Radioaktivität

Atomgesetz; AtomanlagenVO; Erste StrahlenschutzVO i. d. F. v. 15. Okt. 1965 (BGBl I S. 1654); Zweite StrahlenschutzVO v. 18. Juli 1964 (BGBl I S. 500), geänd. 12. Aug. 1965 (BGBl I S. 759); Übereinkommen vom 20. Dez. 1957 zur Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie i. d. F. der Bek. v. 14. Sept. 1959 (BGBl II S. 585); Vertrag über das Verbot von

Kernwaffenversuchen vom 5. August 1963 (BGBl 1964 II S. 906); Grundnormen für den Strahlenschutz der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom 25. April 1968 mit Bek. v. 20. April 1970 (BGBl II S. 208)

Förderungsmaßnahmen

§ 51 Abs. 20 EStG; § 82 EStDV; ERP-Wirtschaftsplanungsgesetze

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen v. 1. Dez. 1936 (RGBl I S. 999)

Rekultivierung

§ 2 Abs. 3 Gesetz über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze v. 31. Dez. 1942 (RGBl 1943 I S. 17)

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel v. 19. März 1902 (RGBl 1906 S. 89) mit Bek. v. 16. Juni 1953 (BGBl II S. 150); Int. Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954 mit Änd.

Artenschutz (Jagdrecht)

Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG;

Bundesjagdgesetz v. 29. Nov. 1952 (BGBl I S. 780) i. d. F. der Bek. v. 30. März 1961 (BGBl I S. 304), geänd. d. Art. 121 EGOWiG; Verordnung über die Jagdzeiten v. 13. Juli 1967 (BGBl I S. 723); §§ 292 ff. StGB i. d. F. der Bek. v. 1. Sept. 1969 (BGBl I S. 1445); BundeswaffenG v. 14. Juni 1968 (BGBl I S. 633); DVO zum BundeswaffenG v. 26. Nov. 1968 (BGBl I S. 1199); Beschußgesetz v. 7. Juni 1939 (RGBl I S. 1241), geänd. durch Gesetz v. 25. Aug. 1969 (BGBl I S. 1333); Gesetz zu dem Übereinkommen vom 1. Juli 1969 über die gegenseitige Anerkennung von Beschußzeichen für Handfeuerwaffen v. 26. Juli 1971 (BGBl II S. 989) mit Bek. über Inkrafttreten v. 26. Okt. 1971 (BGBl II S. 1276); § 43 SeeSchStrO

Artenschutz (Fischereirecht)

Gesetz vom 28. April 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Konvention vom 5. April 1946 der Internationalen Überfischungskonferenz (BGBl 1954 II S. 469) mit Änderungen durch Gesetze vom 13. Juni 1955 (BGBl 1955 II S. 697), 22. Dez. 1959 (BGBl 1959 II S. 1511) und VO v. 1. März 1961 (BGBl 1961 II S. 95); Protokoll vom 15. Juli 1963 zum Internationalen Übereinkommen über die Fischerei im Nordwestatlantik (BGBl 1965 II S. 409) mit Bek. v. 20. Juni 1966 (BGBl II S. 591); Gesetz v. 13. Aug. 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. Dez. 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee (BGBl 1965 II S. 1113), geänd. d. Art. 124 EGOWiG; Gesetz zu dem Übereinkommen vom 24. Jan. 1959 über die Fischerei im Nordostatlantik v. 19. März 1963 (BGBl 1963 II S. 157); Gesetz zu Änderungen und zur Durchführung des Übereinkommens über die Fischerei im Nordwestatlantik und im Nordostatlantik sowie über weitere Maßnahmen zur Regelung der Seefischerei – Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 – v. 25. Aug. 1971 (BGBl II S. 1057); Erste DVO zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 v. 26. Aug. 1971 (BGBl II S. 1065); § 43 SeeSchStrO

Schutz gegen Pestizide

Art. 74 Nr. 19, 20 GG;

Übereinkommen zur Errichtung der Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum (EPPO) vom 18. April 1951 i. d. F. der Bek. v. 11. Mai 1956 (BGBl II S. 581) mit Änd. v. 4. Okt. 1962 (BGBl II S. 1479) und v. 21. Aug. 1970 (BGBl II S. 1013); Pflanzenschutzgesetz v. 10. Mai 1968 (BGBl I S. 352), zul. geänd. 27. Juli 1971 (BGBl I S. 1161); Pflanzenbeschauverordnung i. d. F. v. 11. Mai 1970 (BGBl I S. 477); VO über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel v. 23. Juli 1971 (BGBl I S. 1117)

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb des Naturschutzrechtes)

§§ 10, 11 Bundesfernstraßengesetz (FStrG);
Gesetz gegen Waldverwüstung v. 18. Jan. 1934 (RGBl I S. 37),
zul. geänd. d. Art. 119 EGOWiG; Verordnung zur Förderung der
Nutzholzgewinnung v. 30. Juli 1937 (RGBl I S. 876), zul. geänd.
d. Art. 120 EGOWiG; Verordnung über den marktmäßigen Absatz
von Holz vor und nach dem Einschlag v. 30. April 1938 (RGBl I
S. 458); Erste Verordnung zur Durchführung der Verordnung über
den Anbau und die Nutzung von Pappeln und anderen Nutzholz-
arten außerhalb des Waldes v. 8. Sept. 1942 (RGBl I S. 552);
Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden
in den nicht im Eigentum des Reichs oder der Länder stehenden
Waldungen v. 18. Juni 1937 (RGBl I S. 721); Verordnung zum
Schutze der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni
1938 (RGBl I S. 700)

Allgemeiner Schutz (außerhalb des Naturschutzrechtes)

§ 2 Abs. 1 Nr. 7 ROG; Gesetz über forstl. Saat- und Pflanzgut
i. d. F. der Bek. v. 29. Okt. 1969 (BGBl I S. 2057)

Aufforstung

§ 11 Abs. 1 FStrG

Einschränkungen des Schutzes

§ 4 Telegraphenwege-Gesetz; § 11 Abs. 2 FStrG; § 15 LuftVG;
§ 30 Abs. 2 WHG; § 68 BLG

Förderungsmaßnahmen

§§ 4, 26 a Nr. 4 Grundsteuergesetz v. 10. Aug. 1951 (BGBl I
S. 519), zul. geänd. 24. März 1965 (BGBl I S. 155); Bewertungsgesetz
i. d. F. v. 10. Dez. 1965 (BGBl I S. 1861) und des BewertungsänderungsG
v. 27. Juli 1971 (BGBl I S. 1157); Forstschäden-
ausgleichsgesetz v. 29. Aug. 1969 (BGBl I S. 1533); § 1 Nr. 11
G. über die verbilligte Veräußerung, Vermietung und Verpachtung
von bundeseigenen Grundstücken v. 16. Juli 1971 (BGBl I
S. 1005)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG;
Lindauer Abkommen vom 23./25. Okt. 1957 über das Vertrags-
schließungsrecht des Bundes

Naturschutzgesetze

Das RNG gilt als Landesrecht fort (Entsch. des BVerfG v. 14. Okt.
1958 – 2 BvO 2/57 – BGBl 1959 I S. 23);
VO zur Überführung weiterer Einrichtungen der Verwaltung des
Vereinigten Wirtschaftsgebietes v. 3. Jan. 1953 (BGBl I S. 8);
Artikel IX Satz 2 des Vertrages über die Grundsätze zur Rege-
lung von Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nut-
zung des Weltraumes einschließlich des Mondes und anderer
Himmelskörper (BGBl 1969 II S. 1969)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergl.

§ 7 Abs. 1 LuftVO; Tierkörperbeseitigungsg v. 1. Febr. 1939
(RGBl I S. 187) mit Erster DVO v. 23. Febr. 1939 (RGBl I S. 332)
und Zweiter DVO v. 17. April 1939 (RGBl I S. 807); § 1 Nr. 9 VO
über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vor-
schriften des Güterkraftverkehrsgesetzes (Freistellungs-Verord-
nung GüKG) v. 29. Juli 1969 (BGBl I S. 1022), geänd. d. VO v.
26. Juni 1971 (BGBl I S. 836) i. V. m. § 4 Abs. 2 Güterkraftver-
kehrsgesetz (GüKG) i. d. F. v. 22. Dez. 1969 (BGBl 1970 I S. 2),
geänd. d. G. v. 4. Dez. 1970 (BGBl I S. 1613); § 12 Bundes-
seuchengesetz;
Übereinkommen über die Gründung der Europäischen Gesell-
schaft für die chemische Aufarbeitung Bestrahlter Kernbrenn-
stoffe (EUROCHEMIC) v. 20. Dez. 1957 mit Bek. v. 14. Sept. 1959
(BGBl II S. 990)

Kleingärten

Gesetz zur Änderung und Ergänzung kleingartenrechtlicher Vor-
schriften v. 28. Juli 1969 (BGBl I S. 1013); § 5 Abs. 2 Nr. 5 BBauG,
§ 9 Abs. 1 Nr. 8 BBauG

Friedhöfe

§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BBauG; § 9 Abs. 1 Nr. 8 BBauG
Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und
Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) v. 1. Juli 1965 (BGBl I S. 589);
Allg. Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräberGVvw) v.
3. März 1967 (BAnz Nr. 47 v. 8. März 1967)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 9 Abs. 6 FStrG; § 42 StVO; § 9 LuftVO; Anlage 1 zu § 14 LuftZO

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschafts- bildes

§ 33 Abs. 1 Nr. 3 StVO; § 10 Abs. 1 Städtebauförderungsgesetz

Schutz von Baudenkmalern

§ 9 Abs. 2 BBauG; § 304 StGB; § 10 Abs. 1 Städtebauförderungs-
gesetz; Art. 5 Europäisches Kulturabkommen v. 19. Dez. 1954
(BGBl 1955 II S. 1128); Gesetz zu der Konvention vom 14. Mai
1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten v.
11. April 1967 (BGBl II S. 1233) mit ÄnderungsG v. 10. Aug. 1971
(BGBl II S. 1025)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 6 KörperschaftsteuerG; § 3 Nr. 6 GewerbesteuerG;
§ 33 EinkommensteuerG; § 18 Abs. 1 Nr. 2, 3, 18 und 19 sowie
§ 23 Abs. 7 ErbschaftsteuerG; § 26 a Nr. 2 und 3 GrundsteuerG;
§§ 76 ff., 80 ff., 115 Bewertungsg i. d. F. des BewertungsändG
1971 v. 27. Juli 1971 (BGBl I S. 1157); § 4 Nr. 20 Buchst. a
UmsatzsteuerG (Mehrwertsteuer)

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

Europäisches Übereinkommen zum Schutz archäologischen Kul-
turguts v. 6. Mai 1969 (von der Bundesregierung auf Grund des
Lindauer Abkommens unterzeichnet; wird jeweils durch Landes-
gesetze in Kraft gesetzt)

Bodenfunde

Art. 74 Nr. 5 GG;
Gesetz zum Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung
v. 6. Aug. 1955 (BGBl I S. 501), geänd. d. Art. 33 EGOWiG; Ab-
kommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen,
wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters vom 22. Nov. 1950
(BGBl 1957 II S. 170) mit Bek. v. 7. Dez. 1970 (BGBl II S. 1324);
Europäisches Übereinkommen zum Schutz archäologischen Kul-
turguts v. 6. Mai 1969

Zelten, Camping, Wohnwagen

§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BBauG; § 9 Abs. 1 Nr. 8 BBauG

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

Art. 28 und 34 Bek. der Neufassung der Mannheimer Akte v.
11. März 1969 (BGBl II S. 589); VO über das Wasserskifahren
auf den Bundeswasserstraßen v. 30. Juli 1960 (BGBl II S. 1959)
mit ÄndVO v. 30. Juni 1965 (BGBl II S. 909); VO zur Übertragung
der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach dem
Bundeswasserstraßengesetz über die Regelung, Beschränkung
oder Untersagung des Gemeingebrauchs v. 21. Sept. 1971 (BGBl
I S. 1617); § 4 Abs. 2 Nr. 2 Weingesetz v. 14. Juli 1971 (BGBl I
S. 893)

Schutz gegen Lärm

§ 360 Nr. 11 StGB; § 6 Abs. 1 Nr. 3 StVG; §§ 30, 33 Abs. 1, 45
Abs. 1 StVO; §§ 49, 55 StVZO; §§ 39, 40, 47, 48, 52 LuftVZO; § 9
Abs. 3 und 5 LuftVO; Gesetz zum Schutz gegen Baulärm v.
9. Sept. 1965 (BGBl I S. 1214); Gesetz zum Schutz gegen Flug-
lärm v. 30. März 1971 (BGBl I S. 282); § 4 Abs. 1 Nr. 3, § 5 Abs.
1 Nr. 3 GaststättenG v. 5. Mai 1970 (BGBl I S. 465, ber. S. 1298);
§ 51 Abs. 2 v EstG; § 82 e EstDV

BADEN-WÜRTTEMBERG

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Landesplanungsgesetz v. 19. Dez. 1962 (GBI BaWü 1963 S. 1), geänd. d. Art. 1 Regionalverbandsgesetz v. 26. Juli 1971 (GBI BaWü S. 336); Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969, v. 25. Juli 1969 (GBI BaWü S. 151) mit Bek. Inkrafttreten v. 20. Aug. 1969 (GBI BaWü S. 208)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) v. 19. Okt. 1971 (GBI BaWü S. 428); GewerbesteuerausgleichsG i. d. F. v. 8. März 1965 (GBI BaWü S. 45); Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG 1970) i. d. F. v. 22. Juni 1970 (GBI BaWü S. 258), geänd. G. v. 26. Juli 1971 (GBI BaWü S. 297); FAG-DV 1969 v. 24. April 1969 (GBI BaWü S. 83); Zweite FAG-DV 1969 v. 4. Nov. 1969 (GBI BaWü S. 287); FAG-DV 1971 v. 27. Juli 1971 (GBI BaWü S. 345)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 71, 74 Verfassung des Landes Baden-Württemberg v. 11. Nov. 1953 (GBI BaWü S. 173), zul. geänd. G. v. 19. Okt. 1971 (GBI BaWü S. 425); § 8 Gemeindeordnung v. 25. Juli 1955 (GBI BaWü S. 129), zul. geänd. G. v. 26. Juli 1971 (GBI BaWü S. 314); § 7 Landkreisordnung für Baden-Württemberg i. d. F. v. 21. Okt. 1971 (GBI BaWü S. 400); Erste DVO-GO v. 31. Okt. 1955 (GBI BaWü S. 235), zul. geänd. VO v. 17. Aug. 1971 (GBI BaWü S. 380); §§ 7–11 Landesverwaltungsgesetz v. 7. Nov. 1955 (GBI BaWü S. 225), zul. geänd. G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); Gesetz zur Vorbereitung der Kreisreform v. 8. Dez. 1970 (GBI BaWü S. 497); Kreisreformgesetz v. 16. Juli 1971 (GBI BaWü S. 314); Regionalverbandsgesetz v. 26. Juli 1971 (GBI BaWü S. 336)

Zweckverbände

Zweckverbandsgesetz v. 24. Juli 1963 (GBI BaWü S. 114); Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen v. 9. Dez. 1965 (GBI BaWü S. 302)

Sonderverbände

—

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

1. DVO-BBauG v. 9. Nov. 1960 (GBI BaWü S. 178); 2. DVO-BBauG v. 27. Juni 1961 (GBI BaWü S. 208); VO v. 30. Juni 1961 (GBI BaWü S. 212); Verordnung der Landesregierung über die zuständige Behörde nach § 25 Abs. 5 Nr. 2 Satz 1 des Städtebauförderungsgesetzes v. 6. Okt. 1971 (GBI BaWü S. 398);

Bauaufsicht

Landesbauordnung — LBO — v. 6. April 1964 (GBI BaWü S. 151), zul. geänd. G. v. 21. Juli 1970 (GBI BaWü S. 406); AVO-LBO v. 23. Nov. 1965 (GBI BaWü S. 9); VO über Bauvorlagen im baurechtlichen Verfahren (Bauvorlagenverordnung — BauVorIVO) v. 21. Dez. 1964 (GBI BaWü S. 451), geänd. d. VO v. 24. Okt. 1968 (GBI BaWü S. 447); BauPrüfVO v. 13. Jan. 1965 (GBI BaWü S. 6); PrüfzeichenVO v. 13. Jan. 1965 (GBI BaWü S. 9); GüteüberwachungsVO v. 13. Jan. 1965 (GBI BaWü S. 10); GaragenVO v. 24. Febr. 1965 (GBI BaWü S. 35); 2. GüteüberwachungsVO v. 9. Mai 1968 (GBI BaWü S. 199); 2. PrüfzeichenVO v. 9. Mai 1968

(GBI BaWü S. 200); 3. GüteüberwachungsVO v. 16. Febr. 1971 (GBI BaWü S. 45); 3. PrüfzeichenVO v. 16. Febr. 1971 (GBI BaWü S. 46)

Wohnungsbau

VO v. 31. März 1954 (GBI BaWü S. 52)

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Landesanpassungsgesetz für die Landwirtschaft v. 2. Aug. 1966 (GBI BaWü S. 144); VO des MinfELWF über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse v. 14. Febr. 1970 (GBI BaWü S. 97)

Flurbereinigung

AGFlurbG v. 26. April 1954 (GBI BaWü S. 55); DVO — FlurbG v. 12. Febr. 1954 (GBI BaWü S. 56)

Grundstücksverkehr

—

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

—

Energiewirtschaft

Gesetz über die behälterlose unterirdische Speicherung von Gas (Gasspeichergesetz) v. 18. Mai 1971 (GBI BaWü S. 172)

Lagerstättenabbau

Badisches Berggesetz v. 22. Juni 1890 i. d. F. v. 17. April 1925 (Bad. GVBI S. 103), zul. geänd. G. v. 18. Mai 1971 (GBI BaWü S. 161); Württembergisches Berggesetz v. 7. Okt. 1874 (RegBI S. 265), zul. geänd. G. v. 18. Mai 1971 (GBI BaWü S. 161); Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705), zul. geänd. G. v. 18. Mai 1971 (GBI BaWü S. 161)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§ 64 WasserG v. 25. Febr. 1960 (GBI BaWü S. 17), zul. geänd. d. Art. 15 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Entnahme von Wasser aus der Donau und die Zusammenarbeit bei wasserwirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben v. 3. Dez. 1970 mit Bek. v. 17. Dez. 1970 (GBI BaWü 1971 S. 4)

Fremdenverkehr

—

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahn und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

VO des Innenministeriums über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen (BOA) v. 17. Mai 1971 (GBI BaWü S. 119, ber. S. 484)

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

§§ 37 ff. Straßengesetz für Baden-Württemberg v. 20. März 1964 (GBI BaWü S. 127), geänd. d. Art. 18 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

§§ 33 ff. Straßengesetz

Luftverkehr

VO v. 5. Juli 1966 (GBI BaWü S. 131) – Planfeststellungsbehörde nach dem LuftVG –

Wasserstraßen

–

Nachrichtenwesen

–

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

–

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden für Landespflege

§ 20 RNG – § 8 DVO-RNG i. d. F. v. 17. Okt. 1962 (GBI BaWü S. 203) und v. 25. Mai 1963 (GBI BaWü S. 79)

Landschaftspläne

–

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

LandeslaufbahnVO i. d. F. v. 10. Juni 1969 (GBI BaWü S. 108); § 2 Nr. 3 Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst v. 13. Febr. 1970 (GBI BaWü S. 84) – Fachrichtung Garten- und Landschaftsgestaltung –; Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst i. d. F. v. 26. März 1970 (GBI BaWü S. 136); § 1 Abs. 3, § 2 Abs. 1 Architektengesetz v. 5. Dez. 1955 (GBI BaWü S. 265), zul. geänd. 8. Febr. 1966 (GBI BaWü S. 6); Ingenieurgesetz – IngG – v. 30. März 1971 (GBI BaWü S. 105)

Wasser

Wassergesetze

Wassergesetz für Baden-Württemberg v. 25. Febr. 1960 (GBI BaWü S. 17), zul. geänd. d. Art. 15 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§§ 14, 28 Wassergesetz;

Bek. über das Inkrafttreten und den Wortlaut des Übereinkommens über den Schutz des Bodensees gegen Verunreinigung v. 20. Dez. 1961 (GBI BaWü 1962 S. 1); PolVO des Innenministeriums für den Ölhafen Karlsruhe v. 16. Aug. 1963 (GBI BaWü S. 128); VO des Innenministeriums über die Schifffahrt auf dem Rhein zwischen Neuhausen und Rheinfelden v. 13. Nov. 1970 (GBI BaWü S. 501)

Reinhaltung des Grundwassers

§ 36 Wassergesetz

Erdaufschlüsse

§ 37 Wassergesetz

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 24, §§ 38 ff. Wassergesetz

Gemeingebrauch

§ 26 Wassergesetz;

PolVO des Innenministeriums über das Verbot des Befahrens des Bodensees mit schwimmfähigen Kraftfahrzeugen v. 24. Mai 1965 (GBI BaWü S. 101); VO des Innenministeriums über die erlaubnisfreie Entnahme von Wasser für den Gartenbau v. 22. Juli 1968 (GBI BaWü S. 220); VO des Innenministeriums über die Schifffahrt auf dem Rhein zwischen Neuhausen und Rheinfelden v. 13. Nov. 1970 (GBI BaWü S. 501)

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 25 Wassergesetz; § 18 AVO-LBO; VO zur Ausführung der VO über brennbare Flüssigkeiten und der Technischen VO über

brennbare Flüssigkeiten v. 30. Mai 1965 (GBI BaWü S. 96); VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLWF) v. 30. Juni 1966 (GBI BaWü S. 134)

Detergentien

ZuständigkeitsVO v. 16. Dez. 1966 (GBI BaWü 1967 S. 1)

Förderungsmaßnahmen

–

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 8 NSchErgG v. 8. Juni 1959 (GBI BaWü S. 53), zul. geänd. d. Art. 17 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); § 14 NSchVO i. d. F. v. 6. Juni 1963 (GBI BaWü S. 89)

Schutz des Bodens (allgemein)

–

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

–

Mutterboden

–

Enteignungsrecht

Bad. EnteignungsG v. 26. Juni 1899 i. d. F. v. 13. Aug. 1934 (Bad. GVBI S. 239); Württ. ZwangsenteignungsG v. 20. Dez. 1888 i. d. F. v. 18. Juni 1933 (RegBI S. 331); Preuß. EnteignG v. 11. Juni 1874, zul. geänd. G. v. 26. Juli 1922 (Preuß. GS S. 211)

Luft

Nachbarrechtl. Immissionsschutz

ZuständigkeitsVO v. 30. Nov. 1960 (GBI BaWü S. 182); Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen – Immissionsschutzgesetz – v. 4. Febr. 1964 (GBI BaWü S. 55), zul. geänd. d. Art. 12 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); 1. DVO-ImmissionsschutzG v. 29. März 1966 (GBI BaWü S. 67)

Schutz vor Radioaktivität

–

Förderungsmaßnahmen

–

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

Bad. BergG; Württ. BergG; Preuß. ABG

Rekultivierung

§ 147 Abs. 1 Bad. BergG; Art. 178 Abs. 2 Württ. BergG; § 196 Abs. 2 Preuß. ABG; Bad. SteinbruchVO v. 18. Aug. 1937 (Bad. GVBI S. 259); § 9 Abs. 2 NSchErgG

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

Naturschutzverordnung i. d. F. v. 6. Juni 1963 (GBI BaWü S. 89)

Artenschutz (Jagdrecht)

Landesjagdgesetz i. d. F. v. 25. Juli 1969 (GBI BaWü S. 175); VO über die Jagdzeiten v. 6. Febr. 1968 (GBI BaWü S. 60), geänd. VO v. 10. März 1971 (GBI BaWü S. 110); VO des Regierungspräsidiums Südbaden – Obere Jagdbehörde – über das Verbot der Verwendung von Lockenten v. 27. Okt. 1970 (GBI BaWü S. 503); Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Jägerprüfung (Jägerprüfungsordnung) v. 16. Okt. 1971 (GBI BaWü S. 416);

Artenschutz (Fischereirecht)

Bad. Gesetz, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend, v. 3. März 1870 (Bad. GVBl S. 225); Württ. Gesetz über die Fischerei v. 27. Nov. 1865 (RegBl S. 499) i. d. F. v. 7. Juni 1885 (RegBl S. 227), geänd. G. v. 25. Juli 1969 (GBI BaWü S. 153); PoIVO des MinfELWF über die Ausübung der Fischerei v. 18. Dez. 1962 (GBI BaWü 1963 S. 8); PoIVO des Regierungspräsidiums Südwürttemberg-Hohenzollern über die Ausübung der Fischerei v. 20. Jan. 1966 (GBI BaWü S. 11); VO des MinfELWF über die Ausübung der Fischerei im Bodensee v. 23. März 1967 (GBI BaWü S. 49), zul. geänd. VO v. 20. April 1971 (GBI BaWü S. 187)

Schutz gegen Pestizide

—

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb des Naturschutzrechtes)

§ 30 Straßengesetz

Allgemeiner Schutz (außerhalb des Naturschutzrechtes)

Gesetz über die von den Gemeinden und Körperschaften für die Bewirtschaftung und Beförderung ihrer Waldungen an das Land zu entrichtenden Beiträge (Bewirtschaftungs- und Beförsterungsbeiträgegesetz) v. 24. Jan. 1957 (GBI BaWü S. 37); VO zur Durchf. des Bewirtschaftungs- und BeförsterungsbeiträgeG v. 14. April 1957 (GBI BaWü S. 69), geänd. d. VO v. 18. Juni 1959 (GBI BaWü S. 65);

VO zur Bekämpfung von Forstschädlingen und Baumkrankheiten v. 25. Juni 1965 (GBI BaWü S. 108);

VO über das Rauchen in den Waldungen des Stadtkreises Mannheim v. 2. Mai 1966 (GBI BaWü S. 100);

VO über Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft v. 25. Nov. 1969 (GBI BaWü S. 284)

Geltungsbereich Baden:

Badisches Forstgesetz v. 15. Nov. 1833 (RegBl S. 5), zul. geänd. d. G. v. 27. Sept. 1939 (Bad. GVBl S. 191); Gesetz, die Bewirtschaftung der Privatwaldungen betreffend, v. 27. April 1854 (RegBl S. 216); VO des Bad. Ministeriums der Finanzen, die Bewirtschaftung der Gemeinde- und Körperschaftswaldungen betreffend, GemeindeforstwirtschaftsVO (GWO) — v. 28. Juli 1915 (Bad. GVBl S. 199), geänd. d. VO v. 11. Aug. 1922 (Bad. GVBl S. 674) und v. 3. März 1924 (Bad. GVBl S. 44); Gesetz, das Forststrafrecht und Forststrafverfahren betreffend, v. 25. Febr. 1879 i. d. F. v. 28. Aug. 1924 (Bad. GVBl S. 251), geänd. d. Art. 18 G. v. 7. April 1970 (GBI BaWü S. 124); VO über das Verfahren in Forststrafsachen v. 19. Nov. 1924 (Bad. GVBl S. 281); Gesetz über das Verfahren bei gerichtlichen Strafverfügungen (StrafverfügungsG) v. 22. Nov. 1960 (GBI BaWü S. 174); RechtsVO der Landesregierung über die Zuständigkeit von Polizeibehörden nach dem StrafverfügungsG v. 13. Dez. 1960 (GBI BaWü S. 190); VO zur Verhütung von Waldbränden v. 13. Mai 1935 (Bad. GVBl S. 121);

Geltungsbereich Württemberg:

Forstpolizeigesetz v. 19. Febr. 1902 (RegBl S. 51) i. d. F. v. 19. Nov. 1929 (ABl FinMin 1931 S. 161); Körperschaftsforstgesetz v. 19. Febr. 1902 (RegBl S. 45) i. d. F. der Änderungsgesetze; Forststrafgesetz v. 2. Sept. 1879 (RegBl S. 277) i. d. F. der VO v. 19. Nov. 1929 (ABl FinMin 1931 S. 155), geänd. d. Art. 19 G. v. 7. April 1970 (GBI BaWü S. 124); VO des Justizministeriums zur Vollziehung des Forststrafgesetzes und Forstpolizeigesetzes v. 19. Nov. 1929 (ABl FinMin 1931 S. 145); VO des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Ausführung des Gesetzes gegen Waldverwüstung v. 17. Sept. 1934 (RegBl S. 253);

Geltungsbereich Südwürttemberg-Hohenzollern:

Gesetz betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften v. 6. Juli 1875 (Preuß. GS S. 416); Gesetz betr. den Forstdiebstahl v. 15. April 1878 (Preuß. GS S. 222), zul. geänd. d. Art. 20 G. v. 7. April 1970 (GBI BaWü S. 124); Gesetz über gemeinschaftliche Holznutzungen v. 14. März 1881 (Preuß. GS S. 261); Gemeindeforstgesetz für die Hohenzollernschen Lande v. 22. April 1902 (Preuß. GS S. 95); Feld- und Forstpolizeigesetz v. 1. April 1880 i. d. F. v. 21. Jan. 1926 (Preuß. GS S. 83), zul. geänd. d. Art. 21 G. v. 7. April 1970 (GBI BaWü S. 124)

Aufforstung

§ 28 Abs. 1 Gesetz über das Nachbarrecht v. 14. Dez. 1959 (GBI BaWü S. 171)

Einschränkungen des Schutzes

§ 31 Abs. 2 Straßengesetz; § 78 Abs. 1 Wassergesetz; §§ 15 ff., 23 ff. Gesetz über das Nachbarrecht

Förderungsmaßnahmen

—

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 86 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg v. 11. Nov. 1953 (GBI BaWü S. 173), zul. geänd. G. v. 26. Juli 1971 (GBI BaWü S. 313)

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz — RNG — v. 26. Juni 1935 (RGI I S. 821), zul. geänd. d. Art. 16 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); Gesetz zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes — NSchErgG — v. 8. Juni 1959 (GBI BaWü S. 53), zul. geänd. d. Art. 17 G. v. 6. April 1970; DVO-RNG i. d. F. v. 17. Okt. 1962 (GBI BaWü S. 203), geänd. VO v. 25. Mai 1963 (GBI BaWü S. 89); Naturschutzverordnung — NSchVO — i. d. F. v. 6. Juni 1963 (GBI BaWü S. 89);

VO des MinfELWF zur Regelung der Zuständigkeit nach § 14 Abs. 2 a der Naturschutzverordnung v. 2. Mai 1968 (GBI BaWü S. 199); VO des MinfELWF über die Zuständigkeit für den Erlaß besonderer jagdrechtlicher Bestimmungen in Naturschutzgebieten v. 13. März 1968 (GBI BaWü S. 142);

§ 16 Abs. 1 Nr. 5 Landesverwaltungsgesetz v. 7. Nov. 1955 (GBI BaWü S. 225), geänd. d. Art. 4 G. v. 6. April 1970 (GBI BaWü S. 111); VO des Innenministeriums über öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden und Landkreise v. 25. Aug. 1969 (GBI BaWü S. 208);

§ 4 Abs. 1 Nr. 11 Grunderwerbsteuergesetz i. d. F. v. 25. Mai 1970 — GrEstG 1970 — (GBI BaWü S. 295);

Verordnung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über das Sammeln von Weinbergschnecken v. 28. Febr. 1964 (GBI BaWü S. 106);

VO des Regierungspräsidiums Südbaden über das Sammeln von Weinbergschnecken v. 22. Febr. 1967 (GBI BaWü S. 79); VO des Regierungspräsidiums Südwürttemberg-Hohenzollern über das Sammeln von Weinbergschnecken v. 20. März 1969 (GBI BaWü S. 72); VO des Regierungspräsidiums Nordbaden über das Sammeln von Weinbergschnecken v. 26. Jan. 1970 (GBI BaWü S. 101)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergl.

§§ 8, 9 NSchErgG

Kleingärten

—

Friedhöfe

Gesetz über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) v. 21. Juli 1970 (GBI BaWü S. 395)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 16 Abs. 2, § 111 Abs. 1 LBO; § 7 NSchErgG; § 9 DVO-RNG

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 16 Abs. 2, § 111 Abs. 1 LBO;

§ 19 Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz) v. 25. Mai 1971 (GBI BaWü S. 209)

Schutz von Baudenkmalern

§§ 6 ff., 12 ff. Denkmalschutzgesetz;

§ 80 Abs. 5 Gemeindeordnung

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 11 GrEStG 1970 (GBl BaWü S. 295)

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§ 22 Denkmalschutzgesetz

Bodenfunde

§§ 20 ff. Denkmalschutzgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

—

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

PoIVO über das Verbot des Befahrens des Bodensees mit schwimmfähigen Kraftfahrzeugen v. 24. Mai 1965 (GBl BaWü S. 101); PoIVO über das Vermieten von Wasserfahrzeugen auf dem Bodensee und auf dem Rhein v. 14. Aug. 1968 (GBl BaWü S. 399)

Schutz gegen Lärm

DVO zum BaulärmG v. 21. Nov. 1965 (GBl BaWü S. 321); Gesetz über die Sonntage und Feiertage i. d. F. v. 28. Nov. 1970 (GBl BaWü 1971 S. 1); Immissionsschutzgesetz v. 4. Febr. 1964 (GBl BaWü S. 55), zul. geänd. d. Art. 12 G. v. 6. April 1970 (GBl BaWü S. 111); 1. DVO-Immissionsschutzgesetz v. 29. März 1966 (GBl BaWü S. 67)

BAYERN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLplG) v. 6. Febr. 1970 (BayGVBl S. 9); VO über die Zusammensetzung des Landesplanungsbeirates und der Bezirksplanungsbeiräte v. 6. Juli 1970 (BayGVBl S. 281), geänd. d. VO v. 24. Nov. 1970 (BayGVBl S. 541); VO über die Entschädigung der als Sachverständige berufenen Mitglieder des Landesplanungsbeirates und der Bezirksplanungsbeiräte v. 16. März 1971 (BayGVBl S. 109);

Gesetz über die Zuständigkeit in der Landesentwicklung und in den Umweltfragen v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65); VO über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung v. 19. Dez. 1956 (BayBS I S. 19), zul. geänd. d. VO v. 22. Febr. 1971 (BayGVBl S. 68)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Finanzausgleichsgesetz – FAG – i. d. F. v. 2. Sept. 1971 (BayGVBl S. 353, zul. geänd. G. v. 27. Juli (BayGVBl S. 254); FAG-DV 1960 i. d. F. d. VO v. 28. April 1969 (BayGVBl S. 135); FAG-DV 1970 v. 31. März 1971 (BayGVBl S. 141); Gewerbesteuer-ausgleichsG v. 30. Mai 1961 (BayGVBl S. 147); Gewerbesteuer-ausgleichsVO v. 15. Juli 1969 (BayGVBl S. 229), geänd. d. VO v. 30. Jan. 1970 (BayGVBl S. 19) und VO v. 8. Sept. 1971 (BayGVBl S. 361)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 11, 83 Verfassung des Freistaates Bayern v. 2. Dez. 1946 (BayGVBl S. 333); Art. 8 Bezirksordnung v. 27. Juli 1953 (BayBS I S. 529), geänd. d. § 19 Gesetz zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht (StrBerAnpG) v. 31. Juli 1970 (BayGVBl S. 345); Art. 7–10 Landkreisordnung i. d. F. v. 14. Dez. 1970 (BayGVBl 1971 S. 29), zul. geänd. G. v. 27. Juli 1971 (BayGVBl S. 247); Art. 10, 11 Gemeindeordnung i. d. F. v. 14. Dez. 1970 (BayGVBl 1971 S. 13); Erstes Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung v. 27. Juli 1971 (BayGVBl S. 247)

Zweckverbände

Gesetz über kommunale Zusammenarbeit v. 12. Juli 1966 (BayGVBl S. 218); Bek. betr. Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen v. 17. Dez. 1965 (BayGVBl S. 345)

Sonderverbände

—

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan v. 22. Juni 1961 (BayGVBl S. 161)

Bauaufsicht

Bayerische Bauordnung (BayBO) i. d. F. v. 21. Aug. 1969 (BayGVBl S. 263), geänd. d. § 29 StrBerAnpG; Bauvorlagenverordnung (BauVorlV) v. 21. Aug. 1969 (BayGVBl S. 289); Güteüberwachungsverordnung (GübauV) v. 21. Aug. 1969 (BayGVBl S. 290); FeuerungsanlagenVO (FeuV) v. 21. Aug. 1969 (BayGVBl S. 290); VersammlungsstättenVO (VStättV) v. 3. Aug. 1969 (BayGVBl S. 293); VO über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem BBauG auf die Kreisverwaltungsbehörden v. 23. Okt. 1968 (BayGVBl S. 327), geänd. d. VO v. 25. Nov. 1969 (BayGVBl S. 370)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Art. 163 ff. Verfassung des Freistaates Bayern; Almgesetz v. 28. April 1932 (BayBS IV S. 359), geänd. d. § 62 StrBerAnpG; Selbsthaftmachungsgesetz v. 26. Nov. 1954 (BayBS IV S. 349); Ausführungsgesetz zum Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (AGFoZG) v. 27. Juli 1970 (BayGVBl S. 338); VO zur Übertragung von Zuständigkeiten für den Vollzug des Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse auf die Oberforstdirektionen v. 21. Aug. 1970 (BayGVBl S. 440)

Flurbereinigung

AGFlurbG v. 11. Aug. 1954 (BayBS IV S. 365), geänd. d. § 64 StrBerAnpG; Arrondierungsgesetz v. 11. Aug. 1954 (BayBS S. 388); VO über die Zusammenarbeit bei der Flurbereinigung i. d. F. v. 10. März 1969 (BayGVBl S. 123)

Grundstücksverkehr

Art. 163 Abs. 4 Verfassung des Freistaates Bayern; AGGrdstVG v. 21. Dez. 1961 (BayGVBl S. 259); DVGrdstVG v. 21. Dez. 1961 (BayGVBl S. 260); AVGrdstVG v. 21. Dez. 1961 (BayGVBl S. 260)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Art. 152 ff. Verfassung des Freistaates Bayern

Energiewirtschaft

Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Kernbrennstoffe v. 28. Okt. 1960 (BayGVBl S. 243); Gesetz über den Vollzug des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft v. 27. Juli 1970 (BayGVBl S. 337); VO über

die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften v. 22. Febr. 1971 (BayGVBl S. 67)

Lagerstättenabbau

Berggesetz i. d. F. v. 10. Jan. 1967 (BayGVBl S. 185), geänd. d. § 56 StrBerAnpG; Allgemeine BergbauVO v. 2. Nov. 1966 (BayGVBl S. 351); Gesetz über die behälterlose unterirdische Speicherung von Gas v. 25. Okt. 1966 (BayGVBl S. 335), geänd. d. § 57 StrBerAnpG; Gesetz über die Torfwirtschaft v. 25. Febr. 1920 (BayBS IV S. 361), geänd. d. § 63 StrBerAnpG

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

Art. 58, 71 a Bayerisches Wassergesetz i. d. F. v. 7. Dez. 1970 (BayGVBl S. 41)

Fremdenverkehr

—

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

Art. 5 ff. Bayerisches Eisenbahn- und Bergbahngesetz — BayEBG — v. 17. Nov. 1966 (BayGVBl S. 429), geänd. d. § 58 StrBerAnpG; LandesVO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) v. 6. Juni 1968 (BayGVBl S. 171); Erste Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Eisenbahn- und Bergbahngesetzes (Eisenbahnverordnung — EbV) v. 4. März 1970 (BayGVBl S. 98); Zweite Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Eisenbahn- und Bergbahngesetzes (Bergbahnverordnung — BergbV) v. 10. Juni 1970 (BayGVBl S. 285)

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

Art. 35 ff. Bayer. Straßen- und Wegegesetz — BayStrWG — i. d. F. v. 25. April 1968 (BayGVBl S. 64), geänd. d. § 33 StrBerAnpG

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

VO zum Vollzug des Eisenbahnkreuzungsgesetzes v. 24. Juli 1964 (BayGVBl S. 158)

Luftverkehr

VO über die Zuständigkeiten im Planfeststellungsverfahren nach dem LuftVG v. 22. Dez. 1959 (BayGVBl S. 320); BayLuftZustV v. 1. Febr. 1971 (BayGVBl S. 72)

Wasserstraßen

Bek. betr. den Staatsvertrag über den rechtlichen Status der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße v. 11. Aug. 1966 (BayGVBl S. 245); LandesVO für die Schifffahrt auf den bayerischen Gewässern (Schiffahrtsordnung — SchO —) v. 19. Juni 1968 (BayGVBl S. 202), geänd. d. § 59 StrBerAnpG

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

—

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden für Landespflege

§ 20 RNG — § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

Art. 15, 16 BayLplG; Gesetz über Aufgaben des Geologischen Landesamtes v. 27. Juli 1970 (BayGVBl S. 338), geänd. d. Art. 12 G. v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65)

Ausbildungs-, Prüfungs- und Berufsausübungsvorschriften

LaufbahnVO i. d. F. v. 5. Juni 1968 (BayGVBl S. 160), zul. geänd. d. VO v. 19. Nov. 1970 (BayGVBl S. 537); Art. 1 Abs. 3, Art. 2

Bayerisches Architektengesetz (BayArchG) v. 31. Juli 1970 (BayGVBl S. 363); Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz — IngG) v. 27. Juli 1970 (BayGVBl S. 336); VO über die nachträgliche Graduierung von Absolventen der Höheren gartenbaulichen Fachschulen zum „Ingenieur (grad.)“ v. 19. April 1971 (BayGVBl S. 207); Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst in Bayern (ZAPO/htD) v. 15. Nov. 1971 (BayGVBl S. 421);

Wasser

Wassergesetze

Bayerisches Wassergesetz (BayWG) i. d. F. v. 7. Dez. 1970 (BayGVBl 1971 S. 41), zul. geänd. d. Art. 6 Gesetz v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

Art. 16 BayWG; § 9 Schiffahrtsordnung;

Art. 13, 31 Landesstraf- und Verordnungsgesetz — LStVG — i. d. F. v. 19. Nov. 1970 (BayGVBl S. 601), zul. geänd. d. Art. 4 Gesetz v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65)

Reinhaltung des Grundwassers

Art. 33 BayWG

Erdaufschlüsse

Art. 34 BayWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

Art. 35, 36, 38 ff. BayWG; HeilquellenVO v. 10. Juni 1963 (BayGVBl S. 145), zul. geänd. VO v. 12. Dez. 1968 (BayGVBl 1969 S. 2)

Gemeingebrauch

Art. 21 ff. BayWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

Art. 37 BayWG; LandesVO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten und die Anzeige bestehender Anlagen zum Lagern und Ablagern fester, flüssiger oder gasförmiger Stoffe (Lagerverordnung — VLwF —) v. 23. Juli 1965 (BayGVBl S. 202), geänd. d. § 30 StrBerAnpG; Gesetz zur Ausführung des Altölgesetzes v. 23. Juni 1970 (BayGVBl S. 249); VO zur Durchführung der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (DVVbF) v. 22. Juni 1970 (BayGVBl S. 374)

Detergentien

Gesetz zur Ausführung des DetergentienG v. 25. Juni 1965 (BayGVBl S. 93)

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

Art. 2 Naturschutz-Ergänzungsgesetz (NatEG) v. 29. Juni 1962, zul. geänd. d. § 2 StrBerAnpG

Schutz des Bodens (allgemein)

Gesetz über die Ausübung und Ablösung des Weiderechts auf fremdem Grund und Boden v. 28. Mai 1852 (BayBS IV S. 354); Art. 12 Abs. 3 Nr. 3 Forststrafgesetz (FoStG) i. d. F. v. 14. Sept. 1970 (BayGVBl S. 460)

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

—

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

Gesetz, die Zwangsabtretung von Grundeigentum für öffentliche Zwecke betreffend — ZAG — v. 17. Nov. 1837 (BayBS I S. 203) i. d. F. der Änderungsgesetze v. 6. Dez. 1963 (BayGVBl S. 224) und v. 23. März 1970 (BayGVBl S. 97); VO über Enteignungen auf dem Gebiet des Städtebaues v. 17. Juli 1931 (BayGVBl S. 181); Gesetz über die Enteignung aus Gründen des Gemeinwohls — GEG — v. 1. Aug. 1933 (BayBS I S. 207)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

VO über die Zuständigkeiten zum Vollzug der §§ 16 und 25 GewO v. 21. Sept. 1960 (BayGVBl S. 224), geänd. d. VO v. 22. Febr. 1971 (BayGVBl S. 68); Art. 18 – 18h LStVG; VO über Abfallverbrennungsanlagen (VAVA) v. 2. Okt. 1967 (BayGVBl S. 458); VO zur Verhütung von Luftverunreinigungen durch Feuerungsanlagen (VVLf) v. 16. Juli 1969 (BayGVBl S. 229); VO zur Durchf. des Art. 18h LStVG (Verordnung zur Verhütung von Luftverunreinigungen durch Anlagen zur chemischen Reinigung – VChemA) v. 24. Aug. 1970 (BayGVBl S. 440)

Schutz vor Radioaktivität

–

Förderungsmaßnahmen

–

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

Art. 253 Abs. 3 Berggesetz

Rekultivierung

Art. 253 Abs. 3 Berggesetz; Art. 20 Gesetz über die Torfwirtschaft

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

Art. 8 ff. NatEG

Artenschutz (Jagdrecht)

Bayer. Jagdgesetz i. d. F. v. 18. Juli 1962 (BayGVBl S. 131), zul. geänd. § 70 StrBerAnpG; LandesVO zur Ausführung des Bay JagdG v. 10. Dez. 1968 (BayGVBl S. 343, berichtigt BayGVBl 1969 S. 27), geänd. d. VO v. 15. März 1971 (BayGVBl S. 108); VO über die befristete Aufhebung der Schonzeit für Dachse und Füchse v. 15. März 1971 (BayGVBl S. 107); VO über die befristete Aufhebung der Schonzeit für Ringel- und Türkentauben in den Jagdjahren 1971, 1972 und 1973 v. 15. März 1971 (BayGVBl S. 108)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 15. Aug. 1908 (BayBS IV S. 453), zul. geänd. d. Art. 75 LStVG und § 65 StrBerAnpG; Gesetz über den Fischeerschein v. 19. April 1939 (BayBS ErgB S. 164), zul. geänd. d. § 66 StrBerAnpG

Schutz gegen Pestizide

Art. 15, 38 a LStVG

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb des Naturschutzrechtes)

Art. 28 BayStrWG; Art. 18, 21, 22 Forstgesetz v. 9. Juli 1965 (BayGVBl S. 113), geänd. d. § 67 StrBerAnpG

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Forstgesetz; Gemeindewaldverordnung v. 9. Dez. 1965 (BayGVBl S. 369); DVO Förderung der Nutzholzgewinnung v. 4. Febr. 1938 (BayGVBl S. 74); Nutzungsrechte-AblösungsVO v. 12. Aug. 1953 (BayBS I S. 476); Gesetz über die Forstrechte v. 3. April 1958 (BayGVBl S. 43), geänd. d. § 69 StrBerAnpG; LandesVO zur Bekämpfung der schädlichen Insekten in den Wäldern v. 2. Dez. 1965 (BayGVBl S. 365); LandesVO über die Verhütung von Bränden v. 21. April 1961 (BayGVBl S. 136); Art. 6–11 LStVG; Forststrafgesetz (FoStG) i. d. F. v. 14. Sept. 1970 (BayGVBl S. 460); Verordnung zur Durchführung des Forststrafgesetzes v. 9. Dez. 1965 (BayGVBl S. 367)

Aufforstung

Art. 24 Forstgesetz; Gesetz über die Aufforstung landwirtschaftlicher Grundstücke v. 22. Dez. 1921 (BayBS IV S. 558)

Einschränkungen des Schutzes

Art. 29 Abs. 2 BayStrWG; Art. 20 AGFlurbG; Art. 61 BayWG

Förderungsmaßnahmen

–

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 141 Verfassung des Freistaates Bayern

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz v. 26. Juni 1935 i. d. F. des Dritten Rechtsbereinigungsgesetzes v. 22. Juli 1968 (BayGVBl S. 235 = BayBS ErgB S. 1), geänd. d. § 34 StrBerAnpG; Verordnung zur Durchführung des Naturschutzgesetzes v. 31. Okt. 1935 i. d. F. des Dritten RechtsberG (BayGVBl 1968 S. 235 = BayBS ErgB S. 4); Naturschutz-Ergänzungsgesetz – NatEG – v. 29. Juni 1962 (BayGVBl S. 95), geänd. d. § 2 StrBerAnpG sowie d. Art. 3 Gesetz v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65); Art. 58 Abs. 3 LStVG; Verordnung über die Errichtung des Nationalparkamtes Bayerischer Wald v. 22. Juli 1969 (BayGVBl S. 198); Gesetz über die Zuständigkeit in der Landesentwicklung und in den Umweltfragen v. 19. Febr. 1971 (BayGVBl S. 65); VO über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung v. 19. Dez. 1956 (BayBS I S. 19), zul. geänd. d. VO v. 22. Febr. 1971 (BayGVBl S. 68);

Kostengesetz i. d. F. v. 25. Juni 1969 (BayGVBl S. 165); GrESStG i. d. F. v. 16. Juli 1969 (BayGVBl S. 170);

VO über die Zuständigkeit für die Erteilung von Bescheinigungen nach § 4 Nr. 20 Buchst. a und Nr. 21 Buchst. b des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) – Umsatzsteuer-Bescheinigungsverordnung – v. 19. Febr. 1970 (BayGVBl S. 18);

Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i. d. F. v. 11. Nov. 1970 (BayGVBl 1971 S. 1)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergl.

Art. 15 Nr. 5 Forststrafgesetz; Art. 13, 18 e LStVG; Art. 14 Landkreisordnung

Kleingärten

–

Friedhöfe

Art. 8, 9 Bestattungsgesetz (BestG) v. 24. Sept. 1970 (BayGVBl S. 417)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

Art. 32, 33 LStVG; VO über die Zusammensetzung der Werbebeiräte v. 2. Okt. 1962 (BayGVBl S. 249); Art. 11, 12, 107 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2, 107 Abs. 2 Nr. 1 Bayer. Bauordnung

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

Art. 11 Abs. 2 Bayer. Bauordnung; Art. 107 Abs. 1 Nr. 2 Bayer. Bauordnung

Schutz von Baudenkmalern

Art. 82, 83 Abs. 1 Nr. 11, 84 Nr. 1 und Nr. 11 Bayerische Bauordnung; Verordnung, das Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns (nunmehr: Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege) betreffend, v. 6. Sept. 1908 (BayBS II S. 633);

Art. 63 Gemeindeordnung; Art. 57 Landkreisordnung; Art. 66 Bezirksordnung; Art. 31 Abs. 1 Nr. 4 Stiftungsg v. 25. Nov. 1954 (BayBS II S. 661)

für die ehem. preußischen Landesteile Ansbach und Bayreuth: I. Teil, 8. Titel, § 33 Preuß. Allg. Landrecht (ALR) v. 5. Febr. 1794;

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 1 Umsatzsteuer-Bescheinigungsverordnung

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

Art. 19 LStVG;

Bek. des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts v. 12. Nov. 1970 (BayGVBI S. 527)

Bodenfunde

Art. 19a LStVG;

Bek. des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts v. 12. Nov. 1970 (BayGVBI S. 527)

Zelten, Camping, Wohnwagen

Art. 30 LStVG; Art. 15 Nr. 4 Forststrafgesetz

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

Art. 141 Abs. 3 Verfassung des Freistaates Bayern;

Art. I Abs. A Nr. 20 ZAG;

Art. 15 Nr. 1, 2 Forststrafgesetz; Art. 29, 30 a, 31 LStVG;

Schiffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee v. 23. Juni 1959 (BayGVBI S. 182) i. d. F. d. G. v. 31. Juli 1970 (BayGVBI S. 345); LandesVO über die Beschränkung des Bootsverkehrs im Uferbereich des Bodensees v. 15. Febr. 1961 (BayGVBI S. 55), zul. geänd. d. VO v. 1. Sept. 1970 (BayGVBI S. 447); PolVO Verbot des Befahrens des Bodensees mit schwimmfähigen Kraftfahrzeugen v. 30. Juli 1965 (BayGVBI S. 273); LandesVO über die Führung kleiner Motorboote auf dem Bodensee v. 12. Mai 1968 (BayGVBI S. 158), geänd. d. VO v. 1. Sept. 1970 (BayGVBI S. 447); §§ 25 ff. Schiffahrtsordnung

Schutz gegen Lärm

Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (FTG) i. d. F. v. 14. Aug. 1970 (BayGVBI S. 421); Art. 18 ff., 20, 30 Abs. 1, 35, 40 LStVG; Art. 12 Landeswohnungsordnung v. 8. Febr. 1937 (BayGVBI S. 33); Gesetz zur Ausführung des BaulärmG v. 26. Juli 1966 (BayGVBI S. 241)

BERLIN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

vgl. Bauleitplanung (Stadtstaat!)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Landeshaushaltsordnung v. 29. Juli 1966 (Berl. GVBI S. 1148)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 4 Verfassung des Landes Berlin v. 1. Sept. 1950 (VOBI S. 433), zul. geänd. G. v. 29. Jan. 1971 (Berl. GVBI S. 317); Bezirksverwaltungsgesetz i. d. F. v. 5. Juli 1971 (Berl. GVBI S. 1170)

Zweckverbände

—

Sonderverbände

—

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

AusfG zum ReichssiedlungsG v. 15. Dez. 1919 (BS Berlin 235–1); G. zur Ausführung des Bundesbaugesetzes v. 21. Okt. 1960 (Berl. GVBI S. 1080), geänd. d. G. v. 29. Nov. 1966 (Berl. GVBI S. 1681); Erste VO zur Ausf. des BBauG v. 31. Okt. 1960 (Berl. GVBI S. 1094), geänd. d. § 35 Nr. 9 GrESiG, Erschließungsbeitragsgesetz i. d. F. v. 14. Jan. 1971 (Berl. GVBI S. 327)

Bauaufsicht

Bauordnung für Berlin (BauO Bln) i. d. F. v. 13. Febr. 1971 (Berl. GVBI S. 456);

Verordnung zur Durchführung der Bauordnung für Berlin (Baudurchführungsverordnung) v. 14. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1773); BauVorIVO v. 14. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1781); GüteüberwachungsVO v. 14. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1784); BauPrüfVO v. 14. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1787); GaragenVO v. 16. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1789); WarenhausVO v. 20. Dez. 1966 (Berl. GVBI S. 1822); VersammlungsstättenVO v. 15. Sept. 1970 (Berl. GVBI S. 1664); PrüfzVO v. 21. Dez. 1970 (Berl. GVBI S. 2088); GaststättenVO v. 10. Sept. 1971 (Berl. GVBI S. 1778)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

—

Flurbereinigung

—

Grundstücksverkehr

—

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Hier wichtig als Bundesgesetz: G. zur Förderung der Berliner Wirtschaft i. d. F. v. 29. Okt. 1970 (BGBl I S. 1481, Berl. GVBI S. 1867)

Energiewirtschaft

—

Lagerstättenabbau

Allg. BergG v. 24. Juni 1865 (BS Berlin 750–1), geänd. d. G. v. 18. Juni 1907 (BS Berlin 750–1–1); TiefbohrVO v. 4. Okt. 1968 (Berl. GVBI S. 225)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§ 54 Berliner Wassergesetz (BWG) v. 23. Febr. 1960 (Berl. GVBI S. 133), geänd. d. G. v. 27. Jan. 1967 (Berl. GVBI S. 201) sowie d. G. v. 24. Mai 1968 (Berl. GVBI S. 1355) und Art. XVIII d. Gesetzes zur Änderung und Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften des Landes Berlin v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XXXIX des Gesetzes zur Reform strafrechtlicher Vorschriften des Landes Berlin v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); VO über Wasserversorgungsanlagen und Anlagen zur Beseitigung von Abwässern (WasseranlagenVO) v. 14. Febr. 1967 (Berl. GVBI S. 368)

Fremdenverkehr

—

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen v. 28. Juli 1892 (BS Berlin 930–2)

Straßenbahnen u. ä.

VO v. 16. Nov. 1965 (Berl. GVBI S. 1767) — Straßenbahn Bau- und Betriebsordnung (BOStrab) —

Autobahnen und Straßen

Berliner Straßengesetz i. d. F. v. 16. April 1964 (Berl. GVBI S. 460), zul. geänd. d. Art. VIII des G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

Luftverkehr

Wasserstraßen

Nachrichtenwesen

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG – § 14 DVO-RNG; § 14 Abs. 4 und 5 BauO Bln

Landschaftspläne

Ausbildungs-, Prüfungs- und Berufsausübungsvorschriften

Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des Verwaltungsdienstes (VLVO) v. 20. Mai 1969 (Berl. GVBI S. 594); VO über die Anstellung des Landeskonservators v. 10. Oktober 1969 (Berl. GVBI S. 2099); VO über die Beamten in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen v. 27. April 1970 (Berl. GVBI S. 817); Verordnung über die Anstellung im Schloßdienst bei der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten v. 22. Dez. 1970 (Berl. GVBI S. 2091); Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ v. 29. Jan. 1971 (Berl. GVBI S. 323)

Wasser

Wassergesetze

Berliner Wassergesetz (BWG) v. 23. Febr. 1960 (Berl. GVBI S. 133), zul. geänd. d. Art. XVIII G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XXXIX G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

Verordnung über die Reinhaltung oberirdischer Gewässer (Reinhalteordnung – RhO) v. 5. Okt. 1964 (Berl. GVBI S. 1049)

Reinhaltung des Grundwassers

§§ 36–38 BWG; Erste VO zum Schutze der öffentl. Wasserversorgung Berlins v. 25. Mai 1963 (Berl. GVBI S. 564); AO über die hygienische Überwachung der Berliner Wasserwerke und Bildung von Schutzzonen v. 8. Okt. 1946 (BS Berlin II 753–2)

Erdaufschlüsse

§ 37 BWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 22 BWG

Gemeingebrauch

§ 25 BWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

Technische Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (TVbF) v. 30. Okt. 1964 (Berl. GVBI S. 1183); VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (Lagerverordnung – VLwF) v. 27. Mai 1970 (Berl. GVBI S. 754)

Detergentien

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO

Schutz des Bodens (allgemein)

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

Mutterboden

Enteignungsrecht

Berliner Enteignungsgesetz v. 14. Juli 1964 (Berl. GVBI S. 737)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

Schutz vor Radioaktivität

Förderungsmaßnahmen

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 Allg. BergG v. 24. Juni 1865 (BS Berlin 750–1), geänd. d. G. v. 10. Nov. 1967 (Berl. GVBI S. 1570) und Art. XXXVIII G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Rekultivierung

§ 72 Abs. 1 Nr. 14 BauO Bln

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG – §§ 12 ff., 23 ff. NSchVO

Artenschutz (Jagdrecht)

Reichsjagdgesetz v. 3. Juli 1934 (RGBl I S. 549); VO zur Ausf. des ReichsjagdG v. 27. März 1935 (RGBl I S. 431), geänd. d. Art. LVII G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474);

VO über die Jägerprüfung im Land Berlin (Jägerprüfungsordnung) v. 12. Nov. 1969 (Berl. GVBI S. 2455);

Waffengesetz v. 18. März 1938 (RGBl I S. 265), geänd. d. Art. XXXVI G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Durchführungsverordnung zum Beschußgesetz v. 16. Dez. 1969 (Berl. GVBI S. 2574, 2597), zul. geänd. d. VO v. 11. Nov. 1971 (Berl. GVBI S. 1985)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (BS Berlin I 973–1), geänd. d. Art. XXV G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XLIV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Gesetz über den Fischereischein v. 19. April 1939 (RGBl I S. 795), geänd. d. Art. XLV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Erste VO zur Durchf. und Ergänzung des G. über den Fischereischein v. 21. April 1939 (RGBl IS. 816), geänd. d. Art. LVI G v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Schutz gegen Pestizide

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Gesetz zum Schutze des Röhrichbestandes (Röhrichschutzgesetz – RöSchG) v. 27. Nov. 1969 (Berl. GVBI S. 2520)

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

VO zur Durchführung des Gesetzes gegen Waldverwüstung v. 24. Febr. 1934 (BS Berlin 790–1); VO zum Schutze der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni 1938 (RGBl I S. 700),

geänd. d. Art. LII G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Gesetz betreffend den Forstdiebstahl v. 15. April 1878 (BS Berlin 452–2), geänd. d. Art. XV G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XXXIV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Feld- und Forstpolizeigesetz l. d. F. v. 21. Jan. 1926 (BS Berlin 452–3), geänd. d. Art. XVI G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XXXIV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Aufforstung

§ 72 Abs. 1 Nr. 14 BauO Bln

Einschränkungen des Schutzes

§ 64 Abs. 1 Berliner Wassergesetz (BWG)

Förderungsmaßnahmen

–

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

–

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz v. 26. Juni 1935 (RGBl I S. 821), zul. geänd. d. G. v. 30. Okt. 1961 (Berl. GVBI S. 1604) und Art. XLIII G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); VO zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes v. 31. Okt. 1935 (RGBl I S. 1275), zul. geänd. d. VO v. 6. Aug. 1943 (RGBl I S. 481) und Art. LIII d. G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Naturschutzverordnung v. 18. März 1936 (RGBl I S. 181), zul. geänd. d. VO v. 16. März 1940 (RGBl I S. 567) und Art. LIV des G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474); Vogesberingungsverordnung v. 17. März 1937 (RGBl I S. 331), geänd. d. Art. LV d. G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474);

Gesetz zum Schutze der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen v. 3. Nov. 1962 (Berl. GVBI S. 1226), geänd. d. Art. IX d. G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030);

Gesetz über die Zuständigkeiten in der allg. Berliner Verwaltung (Allg. Zuständigkeitsgesetz – AZG) v. 2. Okt. 1958 (Berl. GVBI S. 947 = BS Berlin II 2001–1); VO zur Durchf. des AZG (DVO-AZG) i. d. F. v. 4. Mai 1971 (Berl. GVBI S. 786);

§ 20 mit Anlage Nr. 45 Verwaltungsverfahrensgesetz v. 2. Okt. 1958 (Berl. GVBI S. 951), geänd. d. G. v. 24. März 1969 (Berl. GVBI S. 370); Anlage Nr. 37 zur VO zur Durchführung des Verwaltungsverfahrensgesetzes – förmliches Verfahren – v. 9. Okt. 1964 (Berl. GVBI S. 1084 = BS Berlin II 2010–1–1);

§ 2 Nr. 5 und § 8 Nr. 4 VO zur Durchführung des Polizeizuständigkeitsgesetzes (DVO-PolZG) v. 1. Febr. 1971 (Berl. GVBI S. 348); § 1a des Gesetzes über die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen i. d. F. v. 14. Nov. 1966 (Berl. GVBI S. 1633); Gesetz über Gebühren und Beiträge v. 22. Mai 1957 (Berl. GVBI S. 516 = BS Berlin II 2013–1); Verwaltungsgebührenordnung (VGebO) v. 16. Febr. 1961 (Berl. GVBI S. 975 = BS Berlin II 2013–1–8);

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 1 Nr. 10 Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG 1969) v. 18. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1034)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

Entrümmerungsgesetz v. 25. Nov. 1954 (Berl. GVBI S. 654 = BS Berlin II 2133–1); Marktordnung v. 11. Jan. 1965 (Berl. GVBI S.

164); §§ 9, 11 Stadtreinigungsgesetz v. 24. Juni 1969 (Berl. GVBI S. 768); VO über die Beseitigung toter Hunde, Katzen und anderer Kleintiere v. 1. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 873)

Kleingärten

§§ 10, 11, 72 Abs. 1 Nr. 14 BauO Bln

Friedhöfe

§§ 24, 25 Gesetz über die Friedhöfe Berlins v. 1. Dez. 1965 (Berl. GVBI 1966 S. 1), geänd. d. Art. X G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030); Verordnung über die Gestaltung von Grabmälern auf den landeseigenen Friedhöfen Berlins v. 6. April 1966 (Berl. GVBI S. 631); Gesetz über nichtlandeseigene Friedhöfe v. 18. Dez. 1970 (Berl. GVBI S. 2072)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§§ 15, 82 BauO Bln

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 14 Abs. 2 und 3, § 108 BauO Bln; Verordnung über geschützte Baubereiche v. 4. Aug. 1964 (Berl. GVBI S. 825)

Schutz von Baudenkmalern

§ 14 Abs. 4, 5 und 7 BauO Bln, § 108 BauO Bln, § 14 Abs. 6 BauO Bln (Verzeichnis der geschützten Baudenkmale)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 1 Nr. 4 GrEStG 1969

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (BS Berlin 221–1), geänd. d. Art. XII G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XIV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Bodenfunde

Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (BS Berlin 221–1), geänd. d. Art. XII G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030) und Art. XIV G. v. 6. März 1970 (Berl. GVBI S. 474)

Zelten, Camping, Wohnwagen

§ 2 Abs. 2 Satz 2 BauO Bln

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

BadeVO v. 14. Juli 1964 (Berl. GVBI S. 753); VO zur Abwehr von Gefahren bei der Benutzung von Eisflächen i. d. F. v. 4. Febr. 1969 (Berl. GVBI S. 252)

Schutz gegen Lärm

VO zur Bekämpfung des Lärms v. 2. Sept. 1966 (Berl. GVBI S. 1389), geänd. d. VO v. 1. Febr. 1971 (Berl. GVBI S. 348); Gesetz über die Sonn- und Feiertage v. 28. Okt. 1954 (Berl. GVBI S. 615), geänd. d. Art. I G. v. 17. Juli 1969 (Berl. GVBI S. 1030)

BREMEN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

Art. 45 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen v. 21. Okt. 1947 (SaBremR 100–a–1)

Gesetzgebung

Vgl. Bauleitplanung (Stadtstaat!)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung – LHO) v. 25. Mai 1971 (GBI Bremen S. 143); Ortsgesetz zur Ausführung der Landeshaushaltsordnung in der Stadt Bremerhaven v. 6. Okt. 1971 (GBI Bremen S. 240)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 143 ff. Landesverfassung; § 8 Verfassung für die Stadt Bremerhaven i. d. F. v. 13. Okt. 1971 (GBI Bremen S. 243); Gesetz über Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden v. 16. Juni 1964 (SaBremR 2012–a–1); Bremische ÜberleitungsVO zur Deutschen Gemeindeordnung v. 16. Mai 1938 (SaBremR 2010–b–1); Ortsgesetz über die Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung v. 22. Juni 1971 (GBI Bremen S. 170)

Zweckverbände

Zweckverbandsgesetz v. 7. Juni 1939 (SaBremR 2012–b–1); Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffent-

lich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 23. Febr. 1971 (GBI Bremen S. 12)

Sonderverbände

G. v. 23. Febr. 1971 (GBI Bremen S. 12)

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Reichssiedlungsgesetz v. 11. Aug. 1919 (SaBremR 233-f-1); VO zur Durchf. des Bundesbaugesetzes v. 3. Jan. 1961 (SaBremR 2130-a-1); VO über den Inhalt des Bebauungsplanes v. 5. Dez. 1961 (SaBremR 2130-a-5); Ortsgesetz betr. die Erhebung von Erschließungsbeiträgen v. 3. Sept. 1963 (GBI Bremen S. 154)

Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) v. 1. Juli 1965 (BGBl I S. 589); Allg. Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräberGVwo) v. 3. März 1967 (BAnz Nr. 47 v. 8. März 1967)

Bauaufsicht

Bremische Landesbauordnung (Brem LBO) v. 21. Sept. 1971 (GBI Bremen S. 207);

VO betr. die Benutzung der Flußufer und die Bebauung der Außendeichsländereien v. 30. Juni 1933 (SaBremR 2180-d-2); GaststättenVO v. 3. Mai 1971 (GBI Bremen S. 131); nach § 116 Abs. 1 Brem LBO treten mit Wirkung vom 21. Sept. 1972 folgende Vorschriften außer Kraft:

VO über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936 (SaBremR — ReichsR 2131-e-1); VO über Garagen und Einstellplätze (Reichsgaragenordnung — RGaO) v. 17. Febr. 1939 (SaBremR — ReichsR 2130-g-3) mit Ausnahme der bundesrechtlichen Teile der §§ 9 bis 13; Bauordnung für die Stadt Bremen und das Landgebiet v. 21. Okt. 1906 (SaBremR 2130-d-1), zul. geänd. d. Art. 6 Gesetz zur Anpassung des Landrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37); Antennengesetz v. 7. Febr. 1935 (SaBremR 2130-g-2), zul. geänd. d. Art. 8 G. v. 24. März 1970; Gesetz zum Schutze des Straßen-, Orts- oder Landschaftsbildes gegen Beeinträchtigung durch Werbe- und Ankündigungsmittel v. 21. Juni 1935 (SaBremR 2131-b-1); VO des Polizeipräsidenten über Ankündigungs- und Werbemittel v. 30. Mai 1938 (SaBremR 2131-b-3); VO über die Zuständigkeit nach dem Gesetz zum Schutze des Straßen-, Orts- oder Landschaftsbildes gegen Beeinträchtigung durch Werbe- und Ankündigungsmittel v. 9. Sept. 1958 (StBremR 2131-b-2); preuß. Gesetz, betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen v. 10. Aug. 1904 (Preuß. GS S. 227); Ortsgesetz (Bremerhaven) über Außenwerbung v. 7. Febr. 1964 (GBI Bremen S. 23) i. d. F. v. 24. Febr. 1967 (GBI Bremen S. 17); Bauordnung für die Stadt Bremerhaven v. 21. Sept. 1955 (GBI Bremen S. 127) i. d. F. v. 11. Okt. 1965 (GBI Bremen S. 136); § 2 des Bremischen Architektengesetzes v. 27. April 1971 (GBI Bremen S. 122)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

VO zur Durchf. des KRG Nr. 45 v. 19. Juli 1948 (SaBremR 7811-a-1); Brem. Höfegesetz v. 18. Juli 1899 mit ÄndG v. 19. Okt. 1965 (SaBremR 7811-a-2) und v. 23. Febr. 1971 (GBI Bremen S. 14)

Flurbereinigung

Gesetz zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes v. 22. Sept. 1959 (SaBremR 7815-a-1)

Grundstücksverkehr

DVO-GrdstVG v. 9. Jan. 1962 (SaBremR 7810-a-1); Gesetz über die Freigrenze im land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Grundstücksverkehr v. 24. Febr. 1970 (GBI Bremen S. 29)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

—

Energiewirtschaft

VO über die nach der Ersten und Zweiten StrahlenschutzVO zuständigen Behörden v. 23. März 1965 (SaBremR 752-a-1)

Lagerstättenabbau

Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (Preuß. GS S. 493), zul. geänd. G. v. 14. Okt. 1969 (GBI Bremen S. 131); VO über das Bergrecht in Bremen v. 15. Juli 1941 (SaBremR 751-c-1); VO zur Durchführung des LagerstättenG v. 23. Jan. 1951 (SaBremR 751-a-2)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§§ 104, 129, 130 Bremisches Wassergesetz v. 13. März 1962 (SaBremR 2180-a-1), geänd. d. Art. 11 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37) und Art. 22 Gesetz zur Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften des Landes Bremen v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94);

Gesetz über Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden v. 16. Juni 1964 (GBI Bremen S. 59);

Entwässerungssatzung Bremerhaven v. 12. Febr. 1964 (GBI Bremen S. 27);

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 23. Febr. 1971 (GBI Bremen S. 12)

Fremdenverkehr

—

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

—

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

Straßenordnung für die Stadt Bremen i. d. F. v. 1. Sept. 1969 (SaBremR 2183-a-1 = GBI Bremen S. 119)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

—

Luftverkehr

—

Wasserstraßen

Bremisches Hafengesetz v. 27. Sept. 1966 (SaBremR 9511-a-1); Bremische Hafenordnung v. 18. Nov. 1966 (GBI Bremen S. 177), geänd. d. VO v. 4. Juli 1969 (GBI Bremen S. 93)

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

—

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG — § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

—

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz) v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 93); § 3 Brem. Architektengesetz v. 27. April 1971 (GBI Bremen S. 122)

Wasser

Wassergesetze

Bremisches Wassergesetz v. 13. März 1962 (SaBremR 218—a–1), geänd. d. Art. 11 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37) und Art. 22 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§§ 83, 84 Brem. Wassergesetz;
Brem. Hafengesetz v. 27. Sept. 1966 (SaBremR 9511—a–1 = GBI Bremen S. 131), geänd. d. Art. 29 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); § 33 Brem. Hafenordnung v. 18. Nov. 1966 (SaBremR 9511—a–2); § 4 Hafengesetz für Bremerhaven v. 30. März 1884 (SaBremR 9511—b–1); §§ 39–41 Hafenordnung für Bremerhaven v. 16. Sept. 1924 (SaBremR 9511—a–2);
§ 31 Abs. 1 Satz 1 Straßenordnung Bremen;
§ 19 Abs. 1 PolVO über die öff. Ordnung und Reinlichkeit Bremerhaven v. 18. April 1962 (GBI Bremen S. 134), geänd. d. VO v. 15. April 1965 (GBI Bremen S. 86)

Reinhaltung des Grundwassers

§ 114 Bremisches Wassergesetz

Erdaufschlüsse

§ 115 Bremisches Wassergesetz

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§§ 40 ff. Bremisches Wassergesetz

Gemeingebrauch

§§ 61 ff. Bremisches Wassergesetz

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 47 Bremisches Wassergesetz; §§ 39 ff. Straßenordnung Bremen

Detergentien

VO über die zur Durchführung des DetergentienG zuständigen Verwaltungsbehörden v. 22. Sept. 1964 (SaBremR 2125—c–2)

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO

Schutz des Bodens (allgemein)

—

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

VO zur Bekämpfung von Unkraut v. 23. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 124)

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

Enteignungsgesetz für die Freie Hansestadt Bremen v. 5. Okt. 1965 (SaBremR 214—a–1)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

VO über die Zuständigkeit der Behörden nach den §§ 16 und 25 der Gewerbeordnung v. 13. Febr. 1962 (SaBremR 7110—c–3);

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen — Immissionsschutzgesetz — v. 30. Juni 1970 (GBI Bremen S. 71)

Schutz vor Radioaktivität

—

Förderungsmaßnahmen

—

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

—

Rekultivierung

—

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG; §§ 12 ff., §§ 23 ff. NSchVO

Artenschutz (Jagdrecht)

Bremisches Jagdgesetz v. 14. Juli 1953 (SaBremR 792—a–1), geänd. d. Art. 26 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); Anordnung betr. Ausübung der Pooljagd v. 7. Dez. 1953 (SaBremR 792—a–3); Jägerprüfungsordnung v. 30. Sept. 1969 (GBI Bremen S. 113); Erklärung zu befriedeten Bezirken im Sinne des Bundesjagdgesetzes v. 29. Jan. 1970 (GBI Bremen S. 27); VO über Jagd- und Schonzeiten v. 23. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 124), geänd. d. VO v. 5. Juni 1971 (GBI Bremen S. 166); DVO-WaffenG v. 19. März 1938 (RGebl I S. 270), geänd. d. VO v. 22. Dez. 1964, (GBI Bremen 1965 S. 10) und v. 1. Juli 1968 (GBI Bremen S. 125)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 27. Mai 1888 (SaBremR 793—a–1), geänd. d. G. v. 25. April 1968 (GBI Bremen S. 35) und Art. 27 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (Preuß. GS S. 55), geänd. d. G. v. 26. Febr. 1963 (GBI Bremen S. 43) und Art. 28 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); Gesetz über den Fischereischein v. 19. April 1939 (SaBremR-ReichsR 793—b–1), geänd. d. G. v. 25. April 1968 (GBI Bremen S. 35) und Art. 25 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37); Erste VO z. Durchf. und Erg. des G. über den Fischereischein v. 21. April 1939 (SaBremR-ReichsR 793—b–2), geänd. d. Art. 26 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37)

Schutz gegen Pestizide

—

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

—

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Feldordnungsgesetz v. 13. April 1965 (SaBremR 45—b–1), geänd. d. Art. 13 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); § 2 Abs. 2 VO über den Verkehr mit Wasserfahrzeugen v. 19. Febr. 1954 (SaBremR 950—b–1); § 5 Nr. 3 der VO über das Baden v. 16. Juni 1966 (SaBremR 94—a–1)

Aufforstung

—

Einschränkungen des Schutzes

§ 11 Abs. 3 und 4 BremLBO;

§ 34 Brem. BauO; § 35 Straßenordnung Bremen; § 23 PolVO Bremerhaven über die öff. Ordnung und Reinlichkeit v. 18. April 1962; § 2 Abs. 2 PolVO über den Schutz der Sommerdeiche v. 15. Juli 1939 (SaBremR 2180-d-3)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 a Grunderwerbsteuergesetz v. 29. März 1940 (SaBremR 61-a-2)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

—

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz mit Änderungen v. 26. Sept. 1950, 11. Mai 1965, 26. Okt. 1965 i. d. F. des Rechtsbereinigungsgesetzes (SaBremR 790-a-1), zul. geänd. d. Art. 24 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37) und Art. 12 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); DVO-RNG i. d. F. d. Rechtsbereinigungsgesetzes (SaBremR 790-a-2); Naturschutzverordnung i. d. F. des Rechtsbereinigungsgesetzes (SaBremR 790-a-4); Vogelberingungverordnung i. d. F. des Rechtsbereinigungsgesetzes (SaBremR 790-a-5); Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen v. 22. März 1966 (SaBremR 790-a-6);

Aufhebung der Wallheckenverordnung v. 29. Nov. 1935 durch die LandschaftsschutzVO v. 2. Juli 1968 (GBI Bremen S. 125);

Gesetz zur Ausführung des OWiG und des EGOWiG v. 1. Okt. 1968 (GBI Bremen S. 147);

Gesetz über die Verkündung von Rechtsverordnungen und anderen Vorschriften v. 15. Dez. 1964 (SaBremR 114-a-2);

Bremische Verwaltungsgebührenordnung (BremVwGebO) v. 25. April 1968 (GBI Bremen S. 35), geänd. d. G. v. 16. Dez. 1969 (GBI Bremen S. 169) und v. 23. März 1971 (GBI Bremen S. 33) — Nr. 0.41 —

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

Ortsgesetz über die Müllabfuhr in der Stadtgemeinde Bremen i. d. F. v. 18. Febr. 1969 (GBI Bremen S. 21 = SaBremR 2134-a-1); AusfVO zum Ortsgesetz über die Müllabfuhr in der Stadtgemeinde Bremen v. 19. Jan. 1965 (GBI Bremen S. 9); §§ 12, 29, 30 Straßenordnung Bremen; § 16 Verfassung für die Stadt Bremerhaven i. d. F. v. 13. Okt. 1971 (GBI Bremen S. 243); § 2 Abs. 2 Nr. 4, § 11 Abs. 1 Ortsgesetz über die Inanspruchnahme und Reinigung der Straßen in der Stadt Bremerhaven i. d. F. v. 14. Juli 1969 (GBI Bremen S. 89); § 5 Marktordnung Bremen v. 16. Jan. 1951 (SaBremR 7132-a-1); Marktordnungen Bremerhaven v. 15. April 1965 (GBI Bremen S. 87 und S. 92); PolVO zum Schutze des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes gegen Beeinträchtigung durch Schuttablagerungen und bauwürdige Einfriedigungen v. 10. März 1939 (SaBremR 2131-c-1)

Kleingärten

VO v. 6. Nov. 1919 (SaBremR 235-a-1); Gesetz betr. Kleingartenschutz v. 8. Okt. 1920 (SaBremR 235-a-2); VO v. 23. Dez. 1931 (SaBremR 235-f-5); § 6 Straßenordnung Bremen

Friedhöfe

Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen v. 25. Jan. 1966 (GBI Bremen S. 25 = SaBremR 2133-a-1); Friedhofsordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen v. 22. Febr. 1966 (GBI Bremen S. 47 = SaBremR 2133-a-2); Grabmals- und Bepflanzungsordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen v. 5. April 1966 (GBI Bremen S. 65 = SaBremR 2133-a-3)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 110 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 14 Abs. 2 Brem LBO;

Gesetz zum Schutze des Orts-, Straßen- oder Landschaftsbildes gegen Beeinträchtigung durch Werbe- und Ankündigungsmittel v. 21. Juni 1935 (SaBremR 2131-b-1) mit ZuständigkeitsVO v. 9. Aug. 1958 (GBI Bremen S. 84); VO über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936 (SaBremR 2131-e-1); VO über Ankündigungs- und

Werbemittel v. 30. Mai 1938 (SaBremR 2131-b-3); Gesetz, betr. die Anbringung von Werbemitteln und Warenautomaten in den Wallanlagen und ihrer Umgebung v. 3. Febr. 1959 (SaBremR 2131-b-4); Ortsgesetz über Außenwerbung (Bremerhaven) v. 7. Febr. 1964 (GBI Bremen S. 23); §§ 2, 40 Straßenordnung Bremen

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 14 Abs. 2, § 110 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Brem LBO;

Gesetz, betreffend den Schutz von Baudenkmalern und Straßen- und Landschaftsbildern v. 4. März 1909 i. d. F. der Bek. v. 30. Nov. 1964 (SaBremR 2131-a-1), geänd. d. Art. 10 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37); VO über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936 (SaBremR 2131-e-1); Gesetz betr. die bauliche Gestaltung des Schnoorviertels und der Umgebung der St. Johanniskirche v. 3. Febr. 1959 (GBI Bremen S. 14 = SaBremR 2131-d-1);

für Bremerhaven (frh. preußisches Recht);

Preuß. Verunstaltungsg v. 2. Juni 1902 (Preuß. GS S. 159 = SaBremR 101-a-2 Anl. B Nr. 7); Preuß. Verunstaltungsg v. 15. Juli 1907 (Preuß. GS S. 260 = SaBremR 101-a-2 Anl. B Nr. 11)

Schutz von Baudenkmalern

§ 87 Abs. 2 Nr. 6 sowie Abs. 4 Nr. 1 und 4 Brem LBO; Gesetz, betreffend den Schutz von Baudenkmalern und Straßen- und Landschaftsbildern v. 4. März 1909 i. d. F. der Bek. v. 30. Nov. 1964 (SaBremR 2131-a-1), geänd. d. Art. 10 G. v. 24. März 1970 (GBI Bremen S. 37); Denkmalliste lt. Bek. v. 30. Nov. 1934 (SaBremR 2131-a-2) und Ergänzung v. 25. April 1967 (GBI Bremen S. 69)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

für Bremerhaven:

Preuß. Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (Preuß. GS S. 41 = SaBremR 101-a-2, Anl. B Nr. 14), geänd. d. G. v. 26. Febr. 1963 (GBI Bremen S. 43) und Art. 16 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94)

Bodenfunde

für Bremerhaven:

Preuß. Ausgrabungsgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

Wohnwagengesetz v. 19. Juni 1956 (SaBremR 2190-d-1), geänd. d. Art. 9 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); Ortsgesetz (Bremerhaven) über Wohnwagenplätze v. 14. Okt. 1960 (GBI Bremen S. 133); § 2 Abs. 2 Nr. 1, 5, § 11 Abs. 1, § 109 Abs. 1 Nr. 2 Brem LBO

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

§§ 33 Straßenordnung Bremen;

VO über das Baden in den natürlichen, fließenden Gewässern in der Stadtgemeinde Bremen v. 16. Juni 1966 (SaBremR 103.94-a-1), geänd. d. VO v. 2. Okt. 1967 (GBI Bremen S. 87) und v. 2. Juni 1969 (GBI Bremen S. 83); VO über das Baden in den natürlichen, fließenden Gewässern in Bremerhaven v. 25. Mai 1967 (GBI Bremen S. 63);

für Bremerhaven:

Preuß. Gesetz über die Erhaltung des Baumbestandes und die Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213 = SaBremR 101-a-2, Anl. B Nr. 20)

Schutz gegen Lärm

Immissionsschutzgesetz v. 30. Juni 1970 (GBI Bremen S. 71);

Gesetz über die Sonn- und Feiertage v. 12. Nov. 1954 (SaBremR 113-c-1), geänd. d. Art. 2 G. v. 8. Sept. 1970 (GBI Bremen S. 94); §§ 14–20 a Straßenordnung Bremen; §§ 4–9 a PolVO öff. Ordnung Bremerhaven v. 18. April 1962; Bek. zum BaulärmG v. 9. Aug. 1966 (SaBremR 45-c-35)

HAMBURG

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Vgl. Bauleitplanung (Stadtstaat!)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

—

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 2, 4 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg v. 6. Juni 1952 (BL 100—a); Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) v. 16. Sept. 1969 (Hamb. GVBI S. 179)

Zweckverbände

—

Sonderverbände

—

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Reichssiedlungsgesetz v. 11. Aug. 1919 (RGBl I S. 1429) i. d. F. des 2. RSammIG v. 23. Juni 1969 (Hamb. GVBI S. 129); DVO-RSG v. 3. Jan. 1967 (Hamb. GVBI S. 1); Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung v. 31. März 1931 (RGBl I S. 122) i. d. F. des 2. RSammIG;

Gesetz über den Aufbauplan v. 16. Dez. 1960 (BL 230—c); Erste DVO-BBauG v. 8. Nov. 1960 (BL 230—a); Zweite DVO-BBauG v. 8. Nov. 1960 (BL 230—b); Dritte DVO-BBauG v. 24. Mai 1961 (BL 230—e);

Gesetz über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung v. 3. Juli 1961 (BL 230—f)

Bauaufsicht

Hamburgische Bauordnung (HBauO) v. 10. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 249 = BL 21 302—a); GüteüberwachungsVO v. 26. Mai 1970 (Hamb. GVBI S. 182); PrüfzeichenVO v. 26. Mai 1970 (Hamb. GVBI S. 183); BaudurchführungsVO v. 29. Sept. 1970 (Hamb. GVBI S. 251); BauvorlagenVO v. 29. Sept. 1970 (Hamb. GVBI S. 261); GaststättenVO v. 27. April 1971 (Hamb. GVBI S. 81)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Gesetz über die Kommission für Bodenordnung v. 22. Dez. 1960 (BL 230—d)

Flurbereinigung

Anordnung zur Durchführung des FlurbG v. 14. Dez. 1954 (Amtl. Anz. S. 1071)

Grundstücksverkehr

Gesetz über die Freigrenze im land- und forstwirtschaftlichen Grundstücksverkehr v. 21. Juni 1971 (Hamb. GVBI S. 111)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

—

Energiewirtschaft

Energiewirtschaftsgesetz v. 13. Dez. 1935 (RGBl I S. 1451) i. d. F. des 2. RSammIG

Lagerstättenabbau

Allg. Berggesetz für die Preußischen Staaten v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705) i. d. F. des 2. RSammIG v. 23. Juni 1969 (Hamb. GVBI S. 129); Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (Preuß. GS S. 493) i. d. F. des 2. RSammIG; Erdölgesetz v. 12. Mai 1934 (Preuß. GS S. 257) i. d. F. des 2. RSammIG; Phosphoritgesetz v. 16. Okt. 1934 (Preuß. GS S. 404) i. d. F. des 2. RSammIG; Verordnung über das Bergrecht in Groß-Hamburg v. 25. März 1937 (RGBl I S. 426); Dritte VO über das Bergrecht in Groß-Hamburg v. 17. Dez. 1938 (RGBl I S. 1724); BergVO für elektrische Anlagen v. 23. Jan. 1964 (Hamb. GVBI S. 57); Schürftverordnung v. 23. Jan. 1964 (Hamb. GVBI S. 57); Gesetz über die Bergbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg i. d. F. v. 29. März 1968 (Hamb. GVBI S. 61); VO über den Erlaß von Bergpolizeiordnungen v. 9. April 1968 (Hamb. GVBI S. 57)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§§ 48, 49 Hamb. WasserG v. 20. Juni 1960 (BL 232—a), geänd. d. Art. 14 Gesetz zur Anpassung des hamburgischen Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233) sowie Art. 14 Gesetz zur Änderung und Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften der Freien und Hansestadt Hamburg v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90);

§§ 5, 7 Brunnenordnung v. 26. Mai 1905 (BL 2135—a), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 39 HBauO sowie Art. 9 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90); Gesetz über die Ent- und Bewässerung im Marschgebiet v. 7. März 1936 (BL 232—a); Sielsatzung v. 20. März 1940 (BL 2136—c); Gesetz, betreffend die Beseitigung der Abwässer und Fäkalien von den nicht oder nur zum Teil an die Siele angeschlossenen Grundstücke v. 30. Juni 1899 (Amtsblatt S. 243 = BL 2136—a); Wasserverbandgesetz v. 10. Febr. 1937 (RGBl I S. 188) i. d. F. des 2. RSammIG; Erste Wasserverbandsverordnung v. 3. Sept. 1937 (RGBl I S. 933) i. d. F. des 2. RSammIG

Fremdenverkehr

—

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

§ 14 Landeseisenbahngesetz v. 4. Nov. 1963 (BL 930—a = Hamb. GVBI S. 205), geänd. d. Art. 26 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90); VO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) v. 15. März 1960 (BL 933—a)

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

§§ 5, 9 BBauG i. V. m. §§ 6 ff. Hamb. Wegegesetz v. 4. April 1961 (BL 2131—a = Hamb. GVBI S. 117), geänd. d. Art. 7 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90), zul. geänd. d. Erstes Gesetz zur Änderung des Hamb. WegeG v. 19. Okt. 1971 (Hamb. GVBI S. 203) und Zweites Gesetz zur Änderung des Hamb. WegeG v. 8. Nov. 1971 (Hamb. GVBI S. 208)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

—

Luftverkehr

—

Wasserstraßen

Hafengesetz v. 21. Dez. 1954 (BL 9501—a), geänd. d. G. v. 17. Dez. 1968 (Hamb. GVBI S. 291), Art. 18 G. v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233) sowie Art. 27 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90)

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG – § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

§ 1 Abs. 1, § 2 Hamburgisches Architektengesetz v. 26. Nov. 1965 (Hamb. GVBI S. 205 = BL 7123–a), geänd. d. Art. 16 G. v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233) sowie Art. 18 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90); VO über das Eintragungs- und Lösungsverfahren nach dem Hamb. Architektengesetz v. 8. März 1966 (Hamb. GVBI S. 58 = BL 7123–a–1); Hamb. Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Hamb. Ingenieurgesetz) v. 26. Okt. 1970 (Hamb. GVBI S. 279)

Wasser

Wassergesetze

Hamburgisches Wassergesetz v. 20. Juni 1960 (Hamb. GVBI S. 355 = BL 232–a), geänd. d. Art. 14 G. v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233) sowie Art. 14 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 29 Hamb. Wassergesetz;

§§ 1, 6, 7, 8 AbwasserVO v. 20. März 1940 (BL 2136–d); § 10 Nr. 8 Alsterordnung v. 20. März 1929 (BL 9501–b); § 1 Schleusenordnung v. 24. Okt. 1929 (BL 9501–c); HafensicherheitsVO v. 5. April 1966 (BL 9506–a); Hamb. Hafenordnung für Cuxhaven v. 10. Juni 1969 (Hamb. GVBI S. 115) i. V. m. § 35 Nds. AHO

Reinhaltung des Grundwassers

§§ 30–32 Hamb. WasserG

Erdaufschlüsse

§ 30 Hamb. WasserG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§§ 27, 33, 34 Hamb. WasserG

Gemeingebrauch

§§ 9 ff. Hamb. WasserG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 29 Hamb. WasserG;

VO über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten v. 22. Dez. 1930 (BL 8053–f); HafensicherheitsVO v. 5. April 1966 (BL 9506–a)

Detergentien

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO; Gesetz zur Ordnung deichrechtlicher Verhältnisse v. 29. April 1964 (Hamb. GVBI S. 79)

Schutz des Bodens (allgemein)

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

Mutterboden

Enteignungsrecht

Hamburgisches Enteignungsgesetz v. 14. Juni 1963 (BL 214–a), geänd. d. Art. 28 Abs. 2 Nr. 3 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

§ 114 Abs. 2 HBauO; §§ 2, 9, 11 VO über das Löschen, Lagern und Befördern von Fischöl und Fischmehlrohware v. 5. Juni 1956 (BL 219–h)

Schutz vor Radioaktivität

Förderungsmaßnahmen

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG; §§ 12 ff. und §§ 23 ff. NSchVO; § 10 Nr. 9 Alsterordnung v. 20. März 1929 (BL 9501–b)

Artenschutz (Jagdrecht)

Landesjagdgesetz i. d. F. v. 21. Juni 1966 (BL 792–a), geänd. d. Art. 24 G. v. 2. März 1971 (Hamb. GVBI S. 90); VO über die Jägerprüfung v. 3. Okt. 1967 (Hamb. GVBI S. 292); VO über das Feststellungsverfahren in Wild- und Jagdschadenssachen v. 2. März 1971 (Hamb. GVBI S. 40); VO zur Durchf. des WaffenG v. 19. März 1938 (RGBl I S. 270) i. d. F. des 2. RSammIG und Art. 17 G. v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233)

Artenschutz (Fischereirecht)

Revidiertes Gesetz, betreffend die Ausübung der Fischerei in der Freien und Hansestadt Hamburg v. 15. Juni 1887 (Amtsblatt S. 181 = BL 793–a), geänd. d. Art. 25 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90); Verordnung über Mindestmaße für Fische v. 22. Aug. 1938 (BL 793–a–1); Erste VO zur Durchf. und Erg. d. G. über den Fischereischein v. 21. April 1939 (BL 793.c–1), geänd. d. Art. 25 G. v. 1. Dez. 1969 (Hamb. GVBI S. 233)

Schutz gegen Pestizide

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

VO zur Durchführung des Reichsgesetzes gegen Waldverwüstung v. 15. Febr. 1935 (BL 790–a); Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reichs oder der Länder stehenden Waldungen v. 18. Juni 1937 (RGBl I S. 721) i. d. F. des 2. RSammIG; Verordnung zum Schutze der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni 1938 (RGBl I S. 700) i. d. F. des 2. RSammIG; Gesetz zum Schutz von Flur und Forst v. 3. Okt. 1961 (BL 45–a), geänd. d. Art. 16 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBI S. 90); VO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft v. 4. Mai 1962 (Hamb. GVBI S. 121), geänd. d. VO v. 6. Juli 1971 (Hamb. GVBI S. 157)

Aufforstung

Einschränkungen des Schutzes

§ 10 HBauO, § 86 Abs. 2 HBauO; §§ 23 Abs. 5, § 24 Hamb. WegeG; § 53 Hamb. WasserG; § 18 Abs. 2 LandeseisenbahnG; PoIVO über die Bepflanzung der Deiche v. 31. Aug. 1941 (BL 232–r)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 und 4 Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG) v. 29. März 1940 (RGBl I S. 587) i. d. F. des 2. RSammIG; DVO-GrEStG v. 30. März 1940 (RGBl I S. 595), geänd. d. VO v. 26. April 1966 (BL 61–1) i. d. F. des 2. RSammIG

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

—

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz mit Änderungen v. 22. Juli 1948, 20. Dez. 1954, i. d. F. des 2. RSammIG sowie Art. 17 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); DVO-RNG mit Änd. v. 20. Dez. 1954 i. d. F. des 2. RSammIG; Naturschutzverordnung mit Änderungen v. 20. Juni 1948, 20. Dez. 1954 i. d. F. des 2. RSammIG; Vogelberlin-gungsVO mit Änd. v. 20. Dez. 1954 i. d. F. des 2. RSammIG; Baumschutzverordnung v. 17. Sept. 1948 (BL 791–i) i. d.F.v. 14. Jan. 1955 (BL 791–a) und v. 20. März 1956 (Hamb. GVBl S. 67); VO zur Änderung der Natur- und Landschaftsschutzverordnungen v. 14. Jan. 1955 (BL 791–a); Verordnung zur Änderung von Zu-ständigkeitsvorschriften v. 20. März 1956 (Hamb. GVBl S. 67); Anordnung zur Durchführung des Naturschutzrechts v. 20. März 1956 (Amtl. Anz. S. 315); Viertes Gesetz zur Aufhebung entbeh-lich gewordenen Landesrechts v. 3. März 1969 (Hamb. GVBl S. 23) — hebt unter Nr. 12 die WallheckenVO auf —;

Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen v. 18. Okt. 1957 (BL 2133–a), geänd. d. Art. 8 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); Verordnung zum Schutze der öffentlichen Grün- und Erholungs-anlagen v. 9. Dez. 1958 (BL 2133–a–1);

§ 3 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen v. 28. März 1955 (BL 114–a);

Gebührengesetz — GebG — v. 9. Juni 1969 (Hamb. GVBl S. 103)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

Hamb. Gesetz zur Ordnung der Abfallbeseitigung (Abfallbeseiti-gungsgesetz — HAG) v. 8. Juli 1971 (Hamb. GVBl S. 129); § 56 HBauO;

§ 2 Abs. 1 Nr. 11 Gesetz zum Schutz von Flur und Forst; § 23 Marktordnung v. 10. April 1962 (Hamb. GVBl S. 89)

Kleingärten

Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose v. 25. Dez. 1931 (RGBl I S. 790) i. d. F. des 2. RSammIG; AusVO zur Kleingarten- und Kleinpacht-landordnung v. 15. Dez. 1938 (BL 235–b); PolVO v. 21. März 1950 (BL 235–e); VO v. 26. März 1961 (BL 235–c)

Friedhöfe

Friedhofsgesetz v. 2. Febr. 1970 (Hamb. GVBl S. 48); Friedhofs-ordnung v. 17. März 1970 (Hamb. GVBl S. 138)

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Hessisches Landesplanungsgesetz i. d. F. v. 1. Juni 1970 (Hess. GVBl I S. 360 = II 360–2); Erste DVO-LPIG (Landesplanungs-beirat und regionale Planungsbeiräte) v. 22. Mai 1963 (Hess. GVBl I S. 72 = II 360–3), geänd. d. Art. 23 Hessisches Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245 = II 24–8) sowie § 1 VO zur Änderung von Zuständigkeiten der Minister v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 261); Zweite DVO-LPIG (Abgel-tung der Kosten für die erstmalige Aufstellung der regionalen Raumordnungspläne) v. 6. Dez. 1967 (Hess. GVBl I S. 199 = II 360–4); Gesetz zum Staatsvertrag Zusammenarbeit Raumordnung Rhein-Neckar-Gebiet v. 22. Juli 1969 (Hess. GVBl I S. 129 = II Anhang S. 98) mit Bek. über das Inkrafttreten v. 5. Sept. 1969

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 73 HBauO;

BinnenalterVO v. 3. Mai 1949 (BL 213 01–c), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 28 HBauO; VO zur Gestaltung der Gellerstraße v. 18. April 1950 (BL 213 01–d), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 29 HBauO; VO zur Gestaltung der Palmaille v. 9. Sept. 1952 (BL 213 01–e), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 31 HBauO; Rathausmarkt-VO v. 29. Mai 1953 (BL 213 01–f), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 34 HBauO; AußenalterVO v. 29. Mai 1953 (BL 213 01–g), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 35 HBauO; VO über die Gestaltung von Neu-Altona v. 13. Nov. 1956 (BL 213 01–h), geänd. d. § 117 Abs. 1 Nr. 37 HBauO; AlsterfleetVO v. 3. April 1959 (BL 213 01–k), geänd. d. VO v. 11. Jan. 1966 (Hamb. GVBl S. 28)

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschafts-bildes

§ 72 HBauO

Schutz von Baudenkmalern

Denkmalschutzgesetz v. 6. Dez. 1920 (BL 224–a), geänd. d. Art. 12 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); § 72 Abs. 2 Nr. 3 HBauO

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§ 18 Denkmalschutzgesetz

Bodenfunde

§§ 19, 21 Denkmalschutzgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

Wohnwagengesetz v. 10. Juli 1959 (BL 237–a), geänd. d. Art. 15 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); § 1 Abs. 1 Nr. 4 HBauO, § 114 Abs. 1 Nr. 5 HBauO; § 2 Abs. 1 Nr. 5 Gesetz zum Schutz von Flur und Forst

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

§ 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 2 Abs. 2 Nr. 1 Gesetz zum Schutz von Flur und Forst; VO zum Schutz der Freibäder der Hamb. Wasser-werke GmbH v. 8. Juni 1971 (Hamb. GVBl S. 110)

Schutz gegen Lärm

Feiertagsgesetz v. 16. Okt. 1953 (BL 113–a), geänd. d. Art. 3 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); FeiertagsschutzVO i. d. F. v. 15. Febr. 1957 (BL 113–a–2), geänd. d. Art. 28 Abs. 2 Nr. 5 G. v. 2. März 1970 (Hamb. GVBl S. 90); VO zur Bekämpfung des gesundheitsgefährdenden Lärms v. 4. Mai 1965 (BL 219–g); § 4 VO über das Halten und das Beaufsichtigen von Hunden und Katzen v. 15. Okt. 1963 (BL 219–k)

HESSEN

(Hess. GVBl I S. 187); Gesetz über die Feststellung des Hessi-schen Landesraumordnungsprogramms v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 265 = II 360–5)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Finanzausgleichsgesetz (FAG) i. d. F. v. 22. Juni 1971 (Hess. GVBl I S. 171 = II 41–10); GewerbesteuerenausgleichsG i. d. F. v. 31. Dez. 1964 (Hess. GVBl II 41–3); Gesetz über kommunale Ab-gaben (KAG) v. 17. März 1970 (Hess. GVBl I S. 225 = II 334–7)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenz-änderungen

Art. 137 Verfassung v. 1. Dez. 1946 — mit Änd. — (Hess. GVBl II 10–1); §§ 15, 16 Hess. Gemeindeordnung i. d. F. v. 1. Juli 1960

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Art. 37 ff. Verfassung;

Konjunkturförderungsgesetz 1967 v. 15. Sept. 1967 (Hess. GVBI I S. 151 = II 43–20); Investitionsfondsgesetz v. 15. Juli 1970 (Hess. GVBI I S. 403 = II 330–10)

Energiewirtschaft

AO über die Verwaltungszuständigkeiten auf dem Gebiete des Atom- und Strahlenschutzrechts v. 2. Juni 1965 (Hess. GVBI I S. 94 = II 351–14), geänd. d. Art. 32 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Lagerstättenabbau

Allgemeines Berggesetz für das Land Hessen i. d. F. v. 10. Nov. 1969 (Hess. GVBI I S. 223, 365 = II 53–14), geänd. d. Art. 29 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 53 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Allgemeine BergVO v. 6. Juni 1969 (StAnz S. 1075 = Hess. GVBI II 53–35); Erdölgesetz i. d. F. v. 1. April 1953 (Hess. GVBI II 53–17), geänd. d. Art. 55 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Phosphoritgesetz i. d. F. v. 1. April 1953 (Hess. GVBI II 53–18), geänd. d. Art. 56 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); ErdölVO i. d. F. v. 1. April 1953 (Hess. GVBI II 53–19); BergpolizeiVO über Tiefbohrungen sowie über die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Bohrlöcher v. 1. Okt. 1954 (Hess. GVBI II 53–22); Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben, Tiefspeichern und Tiefbohrungen i. d. F. v. 9. Aug. 1968 (Hess. GVBI I S. 251 = II 53–16), geänd. d. Art. 54 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Moorschutzgesetz v. 20. Aug. 1923 (Hess. GVBI II 881–5)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§ 59 Hessisches Wassergesetz v. 6. Juli 1960 (Hess. GVBI I S. 69 = II 85–7), geänd. d. Art. 42 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 75 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Anordnung v. 21. Dez. 1964 (Hess. GVBI II 85–10)

Fremdenverkehr

–

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

Gesetz, die Nebenbahnen betreffend v. 29. Mai 1884 (Hess. GVBI II 62–1); VO, den Bau und Betrieb der Nebenbahnen betreffend v. 13. Juni 1885 (Hess. GVBI II 62–2); Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen v. 28. Juli 1892 (Hess. GVBI II 62–5); Bau- und Betriebsordnung für Anschlußbahnen (BOA) v. 6. Dez. 1957 (Hess. GVBI I S. 225 = II 62–8), geänd. d. Art. 8 VO v. 15. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 673); Gesetz über Eisenbahnen und Bergbahnen (EBG) v. 7. Juli 1967 (Hess. GVBI I S. 129 = II 62–9), geänd. d. Art. 59 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Straßenbahnen u. ä.

–

Autobahnen und Straßen

§§ 32 ff. Hessisches Straßengesetz v. 8. Okt. 1962 (Hess. GVBI II 60–6), geänd. d. Art. 57 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

Erste AVO-Hess. StraßenG v. 2. Nov. 1962 (Hess. GVBI I S. 519); Anordnung über die Verwaltungszuständigkeiten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz v. 29. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 30f)

Luftverkehr

–

Wasserstraßen

Gesetz betr. die Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Okt. 1868 v. 17. März 1870 (Preuß. GS S. 187), geänd. d. Art. 33 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245)

Nachrichtenwesen

–

(Hess. GVBI II 333–1), geänd. d. Art. 15 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245), Art. 1 G. v. 15. Juli 1970 (Hess. GVBI I S. 399) sowie Art. 26 Hessisches Gesetz zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598 = II 24–10), zul. geänd. d. Art. 1 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften in Hessen v. 2. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 253); §§ 13, 14 Hessische Landkreisordeung i. d. F. v. 1. Juli 1960 (Hess. GVBI II 332–1), geänd. d. Art. 16 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 25 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598), zul. geänd. d. Art. 2 G. v. 2. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 253); Gesetz zur Vorbereitung einer Gemeinde- und Kreisreform (Vorschaltgesetz) v. 4. Febr. 1971 (Hess. GVBI I S. 19), geänd. d. Art. 3 G. v. 2. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 243)

Zweckverbände

§§ 5 ff. Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) v. 16. Dez. 1969 (Hess. GVBI I S. 307 = II 330–9)

Sonderverbände

§§ 3, 4, 30 ff. KGG

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Gesetz betr. die Bebauung und Benutzung ehem. Wallgrundstücke in Frankfurt am Main v. 4. Juni 1903 (Hess. GVBI II 361–5); Hess. AusfG zum RSG v. 15. Dez. 1919 (Hess. GVBI II 362–2); Hess. AVO-RSG v. 9. Mai 1963 (Hess. GVBI I S. 62); Erste DVO-BBauG v. 15. Nov. 1960 (Hess. GVBI II 361–13), geänd. d. Art. 2 VO zur Anpassung des hessischen Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 260); Zweite DVO-BBauG v. 20. Juni 1961 (Hess. GVBI II 361–15); VO zur Übertragung von Zuständigkeiten der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Städtebauförderungsgesetz auf den Minister des Innern v. 8. Okt. 1971 (Hess. GVBI I S. 249)

Bauaufsicht

Hessische Bauordnung (HBO) v. 6. Juli 1957 (Hess. GVBI II 361–9), zul. geänd. d. Art. 46 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. I S. 598); DVO-HBO v. 2. Nov. 1963 (Hess. GVBI II 361–21), zul. geänd. d. VO v. 23. März 1971 (Hess. GVBI I S. 73); Bauaufsichtsgesetz v. 6. März 1954 (Hess. GVBI II 361–7), zul. geänd. Art. 2 G. v. 15. Juli 1970 (Hess. GVBI I S. 399); Reichsgaragenordnung – RGaO – v. 17. Febr. 1939 (RGBl I S. 219), zul. geänd. d. Art. 62 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245); GaststättenVO v. 21. April 1971 (Hess. GVBI I S. 97)

Wohnungsbau

VO v. 20. Okt. 1951 (Hess. GVBI S. 76)

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

DVO-KRG Nr. 45 v. 11. Juli 1947 (Hess. GVBI II 81–3); Gesetz, die Landeskulturgenossenschaften betreffend, v. 28. Sept. 1887 i. d. F. v. 30. Sept. 1899 (Hess. GVBI II 81–1), geänd. d. Art. 69 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Gesetz über die Auflösung der Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau und Kurhessen und die Mitwirkung des Berufsstandes bei der Förderung der Landwirtschaft v. 22. Juli 1969 (Hess. GVBI I S. 142 = II 80–7); Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ v. 17. März 1970 (Hess. GVBI I S. 241 = II 80–11); Hessische Landgüterordnung i. d. F. v. 13. Aug. 1970 (Hess. GVBI I S. 548 = II Anlage zu 81–5); §§ 16, 29, 47 Hessisches Forstgesetz i. d. F. v. 13. Mai 1970 (Hess. GVBI I S. 343 = II 86–7); Gesetz über die Weinbergrolle v. 7. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 641); AVO-WeinG v. 21. Sept. 1971 (Hess. GVBI I S. 243 = II 83–23)

Flurbereinigung

AG-FlurbG v. 30. März 1954 (Hess. GVBI S. 44), zul. geänd. G. v. 19. Okt. 1962 (Hess. GVBI S. 455)

Grundstücksverkehr

AG-GrdstVG v. 17. April 1962 (Hess. GVBI II 81–11); AVO-GrdstVG v. 17. Jan. 1962 (Hess. GVBI II 231–33)

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

—

Landespflege- und Umweltplanung

Allgemeine Maßnahmen

Beschluß über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen v. 25. Nov. 1971 (Hess. GVBl I S. 281)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG — § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

—

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

§§ 18–20 Hessische Laufbahnverordnung (HLVO) v. 31. Aug. 1964 (Hess. GVBl I S. 139 = II 322–19); § 2 Hess. Architektengesetz v. 25. Sept. 1968 (Hess. GVBl I S. 259 = II 50–6), geändert d. Art. 25 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245) sowie d. G. v. 7. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 638); Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz — IngG) v. 15. Juli 1970 (Hess. GVBl I S. 407 = II 50–10)

Wasser

Wassergesetze

Hessisches Wassergesetz v. 6. Juli 1960 (Hess. GVBl I S. 69 = II 85–7), geändert d. Art. 42 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245) sowie Art. 75 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 46 Abs. 1 Satz 2 Hess. Wassergesetz; Hafenpolizeiverordnung v. 8. Aug. 1968 (Hess. GVBl I S. 240 = II 63–4), geändert d. Art. 62 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598)

Reinhaltung des Grundwassers

§ 38 Hess. Wassergesetz

Erdaufschlüsse

§ 39 Hess. Wassergesetz

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§§ 25, 40 ff. Hess. Wassergesetz

Gemeingebrauch

§§ 27 ff. Hess. Wassergesetz

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 26 Hess. Wassergesetz;

VO über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten v. 25. Sept. 1931 (Hess. RegBl S. 177 = Hess. GVBl II 932–2), geändert d. Art. 48 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245) sowie Art. 95 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); VO über die ortsbeweglichen geschlossenen Behälter für verdichtete, verflüssigte und unter Druck gelöste Gase (Druckgasverordnung) v. 21. Juli 1936 (Hess. RegBl S. 81 = Hess. GVBl II 923–3), geändert d. Art. 96 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); Anordnung über die Zuständigkeiten nach der VbF und der TVbF v. 4. Juni 1965 (Hess. GVBl II 923–8); VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLWF) v. 7. Sept. 1967 (Hess. GVBl I S. 155 = II 85–13), geändert d. Art. 77 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598) sowie VO v. 19. Jan. 1971 (Hess. GVBl I S. 16); §§ 25, 30 Hafenpolizeiverordnung

Detergentien

ZuständigkeitsAO-DetergentienG v. 28. Okt. 1964 (Hess. GVBl I S. 182 = II 85–9), geändert d. Art. 76 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598)

Boden

Erhaltung der Feldgehölze und Hecken (Erosionsschutz)

§ 2 Abs. 1 Naturschutz-Ergänzungsgesetz

Schutz des Bodens (allgemein)

—

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

VO zur Bekämpfung des Unkrauts v. 19. Sept. 1960 (Hess. GVBl I S. 208 = II 882–18), geändert d. Art. 12 Nr. 5 VO v. 15. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 673); SchädlingsbekämpfungsVO v. 18. Mai 1971 (Hess. GVBl I S. 111)

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

§§ 74, 75 Einl. Preuß.ALR v. 5. Febr. 1794 (Hess. GVBl II 303–3); Preuß. EnteignungsG v. 11. Juni 1874 (Hess. GVBl II 303–4); Hess. EnteignungsG i. d. F. v. 30. Sept. 1899 (Hess. GVBl II 303–1); Preuß. Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 26. Juli 1922 (Hess. GVBl II 303–5); Hess. Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 4. Okt. 1935 (Hess. GVBl II 303–2)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

VO über die Reinigung und Überprüfung von Schornsteinen, Feuerstätten, Rauchableitungen, Lüftungsanlagen und ähnlichen Einrichtungen (Kehr- und Überprüfungsordnung) für das Land Hessen v. 26. Jan. 1971 (Hess. GVBl I S. 9)

Schutz vor Radioaktivität

—

Förderungsmaßnahmen

—

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 7 ff. Naturschutz-Ergänzungsgesetz; §§ 4 ff., 9 ff. AVO-Naturschutz-Ergänzungsgesetz

Artenschutz (Jagdrecht)

Hess. AG-BJagdG i. d. F. v. 6. Nov. 1969 (Hess. GVBl I S. 247 = II 87–8), geändert d. Art. 83 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); DVO zum Hess. AG-BJagdG v. 10. Nov. 1969 (Hess. GVBl I S. 258 = II 87–16); VO über die Änderung der Jagdzeiten und über die Erklärung zu jagdbaren Tieren v. 10. Nov. 1969 (Hess. GVBl I S. 272 = II 87–18); Wildbret-Verordnung v. 10. Nov. 1969 (Hess. GVBl I S. 267 = II 87–17); VO über die Wahl der Vorsitzenden der Jagdbeiräte v. 16. März 1951 (Hess. GVBl I S. 17 = II 87–4), geändert d. Art. 44 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245);

Waffengesetz v. 18. März 1938 (RGBI I S. 265), geändert d. Art. 49 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 11. Nov. 1950 (Hess. GVBl I S. 255 = II 87–3), geändert d. Art. 43 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBl I S. 245) sowie Art. 81 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); Fischerei-Ordnung v. 22. Nov. 1951 (Hess. GVBl I S. 87 = II 87–7), geändert d. Art. 82 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); VO über die Elektrofischerei im Lande Hessen v. 21. Nov. 1947 (Hess. GVBl 1948 S. 11 = II 87–1), geändert d. Art. 80 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBl I S. 598); Erste AVO-FischereiG v. 7. Mai 1951 (Hess. GVBl I S. 35 = II 87–5), geändert d. VO v. 6. Mai 1969 (Hess. GVBl I S. 69)

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechts)

§§ 16, 20, 52 Hessisches Forstgesetz i. d. F. v. 13. Mai 1970 (Hess. GVBl I S. 343 = II 86–7), geändert d. Art. 3 G. v. 15. Juli 1970 (Hess. GVBl I S. 399); Vierte DVO-Hess. ForstG über Maßnahmen zur Sicherstellung der Landespflege v. 14. Dez. 1970 (Hess. GVBl I S. 757 = II 86–13); § 26 Hess. Straßengesetz;

Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v.

29. Juli 1922 – mit Änd. – (Hess. GVBI II 360–1), geänd. d. Art. 22 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 45 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechts)

Hessisches Forstgesetz;

Erste DVO-Hess. ForstG über Forstausschüsse v. 26. Aug. 1970 (Hess. GVBI I S. 558 = II 86–10); Zweite DVO-Hess. ForstG über die Zusammenarbeit zwischen den Organen der waldbesitzenden Körperschaften, den Besitzern von Gemeinschaftswaldungen und der Staatsforstverwaltung v. 26. Aug. 1970 (Hess. GVBI I S. 560 = II 86–11); Dritte DVO-Hess. ForstG über Kostenbeiträge und die Förderung des Privatwaldes v. 1. Dez. 1970 (Hess. GVBI I S. 749 = II 86–12); Vierte DVO-Hess. ForstG v. 14. Dez. 1970 (Hess. GVBI I S. 757 = II 86–13); Fünfte DVO-Hess. ForstG über Berufsbezeichnungen und Berufskleidung für den Privatforstdienst v. 14. Dez. 1970 (Hess. GVBI I S. 759 = II 86–14); Sechste DVO-Hess. ForstG über Waldverzeichnisse v. 23. April 1971 (Hess. GVBI I S. 167 = II 86–15);

Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen v. 14. März 1881 (Hess. GVBI II 86–3), geänd. d. Art. 78 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Haubergsordnung für den Dillkreis v. 4. Juni 1887 (Hess. GVBI II 86–4), geänd. d. Art. 79 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Preuß. DVO-WaldverwüstungsG v. 24. Febr. 1934 (Hess. GVBI II 86–5); Hess. DVO-WaldverwüstungsG v. 27. Mai 1934 (Hess. GVBI II 86–1); PolizeiVO zum Schutze des Waldes v. 8. Mai 1937 (Hess. GVBI II 86–2); VO zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reichs oder der Länder stehenden Waldungen v. 18. Juni 1937 (RGBl I S. 721), geänd. d. Art. 66 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245); VO zur Förderung der Nutzholzgewinnung v. 30. Juli 1937 (RGBl I S. 876), geänd. d. Art. 67 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245); PolizeiVO über das Sammeln von Roßkastanien v. 27. Sept. 1937 (Hess. GVBI II 882–2); VO zum Schutze der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni 1938 (RGBl I S. 700), geänd. d. Art. 68 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245); Feld- und Forststrafgesetz v. 30. März 1954 (Hess. GVBI I S. 39 = II 24–2), geänd. d. Art. 5 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 45 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Aufforstung

§§ 6, 9, 10 Hess. ForstG

Einschränkungen des Schutzes

§ 13 Abs. 4 Hess. ForstG; § 28 Abs. 1 Hess. Straßengesetz; § 71 Abs. 1 Hess. Wassergesetz; §§ 38 ff. Hess. Nachbarrechtsgesetz v. 24. Sept. 1962 (Hess. GVBI I S. 417); VO zur Bekämpfung des Unkrauts v. 19. Sept. 1960

Förderungsmaßnahmen

§ 65 Hess. ForstG

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 62 Verfassung

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz v. 26. Juni 1935 (RGBl I S. 821), zul. geänd. d. Art. 69 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 104 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 (RGBl I S. 1275), zul. geänd. d. Art. 70 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 105 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Gesetz zum Schutz der wildwachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wildlebenden Tiere (Naturschutzergänzungsgesetz – NatEG –) v. 8. März 1968 (Hess. GVBI I S. 63 = II 881–7), geänd. d. Art. 45 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie d. Art. 87 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Verordnung zur Ausführung des Naturschutzergänzungsgesetzes (AVO-NatEG) v. 10. Juli 1968 (Hess. GVBI I S. 199 = II 881–8), geänd. d. Art. 88 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); Zweite Ausführungsverordnung zum Naturschutzergänzungsgesetz – 2. AVO-NatEG – (BeringungsVO) v. 26. Febr. 1969 (Hess. GVBI I S. 30 = II 881–9), geänd. d. Art. 89 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); § 21 Hess. ForstG; Vierte DVO-Hess. ForstG; Beschluß über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Absatz 2 der Verfassung des Landes Hessen v. 25. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 281);

§ 2 PolizeiVO über das Zelten v. 8. Juli 1966 (Hess. GVBI I S. 256 = II 310–18), geänd. d. VO v. 12. Aug. 1971 (Hess. GVBI I S. 217); § 4 Abs. 1 Nr. 4, § 4 Abs. 1 Nr. 7 Grunderwerbsteuergesetz (GrESTG) i. d. F. v. 31. Mai 1965 (Hess. GVBI I S. 109, 1969 S. 188 = II 42–18), zul. geänd. 15. Juli 1970 (Hess. GVBI I S. 401)

Gesetz über die Verkündung von Rechtsverordnungen, Organisationsanordnungen und Anstaltsanordnungen v. 2. Nov. 1971 (Hess. GVBI I S. 258 = Hess. GVBI II 15–7);

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

Gesetz über die geordnete Beseitigung von Abfällen (Abfallgesetz) v. 13. Juli 1971 (Hess. GVBI I S. 191);

§§ 5, 62 Abs. 1 Nr. 2 Hessische Bauordnung (HBO); § 2 Feld- und Forststrafgesetz; § 11 Abs. 1 Hess. ForstG; § 4 PolizeiVO über die Rattenbekämpfung v. 31. März 1958 (Hess. GVBI I S. 41 = II 882–16), geänd. d. Art. 90 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Kleingärten

VO über die nach den kleingartenrechtlichen Vorschriften zuständigen Stellen v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 283 = II 362–10)

Friedhöfe

Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen v. 17. Dez. 1964 (Hess. GVBI I S. 225 = II 317–7), zul. geänd. d. Art. 24 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 29 Hessische Bauordnung (HBO)

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 29 HBO; Art. 2 ff. Hessisches Denkmalschutzgesetz v. 16. Juli 1902 (Hess. GVBI II 76–1), zul. geänd. d. Art. 38 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 67 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Schutz von Baudenkmalern

Hessisches Denkmalschutzgesetz;

Teil 1, Titel 8, § 33 Preuß. ALR v. 5. Febr. 1794 (Hess. GVBI II 231–17); Art. 20 Kirchenvertrag (evgl. Landeskirchen) v. 10. Juni 1960 (Hess. GVBI II Anhang S. 21); Art. V Vertrag mit den kathol. Bistümern v. 4. Juli 1963 (Hess. GVBI II Anhang S. 45);

§ 94 Abs. 2 Buchstabe a) Hess. Gemeinordnung; § 29 Abs. 1 Satz 2 HBO

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 7 GrESTG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

Art. 25 Hess. Denkmalschutzgesetz mit Bek. v. 25. Okt. 1920 (Hess. GVBI II 76–2); Preuß. Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (Hess. GVBI II 76–3), zul. geänd. d. Art. 39 G. v. 18. März 1970 (Hess. GVBI I S. 245) sowie Art. 68 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598)

Bodenfunde

Art. 26 Hess. Denkmalschutzgesetz; §§ 5 ff. Preuß. Ausgrabungsgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

PolizeiVO über das Zelten v. 8. Juli 1966 (Hess. GVBI I S. 256 = II 310–18), geänd. d. VO v. 12. Aug. 1971 (Hess. GVBI I S. 217)

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

Preuß. Uferweggesetz v. 29. Juli 1922; §§ 23, 23 Feld- und Forststrafgesetz; §§ 11 ff. AVO-Weingesetz

Schutz gegen Lärm

PolizeiVO über die Bekämpfung des Lärms i. d. F. v. 8. Dez. 1970 (Hess. GVBI I S. 745 = II 310–7); Gesetz über die Sonn- und Feiertage v. 17. Sept. 1952 (Hess. GVBI S. 145 = II 310–7), zul. geänd. d. Art. 2 G. v. 5. Okt. 1970 (Hess. GVBI I S. 598); PolizeiVO über die Errichtung, Änderung und Benutzung privater Schießstandanlagen für Schußwaffen (Schießstandverordnung) v. 15. Sept. 1965 (Hess. GVBI I S. 221 = II 310–14)

NIEDERSACHSEN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) v. 30. März 1966 (Nds. GVBI S. 69); Gesetz zur Ordnung des Großraumes Hannover (GrRG) v. 14. Dez. 1962 (Nds. GVBI S. 235)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Gesetz über den Finanzausgleich (FAG i. d. F. v. 25. März 1970 (Nds. GVBI S. 81); GewerbesteuerausgleichsG i. d. F. v. 14. Mai 1962, zul. geänd. 19. Dez. 1966 (Nds. GVBI S. 256); GewerbesteuerausgleichsDVO v. 22. Juli 1968 (Nds. GVBI S. 124); GewSt AusglAbk. Bremen-Niedersachsen v. 28. Febr. 1969 (Nds. GVBI S. 51); VO über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage v. 16. März 1970 (Nds. GVBI S. 87)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 43, 44 Verfassung v. 13. April 1951 (Nds. GVBI S. 103);

Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) i. d. F. v. 27. Okt. 1971 (Nds. GVBI S. 321); Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) i. d. F. v. 27. Okt. 1971 (Nds. GVBI S. 343); VO zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlaß von Verordnungen nach § 18 Abs. 2 NGO v. 21. Sept. 1971 (Nds. GVBI S. 389);

Göttingen-Gesetz v. 1. Juli 1964 (Nds. GVBI S. 134);

Grenzänderungsvertrag Hessen-Niedersachsen v. 2. Febr. 1968 (Nds. GVBI S. 21) mit Bek. v. 10. Juni 1968 (Nds. GVBI S. 107); Grenzänderungsvertrag Niedersachsen — Nordrhein-Westfalen v. 14. Juli 1971 (Nds. GVBI S. 247); Bek. über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Ersten Grenzänderungsvertrages Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen v. 28. Sept. 1971 (Nds. GVBI S. 313); Nieders. Gesetz zum Cuxhaven-Vertrag v. 27. Sept. 1962 (Nds. GVBI S. 150), geänd. d. G. v. 17. Juli 1969 (Nds. GVBI S. 147);

Erstes Gesetz zur Vorbereitung der Verwaltungs- und Gebietsreform v. 28. März 1968 i. d. F. v. 22. Mai 1970 (Nds. GVBI S. 197); Zweites Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform v. 9. Juli 1971 (Nds. GVBI S. 232); Drittes Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform v. 23. Juli 1971 (Nds. GVBI S. 257)

Zweckverbände

Zweckverbandsgesetz v. 7. Juni 1939 i. d. F. der VO v. 11. Juni 1940 (RGBl I S. 876 = Nds. GVBI Sb II 202);

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 19. März 1970 (Nds. GVBI S. 64); Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 8. Dez. 1970 (Nds. GVBI S. 502)

Sonderverbände

Samtgemeindeverordnung (SgVO) v. 27. Juni 1963 (Nds. GVBI S. 306); Realverbandsgesetz v. 4. Nov. 1969 (Nds. GVBI S. 187);

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 19. März 1970 (Nds. GVBI S. 64);

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 8. Dez. 1970 (Nds. GVBI S. 502)

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

AusfG zum Reichssiedlungsgesetz v. 1. Juni 1932 mit Änd. (Braunsch. GVS S. 77 = Nds. GVBI Sb II 235); Gesetz für den Landesteil Oldenburg zur Ausf. des Reichssiedlungsgesetzes i. d. F. v. 19. März 1934 (Old. GBl Bd. 48 S. 815 = Nds. GVBI Sb II 235); VO zum Begriff „Siedlung“ im Zusammenhang mit dem Bundesvertriebenengesetz v. 15. Nov. 1966 (Nds. GVBI S. 245); VO über die Richtwerte von Grundstücken v. 4. März 1964 (Nds. GVBI S. 59)

Bauaufsicht

Verordnung über den Abbruch von Gebäuden v. 3. April 1937 (Nds. GVBI Sb II S. 288); Verordnung über die baupolizeiliche Behandlung von öffentlichen Bauten v. 20. Nov. 1938 (Nds. GVBI Sb II S. 290); Reichsgaragenordnung v. 17. Febr. 1939 i. d. F. v. 13. Sept. 1944 (Nds. GVBI Sb II S. 291); Gesetz betreffend Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig v. 13. März 1899 (GVS S. 165) i. d. F. des Gesetzes vom 11. April 1957 (Nds. GVBI Sb I S. 807) und des Dritten RechtsberG v. 17. Mai 1967 (Nds. GVBI S. 135); BaupolizeiVO für das platte Land des Regierungsbezirks Aurich v. 20. Mai 1963 (Beilage zum Reg. ABI Nr. 8 vom 26. April 1963), Bauverordnung der Regierung Aurich für die Städte und stadähnlichen Ortschaften v. 25. März 1958 (Sonderbeilage zum Reg. ABI Nr. 10 vom 19. April 1958); Bauordnung für den Regierungsbezirk Hannover mit Ausnahme der Hauptstadt Hannover und der Stadt Hameln v. 29. Aug. 1962 i. d. F. d. VO v. 14. Dez. 1964 (ABI RegBez Hannover Nr. 30 vom 23. Dez. 1964), Bauordnung für die Hauptstadt Hannover v. 25. Febr. 1960 (ABI RegBez Hannover Nr. 6 vom 19. März 1960), Bauordnung für die Stadt Hameln v. 23. Juli 1962 (ABI RegBez Hannover Nr. 16 b vom 15. Sept. 1962); VO über das Bauwesen für den Regierungsbezirk Lüneburg mit Ausnahme der Stadt Wolfsburg i. d. F. v. 22. Nov. 1965 (ABI RegBez Lüneburg Nr. 24 v. 15. Dez. 1965), BaupolizeiVO der Stadt Wolfsburg v. 16. Juni 1941 (ABI RegBez Lüneburg Sonderbeilage Nr. 36 vom 6. Sept. 1941); BaupolizeiVO für den Regierungsbezirk Hildesheim v. 7. Aug. 1939 i. d. F. v. 4. Januar 1952 (ABI RegBez Hildesheim Nr. 3 Seite 7 v. 1. Febr. 1952); Bauverordnung für die Stadt Osnabrück v. 12. Okt. 1954 (ABI RegBez Osnabrück v. 1. April 1955), Bauverordnung für die Städte Bentheim, Bramsche, Haselünne, Lingen, Melle, Meppen, Nordhorn, Papenburg, Quakenbrück und Schüttorf im Regierungsbezirk Osnabrück v. 30. Sept. 1953 (ABI RegBez Osnabrück Sonderbeilage Nr. 20 vom 30. Sept. 1953), Bauordnung für das platte Land des Regierungsbezirks Osnabrück v. 15. März 1962 (ABI RegBez Osnabrück Sonderbeilage Nr. 6 vom 31. März 1962) mit ÄnderungsVO v. 7. Dez. 1965 (ABI RegBez Osnabrück Nr. 23 vom 15. Dez. 1965); Bauordnung für das platte Land des Regierungsbezirks Stade v. 3. März 1965 (ABI RegBez Stade Nr. 6 vom 15. März 1965), Verordnung (Bauordnung) für die Städte und stadähnlichen Ortschaften des Regierungsbezirks Stade v. 26. Nov. 1956 (ABI RegBez Stade Nr. 22 vom 28. Nov. 1956); Bauverordnung der Stadt Braunschweig v. 29. Mai 1957 i. d. F. v. 14. Febr. 1964 (Braunsch. ABI Nr. 4 vom 6. März 1964); Baupolizeiverordnung für das Land Oldenburg (mit Ausnahme der Stadtkreise Oldenburg, Wilhelmshaven, Delmenhorst) v. 8. Dez. 1937 — Landesbauordnung — (Old. GBl Band 50 S. 243); Bauordnung für die Stadt Wilhelmshaven v. 16. Juli 1952 (Old. Anz. Nr. 42 vom 24. Oktober 1952), Verordnung — Bauordnung — für das Gebiet der Stadt Delmenhorst v. 2. April 1959 (Old. Anz. Nr. 24 vom 12. Juni 1959), Bauordnung der Stadt Oldenburg v. 21. Dez. 1966 (Old. Anz. Nr. 1 vom 15. Januar 1967)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Höfegesetz für die Provinz Hannover v. 1. Okt. 1909 (Preuß. GS S. 662); Reallastengesetz v. 17. Mai 1967 (Nds. GVBI S. 129); DVO zum Gesetz über forstw. Zusammenschlüsse v. 31. März 1970 (Nds. GVBI S. 113)

Flurbereinigung

Nieders. AusführungsG zum FlurG v. 20. Dez. 1954 (Nds. GVBI S. 179)

Grundstücksverkehr

Nds. AG-GrdstVG v. 11. Febr. 1970 (Nds. GVBI S. 30)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

–

Energiewirtschaft

VO über die Verwaltung kommunaler Versorgungsunternehmen und die Genehmigung von Hochspannungsleitungen v. 2. Nov. 1932 (Old. GBI Bd. 47 S. 1099 = Nds. GVBI Sb II 2022)

Lagerstättenabbau

Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705), zul. geänd. d. Art. 48 Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts, an das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und an das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Erstes Anpassungsgesetz) v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 327); Berggesetz für das Herzogtum Braunschweig v. 15. April 1867 (Nds. GVBI Sb III S. 310), zul. geänd. d. Art. 49 Erstes Anpassungsgesetz v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Schaumburg-Lippisches Berggesetz v. 28. März 1906 (Nds. GVBI Sb III S. 344), zul. geänd. d. Art. 50 Erstes Anpassungsgesetz v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Berggesetz für das Herzogtum Oldenburg und für das Fürstentum Lübeck v. 3. April 1908 (Nds. GVBI Sb III S. 328), zul. geänd. d. Art. 51 Erstes Anpassungsgesetz v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Braunschweigesches Gesetz betreffend den unterirdischen Abbau von Mineralien, welche dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers unterliegen v. 16. April 1892 (Nds. GVBI Sb III S. 327), zul. geänd. d. Art. 52 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Braunschweigesches Gesetz betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen des Berggesetzes vom 15. April 1867 Nr. 23 auf die Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl v. 5. Nov. 1904 (Nds. GVBI Sb III S. 360); zul. geänd. d. Art. 53 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Preußisches Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (Nds. GVBI Sb II S. 701), geänd. d. Art. 54 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Preußisches Erdölgesetz v. 12. Mai 1934 (Nds. GVBI Sb II S. 708), geänd. d. Art. 55 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Preußisches Phosphoritgesetz v. 16. Okt. 1934 (Nds. GVBI Sb II S. 702), geänd. d. Art. 56 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Tiefspeichergesetz v. 30. Mai 1969 (Nds. GVBI S. 118); Bergverordnung über Tiefbohrungen sowie über die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Bohrlöcher im Bezirk des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld – Tiefbohrverordnung – v. 1. Juli 1963 (Nds. MBI S. 767) i. d. F. der VO v. 16. März 1971 (Nds. MBI S. 339); VO über die Sitze der Verwaltungsbezirke der Bergämter v. 23. April 1969 (Nds. GVBI S. 105);

Moorschutzgesetz v. 20. Aug. 1923 (Preuß. GS S. 400 = Nds. GVBI Sb II 791); Moorschutzverordnung v. 15. Aug. 1955 (Nds. GVBI S. 232); Moorschutzgesetz für den Landesteil Oldenburg v. 1. Juli 1929 (Nds. GVBI Sb II S. 925), geänd. d. Art. 79 Nr. 26 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§§ 30, 104 Niedersächsisches Wassergesetz i. d. F. v. 1. Dez. 1970 (Nds. GVBI S. 457)

Fremdenverkehr

–

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

§§ 13–15 Gesetz über Eisenbahnen und Bergbahnen (GEB) v. 16. April 1957 (Nds. GVBI S. 39), geänd. d. Art. 78 Erstes Anpassungsgesetz v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) v. 14. Dez. 1955 (Nds. GVBI S. 265); VO über den Bau und Betrieb von Seilbahnen (BOSeil) v. 26. Febr. 1968 (Nds. GVBI S. 53), geänd. d. VO v. 4. Dez. 1969 (Nds. GVBI S. 233)

Straßenbahnen u. ä.

–

Autobahnen und Straßen

§§ 37–40 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) v. 14. Dez. 1962 (Nds. GVBI S. 251), zul. geänd. d. Art. 77 Erstes Anpassungsgesetz v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über Aufgaben und Zuständigkeiten auf Bundesautobahnstrecken v. 5. Febr. 1971 (Nds. GVBI S. 37)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

Verordnung über Kreuzungsanlagen und Einmündungen v. 14. Mai 1964 (Nds. GVBI S. 91)

Luftverkehr

–

Wasserstraßen

–

Nachrichtenwesen

–

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

Reichsleistungsgesetz i. d. F. v. 1. Sept. 1939 (RGBl I S. 1645 = Nds. GVBI II 214)

Landespflege- und Umweltplanung

Allgemeine Maßnahmen

Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten (Zust. VO GewAR 71) v. 3. Mai 1971 (Nds. GVBI S. 187)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG – § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

–

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

§ 70 Niedersächsische Laufbahnverordnung (NLVO) v. 26. März 1971 (Nds. GVBI S. 113); § 19 Zweite bes. Nds. LaufbahnVO i. d. F. v. 9. April 1970 (Nds. GVBI S. 116); Neunte bes. Nds. LaufbahnVO v. 18. Juni 1968 (Nds. GVBI S. 98); § 20 Buchstabe b) Nr. 6 VO über die Ausbildung und Prüfung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst v. 23. Sept. 1969 (Nds. GVBI S. 173); VO über die Ausbildung und Prüfung der Beamten des gehobenen Landesplanungsdienstes im Lande Niedersachsen (APVO-gehLpID) v. 20. April 1970 (Nds. GVBI S. 135); Gesetz über den Schutz der Berufsbezeichnung „Architekt“ und die Errichtung einer Architektenkammer v. 23. Febr. 1970 – Architektengesetz – (Nds. GVBI S. 37); VO über das Eintragungs- und Lösungsverfahren nach dem Architektengesetz (Eintragungs- und LösungsVO ArchTG) v. 6. Mai 1970 (Nds. GVBI S. 157); Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz – IngG) v. 30. März 1971 (Nds. GVBI S. 137)

Wasser

Wassergesetze

Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) i. d. F. v. 1. Dez. 1970 (Nds. GVBI S. 457)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§§ 78, 79, 105 b NWG; §§ 35, 45 Allgemeine Hafenordnung (AHO) v. 7. Febr. 1967 (Nds. GVBI S. 23); Gesetz über Finanzierungsbeihilfen für Bauvorhaben der Abwasserbehandlung v. 19. Febr. 1955 (Nds. GVBI S. 53);

§ 34 Abs. 1 Nr. 8 FischereiG Oldenburg

Reinhaltung des Grundwassers

§ 107 NWG

Erdaufschlüsse

§ 108 NWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§§ 39–41, 109–114 NWG; § 70 Abs. 1 Dienstordnung für die Gesundheitsämter v. 30. März 1935 (Nds. GVBI Sb II 2120); § 26 Tiefbohrverordnung v. 1. Juli 1963 (Nds. MBI S. 767) i. d. F. der VO v. 16. März 1971 (Nds. MBI S. 339)

Gemeingebrauch

§§ 55 ff. NWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§§ 41 a–42 a, 78 NWG;

Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (Lagerverordnung – VLwF-) v. 21. Jan. 1971 (Nds. GVBI S. 5)

Detergentien

–

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO; WallheckenVO

Schutz des Bodens (allgemein)

§ 21 Niedersächsisches Deichgesetz (NDG) v. 1. März 1963 (Nds. GVBI S. 81), zul. geänd. d. Art. 57 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); § 24 Dienstordnung für Gesundheitsämter – besonderer Teil v. 30. März 1935 (Nds. GVBI Sb II S. 170)

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

DVO-PflanzenschutzG v. 12. Febr. 1969 (Nds. GVBI S. 43); AVO Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen v. 22. Aug. 1927 (Nds. GVBI Sb II S. 252), geänd. d. Art. 17 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); AVO Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen v. 17. Juli 1934 (Nds. GVBI Sb II S. 255), geänd. d. Art. 18 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO über die Verwendung von Phosphorwasserstoff zur Schädlingsbekämpfung v. 6. April 1936 (Nds. GVBI Sb II S. 256), geänd. d. Art. 19 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO über den Gebrauch von Äthylendioxyd zur Schädlingsbekämpfung v. 25. Aug. 1938 (Nds. GVBI Sb II S. 257), geänd. d. Art. 20 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO über den Gebrauch von Tritox (Trichloracetoni-tril) zur Schädlingsbekämpfung v. 2. Febr. 1941 (Nds. GVBI Sb II S. 258), geänd. d. Art. 21 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Mutterboden

–

Enteignungsrecht

Preuß. EnteignungsG v. 11. Juni 1874 (Preuß. GS S. 221); Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 26. Juli 1922 (Preuß. GS S. 211 = Nds. GVBI Sb II 214); § 33 der Neuen Landschaftsordnung v. 11. Okt. 1832 (Braunsch. GVS S. 191) i. d. F. v. 27. Mai 1939 (Braunsch. GVS S. 41); Braunschweigisches Gesetz, die Ausmittelung der Entschädigung bei Expropriationen betr. v. 13. Sept. 1867 i. d. F. v. 20. April 1927 (Braunsch. GVS S. 97); EnteignungsG für das Herzogtum Oldenburg i. d. F. v. 5. Aug. 1924 (Old. GBI Bd. 43 S. 543); Gesetz betr. die Enteignung von Grundeigentum v. 23. März 1896 (Schaumb.-Lipp. LVBI S. 179) i. d. F. v. 27. Juni 1899 (Schaumb.-Lipp. LVBI S. 85); VO über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 18. Febr. 1933 (Schaumb.-Lipp. LVBI S. 257) i. d. F. v. 12. Febr. 1938 (Schaumb.-Lipp. LVBI S. 9);

sämtliche zwischen dem 1. Jan. 1806 und dem 31. Dez. 1918 verkündeten Gesetze neugefaßt durch das Dritte RechtsbereinigungsG v. 17. Mai 1967 (Nds. GVBI S. 135)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen – Immissionsschutzgesetz – v. 6. Jan. 1966 (Nds. GVBI S. 1), geänd. d. Art. 46 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO über die Zuständigkeiten nach §§ 16, 25 GewO v. 4. Okt. 1960 (Nds. GVBI S. 277); § 24 Dienstordnung für Gesundheitsämter – besonderer Teil v. 30. März 1935 (Nds. GVBI Sb II S. 170)

Schutz vor Radioaktivität

–

Förderungsmaßnahmen

–

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

Moorschutzverordnung v. 15. Aug. 1955 (Nds. GVBI S. 232)

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG – §§ 12 ff., 23 ff. NSchVO

Artenschutz (Jagdrecht)

Niedersächsisches Landesjagdgesetz i. d. F. v. 10. Juni 1963 (Nds. GVBI S. 289), zul. geänd. d. Gesetz v. 11. Febr. 1970 (Nds. GVBI S. 31) sowie Art. 71 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Gesetz zum Schutz der Greifvögel v. 11. Febr. 1970 (Nds. GVBI S. 31); 2. DVO-Nds. LJagdG v. 11. Juni 1963 (Nds. GVBI S. 295), zul. geänd. d. VO v. 18. März 1970 (Nds. GVBI S. 79); 4. DVO-Nds. LJagdG v. 29. Sept. 1967 (Nds. GVBI S. 421); 5. DVO-Nds. LJagdG v. 29. Juli 1968 (Nds. GVBI S. 125); 6. DVO-Nds. LJagdG v. 22. Jan. 1969 (Nds. GVBI S. 41); 7. DVO-Nds. LJagdG v. 18. März 1970 (Nds. GVBI S. 79); 8. DVO-Nds. LJagdG v. 22. April 1970 (Nds. GVBI S. 141);

Waffengesetz v. 18. März 1938 (Nds. GVBI Sb II S. 590), zul. geänd. d. Art. 40 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz für das Herzogtum Braunschweig v. 1. Juni 1879 (Nds. GVBI Sb II S. 596), geänd. d. Art. 72 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Preußisches Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (Nds. GVBI Sb III S. 582), geänd. d. Art. 73 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO zum Preußischen Fischereigesetz (Fischereiordnung) v. 13. Juli 1951 i. d. F. v. 19. Juni 1952 (Nds. GVBI S. 76 = Nds. GVBI Sb I 793); Fischereigesetz für den Landesteil Oldenburg v. 26. Febr. 1929 (Nds. GVBI Sb II S. 931), zul. geänd. d. Art. 74 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Fischereiordnung für den Landesteil Oldenburg i. d. F. v. 14. Sept. 1953 (Nds. GVBI S. 69 = Nds. GVBI Sb I 793); Gesetz über den Fischereischeln v. 19. April 1939 (Nds. GVBI Sb II S. 929), geänd. d. Art. 75 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Gesetz über die Verwendung von elektrischem Strom in der Binnen- und Küstenfischerei v. 24. Nov. 1953 (Nds. GVBI Sb I S. 728), geänd. d. Art. 76 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO zum Schutz der Fanggebiete der Krabbenfischerei v. 5. März 1971 (Nds. GVBI S. 110)

Schutz gegen Pestizide

§ 9 Abs. 4 Feld- und Forstordnungsgesetz – FFOG – v. 23. Dez. 1958 (Nds. GVBI S. 244 = Nds. GVBI Sb I S. 498), geänd. d. Art. 42 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

§ 30 Nds. StraßenG; Preußisches Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juni 1922 (Nds. GVBI Sb II S. 922), geänd. d. Art. 68 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

DVO-WaldverwüstungG v. 24. Febr. 1934 (Preuß. GS S. 70 = Nds. GVBI Sb II 790); VO zum Schutz der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni 1938 (Nds. GVBI Sb II 790 S. 902), zul. geänd. d. Art. 67 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); VO zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigen-

tum des Reichs oder der Länder stehenden Waldungen v. 18. Juni 1937 (Nds. GVBI Sb II 790 S. 901), geänd. d. Art. 79 Nr. 29 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Gesetz über den Körperschafts- und Genossenschaftswald v. 4. März 1961 (Nds. GVBI S. 99); Gesetz über die Ordnung in Feld und Forst (Feld- und Forstordnungsgesetz – FFOG –) v. 23. Dez. 1958 (Nds. GVBI S. 244), geänd. d. Art. 42 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Gesetz über den Feld- und Forstdiebstahl (Feld- und Forstdiebstahlggesetz) v. 23. Dez. 1958 (Nds. GVBI S. 250), geänd. d. Art. 43 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237)

Aufforstung

§ 8 Gesetz über den Körperschafts- und Genossenschaftswald v. 4. März 1969 (Nds. GVBI S. 99)

Einschränkungen des Schutzes

§ 42 Braunsch. LBO; § 25 Oldenb. LBO; § 17 Abs. 2 Gesetz über Eisenbahnen und Bergbahnen; § 31 Abs. 2 Nds. Straßengesetz; § 74 Abs. 2 NWG; §§ 50 ff. Nds. Nachbarrechtsgesetz v. 31. März 1967 (Nds. GVBI S. 91); VO zur Bekämpfung von Unkräutern v. 22. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 284)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a) Grunderwerbsteuergesetz i. d. F. v. 12. Juni 1964 (Nds. GVBI S. 94)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

–

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz v. 26. Juni 1935 i. d. F. d. RechtsbereinigungsG (Nds. GVBI Sb II 791 S. 908) sowie geänd. d. Art. 70 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 i. d. F. d. RechtsberG (Nds. GVBI Sb II 791, S. 911); Naturschutzverordnung v. 18. März 1936 i. d. F. der VO v. 16. Nov. 1951 (Nds. GVBI S. 223) und des RechtsberG (Nds. GVBI Sb II 791, S. 914); VogelberingungsVO v. 17. März 1937 i. d. F. d. RechtsberG (Nds. GVBI Sb II 791, S. 920); WallheckenVO v. 29. Nov. 1935 i. d. F. d. RechtsberG (Nds. GVBI Sb II 791, S. 924) sowie geänd. d. Art. 69 G. v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237);

§ 1 Nr. 10 VO über die den Landkreisen vorbehaltenen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (VorbehaltsVO) i. d. F. v. 24. Jan. 1969 (Nds. GVBI S. 39);

ErmächtigungsVOen zum Erlaß einer LSchVO im Bereich des Verbandes Großraum Hannover v. 25. Sept. 1967 (Nds. GVBI S. 424), v. 30. Sept. 1969 (Nds. GVBI S. 181), v. 10. April 1970 (Nds. GVBI S. 122);

VerwaltungskostenG v. 7. Mai 1962 (Nds. GVBI S. 43); Allg. Gebührenordnung v. 22. Sept. 1966 (Nds. GVBI S. 191), geänd. d. VO v. 26. April 1971 (Nds. GVBI S. 153);

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a) GrEStG; AG-OWIG v. 9. Febr. 1971 (Nds. GVBI S. 39)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

VO über das Ablagern und Vernichten von giftigen und mineralölhaltigen Abfallstoffen v. 6. Aug. 1971 (Nds. GVBI S. 269);

Gesetz zur vorläufigen Regelung der Wegereinigung im Verwaltungsbezirk Braunschweig v. 19. Juli 1957 (Nds. GVBI S. 87); § 8 Nr. 1 FFOG

Kleingärten

AusführungsVO zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung i. d. F. v. 31. Jan. 1936 (Braunsch. GVS S. 81 = Nds. GVBI Sb II 235)

Friedhöfe

Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen v. 23. Nov. 1927 (Braunsch. GVS S. 405 = Nds. GVBI Sb II 2127);

Art. 13 Ergänzungsvertrag v. 4. März 1965 zum Verträge des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen vom 19. März 1955 (Nds. GVBI 1966 S. 4)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

Verordnung über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936 (RGBl I S. 938 = Nds. GVBI Sb II 213); Preuß. Gesetz gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden v. 2. Juni 1902 (Preuß. GS S. 159); Preuß. Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden v. 15. Juli 1907 (Preuß. GS S. 260); Braunsch. Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land v. 1. Febr. 1911 (Braunsch. GVS S. 11); Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden v. 11. Jan. 1910 (Old. GBl Bd. 37 S. 402); Gesetz für den Landesteil Oldenburg betr. die Prüfung von Denkmälern und Bauten in künstlerischer Sicht v. 29. Juni 1935 (Old. GBl Bd. 49 S. 147 = Nds. GVBI Sb II 224);

Neufassung der zwischen dem 1. Jan. 1806 und dem 31. Dez. 1918 verkündeten Vorschriften durch das Dritte RechtsberG v. 17. Mai 1967 (Nds. GVBI S. 135)

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

Vgl. die Vorschriften zum Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

Schutz von Baudenkmalern

Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten v. 5. Febr. 1794, I. Teil, 8. Titel, § 33; Heimatschutzgesetz v. 17. Sept. 1934 (Braunsch. GVS S. 179 = Nds. GVBI Sb II 224 S. 415), geänd. d. Art. 37 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Denkmalschutzgesetz für das Großherzogtum Oldenburg v. 18. März 1911 (Old. GBl Bd. 37 S. 959 = Nds. GVBI Sb III S. 136), geänd. d. Art. 35 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Art. 20 Vertrag mit den Evangelischen Landeskirchen v. 18. April 1955 (Nds. GVBI S. 159); Anlage § 13 zum Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Lande Niedersachsen v. 26. Febr. 1965 (Nds. GVBI S. 192); § 84 Abs. 2 Nr. 4 Nieders. Gemeindeordnung (NGO)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§§ 1 ff. Preußisches Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (Preuß. GS S. 41 = Nds. GVBI Sb III S. 134), geänd. d. Art. 36 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); Bekanntmachung des Oldenburgischen Staatsministeriums betreffend die Vornahme von Ausgrabungen etc. bei den unter Aufsicht der Forstbehörden stehenden Steindenkmälern des Alterthums v. 14. März 1881 (Nds. GVBI Sb III S. 136), geänd. d. Art. 34 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); § 21 Oldenburg. Denkmalschutzgesetz

Bodenfunde

§§ 4 ff. Preuß. Ausgrabungsgesetz; § 22 Oldenburg. Denkmal-SchG

Zelten, Camping, Wohnwagen

ZeltVO v. 21. Mai 1968 (Nds. GVBI S. 87)

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

Preuß. Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Nds. GVBI Sb II S. 922), zul. geänd. d. Art. 68 Erstes AnpassungsG v. 24. Juni 1970 (Nds. GVBI S. 237); § 3 Abs. 2 RealverbandsG; § 6 FFOG

Schutz gegen Lärm

Gesetz über die Feiertage i. d. F. v. 29. April 1969 (Nds. GVBI S. 113); VO zur Bekämpfung des Lärms v. 22. Aug. 1962 (Nds. GVBI S. 146)

NORDRHEIN-WESTFALEN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Landesplanungsgesetz v. 7. Mai 1962 (GV NW S. 229); Erste DVO-Landesplanungsgesetz v. 25. Sept. 1962 (GV NW S. 548), geänd. d. VO v. 18. Febr. 1964 (GV NW S. 33); Zweite DVO-Landesplanungsgesetz v. 30. Juli 1963 (GV NW S. 265); Dritte DVO-Landesplanungsgesetz v. 16. Febr. 1965 (GV NW S. 39);

Gesetz betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk v. 5. Mai 1920 i. d. F. v. 29. Juli 1928 (Preuß. GS S. 91)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

FAG 1971 v. 2. März 1971 (GV NW S. 60); GewStAusglDV v. 19. Juli 1967 (GV NW S. 132), geänd. 7. Okt. 1968 (GV NW S. 325);

Reichshaushaltsordnung v. 31. Dez. 1922 i. d. F. v. 14. April 1930 (RGBl II S. 693), zul. geänd. d. Gesetz zur Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts v. 13. Jan. 1970 (GV NW S. 18) i. V. m. Haushaltsgesetz 1971 v. 2. März 1971 (GV NW S. 52);

Kommunalabgabengesetz — KAG — v. 21. Okt. 1969 (GV NW S. 712), geänd. d. G. v. 23. Nov. 1971 (GV NW S. 359)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 78 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen v. 28. Juni 1950 (GV NW S. 127);

Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zwischen dem Lande Niedersachsen und dem Lande Nordrhein-Westfalen über Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze (Erster Grenzänderungsvertrag Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) v. 17. Juli 1971 (GV NW S. 199); Bek. über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Ersten Grenzänderungsvertrages Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen v. 5. Okt. 1971 (GV NW S. 326)

Gemeindeordnung (GO) i. d. F. v. 11. Aug. 1969 (GV NW S. 656); Kreisordnung (KrO) i. d. F. v. 11. Aug. 1969 (GV NW S. 670);

Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Siegen v. 26. April 1966 (GV NW S. 271); Gesetz Neugliederung Landkreis Lemgo v. 5. Nov. 1968 (GV NW S. 352); Gesetz Neugliederung Herford v. 12. Dez. 1968 (GV NW S. 396); Gesetz Neugliederung Altena/Lüdenscheid v. 18. Dez. 1968 (GV NW S. 412); Gesetz Neugliederung Landkreis Geldern v. 11. März 1969 (GV NW S. 152); Gesetz Neugliederung Landkreis Kleve v. 11. März 1969 (GV NW S. 160); Gesetz Neugliederung Oberbergischer Kreis v. 2. Juni 1969 (GV NW S. 220); Gesetz kommunale Neugliederung des Raumes Bonn v. 10. Juni 1969 (GV NW S. 236); Gesetz Neugliederung Landkreis Euskirchen v. 10. Juni 1969 (GV NW S. 264); Gesetz Neugliederung Soest/Beckum v. 24. Juni 1969 (GV NW S. 300); Gesetz zur vorübergehenden Regelung von Einzelfragen aus Anlaß der kommunalen Neugliederung (Vorschaltgesetz) v. 16. Juli 1969 (GV NW S. 530); Gesetz Neugliederung Wiedenbrück/Bielefeld v. 4. Dez. 1969 (GV NW S. 772);

Gesetz Neugliederung Landkreis Detmold v. 2. Dez. 1969 (GV NW S. 799), geänd. d. G. v. 15. Dez. 1970 (GV NW S. 764); Gesetz Neugliederung Landkreis Höxter v. 2. Dez. 1969 (GV NW S. 818)

Zweckverbände

Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 26. April 1961 — KGG — (GV NW S. 190), zul. geänd. G. v. 16. Juli 1969 (GV NW S. 514); Bek. des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände v. 26. Nov. 1969 (GV NW S. 928) mit Bek. über Inkrafttreten v. 13. Juli 1970 (GV NW S. 538)

Sonderverbände

KGG; Staatsvertrag Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände usf.; Amtsordnung v. 10. März 1953 (GV NW S. 218)

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Reichssiedlungsgesetz v. 11. Aug. 1919 i. d. F. d. G. zur Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts v. 13. Jan. 1970 (RGS NW 237 S. 94); Gesetz zur Förderung der landwirtschaftl. Siedlung v. 31. März 1931 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR v. 13. Jan. 1970 (RGS NW 7814 S. 149); AG-RSG v. 15. Dez. 1919 (Preuß. GS 1920 S. 21 = PrGS NW 7814);

Erste DVO-BBauG v. 29. Nov. 1960 (GV NW S. 433), geänd. d. VO v. 21. April 1970 (GV NW S. 299); Zweite DVO-BBauG v. 1. Aug. 1962 (GV NW S. 520), geänd. d. Art. LIX Nr. 5 Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht (Anpassungsgesetz — AnpG NW) v. 16. Dez. 1969 (GV NW 1970 S. 22); Vierte DVO-BBauG v. 23. Juli 1963 (GV NW S. 254); RichtwertVO v. 23. Juli 1953 (GV NW S. 254)

Bauaufsicht

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen — Landesbauordnung — (BauO NW) i. d. F. v. 27. Jan. 1970 (GV NW S. 96, ber. 1971 S. 331); Erste DVO-BauO NW v. 26. Mai 1970 (GV NW S. 410); Zweite DVO-BauO NW (PrüfungsVO) v. 19. Juli 1962 i. d. F. v. 30. Aug. 1963 (GV NW S. 294); GaragenVO v. 23. Juli 1962 (GV NW S. 509); Dritte DVO-BauO (Prüfzeichenverordnung — PrüfzVO) v. 4. Febr. 1970 (GV NW S. 125); Vierte DVO-BauO NW — Überwachungsverordnung — v. 4. Febr. 1970 (GV NW 138);

GeschäftshausVO v. 22. Jan. 1969 (GV NW S. 168); Versammlungsstättenverordnung — VStättVO — v. 1. Juli 1969 (GV NW S. 548, ber. 1971 S. 198), geänd. d. VO v. 24. Juni 1971 (GV NW S. 197); VO über Gebäudeabstände und Abstandflächen (Abstandflächenverordnung) v. 20. März 1970 (GV NW S. 249); VO über Signalbauten der Landvermessung v. 29. Sept. 1970 (GV NW S. 708)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Art. 29 Verfassung;

§§ 11 ff. Landesforstgesetz v. 28. Juli 1969 (GV NW S. 588); Waldkulturgesetz für den Kreis Wittgenstein v. 4. Juni 1854 (Preuß. GS S. 429);

Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung (GrEstAgrG) v. 29. März 1966 (GV NW S. 140); DV-GrEstAgrG v. 13. Febr. 1967 (GV NW S. 28), geänd. d. VO v. 11. Dez. 1969 (GV NW 1970 S. 16);

VO über Zuständigkeiten nach dem Marktstrukturgesetz v. 5. Nov. 1969 (GV NW S. 748), geänd. d. VO v. 23. Juli 1970 (GV NW S. 624); VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse v. 23. Juli 1970 (GV NW S. 628); Gesetz zur Errichtung eines Landesamtes für Agrarordnung v. 7. April 1970 (GV NW S. 251);

VO über die Aufhebung der Hofeigenschaft v. 4. März 1949 (GS NW S. 719), geänd. d. VO v. 28. Okt. 1971 (GV NW S. 347)

Flurbereinigung

AG-FlurbG v. 8. Dez. 1953 (GV NW S. 411)

Grundstücksverkehr

—

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (GrEstStrukturG) v. 24. Nov. 1969 (GV NW S. 878);

Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau (GrERatG) v. 5. Mai 1964 (GV NW S. 169); Abkommen über die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den zur Förderung des Zusammenschlusses der Bergbauunternehmen des Steinkohlenbergbaugesbiets Ruhr zu einer Gesamtgesellschaft zu gewährenden Leistungen v. 28. Mai 1969/2. Juni 1969 mit Bek. v. 16. Juli 1969 (GV NW S. 542)

Energiewirtschaft

Zweite AVO-AtomG v. 11. Okt. 1960 (GV NW S. 339), geänd. d. Art. LIX Nr. 36 AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); Dritte AVO-AtomG v. 12. Nov. 1964 (GV NW S. 333), geänd. d. Art. LIX Nr. 37 AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); Ordnungsbehördliche Verordnung über Fernleitungen zum Befördern gefährlicher Gase (Gasfernleitungsverordnung) v. 30. Juli 1971 (GV NW S. 228)

Lagerstättenabbau

Allgemeines Berggesetz v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705 = PrGS NW S. 164), zul. geänd. d. Art. XXXIII AnpG NW v. 16. Dez. 1969 (GV NW 1970 S. 22); Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (PrGS NW 75 S. 189), zul. geänd. d. Art. XXXIV AnpG NW; Erdölgesetz v. 12. Mai 1934 (PrGS NW 75); Phosphoritgesetz v. 16. Okt. 1934 (PrGS NW 75); Erdölverordnung v. 13. Dez. 1934 (PrGS NW 75); Gesetz über die Gesamtplanung im Rheinischen Braunkohlengebiet v. 25. April 1950 (GV NW S. 71), geänd. d. VO v. 5. Jan. 1962 (GV NW S. 9); Moorschutzgesetz v. 20. Aug. 1923 (PrGS NW 77); Moorschutzverordnung v. 30. Juni 1961 (GV NW S. 233);

Gesetz zur Errichtung eines Landesoberbergamtes v. 2. Dez. 1969 (GV NW S. 900); VO über Sitze und Bezirke der Bergämter im Lande Nordrhein-Westfalen v. 14. Juni 1971 (GV NW S. 168)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§§ 29, 67 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) v. 22. Mai 1962 (GV NW S. 235), geänd. d. Art. XXXV AnpG NW; Wasserverbandgesetz v. 10. Febr. 1937 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR v. 13. Jan. 1970 (RGS NW 77 S. 130); Erste Wasserverbandsverordnung v. 3. Sept. 1937 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 77 S. 139); Gesetz betr. Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiet v. 14. Juli 1904 (PrGS NW 77); Ruhrtalsperrengesetz v. 5. Juni 1913 (PrGS NW 77); Lippegesetz v. 19. Jan. 1926 (PrGS NW 77); Biggetalsperrengesetz v. 10. Juli 1965 (GV NW S. 191), geänd. d. Art. XXXVI AnpG NW;

§ 28 Dienstordnung für die Gesundheitsämter – Besonderer Teil – v. 30. März 1935 i. d. F. des RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2120 S. 7)

Fremdenverkehr

§§ 70, 71 Dienstordnung für die Gesundheitsämter – Besonderer Teil – v. 30. März 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2120 S. 7)

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

§§ 13, 14 Landeseisenbahngesetz v. 5. Febr. 1957 (GV NW S. 11) geänd. d. § 30 Nr. 2 GebG NW; VO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) v. 31. Okt. 1966 (GV NW S. 488)

Straßenbahnen u. ä.

Autobahnen und Straßen

§§ 37–41 Landesstraßengesetz – LStrG – v. 28. Nov. 1961 (GV NW S. 305), geänd. d. Art. XLVIII AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); Staatsvertrag vom 16. Juli 1970 / 23. Sept. 1970 zwischen den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über Aufgaben und Zuständigkeiten auf Bundesautobahnstrecken, mit Bek. v. 9. Sept. 1971 (GV NW 1971 S. 330)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

–

Luftverkehr

–

Wasserstraßen

–

Nachrichtenwesen

–

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

Reichsleistungsgesetz v. 1. Sept. 1939 (RGG I S. 1645) i. d. F. § 5 RechtsberG-ReichsR v. 13. Jan. 1970 (GV NW S. 18); Erste DVO-RLG v. 23. Okt. 1939 (RGG I S. 2075) i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR § 5; Zweite DVO-RLG v. 31. März 1941 (RGG I S. 180) i. d. F. RechtsberG-ReichsR; Dritte DVO-RLG v. 27. Nov. 1944 (RGG I S. 331) i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR; Gesetz über die Mitarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung v. 27. März 1962 (GV NW S. 125)

Landespflege- und Umweltplanung

Allgemeine Maßnahmen

Bekanntmachung des Ministerpräsidenten über Änderungen der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden v. 20. Jan. 1967 (GV NW S. 22), zul. geänd. d. Bek. v. 8. Okt. 1971 (GV NW S. 334); Bek. des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf v. 24. Juni 1971 (GV NW S. 175);

VO über Beschränkungen bei der Verwertung von Dienstferndungen der Angehörigen der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen v. 22. Juni 1971 (GV NW S. 188)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG – § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

–

Ausbildung-, Prüfung-, Berufsausübungsvorschriften

§§ 32, 47 ff. VO über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnverordnung – LVO) i. d. F. v. 1. April 1966 (GV NW S. 239);

Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und die Errichtung einer Architektenkammer im Lande Nordrhein-Westfalen – Architektengesetz (ArchG NW) – v. 4. Dez. 1969 (GV NW S. 888); DVO-ArchG NW v. 11. März 1970 (GV NW S. 240); Wahlordnung-ArchG NW v. 9. März 1971 (GV NW S. 72); Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz – IngG) v. 5. Mai 1970 (GV NW S. 312)

Wasser

Wassergesetze

Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) v. 22. Mai 1962 (GV NW S. 235), geänd. d. Art. XXXV AnpG NW (GV NW 1970 S. 22)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 30 LWG; § 34 Allgemeine Hafenanordnung (AHVO) v. 12. Juni 1963 (GV NW S. 209), geänd. d. Art. LIX Nr. 50 AnpG NW

Reinhaltung des Grundwassers

§ 43 LWG

Erdaufschlüsse

§ 44 LWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§§ 24–26 LWG

Gemeingebrauch

§§ 31 ff. LWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (Lagerbehälter-Verordnung – VLwF –) v. 19. April 1968 (GV NW S. 158), geänd. d. VO v. 21. Dez. 1970 (GV NW 1971 S. 2); ZustVO-Altölg v. 30. Juni 1969 (GV NW S. 458); AVO-TVbF v. 2. Febr. 1965 (GV NW S. 21); Gasfernleitungsverordnung v. 30. Juli 1971 (GV NW S. 228)

Detergentien

VO über die Zuständigkeiten nach dem Detergentiengesetz v. 18. Mai 1965 (GV NW S. 134), geänd. d. Art. LIX Nr. 2 AnpG NW

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO

Schutz des Bodens (allgemein)

§ 15 Abs. 1 Nr. 3 FFSchG; § 24 Dienstordnung für die Gesundheitsämter – Besonderer Teil – v. 30. März 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2120 S. 7)

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

AVO-Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen v. 22. Aug. 1927 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 73); AVO-Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen v. 25. März 1931 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 73); AVO-Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen v. 17. Juli 1934 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 75); VO über die Verwendung von Phosphorwasserstoff zur Schädlingsbekämpfung v. 6. April 1936 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 76); VO über den Gebrauch von Äthylendioxyd zur Schädlingsbekämpfung v. 25. Aug. 1938 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 77); VO über den Gebrauch von Tritox (Trichloracetonitril) zur Schädlingsbekämpfung i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2126 S. 78)

Mutterboden

–

Enteignungsrecht

Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum v. 11. Juni 1874 (Preuß. GS S. 221); Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 22. Juli 1922 (PrGS NW S. 53)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen – Immissionsschutzgesetz (ImSchG) – i. d. F. v. 1. April 1970 (GV NW S. 283); Erste DVO-ImSchG (Allgemeine Begrenzung des Rauchauswurfs) v. 26. Febr. 1963 (GV NW S. 118); Zweite DVO-ImSchG (Errichtung und Betrieb von Müllverbrennungsanlagen) v. 24. Juni 1963 (GV NW S. 234); Verordnung über Verkehrsbeschränkungen bei austauschbaren Wetteranlagen v. 2. Dez. 1964 (GV NW S. 358), zul. geänd. d. VO v. 21. Dez. 1970 (GV NW 1971 S. 2); Dritte DVO-ImSchG (Auswurfbegrenzung bei Feuerungen mit Ölbrennern) v. 25. Okt. 1965 (GV NW S. 370); Vierte DVO-ImSchG (Lärmschutz bei Baumaschinen) v. 26. Okt. 1965 (GV NW S. 322), geänd. d. VO v. 25. Juli 1967 (GV NW S. 137); Fünfte DVO-ImSchG (Auswurfbegrenzung bei chemischen Reinigungsanlagen) v. 25. Juli 1967 (GV NW S. 137); Sechste DVO-ImSchG (Errichtung und Betrieb von Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe einschließlich Teersplittanlagen) v. 17. Okt. 1967 (GV NW S. 184); Siebente DVO-ImSchG (Auswurfbegrenzung bei Trockenöfen) v. 1. Okt. 1968 (GV NW S. 320); Achte DVO-ImSchG (Auswurfbegrenzung bei Feuerungen für feste Brennstoffe) v. 6. Febr. 1970 (GV NW S. 172); Neunte DVO-ImSchG (Auswurfbegrenzung bei Hausbrandöfen mit Ölfeuerung) v. 23. Sept. 1971 (GV NW S. 250); § 24 Dienstordnung für die Gesundheitsämter – Besonderer Teil – v. 30. März 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2120 S. 7)

Schutz vor Radioaktivität

–

Förderungsmaßnahmen

–

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

§ 196 Abs. 2 ABG; § 2 Nr. 9 Erdölgesetz; § 2 Nr. 9 Phosphoritgesetz; § 2 Abs. 1 Moorschutzverordnung

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG – §§ 12 ff. – 23 ff. NSchVO;

VO über die Bekämpfung von Krähen und Elstern v. 22. Dez. 1960 i. d. F. v. 7. Dez. 1965 (GV NW S. 355);

VO über das Halten von Hunden und Katzen v. 5. Nov. 1968 (GV NW S. 342)

Artenschutz (Jagdrecht)

Landesjagdgesetz v. 26. Mai 1964 (GV NW S. 177), zul. geänd. d. Art. XLIV AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); DVO-LJG v. 24. Juni 1964 (GV NW S. 209), zul. geänd. d. Art. LIX Nr. 48 AnpG NW sowie VO v. 5. Mai 1970 (GV NW S. 340) und § 30 Nr. 6 GebG NW; Waffengesetz v. 18. März 1938 (RGBl I S. 265), zul. geänd. d. Art. XII AnpG NW (GV NW 1970 S. 22) und § 30 Nr. 8 GebG NW

Artenschutz (Fischereirecht)

Preußisches Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (Preuß. GS S. 55 = PrGS NW 793 S. 252), zul. geänd. d. Art. XLV AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); Ordnungsbehördliche Verordnung zum Fischereigesetz (Landesfischereiordnung) v. 9. Dez. 1952 (GV NW 1953 S. 1), geänd. d. VO v. 18. Nov. 1968 (GV NW S. 380); Gesetz über den Fischereischein v. 19. April 1939 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 793 S. 169), geänd. d. Art. XLVI AnpG NW (GV NW 1970 S. 22) und § 30 Nr. 5 GebG NW; Erstes Gesetz zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über den Fischereischein v. 21. April 1939 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW S. 169)

Schutz gegen Pestizide

–

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

§ 31 Landesstraßengesetz; § 51 Landesforstgesetz; Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (PrGS NW S. 213), zul. geänd. d. Art. XLIII AnpG NW (GV NW 1970 S. 22)

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Landesforstgesetz v. 29. Juli 1969 (GV NW S. 588); Erste DVO-Landesforstgesetz v. 3. Sept. 1970 (GV NW S. 662);

Feld- und Forstschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen – FFSchG – i. d. F. v. 24. März 1970 (GV NW S. 303); Erste DVO-FFSchG v. 27. Febr. 1963 (GV NW S. 122); VO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft v. 29. Juli 1969 (GV NW S. 579)

Aufforstung

§§ 46 ff., 52 ff. Landesforstgesetz

Einschränkungen des Schutzes

§ 30 Abs. 2 Landesstraßengesetz; § 11 BauO NW; § 76 Abs. 1 LWG; §§ 40 ff. Nachbarrechtsgesetz v. 15. April 1969 (GV NW S. 190); Zweite DVO-FFSchG (Bekämpfung von Unkraut) v. 28. Juni 1965 (GV NW S. 241)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 GrESTG

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 18 Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz – RNG – v. 26. Juni 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 791 S. 156) sowie geänd. d. Art. XLII AnpG NW (GV NW 1970 S. 22) und das Erste Vereinfachungsgesetz v. 23. Juli 1957 (GV NW S. 189 – zul. geänd. 18. Mai 1971; GV NW S. 146); DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 791 S. 159); Naturschutzverordnung v. 18. März 1936 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 791 S. 161) sowie des Ersten VereinfachungsG; Vogelberingungsvorordnung v. 17. März 1937 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 791 S. 167) sowie des Ersten VereinfachungsG;

§ 5 Abs. 1 Buchstabe c) Landschaftsverbandsordnung v. 12. Mai 1952 (GV NW S. 271, geänd. GV NW S. 445);

VO über die Entnahme von Schmuckreisig aus den wildwachsenden Beständen der Salweide für Handelszwecke v. 6. Dez. 1960 (GV NW S. 4); Abkommen zwischen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit zur Errichtung und Ausgestaltung eines Naturparks in den Gebieten Nordeifel/Schneifel/Hohes Venn – Eifel v. 3. Febr. 1971;

§ 1 Nr. 4 VO über Zuständigkeiten im Kreis Siegen v. 1. Juli 1966 (GV NW S. 381); § 1 Nr. 4 VO über Zuständigkeiten im Kreis Herford v. 10. Dez. 1968 (GV NW S. 428); § 1 Nr. 4 VO über Zuständigkeiten im Kreis Lüdenscheld v. 10. Dez. 1968 (GV NW S. 428); § 1 Nr. 4 VO über Zuständigkeiten im Kreis Kempen-Krefeld v. 18. Dez. 1969 (GV NW S. 982);

Sondervorschriften zum Schutze von Wallhecken sind mit Inkrafttreten des Landesforstgesetzes (vgl. § 1 Abs. 2: Wallhecken als Wald) v. 29. Juli 1969 (GV NW S. 588) aufgehoben worden; – §§ 28 ff. Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – i. d. F. v. 28. Okt. 1969 (GV NW S. 732); Landesorganisationsgesetz v. 10. Juli 1962 (GV NW S. 421), zul. geänd. G. v. 7. April 1970 (GV NW S. 251); § 3 Abs. 2 VO über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO –) v. 12. Sept. 1969 (GV NW S. 684);

§ 4 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 Grunderwerbsteuergesetz i. d. F. v. 12. Juli 1970 (GV NW S. 612);

§ 4 b Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes v. 16. Juni 1970 (GV NW S. 437);

Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NW) v. 23. Nov. 1971 (GV NW S. 354);

Nach § 30 GebG NW sind folgende Vorschriften außer Kraft getreten:

§ 30 Nr. 2: § 39 Abs. 2 Landeseisenbahngesetz;

§ 30 Nr. 5: § 3 Gesetz über den Fischereischein;

§ 30 Nr. 6: § 15 Landesjagdgesetz;

§ 30 Nr. 8: § 16 Waffengesetz

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

§ 22 Nr. 1 FFSchG; § 41 DVO-BauO NW; § 29 Dienstordnung für die Gesundheitsämter – Besonderer Teil – v. 30. März 1935 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2120 S. 7); Ordnungsbehördliche Verordnung über die Wegschaffung gesundheitsgefährdender Abfallstoffe aus Gewerbebetrieben v. 9. August 1971 (GV NW S. 227)

Kleingärten

VO zur Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten v. 23. Dez. 1931 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW S. 96)

Friedhöfe

Décret du 23 prairial XII (12. 6. 1804) sur les sépultres (abgedruckt bei GAEDKE, Handbuch des Friedhofs- und Bestattungsrechts, 3. Aufl., Carl Heymanns Verlag KG, Köln – Berlin – Bonn – München 1971, Seite 480);

§ 8 Abs. 1 S. 2 Gesetz über die Feuerbestattung v. 15. Mai 1934 i. d. F. d. RechtsberG-ReichsR (RGS NW 2127 S. 80)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§§ 15 – 14 Abs. 2 BauO NW; § 103 Abs. 1 Nr. 2, § 103 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BauO NW

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 14 Abs. 2 BauO NW; § 103 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 6 BauO NW; §§ 1–4 Lippisches Heimatschutzgesetz v. 17. Jan. 1920 (Lipp. GS 1920 S. 15)

Schutz von Baudenkmalern

§ 103 Abs. 1 Nr. 2 BauO NW;

Preußisches Allgemeines Landrecht I. Teil, 8. Titel, § 33;

Lippisches Heimatschutzgesetz;

§ 64 Abs. 2 Buchstabe c) Gemeindeordnung

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§§ 1 ff. Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (PrGS NW 224 S. 66), zul. geänd. d. Art. XXI AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); § 13 Lippisches Heimatschutzgesetz

Bodenfunde

§§ 5 ff. Ausgrabungsgesetz; § 14 Lippisches Heimatschutzgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

§ 23 Nr. 1 FFSchG; § 2 Abs. 2 Satz 3 BauO NW, § 103 Abs. 1 Nr. 4 BauO NW

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

§§ 3 ff. Landesforstgesetz; Bekanntmachung der Kennzeichnung gesperrter Waldflächen nach § 5 des Landesforstgesetzes v. 1. Juni 1970 (GV NW S. 499); §§ 22, 23 FFSchG;

§§ 13, 32 Allgemeine Hafenanordnung (AHVO);

Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (PrGS NW S. 213), zul. geänd. d. Art. XLIII AnpG (GV NW 1970 S. 22)

Schutz gegen Lärm

Immissionsschutzgesetz – ImSchG – i. d. F. v. 1. April 1970 (GV NW S. 283); Vierte DVO-ImSchG (Lärmschutz bei Baumaschinen) v. 26. Okt. 1965 (GV NW S. 322), geänd. d. VO v. 25. Juli 1967 (GV NW S. 137); AVO-BaulärmG v. 25. Okt. 1965 (GV NW S. 321), geänd. d. Art. LIX Nr. 19 AnpG NW (GV NW 1970 S. 22); Ordnungsbehördliche Verordnung über die Lärmbekämpfung v. 30. Nov. 1964 (GV NW S. 348), geänd. d. VO v. 28. April 1971 (GV NW S. 142)

RHEINLAND-PFALZ

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

Art. 51 Abs. 1 Verfassung für Rheinland-Pfalz v. 18. Mai 1947 (VOBI S. 209 = BS RhPf 100–1)

Gesetzgebung

Landesgesetz für Raumordnung und Landesplanung (Landesplanungsgesetz – LPIG –) v. 14. Juni 1966 (RhPf GVBI S. 177 = BS RhPf 230–1), zul. geänd. d. Art. 18 Erstes Landesgesetz zur

Änderung strafrechtlicher Vorschriften (1. LStrafÄndG) v. 20. Nov. 1969 (RhPf GVBI S. 179 = BS RhPf 452–10) sowie Art. 11 Zweites Landesgesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften (2. LStrafÄndG) v. 5. März 1970 (RhPf GVBI S. 96 = BS RhPf 452–11); Landesgesetz über die Einteilung des Landes in Regionen (Regionengesetz – LReg –) v. 16. März 1967 (RhPf GVBI S. 68 = BS RhPf 230–2), geänd. d. Erste LandesVO über die Anpassung der Regionen v. 17. Mai 1969 (RhPf GVBI S. 125); 1. DVO-LPIG – zuständige Behörde nach § 21 – v. 19. April 1967 (RhPf GVBI S. 136 = BS RhPf 230–1–1); 2. DVO-LPIG – Planungsgemein-

schaften – v. 19. April 1967 (RhPf GVBI S. 136 = BS RhPf 230–1–2);

Verwaltungsabkommen über Maßnahmen der Raumordnung und Landesplanung im Grenzbereich der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz v. 18. Mai 1965 (StAnz RhPf Nr. 23 S. 12);

Landesgesetz v. 10. Juli 1969 über den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 (RhPf GVBI S. 139 = BS RhPf Anhang I 33) mit Bek. Inkrafttreten v. 26. Aug. 1969 (RhPf GVBI S. 160)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Finanzausgleichsgesetz (FAG) i. d. F. v. 28. April 1970 (RhPf GVBI S. 145 = BS RhPf 6022–1); DVO-FAG i. d. F. v. 1. Juli 1960 (RhPf GVBI S. 136 = BS RhPf 6022–1–1), geänd. 17. April 1962 (RhPf GVBI S. 46);

LandesVO über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage v. 5. März 1970 (RhPf GVBI S. 104 = BS RhPf 601–1);

Gewerbesteuerausgleichsg v. 24. Okt. 1956 (RhPf GVBI S. 119 = BS RhPf 6023–1), zul. geänd. 19. Dez. 1962 (RhPf GVBI 1963 S. 17); Erste DVO-GewStAusglG v. 8. Nov. 1956 (RhPf GVBI S. 143 = BS RhPf 6023–1–1); Zweite DVO-GewStAusglG v. 24. Febr. 1961 (RhPf GVBI S. 43 = BS RhPf 6023–1–2); Dritte DVO-GewStAusglG v. 13. Okt. 1964 (RhPf GVBI S. 181 = BS RhPf 6023–1–3); Vierte DVO-GewStAusglG v. 8. Dez. 1964 (RhPf GVBI S. 237 = BS RhPf 6023–1–4); Fünfte DVO-GewStAusglG v. 14. Aug. 1967 (RhPf GVBI S. 236 = BS RhPf 6023–1–5); Sechste DVO-GewStAusglG v. 16. Aug. 1968 (RhPf GVBI S. 206 = BS RhPf 6023–1–6);

Landesgesetz über die Erhebung kommunaler Abgaben – KAG – v. 8. Nov. 1964 (RhPf GVBI S. 139 = BS RhPf 610–10), geänd. 20. Dez. 1968 (RhPf GVBI S. 276); DVO-KAG v. 2. Sept. 1965 (RhPf GVBI S. 89 = BS RhPf 610–10–1)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 49 Verfassung von Rheinland-Pfalz;

Selbstverwaltungsgesetz i. d. F. v. 25. Sept. 1954 (RhPf GVBI S. 145 = BS 2020–1), zul. geänd. 15. Juni 1970 (RhPf GVBI S. 198), Teil A Gemeindeordnung, §§ 9–13, Teil B Verbandsgemeindeordnung, Teil C Landkreisordnung, § 8;

DVO-Gemeindeordnung v. 3. Dez. 1964 (RhPf GVBI S. 251 = BS RhPf 2020–1–1); DVO-Landkreisordnung v. 3. Dez. 1964 (RhPf GVBI S. 261 = BS RhPf 2020–1–3);

VO über gemeindefreie Grundstücke und Gutsbezirke v. 15. Nov. 1938 (RGBl I S. 1631), geänd. 5. Aug. 1964 (RhPf GVBI S. 107 = BS RhPf 2020–1–4); Landesgesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften und zur Vorbereitung der Neugliederung von Gemeinden v. 16. Juli 1968 (RhPf GVBI S. 132, ber. S. 247 = BS RhPf 2020–2), zul. geänd. d. § 80 Aechtes Verwaltungsvereinfachungsgesetz;

Erstes Verwaltungsvereinfachungsgesetz (VerwVereinfG) v. 28. Juli 1966 (RhPf GVBI S. 203 = BS RhPf 14–1), geänd. d. § 5 Zehntes VerwVereinfG; Zweites VerwVereinfG v. 16. Juli 1968 (RhPf GVBI S. 131 = BS RhPf 14–2), geänd. 4. Febr. 1969 (RhPf GVBI S. 59); Drittes VerwVereinfG v. 12. Nov. 1968 (RhPf GVBI S. 231 = BS S. 14–3), geänd. d. § 7 Siebentes VerwVereinfG; Viertes VerwVereinfG v. 10. Jan. 1969 (RhPf GVBI S. 5 = BS RhPf 14–4), geänd. d. Neuntes VerwVereinfG; Fünftes VerwVereinfG v. 14. Febr. 1969 (RhPf GVBI S. 62 = BS RhPf 14–5), geänd. 15. Okt. 1970 (RhPf GVBI S. 389); Sechstes VerwVereinfG v. 10. April 1969 (RhPf GVBI S. 91 = BS RhPf 14–6), geänd. 15. Okt. 1970 (RhPf GVBI S. 389); Erste DVO zum Dritten bis Sechsten VerwVereinfG v. 15. April 1969 (RhPf GVBI S. 102 = RhPf 14–3–1); Zweite DVO zum Dritten bis Sechsten VerwVereinfG v. 20. Mai 1969 (RhPf GVBI S. 126 = BS RhPf 14–3–2); Siebentes VerwVereinfG v. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 288 = BS RhPf 14–7), geänd. 15. Okt. 1970 (RhPf GVBI S. 389); Aechtes VerwVereinfG v. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 289 = BS 14–8); DVO-Aechtes VerwVereinfG v. 18. Aug. 1970 (RhPf GVBI S. 359 = BS

RhPf 14–8–1); Neuntes VerwVereinfG v. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 302 = BS RhPf 14–9); Landesgesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz v. 15. Okt. 1970 (RhPf GVBI S. 389 = BS RhPf 14–9 a); Zehntes VerwVereinfG v. 21. Dez. 1970 (RhPf GVBI S. 454, ber. 1971 S. 36 = BS RhPf 14–10); DVO der §§ 1–3 Zehntes VerwVereinfG v. 30. Dez. 1970 (RhPf GVBI 1971 S. 4 = BS RhPf 14–10–1); Elfte VerwVereinfG v. 24. Febr. 1971 (RhPf GVBI S. 68 = BS RhPf 14–11)

Zweckverbände

Landesgesetz über Zweckverbände und andere Formen der kommunalen Zusammenarbeit i. d. F. v. 3. Dez. 1954 (RhPf GVBI S. 156 = BS RhPf 2020–20)

Sonderverbände

LandesVO über die Bildung kommunaler Nachbarschaftsbereiche v. 27. Mai 1969 (RhPf GVBI S. 127 = BS RhPf 2020–1–14);

Selbstverwaltungsgesetz, Teil B, Verbandsgemeindeordnung i. d. F. v. 16. Juli 1968 (RhPf GVBI S. 132 = BS RhPf 2020–1), zul. geänd. d. § 81 Aechtes VerwVereinfG; DVO-Verbandsgemeindeordnung v. 10. Febr. 1969 (RhPf GVBI S. 75 = BS RhPf 2020–1–2)

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Erste DVO-BBauG v. 20. Jan. 1961 (RhPf GVBI S. 23 = BS RhPf 213–2), geänd. 11. Okt. 1966 (RhPf GVBI S. 278); Zweite DVO-BBauG v. 20. Jan. 1961 (RhPf GVBI S. 24 = BS RhPf 213–3), geänd. 12. Juni 1964 (RhPf GVBI S. 105); Vierte DVO-BBauG v. 28. Juni 1961 (RhPf GVBI S. 151 = BS RhPf 213–5), geänd. 8. Aug. 1968 (RhPf GVBI S. 203); Fünfte DVO-BBauG – RichtwertVO – v. 10. Dez. 1963 (RhPf GVBI S. 227 = BS RhPf 213–6); Sechste DVO-BBauG v. 13. März 1968 (RhPf GVBI S. 28, ber. S. 123 = BS RhPf 213–7), geänd. d. VO v. 11. Okt. 1971 (RhPf GVBI S. 236)

Bauaufsicht

Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz – LBO – v. 15. Nov. 1961 (RhPf GVBI S. 229 = BS RhPf 213–1), geänd. d. Art. 10 1. LStrafÄndG; Erste DVO-LBO – BauunterlagenVO – v. 5. Juni 1962 (RhPf GVBI S. 68 = BS RhPf 213–1–1); Dritte DVO-LBO – PrüfzeichenVO – i. d. F. v. 6. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 306 = BS RhPf 213–1–3); Sechste DVO-LBO (VO über die Beleuchtung und die elektrischen Anlagen in Versammlungsstätten) v. 21. Juli 1965 (RhPf GVBI S. 175 = BS RhPf 213–1–6), geänd. 28. Febr. 1969 (RhPf GVBI S. 87); Achte DVO-LBO (VO über Gestaltungsvorschriften in Bebauungsplänen) v. 4. Febr. 1969 (RhPf GVBI S. 78 = BS RhPf 213–1–8)

Wohnungsbau

–

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Art. 63–65 Verfassung für Rheinland-Pfalz;

Höfeordnung i. d. F. v. 18. April 1967 (RhPf GVBI S. 138 = BS RhPf 7811–1); DVO-Höfeordnung v. 27. April 1967 (RhPf GVBI S. 146 = BS RhPf 7811–1–1); LandesVO über die Höferolle v. 14. März 1967 (RhPf GVBI S. 143 = BS RhPf 7811–1–2), geänd. 29. Okt. 1968 (RhPf GVBI S. 246);

Landesgesetz über die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (LwKG) v. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 309 = BS RhPf 780–1); Landwirtschaftskammerwahlordnung v. 28. Sept. 1970 (RhPf GVBI S. 380 = BS RhPf 780–1–1);

Weinbergaufbaugesetz v. 12. Mai 1953 (RhPf GVBI S. 54 = BS RhPf 7821–1), geänd. 24. Febr. 1971 (RhPf GVBI S. 44); Landesgesetz über die Festsetzung von Lagen und Bereichen und über die Weinbergsrolle (Weinlagengesetz) v. 1. Juni 1970 (RhPf GVBI S. 184 = BS RhPf 7821–5); DVO-Weinlagengesetz v. 22. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 335 = BS RhPf 7821–5–1);

Gemeinheitsteilungs-Ordnung für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Duisburg und Rees, sowie für Neuvorpommern und Rügen (für den Regierungsbezirk Koblenz, mit Ausnahme des ehemals oldenburgischen Landesteils Birkenfeld, und für den Regierungsbezirk Trier) v. 19. Mai 1851 (Preuß. GS S. 371) i. d. F. des RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur v. 5. April

1968 (RhPf GVBI S. 48 = BS RhPf 13–3) – RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 7817–2, S. 147 –; Gemeinheitsteilungs-Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf (für den Regierungsbezirk Montabaur) v. 5. April 1869 (Preuß. GS S. 526) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 7817–3, S. 151); Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiet des Regierungsbezirks Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen vormals Großherzoglich Hessischen Gebiets-teilen (für den Regierungsbezirk Montabaur) v. 15. Febr. 1872 (Preuß. GS S. 165) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 7817–4, S. 155);

Gesetz, betreffend die Abänderung der Gesetze vom 5. April 1869 (Preuß. GS S. 517) und vom 15. Februar 1872 (Preuß. GS S. 165) (für den Regierungsbezirk Montabaur) v. 16. Juni 1876 (Preuß. GS S. 369) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 7817–7 S. 158)

Flurbereinigung

Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz v. 26. März 1954 (RhPf GVBI S. 49 = BS RhPf 7815–1), geänd. 15. Juni 1970 (RhPf GVBI S. 210); Landesgesetz über den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Flurbereinigungsgerichts v. 7. Dez. 1960 (RhPf GVBI S. 265 = BS RhPf Anhang I 15)

Grundstücksverkehr

AG-GrdstVG v. 19. Dez. 1962 (RhPf GVBI 1963 S. 1 = BS RhPf 7810–3); AVO-GrdstVG v. 21. Dez. 1961 (RhPf GVBI S. 267 = BS RhPf 7810–1)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Art. 51 Verfassung für Rheinland-Pfalz

Energiewirtschaft

Landesgesetz über den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und der Großherzoglich-Luxemburgischen Regierung über die Errichtung einer Wasserkraftanlage an der Sauer bei Rosport-Relingen v. 12. Juli 1950 (RhPf GVBI S. 239 = BS RhPf Anhang I 2); Landesgesetz über den Abschluß eines Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum Luxemburg über die Errichtung von Wasserkraftanlagen an der Our v. 23. Dez. 1968 (RhPf GVBI 1969 S. 13 = BS RhPf Anhang I 12)

Lagerstättenabbau

Berggesetz (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) – Allgemeines Berggesetz für die ehemals preußischen Staaten – (ABG) v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–1, S. 89); Verordnung, betreffend die Einführung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in das Gebiet des vormaligen Herzogtums Nassau (für den Regierungsbezirk Montabaur) v. 22. Febr. 1867 (Preuß. GS S. 237) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–2, S. 113); Verordnung, betreffend die Einführung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in die mit der Preußischen Monarchie vereinigten Landesteile der Großherzoglich Hessischen Provinz Oberhessen sowie in das Gebiet der vormaligen Landgrafschaft Hessen-Homburg, einschließlich des Oberamtsbezirktes Meisenheim v. 22. Febr. 1867 (Preuß. GS S. 242) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–3, S. 113); Gesetz, betreffend die Abänderung des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 18. Juni 1907 (Preuß. GS S. 119) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–4, S. 114); Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 18. Dez. 1933 (Preuß. GS S. 493) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz,

Trier und Montabaur 75–8, S. 118), geänd. d. Art. 29 2. LStraf-ÄndG; Gesetz zur Erschließung von Erdöl und anderen Bodenschätzen – Erdölgesetz – (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 12. Mai 1934 (Preuß. GS S. 257) i. d. F. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–9, S. 119); Verordnung über die Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und anderen Bodenschätzen – Erdölverordnung – (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 13. Dez. 1934 (Preuß. GS S. 463) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–10, S. 120); Phosphoritgesetz (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 16. Okt. 1934 (Preuß. GS S. 404) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–12, S. 121); Verordnung zur Überleitung des Bergrechts in den auf das Land Preußen übergegangenen Gebietsteilen v. 13. Mai 1937 (Preuß. GS S. 37) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–13, S. 122); Verordnung über die polizeiliche Beaufsichtigung der bergbaulichen Nebengewinnungs- und Weiterverarbeitungsanlagen durch die Bergbehörden (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 22. Jan. 1938 (Preuß. GS S. 19) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 75–14, S. 122); Gesetz über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 26. März 1865 (Preuß. GS S. 203) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 452–1, S. 78), geänd. d. Art. 28 2. LStrafÄndG; Moorschutzgesetz (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 20. Aug. 1923 (Preuß. GS S. 400) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 791–2, S. 199);

Berggesetz für das Großherzogtum Hessen (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 28. Jan. 1876 (Hess. RegBl S. 73) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen v. 20. Nov. 1969 – RhPf GVBI S. 169 = BS RhPf 13–4 – (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 75 S. 108); Berggesetz (für den Regierungsbezirk Pfalz) v. 13. Aug. 1910 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 75–1); Gesetz über die Änderung des Berggesetzes (für den Regierungsbezirk Pfalz) v. 17. Aug. 1918 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 75–2);

Landesgesetz über den Abbau und die Verwertung von Bimsvorkommen v. 13. April 1949 (RhPf GVBI S. 43 = BS RhPf 711–1), geänd. d. Art. 24 1. LStrafÄndG; LandesVO zur Durchführung des Landesgesetzes über den Abbau und die Verwertung von Bimsvorkommen v. 21. Juli 1952 (RhPf GVBI S. 117 = BS RhPf 711–1–1), geänd. 10. März 1954 (RhPf GVBI S. 45); Allgemeine Bergpolizeiverordnung für das Land Rheinland-Pfalz (ABPV) v. 15. April 1967 (StAnz RhPf Nr. 14 v. 2. April 1967, S. 13);

Landesgesetz über den Abschluß eines Staatsvertrages über die Bergbehörden des Saarlandes und des Landes Rheinland-Pfalz v. 18. Dez. 1967 (RhPf GVBI S. 319 = BS RhPf Anhang I 29);

§ 83 Abs. 2 Landeswassergesetz; § 30 Landesstrafengesetz; §§ 5 Abs. 3, 73 Abs. 1 Buchstabe g), 74 Abs. 1 Buchstabe m), 75 Abs. 1 Buchstabe d), 97 Abs. 1 Nr. 1 LBO; Erste DVO-LPIG

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§ 74 Landeswassergesetz; § 2 Nr. 11 Buchstabe a) Satz 2 LPIG

Fremdenverkehr

Landesgesetz über Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz v. 19. März 1951 (RhPf KVBI S. 56 = BS RhPf 29–1), geänd. d. Art. 20 1. LStrafÄndG; § 9 KAG; § 8 DVO-KAG

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

§§ 13–15 Landesgesetz über Eisenbahnen, Bergbahnen und Seil-schwebebahnen v. 13. März 1961 (RhPf GVBI S. 87 = BS RhPf 93–3), geänd. d. Art. 33 1. LStrafÄndG; LandesVO über den Bau und Betrieb von Seilbahnen (BO-Seil) v. 21. Okt. 1970 (RhPf GVBI S. 410 = BS RhPf 93–3–2);

LandesVO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) v. 15. Juli 1957 (RhPf GVBI S. 163 = BS RhPf 93–2);

Landesgesetz zum Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Land Rheinland-Pfalz über die Durchführung der Elektrifizierung von Bundesbahnstrecken im Land Rheinland-Pfalz v. 14. März 1955 (BS RhPf Anhang I 11)

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

§§ 5–8 Landesstraßengesetz v. 15. Februar 1963 (RhPf GVBI S. 57 = BS RhPf 91–1), zul. geänd. G. v. 22. April 1970 (RhPf GVBI S. 142)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

LandesVO über Kreuzungsanlagen im Zuge von öffentlichen Straßen v. 5. Juli 1963 (RhPf GVBI S. 164 = BS RhPf 91–1–1)

Luftverkehr

—

Wasserstraßen

Gesetz, betreffend die Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Okt. 1868 (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 17. März 1870 (Preuß. GS S. 187) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 95, S. 201)

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

DVO-SchutzberG v. 15. März 1957 (RhPf GVBI S. 52 = BS RhPf 214–2); DVO-LBG v. 5. Aug. 1957 (RhPf GVBI S. 179 = BS RhPf 214–3); Reichsleistungsgesetz v. 1. Sept. 1939 (RGGI I S. 1645), geänd. d. Art. 36 2. LStrafÄndG

Landespflege- und Umweltplanung

Allgemeine Maßnahmen

LandesVO über die Übertragung von Zuständigkeiten aus dem Bereich der Gewerbeaufsichtsverwaltung auf das Landesgewerbeaufsichtsamt Rheinland-Pfalz v. 20. Dez. 1967 (RhPf GVBI S. 342 = BS RhPf 710–3), geänd. 13. Dez. 1968 (RhPf GVBI S. 262)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG – § 14 DVO-RNG; Erste DVO-LPIG

Landschaftspläne

§ 12 Abs. 5 LPIG, § 13 Abs. 3 LPIG; Erste DVO-LPIG

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

§§ 77, 81, 85, 86, 101, 102, 104, 105 LandesVO über die Laufbahnen der Beamten des Landes Rheinland-Pfalz (Laufbahnverordnung – LaufbVO) i. d. F. v. 26. Juni 1971 (RhPf GVBI S. 143 = BS RhPf 2030–5);

LandesVO über den Vorbereitungsdienst der Referendare des höheren technischen Verwaltungsdienstes v. 25. Okt. 1956 (RhPf GVBI S. 289, ber. 1968 S. 32 = BS RhPf 2030–20); LandesVO über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Forstdienstes (APO höh Forstdst) v. 11. April 1968 (RhPf GVBI S. 67 = BS RhPf 2030–40), geänd. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 304); LandesVO über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen Forstdienstes (APO geh Forstdst) v. 27. Mai 1968 (RhPf GVBI S. 117 = BS RhPf 2030–41), geänd. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 304);

Architektenkammergesetz v. 7. Mai 1953 (RhPf GVBI S. 133 = BS RhPf 70–10), zul. geänd. d. Art. 19 2. LStrafÄndG; DVO-ArchitektenkammerG v. 14. Sept. 1950 (RhPf GVBI S. 274 = BS RhPf 70–10–1);

Landesgesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz – IngG) v. 22. Dez. 1970 (RhPf GVBI 1971 S. 25 = BS RhPf 214–2)

Wasser

Wassergesetze

Landeswassergesetz (LWG) v. 1. Aug. 1960 (RhPf GVBI S. 153 = BS RhPf 237–1), geänd. d. Art. 19 1. LStrafÄndG sowie Art. 12 2. LStrafÄndG

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 25 LWG; § 32 HafenpolizeiVO v. 20. April 1964 (RhPf GVBI S. 77 = BS RhPf 95–1), geänd. 19. Juli 1967 (RhPf GVBI S. 214) und 31. Aug. 1971 (RhPf GVBI S. 221)

Reinhaltung des Grundwassers

§ 41 LWG

Erdaufschlüsse

§ 42 LWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 22 LWG; §§ 42–48 LWG; § 2 Nr. 11 Buchstabe a) Satz 2 LPIG

Gemeingebrauch

§§ 26–29 LWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 24 LWG; §§ 37–47 HafenpolizeiVO; VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLwF) v. 14. Dez. 1970 (RhPf GVBI 1971 S. 29 = BS RhPf 237–1–5)

Detergentien

—

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO i. d. F. d. Elften VerwVereinfG

Schutz des Bodens (allgemein)

§ 21 Abs. 3 LForstG

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

—

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

Landesenteignungsgesetz (LEnteignG) v. 22. April 1966 (RhPf GVBI S. 103 = BS RhPf 214–20)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

Landesgesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen – Immissionsschutzgesetz (ImSchG) – v. 28. Juli 1966 (RhPf GVBI S. 211 = BS RhPf 711–20), geänd. d. Art. 25 1. LStrafÄndG sowie Art. 20 2. LStrafÄndG; LandesVO zur Regelung der Zuständigkeiten für die Durchführung der §§ 16 und 25 GewO v. 8. Febr. 1961 (RhPf GVBI S. 32 = BS RhPf 200–5); § 1 Abs. 1 Nr. 3 BauunterlagenVO

Schutz vor Radioaktivität

—

Förderungsmaßnahmen

—

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

Bimsgesetz; §§ 2, 5 BimsVO; § 30 Landesstraßengesetz; § 2 Nr. 10 Buchstabe a) LPIG, § 21 LPIG; Erste DVO-LPIG

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, RNG; §§ 12 ff., 23 ff. NSchVO;

Bek., Vollzug der §§ 35, 38 der Gewerbeordnung betreffend (für den Regierungsbezirk Pfalz) v. 6. Okt. 1910 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 710–3)

Artenschutz (Jagdrecht)

Landesgesetz zur Ausführung des Bundesjagdgesetz v. 16. Nov. 1954 (RhPf GVBI S. 143 = BS RhPf 792–1), zul. geänd. d. Art. 30 1. LStrafÄndG; LandesVO zur Durchführung des Landesausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz v. 15. März 1956 (RhPf GVBI S. 15 = BS RhPf 792–1–1), zul. geänd. 16. April 1969 (RhPf GVBI S. 108); LandesVO über die Änderung der Jagdzeiten und über die Erklärung zum jagdbaren Tier v. 12. Febr. 1968 (RhPf GVBI S. 25 = BS RhPf 792–1–2); Wildverkehrsordnung (WVO) v. 17. Jan. 1951 (RhPf GVBI S. 12 = BS RhPf 792–2); LandesVO zur Durchführung des Landesgesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes v. 30. März 1953 (RhPf GVBI S. 24 = BS RhPf 792–3), geänd. 14. Juli 1953 (RhPf GVBI S. 78);

Waffengesetz v. 18. März 1938 (RGBl I S. 265), geänd. d. G. v. 23. Mai 1969 (RhPf GVBI S. 118 = RhPf 715–13)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 11. Mai 1916 (Preuß. GS S. 55) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 793–1, S. 200); Gesetz über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat und das Aufgebot von Fischereiberechtigungen v. 2. Sept. 1911 (Preuß. GS S. 189) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 793–2, S. 200);

Gesetz, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 27. April 1881 (Hess. RegBl S. 43) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 793–1, S. 157); Bekanntmachung, die Ausführung des Fischereigesetzes betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 8. Juni 1911 (Hess. RegBl S. 164) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 793–2, S. 157);

Fischereigesetz v. 15. Aug. 1908 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 793–1);

Landesgesetz über den Fischereischein v. 6. Juli 1961 (RhPf GVBI S. 155 = BS RhPf 793–1), geänd. d. Art. 31 1. LStrafÄndG sowie Art. 25 2. LStrafÄndG; LandesVO über die Fischereiabgabe v. 6. Juli 1961 (RhPf GVBI S. 158 = BS RhPf 793–1–1); LandespolizeiVO zu den Fischereigesetzen (Fischereiordnung) v. 3. Jan. 1958 (RhPf GVBI S. 21 = BS RhPf 932–2); LandesVO über die Ausübung der Fischerei mit elektrischem Strom (Elektrofischerei) v. 11. Okt. 1949 (RhPf GVBI S. 587 = BS RhPf 793–2)

Schutz gegen Pestizide

–

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

§ 16 Landesforstgesetz i. d. F. v. 19. März 1971 (RhPf GVBI S. 115 = BS RhPf 790–1); § 8 Zweite DVO-LForstG v. 10. Jan. 1952 (RhPf GVBI S. 37 = BS RhPf 790–1–2); § 28 Landesstraßengesetz; Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 791–1, S. 197), geänd. d. Art. 32 2. LStrafÄndG

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

LForstG; Erste DVO-LForstG v. 20. Juli 1971 (RhPf GVBI S. 192 = BS RhPf 790–1–1); Zweite DVO-LForstG;

Gesetz über die Regulierung und Ablösung der Forstberechtigungen im Fürstentum Birkenfeld (für den ehemaligen oldenburgischen Landesteil Birkenfeld) v. 5. Febr. 1873 (Old. GBl Bd. 7

S. 81) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 790–1, S. 175); Gesetz, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften v. 6. Juli 1875 (Preuß. GS S. 416) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 790–2, S. 186); Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 14. März 1881 (Preuß. GS S. 261) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 790–3, S. 187); Haubergordnung für den Oberwesterwaldkreis v. 4. Juni 1887 (Preuß. GS S. 289) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 790–4, S. 188), geänd. d. Art. 30 2. LStrafÄndG; Haubergordnung für den Landkreis Altenkirchen v. 9. April 1890 (Preuß. GS S. 55) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 790–5, S. 192), geänd. d. Art. 31 2. LStrafÄndG;

Gesetz, die Waldstreu betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 2. Juli 1839 (Hess. RegBl S. 229) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 790–1, S. 151); Verordnung in bezug auf Forststrafen und einige Gegenstände der Forstverwaltung v. 1. Okt. 1848 (Hess. RegBl S. 341) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 790–2, S. 152); Verordnung, die Waldstreunutzung in den Domanal- und Kommunalwäldern betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 3. Okt. 1848 (Hess. RegBl S. 346) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 790–3, S. 153); Verordnung, die Leseholznutzung in den Großherzoglichen Domanal- und in den Kommunalwäldern betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 31. Juli 1854 (Hess. RegBl S. 260) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 790–4, S. 154);

DVO zum Gesetz über die Förderung der Nutzholzgewinnung (für den Regierungsbezirk Pfalz) v. 4. Febr. 1938 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 790);

§ 25 Abs. 5 Landesgesetz zur Ausführung des Bundesjagdgesetzes; Feld- und Forststrafgesetz (FFStG) i. d. F. v. 15. Dez. 1969 (RhPf GVBI 1970 S. 31 = BS RhPf 452–1), geänd. d. Art. 18 2. LStrafÄndG; LandesVO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft v. 25. Nov. 1969 (RhPf GVBI S. 205 = BS RhPf 311–1)

Aufforstung

§§ 12, 14 LForstG; § 9 Zweite DVO-LForstG; § 29 Landesstraßengesetz

Einschränkungen des Schutzes

§ 3 AG-FlurbG; § 18 Abs. 2 Landesgesetz über Eisenbahnen, Bergbahnen und Seilschwebebahnen; § 27 Abs. 2 Landesstraßengesetz; § 82 Abs. 1 LWG; §§ 44 ff. Nachbarrechtsgesetz v. 15. Juni 1970 (RhPf GVBI S. 198 = BS RhPf 403–1)

Förderungsmaßnahmen

§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3, 7 Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG) v. 1. Juni 1970 (RhPf GVBI S. 166 = BS RhPf 611–20)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 40 Abs. 3 Verfassung für Rheinland-Pfalz

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz (RNG) v. 26. Juni 1935 (RGBl I S. 821), zul. geänd. d. Art. 34 2. LStrafÄndG; DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 (RGBl I S. 1275), zul. geänd. d. Art. 34 1. LStrafÄndG; NSchVO v. 18. März 1936 (RGBl I S. 181), zul. geänd. d. Art. 34 1. LStrafÄndG sowie d. Eiltes VerwVereinfG; VogelberingungsvVO v. 17. März 1937 (RGBl I S. 331), zul. geänd. d. Art. 34 1. LStrafÄndG;

Landesgesetz zum Staatsvertrag vom 17. April 1964 zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum Luxemburg über die Errichtung eines gemeinsamen Naturparks v. 4. Febr. 1965 (RhPf GVBI S. 15 = BS RhPf Anhang I 23) mit Bek. Inkrafttreten v. 15. Okt. 1965 (RhPf GVBI S. 225);

Abkommen zwischen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz und der Regie-

zung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit zur Errichtung und Ausgestaltung eines Naturparks in den Gebieten Nordeifel/Schneifel/Hohes Venn v. 3. Febr. 1971;

§ 4 Erste LandesVO zur Übertragung von Verwaltungsaufgaben des Ministers für Unterricht und Kultus auf die Bezirksregierungen v. 24. Okt. 1968 (RhPf GVBI S. 245 = BS RhPf 14-1-10);

Landesgesetz über die Beschränkung des Erlasses von Rechtsverordnungen auf Grund ehem. Reichsrechts v. 21. Juni 1948 (RhPf GVBI S. 334 = BS RhPf 1103-2);

Landesgebührengesetz v. 30. März 1967 (RhPf GVBI S. 101 = BS RhPf 2013-1), zul. geänd. 28. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 304); LandesVO über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Unterricht und Kultus (Besonderes Gebührenverzeichnis) v. 9. Aug. 1967 (RhPf GVBI S. 225 = BS RhPf 2013-1-24), geänd. 22. Sept. 1970 (RhPf GVBI S. 386) — Anlage zu § 1, Erster Teil, Verwaltungsgebühren Nr. 19; Anlage Teil 1 Buchstabe B Nr. 13, Teil 2 II Nr. 4 —;

§ 2 Nr. 12 LPIG, § 21 LPIG; Erste DVO-LPIG;

§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2, 7 GrEStG; § 2 Abs. 5 Stiftungsgesetz (StiftG) v. 22. April 1966 (RhPf GVBI S. 95 = BS RhPf 401-1);

§ 8 Abs. 1 Buchstabe d) LForstG; § 3 Abs. 2 Buchstabe c) LwKG

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

§ 5 Abs. 3, § 97 Abs. 2 Buchstabe a) Nr. 1 LBO; § 23 FFStG

Kleingärten

Landesgesetz über Kündigungsschutz für Kleingärten und andere kleingartenrechtliche Vorschriften v. 23. Nov. 1948 (RhPf GVBI S. 440 = BS RhPf 235-1); § 97 Abs. Buchstabe b) Nr. 2 LBO

Friedhöfe

Gesetz, das Beerdigungswesen betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 22. Juli 1905 (Hess. RegBl S. 221) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 2127-1, S. 23); Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes über das Beerdigungswesen vom 22. Juli 1905 betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) v. 1. März 1906 (Hess. RegBl S. 52) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 2127-2, S. 23)

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§§ 56, 73 Abs. 1 Buchstabe l) und m), 74 Abs. 1 Buchstabe o) und p), 85 Abs. 4 Buchstabe b), 97 Abs. 1 Nr. 1, 97 Abs. 2 Buchstabe a) Nr. 3 LBO

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§§ 5 Abs. 2, 97 Abs. 1 Nr. 1 LBO;

Art. 1 ff. Gesetz, den Denkmalschutz betreffend (für den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen) — HDSchG — v. 16. Juli 1902 (Hess. RegBl S. 275) i. d. F. d. RechtsberG Rheinhessen (RhPf GVBI 1970, Sondernummer Rheinhessen 224, S. 30), geänd. d. Art. 33 2. LStrafÄndG

Schutz von Baudenkmalern

HDSchG;

§ 5 Abs. 2, § 73 Abs. 1 Buchstabe b), § 74 Abs. 1 Buchstabe a), § 97 Abs. 2 Buchstabe a) Nr. 3 LBO;

Landesgesetz zum Verträge des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. März 1962 mit den Evangelischen Landeskirchen in Rheinland-Pfalz v. 3. Nov. 1962 (RhPf GVBI S. 173 = BS RhPf Anhang I 20), Art. 25 des Kirchenvertrages;

§ 2 Nr. 13 Satz 2 LPIG; § 75 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindeordnung;

Das Oldenburgische Denkmalschutzgesetz v. 18. März 1911 ist im Landkreis Birkenfeld mit Wirkung vom 1. April 1938 nach Maßgabe der RechtseinführungsVO zum Groß-Hamburg-Gesetz v. 18. März 1938 (Preuß. GS S. 40) außer Kraft getreten.

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 5 Abs. 1 Nr. 2, § 7 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

Art. 25 HDSchG;

§§ 1 ff. Ausgrabungsgesetz (für die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur) v. 26. März 1914 (Preuß. GS S. 41) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 224, S. 17), geänd. d. Art. 27 2. LStrafÄndG; AusgrabungsVO (Pfalz) v. 6. Sept. 1908 i. d. F. d. RechtsberG Pfalz (RhPf GVBI 1966, Sondernummer Pfalz 224)

Bodenfunde

Art. 26 HDSchG; §§ 5 ff. Ausgrabungsgesetz; AusgrabungsVO (Pfalz)

Zelten, Camping, Wohnwagen

—

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

§ 10 LForstG; §§ 21, 22 FFStG;

Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213) i. d. F. d. RechtsberG Koblenz-Trier-Montabaur (RhPf GVBI 1968, Sondernummer Koblenz, Trier und Montabaur 791-1, S. 197), geänd. d. Art. 32 2. LStrafÄndG; Landesverordnung über die Schließung der Weinberge und die Lese der Trauben (Herbstordnung — HerbstO) v. 15. Sept. 1971 (RhPf GVBI S. 226)

Schutz gegen Lärm

ImschG; Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz — LFtG) v. 15. Juli 1970 (RhPf GVBI S. 225 = BS RhPf 113-10); § 24 Nr. 2 Landesgesetz zur Ausführung des BJagdG

SAARLAND

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

Art. 50 Abs. 1 Verfassung des Saarlandes v. 15. Dez. 1947 (ABI Saar S. 1077), zul. geänd. 5. Nov. 1969 (ABI Saar S. 765 = BS Saar 100-1)

Gesetzgebung

Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG) v. 27. Mai 1964 (ABI Saar S. 525 = BS Saar 230-1); Raumordnungsprogramm des Saarlandes, II. Besonderer Teil v. 28. April 1970 (ABI Saar S. 496)

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Art. 107 ff. Verfassung des Saarlandes; Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) v. 3. Nov. 1971 (ABI Saar S. 733);

Finanzausgleichsgesetz — FAG — v. 28. Juni 1960 i. d. F. v. 28. Juli 1964 (ABI Saar S. 737), zul. geänd. 27. Mai 1970 (ABI Saar S. 574 = BS Saar (6022-1); Kommunalfinanzausgleichsgesetz — KFAAG — v. 27. Mai 1970 (ABI Saar S. 574 = BS Saar 6022 - 1 a); VO über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage v. 12. Dez. 1969 (ABI Saar S. 833 = BS Saar 61 100-1)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 122 ff. Verfassung des Saarlandes;

Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden, Ämter und Landkreise (Kommunalselbstverwaltungsgesetz — KSVG) i. d. F. v. 10. Sept. 1968 (ABI Saar S. 689), zul. geänd. d. Art. 4 d. G. zur Änderung und Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften sowie zur Anpassung des Rechts des Saarlandes an das

Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267) sowie des G. Nr. 905 v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 307 = BS Saar 2020-1);

Gesetz zur Vorbereitung der kommunalen Gebiets- und der Verwaltungsreform im Saarland (GVRG) v. 17. Dez. 1970 (ABI Saar S. 949)

Zweckverbände

Preuß. Zweckverbandsgesetz v. 19. Juli 1911 (Preuß. GS S. 115); Zweckverbandsgesetz v. 7. Juni 1939 (RGBl I S. 979)

Sonderverbände

Kommunalselbstverwaltungsgesetz, Teil B – Amtsordnung –

Siedlungsplanung

Bauleitplanung, Gesetzgebung

Erste DVO-BBauG über die Bildung von Umlegungsausschüssen und eines Oberen Umlegungsausschusses sowie über das Verfahren in Umlegungs- und Grenzregelungsangelegenheiten v. 18. Febr. 1961 (ABI Saar S. 149 = BS Saar 2130-2); Zweite DVO-BBauG über die Ausarbeitung von Bauleitplänen v. 9. Mai 1961 (ABI Saar S. 293 = BS Saar 2130-2); Dritte DVO-BBauG über die Bildung von Gutachterausschüssen und die Anlage von Kaufpreissammlungen v. 18. Juli 1961 (ABI Saar S. 458 = BS Saar 2130-4); Vierte DVO-BBauG (Richtwertverordnung) v. 31. Aug. 1964 (ABI Saar S. 979 = BS Saar 2130-5);

VO zur Durchführung des GrdstVG und des RSG v. 3. Juli 1969 (ABI Saar S. 408 = BS Saar 7810-2)

Bauaufsicht

Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung – LBO) v. 12. Mai 1965 (ABI Saar S. 529), zul. geänd. d. Art. 12 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 2130-1); Bauvorlagenverordnung – BauVorlVO – v. 5. Nov. 1965 (ABI Saar S. 945 = BS Saar 2130-1-1); Bautechnische Prüfungsverordnung – BauPrüfVO – v. 3. Dez. 1965 (ABI Saar S. 1049), geänd. 28. Dez. 1966 (ABI Saar 1967 S. 93 = BS Saar 2130-1-2); Garagenverordnung – GarVO – v. 23. Dez. 1965 (ABI Saar S. 1093 = BS Saar 2130-1-3); Vierte VO zur LBO v. 14. Jan. 1966 (ABI Saar S. 61 = BS Saar 2130-1-4); Technische Durchführungsverordnung – TVO – v. 25. Febr. 1966 (ABI Saar S. 181 = BS Saar 2130-1-5); Sechste VO zur LBO v. 24. März 1966 (ABI Saar S. 262 = BS Saar 2130-1-6); Prüfzeichenverordnung – PrüfzVO – i. d. F. v. 5. Aug. 1968 (ABI Saar S. 570 = BS Saar 2130-1-7), geänd. d. VO v. 28. Sept. 1970 (ABI Saar S. 842); VO über die Beleuchtung und die elektrischen Anlagen in Versammlungsstätten – VST-EIVO – v. 25. Mai 1966 (ABI Saar S. 446), geänd. 6. Okt. 1969 (ABI Saar S. 673 = BS Saar 2130-1-8); Güteüberwachungsverordnung – GÜVO – v. 8. Nov. 1966 (ABI Saar S. 805 = BS Saar 2130-1-9); Waren- und Geschäftshausverordnung – WaGeVO – v. 6. Mai 1968 (ABI Saar S. 291 = BS Saar 2130-1-10); Versammlungsstättenverordnung – VStättVO – v. 6. Okt. 1969 (ABI Saar S. 673 = BS Saar 2130-1-11); VO über die Vergütung von Leistungen von Prüfingenieuren für Baustatik im Auftrag der Bauaufsichtsbehörden – PrüfVergVO – v. 18. Nov. 1969 (ABI Saar S. 781 = BS Saar 2130-1-12)

Wohnungsbau

–

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, Allgemeine Strukturmaßnahmen

Art. 55 Verfassung des Saarlandes;

Gesetz über die Grunderwerbsteuerbefreiung beim Erwerb von Grundstücken zur Aufstockung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe v. 29. Sept. 1960 (ABI Saar S. 812), geänd. 25. Febr. 1970 (ABI Saar S. 154 = BS Saar 61 119-3); DVO zum Gesetz über die Grunderwerbsteuerbefreiung beim Erwerb von Grundstücken zur Aufstockung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (SGREALDV) v. 21. Nov. 1961 (ABI Saar S. 655 = BS Saar 61 119-3-1); § 3 Gesetz über die Landwirtschaftskammer für das Saarland v. 9. Juli 1965 (ABI Saar S. 1042), zul. geänd. d. Art. 40 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 780-2); Gesetz betr. die Waldgehöferschaften und gleichartigen Waldgemeinschaften in ungeteilter Gemeinschaft zur gesamten Hand (Gehöferschaftsgesetz) v. 20. Nov. 1956 (ABI Saar S. 1537 = BS Saar 790-7);

VO über den erleichterten Austausch land- oder forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke v. 10. Sept. 1963 (ABI Saar S. 643 = BS Saar 360-1-2) mit DVO v. 12. Sept. 1953 (ABI Saar S. 643 = BS Saar 360-1-3)

Flurbereinigung

Saarl. AG-FlurbG v. 17. Juli 1959 (ABI Saar S. 1235), geänd. 10. Okt. 1961 (ABI Saar S. 603 = BS Saar 7815-1); Gesetz Nr. 731 über die Zustimmung zu dem am 17. Sept. 1960 in Saarbrücken und am 29. Sept. 1960 in Mainz unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Flurbereinigungsgerichts v. 21. Nov. 1960 (ABI Saar S. 956)

Grundstücksverkehr

AG-GrdstVG v. 11. Juli 1962 (ABI Saar S. 504 = BS Saar 7810-1)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Änderung Grunderwerbsteuerrechtlicher Vorschriften v. 4. Juni 1969 (ABI Saar S. 330 = BS Saar 61 119-5)

Energiewirtschaft

–

Lagerstättenabbau

Allgemeines Berggesetz (ABG) vom 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705) i. d. F. d. G. v. 5. Juli 1967 (ABI Saar S. 637), geänd. d. Art. 38 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); VO über die Einführung von Vorschriften auf dem Gebiet des Bergwesens im Saarland v. 23. Febr. 1935 (RGBl I S. 234); Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (Preuß. GS S. 493), zul. geänd. d. Art. 39 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); Gesetz über die Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Eisen- und Manganerzen v. 10. Juli 1953 (ABI Saar S. 533) i. d. F. v. 11. Dez. 1956 (ABI Saar S. 1657 = BS Saar 750-1)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§§ 22, 65 Saarländisches Wassergesetz (SWG) i. d. F. v. 23. Juli 1970 (ABI Saar S. 674 = BS Saar 753-1)

Fremdenverkehr

Gesetz über die staatliche Anerkennung von Kurorten im Saarland v. 19. Juni 1968 (ABI Saar S. 474 = BS Saar 2020-2)

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

Gesetz über Eisenbahnen, Bergbahnen und Seilschwebbahnen v. 26. April 1967 (ABI Saar S. 402), zul. geänd. d. Art. 52 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 932-1); VO über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen (BOA) v. 27. Dez. 1965 (ABI Saar 1966 S. 33 = BS Saar 933-2)

Straßenbahnen u. ä.

–

Autobahnen und Straßen

§§ 38 ff. Saarländisches Straßengesetz v. 17. Dez. 1964 (ABI Saar 1965 S. 117), zul. geänd. d. Art. 51 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 90-1)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

ZuständigkeitsVO-EisenbahnkreuzungsG v. 20. Mai 1969 (ABI Saar S. 310 = BS Saar 911-2)

Luftverkehr

VO über die Bestimmung der Planfeststellungsbehörde nach § 10 LuftVG v. 6. Okt. 1961 (ABI Saar S. 575 = BS Saar 960-1)

Wasserstraßen

Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Binnenschifffahrt v. 3. März 1950 (ABI Saar 1951 S. 33 = BS Saar Anhang 1)

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

ZuständigkeitsVO-LBG v. 4. Nov. 1959 (ABI Saar S. 1465 = BS Saar 54-1); ZuständigkeitsVO-SchutzberG v. 23. April 1963 (ABI Saar S. 223 = BS Saar 54-2)

Landespflege- und Umweltplanung

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG — § 14 DVO-RNG;
§ 87 Abs. 1 Satz 2 LBO

Landschaftspläne

—

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

Saarl. LaufbahnVO v. 11. Dez. 1962 (ABI Saar S. 823), zul. geänd. 10. Juni 1968 (ABI Saar S. 362 = BS Saar 2030-5); Dritte besondere Saarl. LaufbahnVO v. 18. März 1964 (ABI Saar S. 221 = BS Saar 2030-8); Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren technischen Verwaltungsdienst v. 3. Okt. 1967 (ABI Saar S. 864 = BS Saar 2030-18); § 11 VO über die Ausbildung und Prüfung für den höheren geologischen Staatsdienst v. 25. Juli 1967 (ABI Saar S. 651 = BS Saar 2030-44); Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienstes v. 22. Juli 1971 (ABI Saar S. 537); Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung Ingenieur (Ingenieurgesetz — IngG) v. 27. Mai 1970 (ABI Saar S. 581 = BS Saar 714-2)

Wasser

Wassergesetze

Saarländisches Wassergesetz (SWG) i. d. F. v. 23. Juli 1970 (ABI Saar S. 674 = BS Saar 753-1)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 23 SWG

Reinhaltung des Grundwassers

§ 37 SWG

Erdaufschlüsse

§ 38 SWG

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 20 SWG; §§ 39-43 SWG

Gemeingebrauch

§§ 24 ff. SWG

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 21 SWG; VO über die Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten-Lagerverordnung (VLwF) — v. 18. Juli 1968 (ABI Saar S. 567 = BS Saar 753-1-1); ZuständigkeitsVO-Aitölgesetz v. 14. April 1970 (ABI Saar S. 430 = BS Saar 755-1)

Detergentien

—

Boden

Erhaltung von Feldgehölsen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO i. d. F. der VO v. 27. Jan. 1955 (ABI Saar S. 154)

Schutz des Bodens (allgemein)

—

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

PoIVO über den Verkehr mit giftigen Pflanzenschutzmitteln v. 22. Aug. 1960 (ABI Saar S. 659), zul. geänd. 20. Nov. 1967 (ABI Saar S. 1007 = BS Saar 2121-11)

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

Preuß. Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum v. 11. Juni 1874 (Preuß. GS S. 221); Preuß. Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 26. Juni 1922 (Preuß. GS S. 211); Bayer. Gesetz die Zwangsabtretung von Grundeigentum für öffentl. Zwecke betreffend, v. 17. Nov. 1837 (GBI S. 109), zul. geänd. 9. Dez. 1943 (BayGVBl 1944 S. 1); Bayer. Gesetz über die Enteignung aus Gründen des Gemeinwohls (GEG) v. 1. Aug. 1933 (BayGVBl S. 217), geänd. d. G. v. 9. Dez. 1943 (BayGVBl 1944 S. 1)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

ZuständigkeitsVO zu §§ 16, 25 GewO v. 26. Okt. 1960 i. d. F. v. 30. Aug. 1963 (ABI Saar S. 524 = BS Saar 7101-1), zul. geänd. d. VO v. 28. Sept. 1971 (ABI Saar S. 665); § 1 Kehrordnung und Kehrgebührenordnung für das Saarland v. 5. Juli 1968 (ABI Saar S. 434) i. d. F. v. 10. Dez. 1969 (ABI Saar S. 840 = BS Saar 7125-1)

Schutz vor Radioaktivität

—

Förderungsmaßnahmen

—

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

§ 196 Abs. 2 ABG

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG; §§ 12 ff., 23 ff. NSchVO i. d. F. der ÄnderungsVO v. 21. April 1960 (ABI Saar S. 315)

Artenschutz (Jagdrecht)

Saarländisches Jagdgesetz v. 10. Dez. 1969 — SJG — (ABI Saar S. 861 = BS Saar 792-1); Erste VO über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Landesjagdbeirates und der Kreisjagdbeiräte v. 1. Okt. 1963 (ABI Saar S. 613 = BS Saar 792-1-1); Erste VO über die Gebühren für die Erteilung von Jagdscheinen und die Ablegung der Jäger- und Jagdaufseherprüfung (Jagd-GebVO) v. 31. März 1964 (ABI Saar S. 265), zul. geänd. 6. Dez. 1967 (ABI Saar S. 1023 = BS Saar 792-1-2); Erste VO zur Durchführung des Saarl. Jagdgesetzes v. 28. April 1964 i. d. F. v. 29. Dez. 1969 (ABI Saar S. 870 = BS Saar 792-1-3); Erste VO zum SJG (Jägerprüfungsordnung) v. 29. Dez. 1969 (ABI Saar S. 870 = BS Saar 792-1-4); Zweite VO zum SJG (Wildseuchenbekämpfungsverordnung) v. 13. Jan. 1970 (ABI Saar S. 50 = BS Saar 792-1-5); Dritte VO zum SJG (Brauchbarkeitsprüfungsordnung) v. 21. Sept. 1970 (ABI Saar S. 826); Vierte VO zum SJG (Jagdzeitverordnung) v. 15. März 1971 (ABI Saar S. 146); Fünfte VO zum SJG (Trophäenschauverordnung) v. 15. März 1971 (ABI Saar S. 146);

AO über die Begasung der Fuchs- und Dachsbau zur Bekämpfung der Tollwut v. 28. Febr. 1969 (ABI Saar S. 183 = BS Saar 7831-1); AO über die Begasung der Fuchs- und Dachsbau zur Bekämpfung der Tollwut v. 16. Febr. 1970 (ABI Saar S. 129 = BS Saar 7831-7 a);

Gesetz über Waffen und Munition v. 25. April 1955 i. d. F. v. 1. Aug. 1959 (ABI Saar S. 1206 = BS Saar 2012-2), geänd. d. Art. 36 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 276)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (Preuß. GS S. 55), zul. geänd. d. Art. 46 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); Fischereigesetz für Bayern v. 15. Aug. 1908 (BayGVBl S. 527), zul. geänd. d.

Art. 47 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); Gesetz über den saarländischen Fischereischein v. 23. Juni 1948 (ABI Saar S. 796), geänd. d. Art. 48 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 793–1); VO zur Durchf. und Erg. des G. v. 23. Juni 1948 über den saarl. Fischereischein v. 23. Juni 1948 (ABI Saar S. 799 = BS Saar 793–1–1); PoIVO zu den Fischereigesetzen (Fischereiordnung) v. 17. Dez. 1962 (ABI Saar S. 851), geänd. d. Art. 46 und 47 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 793–5); PoIVO betr. die Fischerei in dem zwischen dem Saarland und Luxemburg gelegenen Grenzgewässer der Mosel v. 27. Juni 1968 (ABI Saar S. 402 = BS Saar 793–6)

Schutz gegen Pestizide

–

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Gesetz betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften v. 6. Juli 1875 (Preuß. GS S. 416), geänd. d. Art. 44 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); § 32 Saarl. Straßengesetz

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Feld- und Forstpolizeigesetz i. d. F. v. 21. Jan. 1926 (Preuß. GS S. 83), zul. geänd. d. Art. 31 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); Gesetz betreffend den Forstdiebstahl v. 15. April 1878 (Preuß. GS S. 222) i. d. F. v. 3. Sept. 1936 (RGI I S. 715), geänd. d. Art. 30 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); WaldschutzVO v. 12. Juli 1934 (Preuß. GS S. 333); § 80 Kommunalselbstverwaltungsgesetz, Teil A – Gemeindeordnung –; Zweite VO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft v. 1. Dez. 1969 (ABI Saar S. 798 = BS Saar 300–5)

Aufforstung

§ 33 Saarl. Straßengesetz;

Gesetz über die Aufforstung landwirtschaftlicher Grundstücke v. 22. Nov. 1957 (ABI Saar S. 1149), geänd. d. Art. 43 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 790–2); VO zur Durchführung des Gesetzes über die Aufforstung landwirtschaftlicher Grundstücke v. 5. Juni 1958 (ABI Saar S. 515 = BS Saar 790–2–1)

Einschränkungen des Schutzes

§ 31 Abs. 2 Saarl. Straßengesetz; § 73 Abs. 1 SWG; §§ 11–21 LBO; VO zur Bekämpfung der Misteln auf Bäumen und anderen Gehölzen v. 25. Juli 1951 (ABI Saar S. 1022), geänd. d. G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 7823–2); VO zur Bekämpfung schädlicher Pflanzen v. 16. Juli 1969 (ABI Saar S. 484 = BS Saar 7823–6)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 Grunderwerbsteuergesetz i. d. F. v. 3. März 1970 (ABI Saar S. 158 = BS Saar 61 119–1)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

Art. 34 Abs. 2 Verfassung des Saarlandes

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz v. 26. Juni 1935 (RGI I S. 821), zul. geänd. d. Art. 45 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 (RGI I S. 1275), zul. geänd. d. G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); Naturschutzverordnung (NSchVO) v. 18. März 1936 (RGI I S. 181), geänd. d. VO v. 27. Jan. 1955 (ABI Saar S. 154), v. 21. April 1960 (ABI Saar S. 315) und G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267);

Vogelberingungsverordnung v. 17. März 1937 (RGI I S. 331), geänd. d. G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267);

Landesorganisationsgesetz v. 2. Juli 1969 (ABI Saar S. 445 = BS Saar 200–2); Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder von Kommissionen und Ausschüssen v. 5. Dez. 1962 (ABI Saar S. 25), zul. geänd. 16. Jan. 1968 (ABI Saar S. 94 = BS Saar 204–1) mit Anlage zu § 1 Nr. 25;

Gesetz über amtliche Veröffentlichungen v. 15. Juli 1948 (ABI Saar S. 1007 = BS Saar 114–2);

Saarländisches Gebührengesetz v. 24. Juni 1964 (ABI Saar S. 629 = BS Saar 2013–1); VO über den Erlaß eines Allg. Gebüh-

renverzeichnisses v. 14. Juli 1964 (ABI Saar S. 633), zul. geänd. 22. Dez. 1969 (ABI Saar 1970 S. 83 = BS Saar 2013–1–1) mit Allg. Gebührenverzeichnis (GebVerz) i. d. F. der Bek. v. 13. Febr. 1970 (ABI Saar S. 185) – vgl. dort Nr. 301 –;

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG 1970) i. d. F. v. 3. März 1970 (ABI Saar S. 158 = BS Saar 61 119–1)

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

§§ 14, 24, 27 Polizeiverwaltungsgesetz (PVG) v. 1. Juni 1931 (Preuß. GS S. 77), zul. geänd. d. Art. 3 G. v. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267); § 16 Saarl. Straßengesetz; §§ 16, 17 PoIVO über den Verkehr mit Lebensmitteln v. 14. Okt. 1949 (ABI Saar S. 970), zul. geänd. 11. März 1970 (ABI Saar S. 267 = BS Saar 2125–2); PoIVO über die Aufbewahrung und Beseitigung von Fleischbeschaukonfiskaten v. 28. Juli 1960 (ABI Saar S. 567 = BS Saar 7832–1)

Kleingärten

–

Friedhöfe

–

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§ 15 LBO, § 113 Abs. 1 Nr. 1 LBO; § 29 Saarl. Straßengesetz

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§ 14 LBO, § 113 Abs. 1 Nr. 2 LBO

Schutz von Baudenkmalern

§ 87 Abs. 1 LBO;

§ 78 Abs. 2 Nr. 3 Kommunalselbstverwaltungsgesetz, Teil A – Gemeindeordnung –; VO über die Freistellung von der Genehmigungspflicht bei der Veräußerung von Vermögen der Gemeinden, Ämter und Landkreise v. 24. März 1964 (ABI Saar S. 247 = BS Saar 2020–1–2)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 8 GrEStG 1970

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§§ 1 ff. Ausgrabungsgesetz v. 26. März 1914 (Preuß. GS S. 41); AusgrabungsVO v. 6. Sept. 1908 (BayGVBl S. 762)

Bodenfunde

§§ 5 ff. Ausgrabungsgesetz; AusgrabungsVO

Zelten, Camping, Wohnwagen

PoIVO über das Zelten im Landkreis Merzig-Wadern v. 22. Mai 1967 (ABI Saar S. 466); PoIVO über das Zelten im Landkreis Ottweiler v. 12. Okt. 1967 (ABI Saar S. 835); PoIVO über das Aufstellen von Wohnwagen und Zelten im Landkreis Saarbrücken v. 26. Jan. 1968 (ABI Saar S. 102); PoIVO über das Aufstellen von Wohnwagen und Zelten im Landkreis Saarlouis v. 23. April 1968 (ABI Saar S. 250); PoIVO über das Aufstellen von Wohnwagen und Zelten im Landkreis St. Wendel v. 1. Juni 1968 (ABI Saar S. 348)

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213), zul. geänd. 10. Juli 1942 (Preuß. GS S. 27);

PoIVO betr. Verbot des Badens in der Saar v. 8. Juli 1965 (ABI Saar S. 570 = BS 2012–14)

Schutz gegen Lärm

Gesetz über die Sonn- und Feiertage v. 21. Nov. 1960 (ABI Saar S. 935 = BS Saar 1131–1); VO über den Schutz der Sonn- und Feiertage v. 21. Nov. 1960 (ABI Saar S. 941 = BS Saar 1131–1–1); ZuständigkeitsVO-BaulärmG v. 28. April 1970 (ABI Saar S. 517 = BS Saar 2128–1);

PoIVO betr. Regelung des Schießsports v. 13. Okt. 1951 (ABI Saar S. 1356 = BS Saar 2012–12)

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Raumordnung und Landesplanung

Verfassungsgrundsätze

—

Gesetzgebung

Gesetz über die Landesplanung (Landesplanungsgesetz) v. 13. April 1971 (SchIH GVBl S. 152); Gesetz über Grundsätze zur Entwicklung des Landes (Landesentwicklungsgrundsätze) v. 13. April 1971 (SchIH GVBl S. 157);

§§ 138 ff. Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz — LVwG —) v. 18. April 1967 (SchIH GVBl S. 131), geänd. d. Art. 1 VerwaltungsvereinfachungsG v. 25. Febr. 1971 (SchIH GVBl S. 66) — Planfeststellungsverfahren —

Finanzausgleich und Haushalt

Gesetzgebung

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz — FAG —) v. 25. März 1970 (SchIH GVBl S. 50); GewerbesteuerausgleichsG v. 25. März 1960 (SchIH GVBl S. 83); GewStAusgIVO v. 29. Okt. 1968 (SchIH GVBl S. 318); LandesVO über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage v. 23. Dez. 1969 (SchIH GVBl S. 295);

Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein (KAG) v. 10. März 1970 (SchIH GVBl S. 44)

Gebietsstrukturplanung

Bestandsgarantien, Selbstverwaltungsgrundsätze, Grenzänderungen

Art. 39 Landessatzung für Schleswig-Holstein i. d. F. v. 15. März 1962 (SchIH GVBl S. 123), geänd. 12. Dez. 1969 (SchIH GVBl S. 279); § 14 Gemeindeordnung v. 24. Jan. 1950 (SchIH GVBl S. 25), zul. geänd. d. § 21 Landesplanungsgesetz; § 14 Kreisordnung v. 27. Febr. 1950 (SchIH GVBl S. 49), zul. geänd. § 21 Landesplanungsgesetz; DVO-GO v. 12. Sept. 1959 (SchIH GVBl S. 177), geänd. 27. Nov. 1969 (SchIH GVBl S. 245); DVO-KrO v. 12. Sept. 1959 (SchIH GVBl S. 189), geänd. 20. Nov. 1969 (SchIH GVBl S. 243);

Erstes Gesetz zur Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen v. 22. April 1969 (SchIH GVBl S. 60); Zweites Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen sowie Gerichtsbezirken v. 23. Dez. 1969 (SchIH GVBl S. 280); LandesVO über Ortsbeiräte v. 6. Febr. 1970 (SchIH GVBl S. 39)

Zweckverbände

Zweckverbandsgesetz v. 19. Juli 1911 (Preuß. GS S. 115 = GS SchIH 2020 a); Zweckverbandsgesetz v. 7. Juni 1939 (RGBl I S. 979 = GS SchIH 2020 a), geänd. d. Art. 3 VerwaltungsvereinfachungsG

Sonderverbände

Amtsordnung i. d. F. v. 24. Mai 1966 (SchIH GVBl S. 95)

Siedlungsplanung

Baufleitplanung, Gesetzgebung

Erste DVO-BBauG v. 9. Dez. 1960 (SchIH GVBl S. 198); Dritte DVO-BBauG v. 30. März 1961 (SchIH GVBl S. 45); Vierte DVO-BBauG v. 30. März 1961 (SchIH GVBl S. 45); Sechste DVO-BBauG v. 14. Juni 1961 (SchIH GVBl S. 108); RichtwertVO v. 23. Okt. 1964 (SchIH GVBl S. 219)

Bauaufsicht

Landesbauordnung (LBO) v. 9. Febr. 1967 (SchIH GVBl S. 51), zul. geänd. d. Art. 12 VerwaltungsvereinfachungsG;

Allgemeine LandesVO zur Durchführung der LBO (1. VO-LBO) v. 25. April 1968 (SchIH GVBl S. 105); LandesVO über die bautechnische Prüfung von Bauvorhaben (2. VO-LBO) v. 6. Mai 1968 (SchIH GVBl S. 120); LandesVO über prüfzeichenpflichtige Bau-

stoffe, Bauteile und Einrichtungen (3. VO-LBO) v. 6. Mai 1968 (SchIH GVBl S. 125); LandesVO über die Güteüberwachung gebräuchlicher Baustoffe und Bauteile (4. VO-LBO) v. 6. Mai 1968 (SchIH GVBl S. 129); LandesVO über den Bau und Betrieb von Garagen (5. VO-LBO) v. 25. April 1968 (SchIH GVBl S. 130); LandesVO über den Bau und Betrieb von Waren- und sonstigen Geschäftshäusern (6. VO-LBO) v. 25. April 1968 (SchIH GVBl S. 139); BrandverhütungsVO v. 9. Mai 1968 (SchIH GVBl S. 148); LandesVO über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (7. VO-LBO) v. 22. Juni 1971 (SchIH GVBl S. 365)

Wohnungsbau

—

Agrar- und Forststrukturplanung

Förderungsprogramme, allgemeine Strukturmaßnahmen

Gesetz über Befreiungen von der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Grundstücken zur Verbesserung der Struktur land- und forstw. Betriebe i. d. F. v. 6. April 1970 (SchIH GVBl S. 89);

§§ 28–30 Landeswaldgesetz v. 18. März 1971 (SchIH GVBl S. 94); LandesVO über das Verfahren bei der Bildung von Forstbetriebsverbänden v. 15. Juli 1970 (SchIH GVBl S. 202), geänd. 30. März 1971 (SchIH GVBl S. 202); LandesVO zur Bestimmung der zuständigen Behörden und zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse v. 30. April 1970 (SchIH GVBl S. 130); LandesVO zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz v. 30. April 1970 (SchIH GVBl S. 131)

Flurbereinigung

AG-FlurG v. 8. Mai 1954 (SchIH GVBl S. 93), geänd. d. G. v. 29. März 1960 (SchIH GVBl S. 86)

Grundstücksverkehr

AG-GrdstVG v. 8. Dez. 1961 (SchIH GVBl 1962 S. 1); DVO-GrdstVG v. 20. Dez. 1961 (SchIH GVBl S. 80); Art. 20 Preuß. AGBGB v. 20. Sept. 1899 (Preuß. GS S. 177 = GS SchIH 400, S. 1), geänd. G. v. 5. April 1971 (SchIH GVBl S. 182)

Wirtschaftsplanung

Allgemeine Strukturmaßnahmen und Förderungsprogramme

§ 2 Abs. 2 Landesentwicklungsgrundsätze

Energiewirtschaft

Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft v. 13. Dez. 1935 (RGBl I S. 1451 = GS SchIH 752)

Lagerstättenabbau

Gesetz über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien v. 26. März 1865 (Preuß. GS S. 203 = GS SchIH 453, S. 1), geänd. d. Art. 25 Gesetz zur Anpassung des schleswig-holsteinischen Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts und andere strafrechtliche Vorschriften (LStrafAnpG I) v. 24. März 1970 (SchIH GVBl S. 66); Gesetz über die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein v. 22. Febr. 1867 (Preuß. GS S. 272 = GS SchIH 453, S. 1), geänd. d. Art. 26 LStrafAnpG I;

Preußisches Allgemeines Berggesetz (ABG) v. 24. Juni 1865 (Preuß. GS S. 705 = GS SchIH 750); Gesetz über die Beaufsichtigung unterirdischer Mineralgewinnungsanlagen und Tiefbohrungen v. 18. Dez. 1933 (Preuß. GS S. 493), geänd. 30. Okt. 1967 (SchIH GVBl S. 244); TiefbohrVO v. 20. Aug. 1968 (SchIH GVBl S. 275); Erdölgesetz v. 12. Mai 1934 (Preuß. GS S. 257), geänd. 24. Sept. 1937 (Preuß. GS S. 93); Phosphoritgesetz v. 16. Okt. 1934 (Preuß. GS S. 404), geänd. 24. Sept. 1937 (Preuß. GS S. 93); VO über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze v. 31. Dez. 1942 (RGBl 1943 I S. 17); Moorschutzgesetz v. 20. Aug. 1923 (Preuß. GS S. 400 = GS SchIH 791); Moorschutzverordnung v. 14. Febr. 1964 (SchIH GVBl S. 20);

§ 39 Abs. 1 Hafenanordnung v. 24. April 1956 (SchIH GVBl S. 79), geänd. VO v. 25. Juli 1968 (SchIH GVBl S. 268)

Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung

§ 5 Landesentwicklungsgrundsätze;

§§ 33, 56 Wassergesetz; Wasserverbandgesetz v. 10. Febr. 1937 (RGBl I S. 188 = GS SchIH 753); Wasserverbandordnung (WVVO) v. 3. Sept. 1937 (RGBl I S. 933 = GS SchIH 753); LandesVO über die Errichtung eines Landesamtes für Wasserhaushalt und Küsten v. 23. Juli 1970 (SchIH GVBI S. 212)

Fremdenverkehr

§ 10 Abs. 5 KAG; LandesVO über die Anerkennung als Kur- oder Erholungsort v. 21. Mai 1970 (SchIH GVBI S. 135)

Verkehrsplanung (Planfeststellungsverfahren)

Eisenbahnen und sonstiger Schienenverkehr, Seilbahnen

§ 14 Landeseisenbahngesetz v. 8. Dez. 1956 (SchIH GVBI S. 193); VO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen v. 14. Nov. 1956 (SchIH GVBI S. 177)

Straßenbahnen u. ä.

—

Autobahnen und Straßen

§§ 39–44 Straßen- und Wegegesetz — StrWG — v. 22. Juni 1962 (SchIH GVBI S. 237)

Kreuzung von Eisenbahnen und Straßen

—

Luftverkehr

ZustVO-LuftVG v. 11. Juni 1970 (SchIH GVBI S. 156)

Wasserstraßen

§ 101 a — § 101 h Wassergesetz

Nachrichtenwesen

—

Verteidigungsplanung

Gesetzgebung

—

Landespflege- und Umweltplanung

Umweltplanung

§ 4 Landesentwicklungsgrundsätze

Allgemeine Maßnahmen

Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein v. 25. Febr. 1971 (SchIH GVBI S. 64); LandesVO zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Gewerbeordnung v. 26. März 1971 (SchIH GVBI S. 132)

Pflicht zur Beteiligung der Behörden der Landespflege

§ 20 RNG — § 14 DVO-RNG

Landschaftspläne

—

Ausbildungs-, Prüfungs-, Berufsausübungsvorschriften

Verordnung über die Laufbahnen der Beamten (SHLVO) i. d. F. v. 26. April 1971 (SchIH GVBI S. 205); LandesVO über die Laufbahnen besonderer Fachrichtungen v. 4. März 1971 (SchIH GVBI S. 89);

Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (Ingenieurgesetz — IngG) v. 25. Nov. 1970 (SchIH GVBI S. 302); Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und die Errichtung einer Architektenkammer (Architektengesetz) i. d. F. v. 12. Jan. 1971 (SchIH GVBI S. 15)

Wasser

Wassergesetze

Wassergesetz i. d. F. v. 7. Juni 1971 (SchIH GVBI S. 327); ZustVO-WG v. 11. Mai 1971 (SchIH GVBI S. 313)

Reinhaltung des Oberflächenwassers

§ 41 Hafenordnung

Reinhaltung des Grundwassers

§ 31 Wassergesetz; § 27 Nachbarrechtsgesetz v. 24. Febr. 1971 (SchIH GVBI S. 54)

Erdaufschlüsse

§ 32 Wassergesetz

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete

§ 15 Wassergesetz

Gemeingebrauch

§§ 8 a, 17 ff. Wassergesetz; § 38 Abs. 1 Hafenordnung; VO über den Verkehr mit Motorsportfahrzeugen an den schleswig-holsteinischen Küsten v. 15. Mai 1961 (SchIH GVBI S. 99); LandesVO über die Sicherheitseinrichtungen beim Bau und Betrieb von Motorenanlagen in Wasserfahrzeugen v. 30. April 1969 (SchIH GVBI S. 80); LandesVO über die Benutzung von Wasserfahrzeugen zur gewerbsmäßigen Personenbeförderung und zur gewerbsmäßigen Bootsvermietung auf den Gewässern in Schleswig-Holstein v. 30. April 1969 (SchIH GVBI S. 83)

Lagerung und Beförderung bestimmter Stoffe und Flüssigkeiten

§ 16 Wassergesetz; LandesVO über das Lagern wassergefährdender Stoffe (Lagerbehälterverordnung — VLwS —) v. 15. Sept. 1970 (SchIH GVBI S. 268), geändert 9. Febr. 1971 (SchIH GVBI S. 78)

Detergentien

—

Boden

Erhaltung von Feldgehölzen und Hecken (Erosionsschutz)

§ 14 NSchVO; Knickversorgung v. 7. Juli 1969 (SchIH GVBI S. 165); PolVO zum Schutz der Küstengewässer und des Meerestrandes v. 17. Mai 1943 (GS SchIH 791)

Schutz des Bodens (allgemein)

§ 62 b Wassergesetz

Verwendung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe

LandesVO zur Durchführung von Pflanzenschutzmaßnahmen in Baumschulen v. 11. Juni 1969 (SchIH GVBI S. 120)

Mutterboden

—

Enteignungsrecht

Preuß. EnteignungsG v. 11. Juni 1874 (Preuß. GS S. 211 = GS SchIH 214); Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren v. 26. Juli 1922 (Preuß. GS S. 211 = GS SchIH 214)

Luft

Nachbarrechtlicher Immissionsschutz

—

Schutz vor Radioaktivität

—

Förderungsmaßnahmen

—

Lagerstätten

Schutz vor Raubbau

§ 196 Abs. 2 ABG

Rekultivierung

§ 2 Abs. 3 VO über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze; § 5 Moorschutzverordnung; § 72 Abs. 1 Nr. 14, § 72 Abs. 2 Nr. 8, § 111 LBO

Tierwelt

Artenschutz (Naturschutzrecht)

§§ 2, 11 RNG; §§ 12 ff., 23 ff. NSchVO

Artenschutz (Jagdrecht)

Jagdgesetz des Landes Schleswig-Holstein i. d. F. v. 19. Mai 1970 (SchIH GVBI S. 141); LandesVO über die Prüfung zur Erlangung des ersten Jagdscheins (Prüfungsordnung) v. 15. Juni 1970 (SchIH GVBI S. 149); Wahlordnung für die Wahl der Kreisjägermeister v. 28. Sept. 1953 (SchIH GVBI S. 131), geänd. 15. Juni 1970 (SchIH GVBI S. 151); LandesVO über den Abschluß von Seehunden v. 15. Juni 1970 (SchIH GVBI S. 151); LandesVO über den Abschluß von Fasanenhennen v. 25. Mai 1971 (SchIH GVBI S. 318); LandesVO über die Jagd auf Mäuse- und Rauhfußbussarde, Habichte und Sperber v. 19. Okt. 1970 (SchIH GVBI S. 299); Verordnung über befriedete Bezirke v. 22. Juni 1954 (SchIH GVBI S. 107), geänd. VO v. 12. Sept. 1962 (SchIH GVBI S. 365); Waffengesetz v. 18. März 1938 (RGBl I S. 265), geänd. d. Art. 4 LStrAnpG I; DVO-WaffenG v. 19. März 1938 (RGBl I S. 270), geänd. d. VO v. 15. Mai 1970 (SchIH GVBI S. 136)

Artenschutz (Fischereirecht)

Fischereigesetz v. 11. Mai 1916 (Preuß. GS S. 55 = GS SchIH 793, S. 3), zul. geänd. Art. 10 VerwaltungsvereinfachungsG; Gesetz über den Fischereischein v. 19. April 1939 (RGBl I S. 795), zul. geänd. d. Art. 40 LStrAnpG I; LandesVO über die Ausübung der Fischerei (Schleswig-Holsteinische Fischereiordnung) v. 9. Juni 1971 (SchIH GVBI S. 356); Gesetz zum Schutz der Muschelfischerei v. 25. Aug. 1953 (SchIH GVBI S. 111)

Schutz gegen Pestizide

—

Pflanzenwelt

Standortschutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

§§ 8, 9, 24, 25 Landeswaldgesetz; Preuß. Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213), geänd. d. Art. 37 LStrAnpG I

Allgemeiner Schutz (außerhalb der Vorschriften des Naturschutzrechtes)

Waldgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landeswaldgesetz) v. 18. März 1971 (SchIH GVBI S. 94); LandesVO zur Bestimmung der unteren Forstbehörden nach dem Landeswaldgesetz v. 3. Mai 1971 (SchIH GVBI S. 220); Verordnung zum Schutze der Wälder, Moore und Heiden gegen Brände v. 25. Juni 1938 (RGBl I S. 700 = GS SchIH 790); Feld- und Forstpolizeigesetz i. d. F. v. 21. Jan. 1926 (Preuß. GS S. 83 = GS SchIH 790); Gesetz über den Forstdiebstahl v. 15. April 1878 (Preuß. GS S. 222 = GS SchIH 790); LandesVO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft v. 7. März 1970 (SchIH GVBI S. 74)

Aufforstung

§§ 20, 23 Landeswaldgesetz

Einschränkungen des Schutzes

§§ 33 Abs. 3 StrWG; § 64 Abs. 1 Wassergesetz; LandesVO über die Deiche v. 4. Sept. 1968 (SchIH GVBI S. 291); § 13 VO über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen; § 18 Abs. 3 Landeswaldgesetz; §§ 37 ff. Nachbarrechtsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (NachbG SchIH) v. 24. Febr. 1971 (SchIH GVBI S. 54); LandesVO über die Bekämpfung von Unkräutern v. 11. Juni 1969 (SchIH GVBI S. 119)

Förderungsmaßnahmen

§ 4 Abs. 1 Nr. 4 Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG) i. d. F. v. 3. Febr. 1967 (SchIH GVBI S. 20)

Lebensumwelt des Menschen

Verfassungsgrundsätze

—

Naturschutzgesetze

Reichsnaturschutzgesetz (RNG) v. 26. Juni 1935 i. d. F. d. RechtsberG (GS SchIH II 791, S. 9), zul. geänd. d. Art. 9 VerwaltungsvereinfachungsG; DVO-RNG v. 31. Okt. 1935 i. d. F. d. RechtsberG (GS SchIH II 791, S. 13), geänd. d. VO v. 29. Jan. 1971 (SchIH GVBI S. 51);

NSchVO i. d. F. d. RechtsberG (GS SchIH II 791, S. 18), geänd. d. Art. 41 LStrAnpG I; VogelberingungsVO i. d. F. d. RechtsberG (GS SchIH II 791, S. 27), geänd. d. Art. 41 LStrAnpG I; LandesVO zum Schutze der Knicks (Knickverordnung) v. 7. Juli 1969 (SchIH GVBI S. 165);

§ 56 Abs. 2 Nr. 2, § 58 Landesverwaltungsgesetz; § 4 Abs. 1 Nr. 4 GrEStG

Beseitigung von Müll, Abraum und dergleichen

PolVO über das Abladen von Müll und den Betrieb von Müllplätzen (Müllplatz-Verordnung) v. 27. Jan. 1967 (SchIH GVBI S. 47), geänd. 24. Juni 1971 (SchIH GVBI S. 362); § 46 StrWG

Kleingärten

VO zur Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten i. d. F. v. 15. Jan. 1937 (RGBl I S. 17 = GS SchIH 233); Kleingartengesetz i. d. F. v. 5. Mai 1948 (SchIH GVBI S. 59); VO v. 30. April 1951 (SchIH GVBI S. 101); §§ 10, 11, 72 Abs. 1 Nr. 14 LBO

Friedhöfe

—

Schutz des Landschaftsbildes gegen Außenwerbung

§§ 15, 86, 111 LBO

Allgemeiner Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes

§§ 14, 110, 111 LBO;

§ 17 Denkmalschutzgesetz v. 7. Juli 1958 (SchIH GVBI S. 217)

Schutz von Baudenkmalern

§§ 1 ff. Denkmalschutzgesetz; Gesetz über baugestalterische Festsetzungen v. 10. April 1969 (SchIH GVBI S. 59); § 78 Abs. 2 Buchstabe d) Gemeindeordnung; Art. 25 Kirchenvertrag mit den Evangelischen Landeskirchen v. 23. April 1957 (SchIH GVBI S. 73)

Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen für Kulturgut

§ 4 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe c) Ziff. 1 GrEStG

Schutz von vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern

§§ 18 ff. Denkmalschutzgesetz

Bodenfunde

§§ 14 ff. Denkmalschutzgesetz

Zelten, Camping, Wohnwagen

Landesverordnung über das Zelten (Zeltverordnung) v. 11. Juni 1969 (SchIH GVBI S. 103)

Naturgenuß, Wanderwege; Zutritt zu Wald, Bergweiden und Gewässern

§§ 5–16 Landeswaldgesetz; § 17 Abs. 6–10 Wassergesetz; Preuß. Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit v. 29. Juli 1922 (Preuß. GS S. 213 = GS SchIH 791), geänd. d. Art. 37 LStrAnpG; Rechtsgrundlagen für Kreisverordnungen zur Regelung des Gemeingebrauchs u. ä. enthalten die §§ 59 Abs. 1, 166 Abs. 4 Satz 1, 171 und 172 Landesverwaltungsgesetz

Schutz gegen Lärm

Gesetz über Sonn- und Feiertage i. d. F. v. 30. Juni 1969 (SchIH GVBI S. 112), geänd. d. Art. 2 VerwaltungsvereinfachungsG; VO zur Bekämpfung des Lärms v. 16. Dez. 1966 (SchIH GVBI S. 262); § 2 Abs. 2 Schießstandanlagen-VO v. 27. Nov. 1962 (SchIH GVBI S. 387)

Anschriften der Autoren

Prof. Dr. E. Stein

757 Baden-Baden
Bismarckstraße 5

Prof. Dr. G. Olschowy

53 Bonn-Bad Godesberg
Heerstraße 110

Dr. G. Zwanzig

65 Mainz
Postfach 4021

Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege
Gesamtverzeichnis

- | | |
|-------------------------------|---|
| Heft Nr. 1
September 1964 | Straßenplanung und Rheinuferlandschaft im Rheingau
Gutachten von Prof. Dr.-Ing. E. Gassner |
| Heft Nr. 2
Oktober 1964 | Landespflege und Braunkohlentagebau
Rheinisches Braunkohlengebiet |
| Heft Nr. 3
März 1965 | Bodenseelandschaft und Hochrheinschifffahrt
mit einer Denkschrift von Prof. Erich Kühn |
| Heft Nr. 4
Juli 1965 | Landespflege und Hoher Meißner |
| Heft Nr. 5
Dezember 1965 | Landespflege und Gewässer
mit der „Grünen Charta von der Mainau“ |
| Heft Nr. 6
Juni 1966 | Naturschutzgebiet Nord-Sylt
mit einem Gutachten der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und
Landschaftspflege, Bad Godesberg |
| Heft Nr. 7
Dezember 1966 | Landschaft und Moselausbau |
| Heft Nr. 8
Juni 1967 | Rechtsfragen der Landespflege
mit „Leitsätzen für gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Landespflege“ |
| Heft Nr. 9
März 1968 | Landschaftspflege an Verkehrsstraßen
mit Empfehlungen über „Bäume an Verkehrsstraßen“ |
| Heft Nr. 10
Oktober 1968 | Landespflege am Oberrhein |
| Heft Nr. 11
März 1969 | Landschaft und Erholung |
| Heft Nr. 12
September 1969 | Landespflege an der Ostseeküste |
| Heft Nr. 13
Juli 1970 | Probleme der Abfallbehandlung |
| Heft Nr. 14
Oktober 1970 | Landespflege an der Nordseeküste |
| Heft Nr. 15
Mai 1971 | Organisation der Landespflege |
| Heft Nr. 16
September 1971 | Landespflege im Alpenvorland |
| Heft Nr. 17
Dezember 1971 | Recht der Landespflege |

Die Hefte 3, 6 und 7 sind vergriffen.

Die Hefte 8 und 13 sind nachgedruckt worden.

Auslieferung:

Buch- und Verlagsdruckerei Ludw. Leopold KG, 53 Bonn 1, Postfach · Tel. (0 22 21) 65 45 51

DEUTSCHER RAT FÜR LANDESPFLEGE

Schirmherr:	Bundespräsident D. Dr. Dr. Gustav Heinemann
Ehrenrats- mitglied:	Bundespräsident a. D. Dr. h. c. Heinrich Lübke
Mitglieder:	Graf Lennart Bernadotte, Schloß Mainau – Sprecher des Rates
	Dr. Hans Bardens MdB, Bonn
	Prof. Dr. Konrad Buchwald, Hannover
	Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Werner Ernst, Münster
	Staatsminister a. D. Joseph P. Franken, Bad Godesberg
	Bauassessor Dr.-Ing. E. h. Hans Werner Koenig, Essen
	Prof. Erich Kühn, Aachen
	Prof. Dr. Gerhard Olschowy, Bonn – Geschäftsführer des Rates
	Regierungspräsident a. D. Hubert Schmitt-Degenhardt, Aachen
	Staatssekretär i. R. Dr. Dr. h. c. Theodor Sonnemann, Bonn
	Prof. Dr. Julius Speer, Bad Godesberg
	Staatsminister a. D. Prof. Dr. Erwin Stein, Baden-Baden
	Dr. h. c. Alfred Toepfer, Hamburg
	Prof. Dr. phil. Dr. med. Rudolf Wegmann, Maxhöhe, Starnberger See
Geschäftsstelle:	53 Bonn-Bad Godesberg, Heerstraße 110, Telefon 558 51